

Gesamtschau der bedarfsabhängigen Sozialleistungen in der Schweiz

Überblick über die kantonalen Bedarfsleistungen 2002



Die vom Bundesamt für Statistik (BFS)
herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz»
gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- 0 Statistische Grundlagen und Übersichten
- 1 Bevölkerung
- 2 Raum und Umwelt
- 3 Arbeit und Erwerb
- 4 Volkswirtschaft
- 5 Preise
- 6 Industrie und Dienstleistungen
- 7 Land- und Forstwirtschaft
- 8 Energie
- 9 Bau- und Wohnungswesen
- 10 Tourismus
- 11 Verkehr und Nachrichtenwesen
- 12 Geld, Banken, Versicherungen
- 13 Soziale Sicherheit
- 14 Gesundheit
- 15 Bildung und Wissenschaft
- 16 Kultur, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 Politik
- 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19 Kriminalität und Strafrecht
- 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21 Nachhaltige Entwicklung und Disparitäten auf regionaler und internationaler Ebene

Gesamtschau der bedarfsabhängigen Sozialleistungen in der Schweiz

Überblick über die kantonalen Bedarfsleistungen 2002

Bearbeitung: Silvia Hofer, BFS

Herausgeber: Bundesamt für Statistik



Office fédéral de la statistique (OFS)
Neuchâtel, 2005

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft: Silvia Hofer, BFS, Tel. 032 713 63 14
Bearbeitung: Silvia Hofer
Vertrieb: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel
 Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch
Bestellnummer: 746-0200
Preis: Fr. 32.–
Reihe: Statistik der Schweiz
Fachbereich: 13 Soziale Sicherheit
Originaltext: Deutsch
Titelgrafik: Monika Sommerhalder, Luzern
Copyright: BFS, Neuchâtel 2005
 Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
 unter Angabe der Quelle gestattet
ISBN: 3-303-13072-8

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Zusammenfassung	3
0 Einleitung	15
1. Bedarfsabhängige Sozialleistungen zur Sicherstellung der allgemeinen Grundversorgung	27
1.1 Ausbildungsbeihilfen	27
1.2 Verbilligung/Übernahme der obligatorischen Krankenversicherungsprämie	54
2. Bedarfsabhängige Sozialleistungen in Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen	80
2.1 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	80
2.2 Beihilfen zur Heimunterbringung	109
2.3 Arbeitslosenhilfe	115
2.4 Bedarfsleistungen für Familien: Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsbeihilfen, Familienbeihilfen	138
2.5 Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten	158
3. Bedarfsabhängige Sozialleistungen in Ergänzung mangelnder privater Sicherung	163
3.1 Alimentenbevorschussung	163
3.2 Individuelle Wohnkostenzuschüsse	195
4 Bedarfsabhängige Sozialleistungen im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe	207
4.1 Sozialhilfe	207
5 Schlussbemerkungen	250
5.1 Fazit	250
5.2 Methodischer Ausblick und Anregungen	256

ANHANG 1: Liste der inventarisierten und vertieften bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Leistungen nach Funktionen) per 1.1.2002	260
ANHANG 2: Raster zur Erfassung der einzelnen Leistungen des Inventars 2002	262
ANHANG 3: Gesetzliche Grundlagen und Adressen Vollzugsorgane der einzelnen Leistungen	265
1.1 Ausbildungsbeihilfen	265
1.2 Verbilligung/Übernahme der obligatorischen Krankenversicherungsprämie	270
2.1 Kantonale Gesetze über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	275
2.2 Beihilfen zur Heimunterbringung	280
2.3 Arbeitslosenhilfe	281
2.4 Bedarfsleistungen für Familien: Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsbeihilfen, Familienbeihilfen	283
2.5 Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten sowie an Bestattungskosten	285
3.1 Alimentenbevorschussung	286
3.2 Individuelle Wohnkostenzuschüsse	290
4. Sozialhilfe	291
ANHANG 4: Fallbeispiele aus der Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“	295
ANHANG 5: Glossar	304
ANHANG 6: Literatur	306

Zusammenfassung

Per 1.1.2002 wurde das Inventar der bedarfsabhängigen Sozialleistungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) aus dem Jahr 1997 zum ersten Mal aktualisiert. Dabei wurde der Detaillierungsgrad der im Inventar erfassten Informationen zu den Leistungen gegenüber der ersten Ausgabe stark vertieft. Der vorliegende Bericht bietet einen Überblick über die verschiedenen bedarfsabhängigen Leistungen in den 26 Kantonen der Schweiz auf der Grundlage der im Inventar enthaltenen Informationen.

Das Inventar listet die kantonale geregelten, materiellen, individuellen Bedarfsleistungen im Bereich der sozialen Sicherheit auf. Nicht enthalten sind private Leistungen oder Leistungen, die durch Bundes- oder Gemeinderecht geregelt werden. Enthalten sind weiter nur Geldleistungen nicht aber Sachleistungen oder immaterielle Leistungen wie Beratungsangebote. Ebenso werden Objektfinanzierungen z.B. in Form von staatlichen Subventionen für Heime oder für den sozialen Wohnungsbau nicht berücksichtigt.

Das Inventar basiert auf kantonalen Gesetzen und Verordnungen. Dies hat einerseits zur Folge, dass für die Auswertung nicht für jede Leistung alle aufgrund der Inventarrubriken vorgesehenen Informationen vorhanden sind, da einige Kantone gewisse Bestimmungen auf einer tieferen Stufe regeln. Andererseits konnte der Vollzug, der jeweils von den gesetzlichen Bestimmungen abweichen kann, nicht berücksichtigt werden.

Bedarfsabhängig bedeutet, dass die Leistung nur dann ausgerichtet wird, wenn der Bedarf einer Person bzw. eines Haushaltes an finanziellen Ressourcen zur Deckung des Existenzminimums ausgewiesen ist. Die Bedarfsleistungen folgen dem Subsidiaritätsprinzip, d.h. sie werden erst ausgerichtet, wenn sichergestellt wurde, dass die finanzielle Notlage nicht durch eine vorgelagerte Sicherungsinstanz wie z.B. die Sozialversicherungen gedeckt werden kann.

Die bedarfsabhängigen Sozialleistungen lassen sich aufgrund der durch sie aufgefangenen sozialen Risiken in vier Gruppen unterteilen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die im Bericht beschriebenen Leistungen und die Kantone, die sie ausrichten:

Tabelle 1: Bedarfsabhängige Sozialleistungen am 1.1.2002 in den Kantonen

Leistung	Kantone, in denen die Leistung besteht
1. Bedarfsabhängige Sozialleistungen zur Sicherstellung der allgemeinen Grundversorgung	
1.1 Ausbildungsbeihilfen	alle
1.2 Verbilligung/Übernahme der obligatorischen Krankenversicherungsprämie	alle
2. Bedarfsabhängige Sozialleistungen in Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen	
2.1 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	alle
2.2 Beihilfen zur Heimunterbringung	BL, NE, VD
2.3 Arbeitslosenhilfe	GE, JU, NE, SH, TI, UR, VD, ZG
2.4 Bedarfsleistungen für Familien	FR, GE, GL, GR, LU, NE, SG, SH, TI, VS, ZG, ZH
2.5 Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten	TI
3. Bedarfsabhängige Sozialleistungen in Ergänzung mangelnder privater Sicherung	
3.1 Alimentenbevorschussung	alle
3.2 Individuelle Wohnkostenzuschüsse	BL, BS, GE
4. Bedarfsabhängige Sozialleistungen im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe	
4.1 Sozialhilfe	alle

Der Bericht beschreibt jede Leistung vergleichend zwischen den Kantonen aufgrund der im Inventar enthaltenen Informationen u.a. zu den Veränderungen seit 1997, den Anspruchskriterien (Wohnsitzregelungen, Anspruch von Nicht-Schweizer/-innen, Alter, finanzielle Anspruchskriterien usw.), der Art der Leistung (z.B. Stipendien oder Darlehen), der Berechnung der Leistungshöhe und der Aufteilung der Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden. Es folgt ein Überblick über die verschiedenen Bedarfsleistungen.

Ausbildungsbeihilfen

Ausbildungsbeihilfen werden in sämtlichen 26 Kantonen gewährt in Form von nichtrückerstattungspflichtigen, einmaligen oder wiederkehrenden Stipendien für die Finanzierung der Ausbildung und der Lebenshaltungskosten sowie in Form von rückerstattungspflichtigen, je nach Kanton verzinslichen oder unverzinslichen Darlehen. Darlehen haben eher eine ergänzende und manchmal ersetzende Funktion gegenüber Stipendien. In vielen Kantonen sind Darlehen nur für bestimmte Ausbildungsgänge und beim Vorliegen besonderer Umstände vorgesehen.

Das Stipendiensystem der Schweiz ist ein elternabhängiges System, bei dem die Studierenden als Familienmitglieder und nicht als selbständige Personen unterstützt werden. Grosse interkantonale Unterschiede bestehen bezüglich Stipendien und/oder Darlehen, Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Alterslimite, beitragsberechtigende Ausbildungen (insbesondere Berücksichtigung von Zweitausbildungen, Weiterbildung und Umschulung), anerkannter Ausbildungsstätten, Darlehensbedingungen sowie Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Eltern, bzw. allenfalls weiterer unterhaltspflichtiger Personen (Stipendienreport 1999:A3).

Verbilligung/Übernahme der Prämie der obligatorischen Krankenversicherung

Alle Kantone kennen Leistungen zur Verbilligung bzw. Übernahme der Prämie der obligatorischen Krankenversicherung für Haushalte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Ziel der Prämienverbilligung ist die Gewährung eines angemessenen Versicherungsschutzes (Grundversicherung) zu finanziell tragbaren Bedingungen für sämtliche Versicherte. Prämienverbilligungen sind ausser im Fall von rechtswidrig bezogenen Leistungen nicht rückerstattungspflichtige Bedarfsleistungen. Bezüger/-innen von ordentlichen Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV/IV, Sozialhilfebezüger/-innen und je nach Kanton Bezüger/-innen von weiteren Bedarfsleistungen haben in der Regel Anspruch auf eine vollständige Prämienübernahme.

Es können zwei Modelle zur Berechnung der Prämienverbilligung unterschieden werden:

1. Prozent- oder Selbstbehaltmodell: Via Prozentsatz des anrechenbaren Einkommens wird ein Selbstbehalt berechnet. Alles, was von einem Haushalt über diesen Selbstbehalt hinaus an Prämien bezahlt werden müsste, wird verbilligt.
2. Einkommensklassen- oder Stufenmodell: Die Einkommen werden in Klassen zusammengefasst. Je Einkommensklasse wird ein fixer Verbilligungsbetrag zugeordnet, der von der niedrigeren zu den höheren Klassen sinkt.

Während das erste Modell von allen Deutschschweizer Kantonen mit Ausnahme von Zürich, Bern und Basel angewendet wird, wenden die lateinischen und die drei genannten Deutschschweizer Kantone das zweite Modell an.

Die Bestimmungen des anrechenbaren Einkommens, die Einkommensgrenzen und die maximalen Beitragshöhen variieren von Kanton zu Kanton. Überdies hängt der effektive Betrag, den jemand im jeweiligen Kanton zu bezahlen hat, nicht nur von der Verbilligung ab, sondern auch vom allgemeinen Niveau der Prämien. Diesbezüglich herrschen in der Schweiz grosse Disparitäten. Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen kann das konkrete Ausmass der kantonalen Unterschiede jedoch nicht eingeschätzt werden, weil zu viele Parameter nicht vergleichbar sind. Einzig konkrete Berechnungsbeispiele könnten die effektiven Unterschiede zwischen den Kantonen illustrieren. In der von der SKOS durchgeführten Studie zur Existenzsicherung im Föderalismus, werden entsprechende Fallbeispiele berechnet. Auf diese Art kann beispielsweise gezeigt werden, dass eine Familie mit zwei Kindern mit einem Nettoausgangseinkommen von 46'800 Franken pro Jahr in Genf 6'672 Franken für die obligatorischen Prämien nach Verbilligung bezahlt, während die Prämien derselben Familie in Herisau vollständig vom Kanton übernommen werden (Wyss, Knufer, 2004:79).

Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV

Ergänzungsleistungen (EL) sind Zusatzrenten zur eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV) und sichern den Bezüger/-innen ein angemessenes Mindesteinkommen. Die Ergänzungsleistungen sind im Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) gesamtschweizerisch geregelt und werden vom Bund mitfinanziert. Bei den EL handelt es sich um Sozialversicherungsleistungen ganz besonderer Art. Sie nehmen eine wichtige Stellung zwischen der klassischen Sozialversicherung (AHV und IV) und der öffentlichen Sozialhilfe ein. Die Ergänzungsleistungen sind Bedarfsleistungen, auf die ein Rechtsanspruch besteht.

Die Kantone regeln mit kantonalen Einführungsgesetzen den Vollzug der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV gemäss Bundesgesetzgebung. In verschiedenen Punkten können die Kantone vom Bundesgesetz abweichende Sonderregelungen treffen. Im Inventar wurden die Sonderregelungen der Kantone bezüglich Bundes-EL erstmals erfasst und ausgewertet. Der Föderalismus spiegelt sich in extrem ausdifferenzierten Bestimmungen der kantonalen Regelungen der EL. In besonders kostenrelevanten Bereichen wie z.B. den 'maximal anrechenbaren Heimkosten' und dem 'Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften' nutzen die Kantone ihren föderalen Handlungsspielraum aus und gewichten den Bedarfs-Aspekt der EL gegenüber dem Versicherungsaspekt besonders stark.

Kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV kennen gemäss Inventar per 1.1.2002 neun Kantone: Appenzell Innerrhoden, Bern, Basel-Stadt, Freiburg, Genf, St. Gallen, Wallis, Zug und Zürich. Der Kanton Jura hat seine kantonale Beihilfe zu den EL aufgehoben.

Beihilfen zur Heimunterbringung

Gemäss Inventar 2002 kennen die Kantone Basel-Landschaft, Neuenburg und Waadt Heimbeihilfen. Zwischen 1997 und 2002 wurde die Leistung im Kanton Solothurn aufgehoben. In allen drei Kantonen erhalten Bewohner/-innen von bestimmten Heimen bei ungenügender eigener finanzieller Leistungskraft Beiträge an die Heimkosten. Die Leistung erfolgt subsidiär zu den Sozialversicherungsleistungen, insbesondere den Ergänzungsleistungen sowie zu den eigenen Mitteln der Antragstellenden. Sozialhilfebezügler/-innen können Beihilfen zur Heimunterbringung beziehen, die dann die Sozialhilfe ersetzen.

Arbeitslosenhilfe

Acht Kantone – Genf, Jura, Neuenburg, Schaffhausen, Tessin, Uri, Waadt, Zug – gewähren 2002 kantonale Arbeitslosenhilfe an Erwerbslose mit intakten Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, wenn deren Bezugsrecht bei der Arbeitslosenversicherung ausgeschöpft ist bzw. wenn kein Anspruch auf diese Versicherungsleistung besteht. Es handelt sich dabei um Leis-

tungen entweder in Form von zusätzlichen Taggeldern oder von Kursen, Aus- und Weiterbildungsangeboten und Beschäftigungsprogrammen. Ausgesteuerten Arbeitslosen und selbständig Erwerbenden, die als vermittelbar gelten, soll damit der Gang auf die Sozialhilfe erspart und eventuell Möglichkeiten der Qualifizierung angeboten werden.

In den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Freiburg, Wallis und Zürich wurde die Arbeitslosenhilfe seit 1997 abgeschafft.

Es können drei Formen von Arbeitslosenhilfe unterschieden werden: zusätzliche Taggelder zur Arbeitslosenversicherung, Soziallöhne und Eingliederungseinkommen. Die Kantone Zug und Tessin richten Anschlusstaggelder, d.h. eine weitgehend passive Hilfe aus. Im Kanton Zug werden jedoch zusätzlich auch Auslagen für Weiterbildungs- und Umschulungskurse finanziert. In den beiden Kantonen werden zwischen 90 und maximal 150 Anschlusstaggelder ausgerichtet, wobei sich die Höhe der Leistung am zuletzt bezogenen Taggeld der Arbeitslosenversicherung orientiert und in der Regel 80 bis 90% von diesem beträgt.

Arbeitslosenhilfe in Form von Soziallöhnen wird in den Kantonen Jura, Neuenburg, Schaffhausen und Uri gewährt. Diese Form der Arbeitslosenhilfe ist den „aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen“ des AVIG nachgebildet. Es handelt sich konkret um Kursgelder, Einarbeitungszuschüsse, Ausbildungszuschüsse, Pendlerkosten- und Wochenaufenthalterbeiträge, Förderung selbständiger Erwerbstätigkeit und Beschäftigungsprogramme. In gewissen Kantonen stehen diese Massnahmen auch Personen, die den bundesrechtlichen Anspruch auf Taggelder noch nicht ganz ausgeschöpft haben, offen. Arbeitslosenhilfe in Form von Soziallöhnen wird nur gewährt, wenn die Person für den Bezug der Arbeitslosenhilfe eine Gegenleistung in Form einer arbeitsmarktlichen Massnahme leistet. Die Gewährung der Arbeitslosenhilfe in Form von Soziallöhnen ist somit an die Beachtung von Weisungen und Auflagen gebunden, die jenen der beruflichen und sozialen Integrations- bzw. Eingliederungsmassnahmen in der Sozialhilfe sehr ähnlich sind.

Bei den in den beiden Kantonen Genf und Waadt angebotenen Eingliederungseinkommen handelt es sich um so genannte Vertragsmodelle, die von der Art der Leistung her stark den Integrations- bzw. Eingliederungsmassnahmen

men, die von gewissen Kantonen im Rahmen der Sozialhilfe angeboten werden, gleichen. Die Bezüger/-innen von Eingliederungseinkommen erbringen als Gegenleistung zur finanziellen Unterstützung im Kanton Waadt eine Wiedereingliederungsmassnahme (Aus-, Weiterbildungsmassnahme, Beschäftigungsprogramm für ältere Arbeitslose, einmalige Wiedereingliederungsmassnahme für zukünftig selbständig Erwerbende etc.) und im Kanton Genf eine kompensatorische gemeinnützige Aktivität oder eine einmalige Eingliederungsleistung zur vollständigen oder teilweisen Finanzierung von längerfristigen Projekten.

Bedarfsleistungen für Familien: Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsleistungen, Familienbeihilfen

In 13 Kantonen der Schweiz werden im Zusammenhang mit der Geburt und Betreuung respektive der Erziehung von Kindern Bedarfsleistungen ausgerichtet, wenn der erziehende Elternteil den Lebensbedarf nicht aus eigener Kraft bestreiten kann.

Die Geburtsbeihilfen – einmalige Leistungen bei der Geburt oder Adoption eines Kindes mit Beträgen zwischen 1'000 und 1'500 Franken – werden in drei Kantonen (Freiburg, Genf und Wallis) ausgerichtet. Mutterschaftsbeihilfen kennen zehn Kantone: Freiburg, Glarus, Graubünden, Luzern, Neuenburg, St. Gallen, Schaffhausen, Waadt, Zug und Zürich. Mutterschaftsbeihilfen sind Beiträge zur Betreuung von Kleinkindern. Sie werden nach der Geburt über mehrere Monate ausgerichtet in einem den Lebensbedarf von Mutter und Kind deckenden Umfang. Familienbeihilfen werden in vier Kantonen ausgerichtet: Freiburg, Genf, Tessin und Wallis. Im Tessin handelt es sich um eigentliche Ergänzungsleistungen für Kinder. Die Familienbeihilfen beziehen sich im Unterschied zu den Mutterschaftsbeihilfen auf die familiäre Erziehung in ihrer ganzen Breite, das heisst vom Zeitpunkt der Geburt des Kindes bis zu seinem Eintritt ins Erwerbsleben. Nur ein Kanton – der Kanton Freiburg – richtet alle drei Bedarfsleistungen für Familien gleichzeitig aus.

Seit dem ersten Inventar per 1.1.1997 wurden einzig die Geburtsbeihilfen im Kanton Schaffhausen abgeschafft. Neu eingeführt wurden keine Bedarfsleistungen für Familien.

Sowohl die Leistungsgrenzen als auch die Leistungen selber variieren im interkantonalen Vergleich. Die gesetzlichen kantonalen Regelungen unterscheiden sich auch hinsichtlich der Definition der bezugsberechtigten Personen, der maximalen Leistungshöhe und der Bezugsdauer.

Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten

Im Inventar per 1.1.2002 sind für einen einzigen Kanton – den Kanton Tessin – Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und an behindertengerechte Umbauten erfasst. Diese Leistungen werden in anderen Kantonen vermutlich in ähnlichem Umfang im Rahmen der Sozialhilfe erbracht. Der Kanton Basel-Landschaft hat 1997 seine Bedarfsleistung für Alkoholgefährdete aufgehoben.

Zu den Leistungen im Kanton Tessin sind die Angaben im Inventar sehr spärlich, da die meisten Bestimmungen nicht auf Gesetzes- und Verordnungsstufe gemacht werden und deshalb nicht inventarisiert wurden.

Alimentenbevorschussung

Die Kantone sind dazu verpflichtet Alimentenbevorschussung für den Unterhalt von Kindern zu leisten, wenn die Eltern ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen. Es ist die einzige im Inventar erfasste Leistung, die nicht in allen Kantonen bedarfsabhängig ausgerichtet wird. In den Kantonen Bern, Genf und Tessin ist der Anspruch auf Alimentenbevorschussung zugunsten des Kindes weder abhängig vom Einkommen noch vom Vermögen des obhutsberechtigten Elternteils. Abgesehen von den interkantonalen Unterschieden bezüglich Anspruchsberechtigung und Leistungsbemessung ist dies die auffallendste Differenz. Interessant ist auch die höchst unterschiedliche Logik, die hinter den jeweiligen Gesetzen steht: Einmal steht das Kindeswohl oder der Schutz von Minderjährigen im Vordergrund, dann der Schutz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von einkommensschwachen alimentenpflichtigen Personen. Je nach Zielsetzung des Gesetzes ist damit ein Schutz der/des Empfangenden

bzw. der/des Alimentenschuldenden vor Sozialhilfeabhängigkeit verbunden. Zusätzlich zur Kinderalimente werden in einzelnen Kantonen auch Vorschüsse auf Erwachsenenalimente (in der Regel Frauenalimente) ausgerichtet und zwar in den sechs französischsprachigen Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt und Wallis sowie im Kanton Zug.

Die Leistungshöhe variiert stark zwischen den Kantonen und ihre Ermittlung ist komplex. Diejenigen Kantone, die sich zur Ermittlung des Anspruchs auf Alimentenbevorschussung auf die Gesetzgebung über die Ergänzungsleistungen beziehen und sich in Bezug auf die maximale Höhe der Bevorschussung an der maximalen einfachen Waisenrente orientieren, können gut miteinander verglichen werden. Die Anspruchsgrenzen derjenigen Kantone, die auf dem steuerbaren Einkommen oder auf dem Brutto- bzw. Nettoeinkommen basieren, sind sehr schwierig untereinander vergleichbar. Jeder Kanton ermittelt nämlich die Einkommensgrenze und die Bestandteile des anrechenbaren Einkommens anders.

Wohnkostenzuschüsse

Zur Verbilligung der Wohnkosten kennen die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Genf Subjekthilfen in Form von individuellen Wohnkostenzuschüssen. Im Gegensatz zu 1997 existiert diese Leistung in den Kantonen Schaffhausen und Waadt 2002 nicht mehr.

Ziel der Wohnkostenzuschüsse ist die Prävention vor Sozialhilfeabhängigkeit bzw. die Entlastung von zu hohen Mietzinsen im Verhältnis zum Einkommen.

In den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt werden die Mietzuschüsse in Form von Mietzinsbeiträgen ausgerichtet. Der Bezüger/-innenkreis dieser Leistung ist in den beiden Halbkantonen praktisch identisch und beschränkt sich auf Familien mit mindestens einem, im selben Haushalt lebenden Kind sowie Rentenbezüger/-innen. Im Kanton Basel-Landschaft handelt es sich primär um Personen mit einer vollen IV-Rente, während im Kanton Basel-Stadt allgemein AHV/IV-Rentner/-innen gemeint sind. Überdies existieren in diesen beiden Halbkantonen noch Mietzinsreduktionen für Personen, die bereits in subventionierten Wohnungen leben.

Im Kanton Genf werden einerseits Wohnbeihilfen (allocation de logement) und andererseits eine persönliche Mietzinsreduktion gewährt (subvention personnalisée au logement). Es handelt sich bei letzterer um eine objektbezogene Subjekthilfe in Form einer persönlichen, proportional zum Einkommen der Mieter/-innen bemessenen Mietzinssubventionierung.

In allen drei Kantonen gelten relativ strikte Subsidiaritätsregelungen, wenn jemand bereits Renten, Ergänzungsleistungen oder kantonale Beihilfen zur AHV/IV erhält. Ausserdem gilt im Kanton Genf die Bedingung, dass die Mieter/-innen nachweisen müssen, keine billigere Wohnung finden zu können. Ähnlich im Kanton Basel-Landschaft, wo Mieter/-innen verpflichtet werden können, eine billigere Wohnung zu suchen. Weiter gilt in diesem Kanton, dass Besitzer/-innen von Motorfahrzeugen generell vom Anspruch auf Mietzinsbeiträge ausgenommen sind und sich der antragsstellende Haushalt darum bemühen muss, ein den persönlichen Verhältnissen entsprechendes Einkommen zu erzielen. Im Kanton Basel-Stadt wird der Anspruchskreis insofern eingeeengt, als nur eine limitierte Anzahl von Mietverhältnissen verbilligt werden kann.

Sozialhilfe

In allen Kantonen der Schweiz werden im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe Leistungen an Personen ausgerichtet, die für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familienangehörigen nicht aus eigener Kraft aufkommen können. Grundlage für die kantonalen Sozialhilfegesetzgebungen bilden die Artikel 12 und 115 der Bundesverfassung. Die konkrete Ausgestaltung der öffentlichen Sozialhilfe ist in den kantonalen Sozialhilfegesetzen geregelt. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), bei der sämtliche Kantone, die Mehrheit der mittleren und grossen Schweizer Gemeinden sowie private Hilfswerke Mitglieder sind, erlässt Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe. Diese dienen in der Praxis als Orientierung für die Bemessung der Sozialhilfe und wirken harmonisierend zwischen den Kantonen.

Ziele der Sozialhilfe sind die Existenzsicherung, die Hilfe zur Selbsthilfe bzw. die Förderung der Eigenverantwortung und Selbständigkeit sowie die Förderung der beruflichen und sozialen Integration.

Ein wichtiger Grundzug der Sozialhilfe ist ihr subsidiärer Charakter gegenüber sämtlichen anderen Sozialleistungen, gegenüber der Eigeninitiative und der Unterstützung durch Dritte. Die Sozialhilfe funktioniert nach dem Finalprinzip, d.h. die Ursache der Bedürftigkeit ist irrelevant für die Begründung des Anspruchs auf die Leistung. Die Individualisierung der Hilfe gehört zu den spezifischen Charakteristika der Sozialhilfe, deren Leistungen aufgrund des Bedarfs des Hilfesuchenden und den örtlichen Verhältnissen bemessen werden.

Seit der letzten Inventarisierung kam es in sieben Kantonen zu einer Gesetzes- oder Verordnungsrevision. Es handelt sich dabei um die Kantone Bern, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Freiburg, Graubünden, Jura, Luzern, Nidwalden, St. Gallen, Schaffhausen, Uri und Waadt. Als neuer Ansatz werden in den meisten revidierten Sozialhilfeeilassen berufliche und soziale Integrationsmassnahmen verankert.

Es können grundsätzlich zwei Arten von Sozialhilfe unterschieden werden:

1. die ‚traditionelle‘ (Kantone Aargau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Genf¹, Glarus, Graubünden, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Uri, Waadt², Zug und Zürich) und
2. die ‚aktivierende‘ Sozialhilfe (Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Jura, Neuenburg, Tessin, Thurgau und Wallis).

Kantone, deren Sozialhilfe als traditionell bezeichnet wird, bieten ‚persönliche Hilfe‘ (Beratungs-, Betreuungs- und Vermittlungsleistungen) und ‚materielle Hilfe‘ (Geldleistung, Gutsprachen, Naturalien oder Gutscheine, ausnahmsweise Begleichung von Schulden und ausstehenden Mieten) an. Dort, wo auch noch Massnahmen zur beruflichen und/oder sozialen Eingliederung bzw. Integration angeboten werden, wird die Sozialhilfe als ‚aktivierend‘ bezeichnet.

Die Kantone mit ‚aktivierender‘ Sozialhilfe zeichnen sich nicht nur durch das Angebot an Integrations- und/oder Eingliederungsmassnahmen aus, sondern teils ebenfalls durch den Erlass weiterer Kriterien, denen die Sozialhilfe gerecht

¹ Im Kanton Genf existieren Eingliederungsmassnahmen im sog. ‚Revenu minimum cantonal de l’aide sociale‘, das der Sozialhilfe vorgelagert ist. Im Sozialhilfegesetz selber sind keine Eingliederungs- oder Integrationsmassnahmen verankert.

² Wie im Kanton Genf sind Eingliederungsmassnahmen (Revenu minimum de réinsertion) im Kanton Waadt in einem eigenen Erlass geregelt, deren Leistungen im vorliegenden Bericht unter der Bedarfsleistung ‚Arbeitslosenhilfe‘ behandelt wurden.

werden muss: Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichstellung zwischen Mann und Frau, Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Aufgaben und der Erlass von Qualitätskriterien.

Die Gewährung der Sozialhilfe ist in sämtlichen Kantonen mit einer Reihe von Auflagen und Weisungen verbunden, die von den Unterstützten befolgt werden müssen. Auflagen und Weisungen, die sich an die Leistungsempfänger/-innen richten, beziehen sich in der Regel auf die zweckmässige Verwendung der Leistungen, die zu erwartende Mitwirkung und das Bemühen um soziale und berufliche Integration. Das Nichtbeachten der Auflagen und Weisungen kann zu Sanktionen führen, die von der Kürzung über die Verweigerung bis zur Einstellung der Hilfe reichen können.

In den meisten Kantonen sind Sozialhilfeleistungen rückerstattungspflichtig, wenn die unterstützte Person in bessere wirtschaftliche Verhältnisse gelangt.

Schlussbemerkungen

Die Ausstattung der Kantone mit Bedarfsleistungen ist sehr unterschiedlich. Während in einigen Kantonen der Sozialhilfe eine Vielzahl von Leistungen vorgelagert sind, kennen andere Kantone nur diejenigen Bedarfsleistungen, zu deren Ausrichtung sie durch den Bund verpflichtet sind. Die wichtigsten nicht obligatorischen Leistungsarten sind die Altersbeihilfen, die Arbeitslosenhilfen und die Bedarfsleistungen für Familien. Die lateinischen Kantone weisen insgesamt stärker ausdifferenzierte Leistungssysteme mit mehr vorgelagerten Bedarfsleistungen auf als die Deutschschweizer Kantone. Die Regelungen einer bestimmten Bedarfsleistung sind in den Kantonen sehr unterschiedlich ausgestaltet, was Vergleiche oft erschwert.

Zwischen 1997 und 2002 hat die Zahl der kantonalen Bedarfsleistungen abgenommen. Insbesondere die Arbeitslosenhilfe wurde als Folge der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes des Bundes (AVIG) in fünf Kantonen abgeschafft. In keinem Kanton wurde eine neue Bedarfsleistung eingeführt.

0 Einleitung

0.1 Ausgangslage, Zielsetzung und Methode

Im Auftrag des Bundesamts für Statistik (BFS) hat die Firma *Laube & Klein*³ das Inventar der bedarfsabhängigen Sozialleistungen auf den Stand vom 1.1.2002 aktualisiert und vertieft⁴. Der vorliegende Bericht basiert auf den Auswertungen des Inventars 2002 von Caroline Knupfer, SKOS und Frauke Sassnick Spohn, Sa.S. Büro für Sozialpolitik.

Zum ersten Inventar 1997 wurde von Kurt Wyss ein umfassender Auswertungsbericht erstellt (Wyss, 1998). 1999 wurde eine Zusammenfassung des Auswertungsberichts in der Reihe info:social des BFS (Wyss, 1999) publiziert. Vorrangiges Ziel war es damals, eine Entscheidungsgrundlage zu erhalten für die Definition der Leistungen, die innerhalb der Schweizerischen Sozialhilfeempfängerstatistik erhoben werden sollen. Gleichzeitig sollte eine Übersicht geschaffen werden über die in den Kantonen ausgerichteten Bedarfsleistungen.

Die Zielsetzung für den Auswertungsbericht zum Inventar 2002 geht über eine Aktualisierung des Berichts von 1998 hinaus. Die Auswertung des Inventars war mit dem Auftrag verbunden, den Grad der Differenzierung gegenüber 1998 zu erhöhen, wo möglich eine interkantonale Vergleichbarkeit zu erreichen und ein Arbeitsinstrument für interessierte Fachkreise zur Verfügung zu stellen. Neu ist auch eine Auswertung der erstmals erhobenen kantonalen Sonderregelungen im Rahmen der Bundesgesetzgebung zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Einige Passagen konnten aus dem Bericht von Kurt Wyss von 1998 direkt übernommen werden.

Der Bericht basiert auf dem Inventar 2002. Dieses bezieht sich auf Gesetze und Verordnungen. Somit wurden definitorische Elemente einer Leistung, die auf einer anderen Ebene z.B. durch Ausführungsbestimmungen oder Direktiven geregelt werden, nicht erfasst und standen bei der Auswertung nicht zur Verfügung (vgl. Abschnitt 0.5 ‚Grenzen des Berichts zum Inventar‘).

³ Mit der Inventarisierung der lateinischen Kantone hat die Firma Laube und Klein die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) beauftragt.

⁴ Das Inventar wurde erstmals für den Stichtag 1.1.1997 von der Firma *Prognos* für das BFS erstellt.

Die konkrete Praxis weicht oft von den strikten gesetzlichen Regelungen ab, da stets ein gewisser Interpretationsspielraum existiert. Das Inventar und der Auswertungsbericht basieren auf den gesetzlichen Regelungen und nicht auf der konkreten Auslegung dieser Regelungen im Vollzug.

Bei den Recherchen zum vorliegenden Bericht wurden einige Fehler im Inventar festgestellt. Um die Lesbarkeit des Berichtes nicht zu beeinträchtigen, wurde darauf verzichtet, jeweils im Text darauf hinzuweisen. Deshalb können sich kleinere Abweichungen zwischen dem Inventar und dem Bericht ergeben.

Der Einbezug von Expertenwissen beschränkte sich auf punktuell eingeholte Expertenmeinungen. Besonderer Dank gilt an dieser Stelle Urs Vogel, Urs Vogel Consulting, Kulmerau, René Balmer, Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV, Sozialdepartement der Stadt Zürich und Ueli Tecklenburg, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe.

0.2 Aufbau des Berichts

In der Einleitung werden das Inventar der bedarfsabhängigen Sozialleistungen und das System der Sozialen Sicherheit in der Schweiz vorgestellt. Dabei wird die Systematik der bedarfsabhängigen Sozialleistungen, die im ersten Auswertungsbericht zum Inventar (Wyss, 1998) entwickelt wurde, noch einmal kurz vorgestellt. Der Bericht folgt bei der Darstellung der einzelnen Leistungen dieser Systematik, wobei die per 1.1.2002 nicht vertieften Leistungen (vgl. S. 22) im neuen Bericht fehlen⁵.

Die Gliederung der Kapitel zu den Sozialleistungen orientiert sich in der Regel an den folgenden Kriterien: Übersicht, Veränderungen seit 1997, generelle Anspruchskriterien (Karenzfristen, Wohnsitz, Nationalität/Aufenthaltsstatus für Nicht-Schweizer/-innen, Alter, Familiensituation etc), finanzielle Anspruchskriterien, spezifische Regelungen der Subsidiarität, Art der Leistung, Berechnung der Leistungshöhe, maximale/minimale Leistung, evt. Rückerstattung, Auflagen, Weisungen und Finanzierung. Diese Kriterien wurden von den Rubriken des Inventars 2002 übernommen (siehe Anhang 2). Die einzelnen Bedarfsleis-

⁵ Die Kapitelnummerierung deckt sich somit nicht mit jener des ersten Auswertungsberichts. Ausserdem wurde für die Bezeichnung von bestimmten Leistungen von der damaligen Nomenklatur abgewichen.

tungen können höchst unterschiedlich ausgestaltet sein – somit mussten Ablauf und Darstellung der Kapitelstruktur und der Tabellen teilweise einzeln angepasst werden.

Die gesetzlichen Grundlagen, die als Basis der Inventarisierung und Auswertung der einzelnen Leistungen dienten, sind jeweils im Anhang 3 pro Leistung und alphabetisch geordnet aufgeführt. Ausserdem finden sich die Adressen der Vollzugsorgane⁶ für sämtliche kantonalen Leistungen ebenfalls im Anhang.

Die Gesetzesartikel sind, wenn möglich, angegeben. Finden sich in den Tabellen oder im Text keine Referenzen, fehlen im Inventar die entsprechenden Angaben. Es handelt sich jedoch meist nicht um Gesetzeszitierungen, sondern lediglich um paraphrasierte bzw. zusammengefasste Informationen, basierend auf den jeweiligen Gesetzes- bzw. Verordnungsreferenzen⁷.

Der Abschluss des Berichts bilden Schlussbemerkungen zum System der kantonalen Bedarfsleistungen und seiner Entwicklung zwischen 1997 und 2002. Als Ausblick werden schliesslich Hinweise für die Weiterentwicklung des Projektes gegeben. So wird zum Beispiel vorgeschlagen, künftig Expert/-innen der jeweiligen Bedarfsleistung für die Definition der Auswertungskriterien und die Interpretation der Auswertungsergebnisse beizuziehen, um so den Nutzen für Politik und Praxis zu optimieren.

⁶ Die Angaben stammen aus dem Jahr 2003, als die Vernehmlassung zum Inventar in den Kantonen durchgeführt wurde. Zwischenzeitliche Änderungen können nicht ausgeschlossen werden.

⁷ Bereits im Inventar selber wurden die Gesetzestexte paraphrasiert und wenn möglich vereinfacht und zusammengefasst. Ausserdem wurden bei der Zitierung nicht die streng juristischen Regeln respektiert, sondern einzig generelle Hinweise auf die jeweiligen Gesetzes- oder Verordnungsartikel gegeben (ohne Angabe der jeweiligen Absätze).

Gesetzesartikel aus den französisch- und italienischsprachigen Kantonen wurden von den Autorinnen oder vom BFS übersetzt. Es handelt sich dabei nicht um offizielle Übersetzungen. Massgebend ist in jedem Fall der Originaltext.

0.3 Das Inventar der Bedarfsleistungen⁸

Im Inventar werden die kantonalen Bedarfsleistungen im Bereich der Sozialen Sicherheit beschrieben. Grundsätzlich werden im Inventar nur Sozialleistungen erfasst, die

- auf kantonaler Gesetzgebung basieren,
- bedarfsabhängig,
- personenbezogen und
- Geldleistungen sind.

Bedarfsabhängig heisst, dass eine Anspruchsberechtigung besteht, wenn die Antragstellenden aufgrund ihrer bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht aus eigener Kraft dazu in der Lage sind, ihre Existenz zu sichern.

Leistungen von privaten Trägerschaften sowie Bedarfsleistungen auf Gemeindeebene werden im Inventar nicht berücksichtigt. Massgebend ist dabei die Ebene, auf der die Leistung geregelt ist und nicht die finanzielle Trägerschaft oder der Vollzug. So sind Leistungen, die auf kantonaler Gesetzgebung basieren, auch dann inventarisiert, wenn sie vollständig auf Gemeindeebene finanziert und vollzogen werden.

Im Inventar sind die personenbezogenen Bedarfsleistungen, die sogenannten Subjekthilfen, erfasst. Finanzierungsbeiträge des Staates an die Betriebskosten von Institutionen (Heime, Beratungsstellen), Subventionen des Staates für Investitionen in die soziale Infrastruktur sowie den Wohnungsbau (Objekthilfe) werden nicht erfasst.

Es werden nur solche Leistungen inventarisiert, die in Form von Geldleistungen ausgerichtet werden. Direkte Sachhilfe sowie immaterielle Hilfe werden nicht berücksichtigt. Allerdings ist die Abgrenzung oft schwierig. Bedarfsleistungen bestehen meist aus einer Kombination von materieller Hilfe in Form von Geldleistungen und immaterieller Hilfe in Form von Beratung und Betreuung. Indem die Unterstützung in aller Regel kombiniert geleistet wird, sind mit den inventarisierten, den materiellen Aspekt hervorhebenden Leistungen die immateriellen Hilfeleistungen in vielen Fällen implizit mitberücksichtigt.

⁸ In diesem Bericht werden die Begriffe 'Bedarfsleistungen' und 'bedarfsabhängige (Sozial-)Leistungen' synonym verwendet.

Die Gliederung des Inventars 1997 und der aktualisierten Version per 1.1.2002 orientiert sich an der Klassifikation von EUROSTAT, dem statistischen Amt der EU und umfasst acht Funktionen des Sozialschutzes (ESSOSS-Handbuch 1996): Krankheit; Invalidität/Gebrechen; Alter; Hinterbliebene; Familie/Kinder; Arbeitslosigkeit; Wohnen; soziale Ausgrenzung/andere. Die Erfahrungen im Verlauf der Inventarisierung zeigten jedoch, dass die Leistungen nicht immer ohne Schwierigkeiten den EUROSTAT-Funktionen zugeordnet werden können.

Dies hat damit zu tun, dass die Leistungen oftmals weniger die Folge eines in bestimmter Weise zu gewährenden Sozialschutzes sind (wie es typischerweise bei Sozialversicherungsleistungen der Fall ist), sondern viel eher die Folge einer nicht immer klar zu definierenden Bedürftigkeit (wie es typischerweise bei den Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe im engeren Sinne der Fall ist). Während beim Sozialschutz im Sinne der Sozialversicherungen von der Frage nach den ursächlichen sozialen Risiken ausgegangen wird, steht im Zentrum der Bedarfsleistungen die zu behebende Notsituation. Zu dieser Notsituation kann es aus Gründen gekommen sein, die sich nicht auf den Eintritt eines einzigen sozialen Risikos beschränken respektive zurückführen lassen. Im Gegensatz zu den Sozialversicherungen, die nach dem Kausalprinzip⁹ funktionieren, werden Bedarfsleistungen nach dem Finalprinzip¹⁰ bei Eintritt einer Notlage unabhängig von deren Ursache ausgerichtet.

Die EUROSTAT-Funktionen wurden deshalb vom BFS 1997 pragmatisch den Gegebenheiten der Kantone angepasst und aufgrund des Inventars 2002 mit den aktuellen Bezeichnungen der Leistungen überarbeitet. Anhang 1 gibt einen Überblick über die aktualisierten und vertieften Leistungen per 2002.

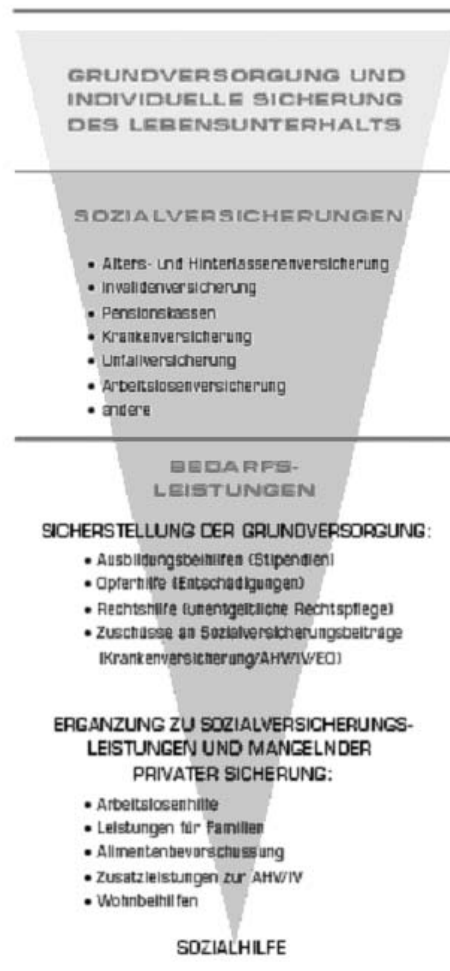
⁹ Bestimmte Lebenslagen sind als soziale Risiken anerkannt und werden in ihren finanziellen Konsequenzen von der Gesellschaft solidarisch getragen. Leistungen werden bei Eintritt eines bestimmten Risikos fällig, ohne dass die Hilfsbedürftigkeit der Geschädigten abgeklärt wird (zum Beispiel Altersvorsorge). Situationen, die ausserhalb der definierten Risiken liegen, aber dennoch armutsbegründend sind, lösen keinen Anspruch auf Leistungen aus (Sassnick Spohn et al., 1997:11).

¹⁰ Leistungen werden – im Gegensatz zum Kausalprinzip – nicht deshalb ausgelöst, weil ein gesetzlich definierter Grund vorliegt, sondern dadurch, dass allgemeine Ziele wie Existenzsicherung und Integration nicht auf anderem Weg erreicht werden können. Einkommensausfälle werden bei Leistungssystemen, die nach dem Final- oder Bedarfsprinzip funktionieren, bis zu einer festgesetzten Einkommensgrenze ersetzt (Sassnick Spohn et al., 1997:11).

0.4 Die Bedarfsleistungen im System der Sozialen Sicherheit

Das System der Sozialen Sicherheit der Schweiz ist in drei Stufen aufgebaut, wie nachstehende Abbildung illustriert¹¹:

Abbildung 1: Das System der Sozialen Sicherheit in der Schweiz



Quelle: BFS, Soziale Sicherheit

- **Grundversorgung:** Die Grundversorgung ist für alle zugänglich und umfasst das Bildungs- und Rechtssystem sowie die öffentliche Sicherheit. Hier übernimmt auch die Gesetzgebung des Sozialschutzes (z.B. zu Mieter-, Konsumenten-, Kinder- oder Kündigungsschutz) eine wichtige Funktion.
- **Sozialversicherungen:** Risiken wie Alter, Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit werden durch die Sozialversicherungen aufgefangen.

¹¹ Diese Grafik wurde vom Bundesamt für Statistik für den Sozialbericht des Kantons Zürich 2002 erstellt (Bundesamt für Statistik, 2004).

- **Bedarfsleistungen:** Die öffentliche Sozialhilfe bildet das letzte Netz und gewährleistet das Recht auf Existenzsicherung. Sie kommt dann zum Tragen, wenn die vorgelagerten Massnahmen der Sozialen Sicherheit wie öffentliche Grundversorgung, private Sicherung und Sozialversicherungen nicht greifen. Der Sozialhilfe vorgelagert sind eine Reihe von Bedarfsleistungen, welche die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermeiden sollen. Es handelt sich dabei um die Sozialhilfe im weiteren Sinne oder Leistungen, die unter das allgemeine Versorgungsprinzip fallen. Bedarfsleistungen werden nach dem Prinzip der Subsidiarität ausgerichtet: Voraussetzung für die Ausrichtung einer Bedarfsleistung ist der Nachweis, dass die Notlage nicht durch Leistungen einer vorgelagerten Sicherungsinstanz (Grundversorgung, Sozialversicherung, andere vorgelagerte Bedarfsleistungen) behoben werden kann.

Die Bedarfsleistungen können in folgende Kategorien unterteilt werden (Wyss, 1999):

- **Leistungen, welche die Sicherstellung der Grundversorgung garantieren:** Stipendien, Opferhilfe, Rechtshilfe, Zuschüsse an Sozialversicherungsbeiträge, Verbilligung/Übernahme von Prämien der obligatorischen Krankenversicherung. Diese Sozialleistungen sind in der Bundesgesetzgebung verankert und finden sich in allen Kantonen. Sie ergänzen die allgemeine Grundversorgung und werden im Rahmen der sich im Aufbau befindenden Sozialhilfe Einzelfall-Statistik nicht erfasst.
- **Leistungen in Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen:** Bestimmte Bedarfsleistungen setzen dann ein, wenn die Leistungen der Sozialversicherungen den Bedarf nicht zu decken vermögen. So werden bedarfsabhängig Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsbeihilfen und Familienbeihilfe als Ergänzung zu den Kinderzulagen ausgerichtet. Weitere Leistungen bestehen als Ergänzung zur Alters-Hinterlassenen und Invalidenversicherung (AHV/IV) bzw. zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, zur Arbeitslosenhilfe und zur Krankenversicherung. Diese Leistungen sind ausschliesslich kantonal geregelt. Die Palette variiert von Kanton zu Kanton.
- **Leistungen in Ergänzung mangelnder privater Sicherung:** Wo keine eigenen Rücklagen vorhanden sind bzw. eine familiäre Unterhaltspflicht nicht geleistet wird, kommen bei Bedarf individuelle Wohnkostenzuschüsse bzw. Alimentenbevorschussung zum Zuge. Auch diese Leistun-

gen sind ausschliesslich kantonal geregelt. Die Wohnkostenzuschüsse werden nicht in allen Kantonen ausgerichtet.

- **Sozialhilfe als letztes Netz der Sozialen Sicherheit:** Dort, wo die Kantone keine oder nur teilweise Bedarfsleistungen erbringen, ist die Sozialhilfe zuständig. In verschiedenen Kantonen werden innerhalb der Sozialhilfe spezifische Bedarfsleistungen erbracht, zum Beispiel Beihilfen zur Heimunterbringung oder die Übernahme von Bestattungskosten, für die in anderen Kantonen eine separate Bedarfsleistung besteht.

Nicht alle im ersten Inventar erfassten Sozialleistungen wurden im zweiten Inventar aktualisiert und vertieft. Auf die Vertiefung der Leistungen ‚Zuschüsse für Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV/EO)‘, ‚Opferhilfe (Entschädigung)‘ und ‚Rechtshilfe (unentgeltliche Rechtspflege)‘ wurde aus folgenden Gründen verzichtet: Bei den Zuschüssen für Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV/EO) und der Opferhilfe wurde der Aufwand für die Vertiefung als zu hoch eingestuft, verglichen mit den effektiv ausbezahlten individuellen Leistungen. Bei der Rechtshilfe sind die Ansprüche und Leistungen in allen Kantonen auf viele unterschiedliche Gesetze verteilt und sehr stark vom Ermessen der Gerichte abhängig, so dass eine Vertiefung, welche den Qualitätsansprüchen des BFS genügen sollte, zu aufwändig gewesen wäre.

Die nachstehende Übersicht zeigt, welche bedarfsabhängigen Sozialleistungen im Inventar 2002 erfasst und im Bericht ausgewertet wurden sowie in welchen Kantonen sie existieren.

Tabelle 2: Übersicht über die Bedarfsleistungen in den 26 Kantonen der Schweiz

1. Bedarfsabhängige Sozialleistungen zur Sicherstellung der allgemeinen Grundversorgung																										
1.1 Ausbildungsbeihilfen	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW	OW	SG	SH	SO	SZ	TG	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH
1.2 Verbilligung/Übernahme der obligatorischen Krankenversicherungsprämie	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW	OW	SG	SH	SO	SZ	TG	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH
1.3 Opferhilfe ¹²	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW	OW	SG	SH	SO	SZ	TG	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH
1.4 Rechtshilfe ¹²	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW	OW	SG	SH	SO	SZ	TG	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH
1.5 Zuschüsse für Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV/EO) ¹²	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW	OW	SG	SH	SO	SZ	TG	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH
2. Bedarfsabhängige Sozialleistungen in Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen																										
2.1 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV ¹³	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW	OW	SG	SH	SO	SZ	TG	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH
2.2 Beihilfen zur Heimunterbringung ¹⁴					BL								NE										VD			
2.3 Arbeitslosenhilfe								GE			JU		NE				SH				TI	UR	VD		ZG	
2.4 Bedarfsleistungen für Familien: Geburtsbeihilfen, Mutterchaftsleistungen, Familienbeihilfen ¹³							FR	GE	GL	GR		LU	NE			SG	SH				TI		VD	VS	ZG	ZH
2.5 Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten																					TI					
3. Bedarfsabhängige Sozialleistungen in Ergänzung mangelnder privater Sicherung																										
3.1 Alimentenbevorschussung	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW	OW	SG	SH	SO	SZ	TG	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH
3.2 Individuelle Wohnkostenzuschüsse					BL	BS		GE																		
4. Öffentliche Sozialhilfe																										
4.1 Sozialhilfe	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW	OW	SG	SH	SO	SZ	TG	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH

Quelle: Inventar 2002.

¹² Nicht aktualisiert und vertieft im Inventar 2002. Angaben basieren auf dem Inventar 1997.

¹³ In den aufgeführten Kantonen werden nicht immer alle Elemente des aufgeführten Leistungskatalogs ausgerichtet.

¹⁴ Im Unterschied zum ersten Auswertungsbericht (Wyss, 1998) wird diese Leistung in einem separaten Kapitel behandelt.

Zur Ermittlung des Anspruchs auf eine Bedarfsleistung werden die persönlichen Voraussetzungen geprüft: Ansprüche auf Renten, Taggelder etc., Wohnsitz, Karenzfrist, Familiensituation, Alter sowie Nationalität und eventuell weitere spezifische Kriterien werden dazu herangezogen. Neben den persönlichen Voraussetzungen ist eine Anspruchsberechtigung von den wirtschaftlichen Voraussetzungen der antragstellenden Person abhängig. Alle Bedarfsleistungen kennen Einkommensgrenzen, welche entscheidend sind für eine allfällige Berechtigung zum Leistungsbezug. Des Weiteren sind Beginn und Ende des Anspruchs in den Bestimmungen geregelt. Ist die Anspruchsvoraussetzung geklärt, wird anhand der Kriterien 'anrechenbares Einkommen' (nicht alle Einkommen werden gleich gewichtet), 'Vermögen' (Vermögensfreibetrag, Vermögensverzehr, Vermögensertrag) und 'Abzüge' (z.B. Mietzinsabzug, Kinderabzug, Unterhaltsbeiträge, Schulden etc.) der individuelle Anspruch ermittelt. Das anrechenbare Einkommen wird der jeweiligen Einkommensgrenze gegenübergestellt – die Differenz bestimmt die Höhe der Bedarfsleistung.

Die Anspruchsermittlung für Leistungen, die nach dem Bedarfsprinzip ausgerichtet werden, ist komplex und mit entsprechend hohem Aufwand verbunden. Die Bestimmungen zur Berechnung des anrechenbaren Einkommens und der Abzüge sind zum Teil äusserst differenziert. Werden die im Inventar erhobenen Bestimmungen zu den Bedarfsleistungen im Vergleich der 26 Kantone analysiert, zeigt sich ein Bild grosser Unterschiede.

0.5 Grenzen des zweiten Berichts zum Inventar

Einige Unschärfen und fehlende Angaben im Inventar 2002 erschwerten die Auswertung und schränken ihre Aussagekraft etwas ein:

- Methodisch wurden die einzelnen Bedarfsleistungen in den Kantonen im Inventar 2002 aufgrund eines einheitlichen Rasters mit detaillierten Fragen zu den Leistungen erfasst. Dieser Raster (siehe Anhang 2) wurde von den Projektmitarbeitenden in einer ersten Phase des Projekts gemeinsam erarbeitet und kommentiert. Im Laufe der Inventarisierung zeigte sich aufgrund der Vielfalt und Verschiedenartigkeit der einzelnen Leistungen, dass dieser Raster nicht für sämtliche Bedarfsleistungen gleich geeignet war.

- Gewisse definitorische Elemente der Leistungen sind in bestimmten Kantonen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe geregelt, während dies in anderen Kantonen auf Ebene der Ausführungsbestimmungen oder Direktiven geschieht. Aus diesem Grund ist es häufig der Fall, dass im Inventar bei bestimmten Rubriken die Bemerkung „keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen“ zu lesen ist. Dies heisst nicht, dass der entsprechende Punkt in einem Kanton nicht geregelt ist, sondern einzig, dass diese Regelung nicht auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe vorgenommen wurde. Bei der Inventarisierung wurde in einigen Kantonen unsystematisch auch Informationen aus Dekreten, Direktiven o. ä. verwendet. Dies führte zu einer heterogenen Informationsdichte.
- Die Vernehmlassung des Inventars bei den Kantonen durch das BFS erfolgte mit zeitlicher Verzögerung. Die Rückmeldungen, die ins Inventar aufgenommen wurden, basieren deshalb teilweise auf zwischenzeitlich aktualisierten Gesetzesgrundlagen und entsprechen nicht immer dem Stand 1.1.2002. Zudem sind bei Korrekturen oder Ergänzungen nicht immer Gesetzes- und Verordnungsreferenzen angegeben worden. Somit ist die zeitliche und rechtliche Verortung der Informationen nicht immer möglich.

Der vorliegende Bericht ist eine Analyse des Stands der bedarfsabhängigen Sozialleistungen per 1.1.2002. Er enthält keine Hinweise auf Gesetzesänderungen seit dem 1.1.2002. So hat zum Beispiel der Kanton Aargau auf den 1.7.2002 neu Bedarfsleistungen für Familien eingeführt. Oder: Der Kanton Zürich hat seither im Bereich Verbilligung/Übernahme von Krankenkassenprämien das Antragswesen eingeführt. Auf solche Hinweise wird explizit im Bericht verzichtet, da Vergleiche nur mit einem einheitlichen Stichdatum vorgenommen werden können.

Bei Vergleichen mit der Situation von 1997 ist in der Regel der Auswertungsbericht (Wyss, 1998) gemeint. Nur sehr punktuell konnten zusätzliche Recherchen in den Kantonen durchgeführt werden. Die Beschreibung der Veränderungen seit 1997 basiert einzig auf einer Analyse der im Inventar enthaltenen Angaben zu Gesetzen und Verordnungen. Damit konnten nur grössere Revisionen, Aufhebungen oder Neuschaffungen von Gesetzen und Verordnungen erfasst

werden. Nicht möglich war es, zu untersuchen, ob sich andere Veränderungen ergaben, die sich nur in Form einer Ergänzung bzw. einer Änderung einzelner Gesetzes- oder Verordnungsartikel niedergeschlagen haben. Auch konnte in der Regel nicht festgestellt werden, welchen Inhalt eine Revision hatte und welche Ziele damit verfolgt wurden.

1. Bedarfsabhängige Sozialleistungen zur Sicherstellung der allgemeinen Grundversorgung

1.1 Ausbildungsbeihilfen

1.1.1 Übersicht

1.1.1.1 Einleitung

Die Ausbildungsbeihilfen sind in der Bundesgesetzgebung¹⁵ sowie in kantonalen Gesetzgebungen verankert¹⁶.

Das Ziel der Ausbildungsbeihilfen besteht darin, auch wirtschaftlich schwachen Personen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen und die Bildungschancengleichheit herzustellen. Die Beihilfen gehen grundsätzlich an Auszubildende, die in der Regel die obligatorische Schulpflicht erfüllt haben und eine zu niedrige finanzielle Leistungsfähigkeit aufweisen, um die eigenen Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten zu decken.

Ausbildungsbeihilfen existieren in Form von Stipendien und Darlehen. Stipendien sind nichtrückerstattungspflichtige, einmalige oder wiederkehrende Leistungen für die Finanzierung der Ausbildung und der Lebenshaltungskosten, während Darlehen rückerstattungspflichtige, je nach Kanton verzinsliche oder unverzinsliche Leistungen sind. Diese werden in der Regel nur unter gewissen Bedingungen und für spezifische Ausbildungsarten gewährt.

Ausbildungsbeihilfen werden je nach Kanton für Vorbildungen, Erstausbildungen, Weiterbildungen, Zweitausbildungen und Umschulungen gewährt. Die Kantone können die Ausbildungsstätten festlegen, deren Bildungsangebote grundsätzlich über Beihilfen finanziert werden können.

Das Stipendiensystem der Schweiz ist ein elternabhängiges System, bei dem die Studierenden als Familienmitglieder und nicht als selbständige Personen unterstützt werden.

¹⁵ Bundesgesetz über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Ausbildungsbeihilfen vom 19.3.1965 (Ausbildungsbeihilfengesetz).
Verordnung über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Ausbildungsbeihilfen vom 9.7.1965.

¹⁶ Die für die Erarbeitung des vorliegenden Berichts verwendeten gesetzlichen Grundlagen finden sich im Anhang 3.

1.1.1.2 Veränderungen seit 1997

Gesetzes- und Verordnungsrevisionen sind im Bereich der Ausbildungsbeihilfen eher selten im Vergleich zu anderen Bedarfsleistungen. Seit 1997 wurden in den Kantonen Basel-Landschaft, Glarus¹⁷, Jura, Neuenburg, Nidwalden, Wallis und Zürich die Verordnung oder das Reglement revidiert. Einzig im Kanton Neuenburg kam es zu einem neuen Gesetzeserlass.

1.1.2 Beschreibung der Ausbildungsbeihilfen

Nachstehend werden die Leistungen der Ausbildungsbeihilfen dargestellt nach generellen und spezifischen Anspruchskriterien, Art der Leistung, Berechnung der Leistung und Finanzierung.

1.1.2.1 Generelle Anspruchskriterien

Zur Bestimmung der Zuständigkeit des Kantons wird für die Anspruchsberechtigung vom Wohnsitz der Bewerber/-innen ausgegangen. Dabei ist in der Mehrheit der Kantone der stipendienrechtliche Wohnsitz ausschlaggebend. Dieser befindet sich für minderjährige Bewerber/-innen am zivilrechtlichen Wohnsitz der Inhaber/-innen der elterlichen Gewalt, beziehungsweise am Sitz der zuständigen Vormundschaftsbehörde. Die Begründung des stipendienrechtlichen Wohnsitzes für volljährige Bewerber/-innen, die spezifischen Rechte von Kantonsbürger/-innen, Auslandschweizer/-innen mit Kantonsbürgerrecht, Flüchtlingen und Staatenlosen werden in der Regel vom Kanton spezifisch definiert. Die Begründung eines eigenen stipendienrechtlichen Wohnsitzes wird in den meisten Kantonen bei Erreichen der Volljährigkeit, nach Abschluss einer ersten Ausbildung sowie einer zweijährigen Wohnsitzdauer im Kanton und einer meist zeitlich festgelegten Minimaldauer der finanziellen Unabhängigkeit ermöglicht. Teilweise wird ausdrücklich verlangt, dass sich die Bewerber/-innen während dieser Zeit nicht in einer Aus- oder Weiterbildung befinden dürfen. In einigen Kantonen gilt als Erwerbstätigkeit auch die Führung eines Familienhaushaltes.

Die Kantone Aargau, St. Gallen und Graubünden unterscheiden sich von den übrigen 23 Kantonen, da sie sich in Bezug auf die Wohnortsdefinition auf den

¹⁷ Im Kanton Glarus wurde per 2001 die Verordnung über Stipendien, Studiendarlehen und Schulgeldbeiträge (Stipendienverordnung) sowie das entsprechende Reglement revidiert. Da es in diesem Kanton kein spezifisches Gesetz über die Ausrichtung von Beihilfen gibt, kommt dieser Änderung eine grössere Bedeutung zu als in den übrigen Kantonen, die unter Beibehaltung des Gesetzes nur die Verordnung geändert haben.

zivilrechtlichen Wohnsitz beziehen. Diese Kantone können ihren Kantonsbürger/-innen Ausbildungsbeihilfen gewähren, auch wenn diese ihren Wohnsitz in einem anderen Kanton begründen, dort aber keine oder ungenügende Beihilfen erhalten (AG: § 2 G; GR: Art. 2 G, Art. 1 R; SG: Art. 6 G).

Ausländische Staatsangehörige mit Niederlassung in der Schweiz sind Schweizer/-innen grundsätzlich gleich gestellt. Sie müssen dieselben Wohnortsbedingungen erfüllen. Verschiedene Kantone regeln den Anspruch für Ausländer/-innen mit einer Aufenthaltsbewilligung spezifisch. So gilt in den Kantonen Appenzell-Ausserrhoden, Basel-Stadt, Glarus, Thurgau, Tessin, Waadt und Zug, dass Personen mit ausländischem Bürgerrecht, die seit fünf Jahren in der Schweiz wohnen und den stipendienrechtlichen Wohnsitz im Kanton begründen, anspruchsberechtigt sind. In den Kantonen Appenzell-Innerrhoden, Genf, Schaffhausen und St. Gallen müssen ausländische Personen nicht nur seit mindestens fünf Jahren eine Aufenthaltsbewilligung besitzen, sondern zusätzlich noch die letzten zwei Jahre ununterbrochen im Kanton wohnhaft gewesen sein. In den Kantonen Luzern, Jura und Neuenburg gilt für Ausländer/-innen mit Aufenthaltsbewilligung, dass sie diese seit mindestens drei Jahren haben. Der Kanton Freiburg scheint von ausländischen Personen mit Aufenthaltsbewilligung keine Karenzfrist zu verlangen.

Flüchtlinge und Staatenlose haben in den meisten Kantonen sofort Anspruch auf Ausbildungsbeiträge, unter den gleichen Bedingungen wie Schweizer/-innen. Mancherorts werden für diese Anspruchsgruppen jedoch spezifische Regelungen – besonders in Bezug auf die Karenzfrist – erlassen.

Die Anspruchsberechtigung wird nicht als solche über die Familiensituation des Bewerbers definiert. Die Familiensituation kommt jedoch bei der Leistungsberechnung zum Tragen.

1.1.2.2 Spezifische Anspruchskriterien

Als spezifisches Anspruchskriterium gilt in verschiedenen Kantonen das Alter der Bewerber/-innen. Überdies verlangen viele Kantone, dass sich die Bewerber/-innen für die angestrebte Ausbildung eignen. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Altersbestimmungen sowie über weitere spezifische Anspruchskriterien in den einzelnen Kantonen.

Table 3: Spezifische Anspruchskriterien für Ausbildungshilfen

Kanton	Alterslimite für Stipendienberechtigung	Weitere spezifische Kriterien
AG	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
AI	Vollendetes 30. Altersjahr bei Beginn der Ausbildung (Art. 4 G) ¹⁸	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
AR	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Eignung (Art. 5 G)
BE	Vollendetes 40. Altersjahr, Limite kann aber aus wichtigen Gründen verlängert werden (Art. 5 G).	Erfüllen der Anforderungen der Ausbildungsstätte (Art. 5 G).
BL	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
BS	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Eignung (§ 7 G)
FR	Vollendetes 40. Altersjahr bei Beginn der Ausbildung (Art. 30 RBPF) ¹⁹	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
GE	Stipendien für Weiterbildung (perfectionnement professionnel) können erst ab 25 Jahren angefordert werden ²⁰ .	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
GL	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
GR	Vollendetes 32. Altersjahr bei Beginn der Ausbildung, Ausnahmen vorbehalten	Begabung, Ausweisen von Fleiss, Führung eines einwandfreien Lebenswandels und Erbringen des entsprechenden Nachweises (Art. 3 G).
JU	Einzig Alterslimite für Zweitausbildungen: Erreichen des 50. Altersjahrs vor Beginn der Zweitausbildung (Art. 5a LBPE).	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
LU	Vollendetes 30. Altersjahr bei Beginn der Ausbildung (§ 3 G). Von der Altersbeschränkung wird abgewichen, wenn die Ausbildung dem beruflichen Ein- oder Wiedereinstieg, insbesondere nach Einsatz zugunsten der Allgemeinheit (Sozialeinsätze) oder die Ausbildung der wirtschaftlichen Existenzsicherung dient oder die gesuchstellende Person wichtige Gründe nachweisen kann, die die Fortsetzung der bisherigen Berufstätigkeit erschweren (6 VO).	<ul style="list-style-type: none"> - Eignung - Erfüllen der Aufnahmebedingungen des Ausbildungsganges - Aufweisen eines ordentlichen Verlaufs der Ausbildung <p>Bei Ausbildungen im Ausland wird vorausgesetzt, dass der Gesuchsteller die Aufnahmebedingungen für eine gleichwertige Ausbildung in der Schweiz auch erfüllen würde (§ 5 V). In Härtefällen kann von der Voraussetzung der Erfüllung der obligatorischen Schulzeit abgesehen werden, wenn der Besuch einer öffentlichen Schule unzumutbare Kosten verursacht (§ 3 G).</p>
NE	Evt. bei Vollendung des 25. Altersjahres, wenn es sich um die Erstausbildung handelt (Art. 5, 6 Arrêté) ²¹	Eignung und wenn nötig erforderliche Diplome (art. 7 LBE).

¹⁸ Nachher besteht die Möglichkeit, Studiendarlehen zu erhalten.

¹⁹ Für Ausbildungen, die nach der Vollendung des 40. Altersjahres begonnen werden, können Darlehen gewährt werden.

²⁰ Dasselbe gilt für Darlehen für die Weiterbildung. Darlehen allgemein können nur von volljährigen Studierenden beantragt werden.

²¹ Wenn der/die Bewerber/in die Erstausbildung nach Erreichen des 25. Altersjahres beginnt, kann die Unterstützung in Form von Darlehen gewährt werden.

Kanton	Alterslimite für Stipendienberechtigung	Weitere spezifische Kriterien
NW	Vollendung des 40. Altersjahres bei Beginn der Ausbildung, wobei in begründeten Fällen wie zu beruflichem Wiedereinstieg und wirtschaftlicher Existenzsicherung davon abgewichen werden kann (Art. 3 SG).	Eignung Die Eignung gilt als gegeben bei Erfüllung der Aufnahme- und Promotionsbedingungen (Art. 6 SG).
OW	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
SG	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Begabung, charakterliche Eignung (Art. 7 G) Die Eignung gilt als nachgewiesen, wenn die Leistungen des Bewerbers den Anforderungen der Ausbildungsstätte genügen und er nicht zu schweren Klagen in charakterlicher Hinsicht Anlass gibt (Art. 5 G).
SH	Vollendung des 32. Altersjahres bei Beginn der Ausbildung. Diese Altersgrenze gilt jedoch nicht für Gesuchsteller, welche während zehn Jahren unbezahlte Erziehungs- oder Betreuungsarbeit geleistet haben oder in sonstigen, durch den Regierungsrat bewilligten Fällen (§ 2 D).	Erbringen genügender Leistungen, Verfügen über die erforderliche Begabung und Eignung (§ 2 D).
SO	Vollendung des 30. Altersjahres bei Beginn der Ausbildung (§ 5 G) ²²	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
SZ	Vollendung des 40. Altersjahres bei Beginn der Ausbildung ²³ . Diese Frist kann insbesondere für Weiterbildungen und Umschulungen mit anerkanntem Abschluss, bei Härtefällen sowie bei Absolventen des zweiten Bildungsweges im Einzelfall verlängert werden (§ 10 VV).	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
TG	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
TI	Stipendien werden Personen in Ausbildung nach Abschluss der obligatorischen Schulpflicht gewährt, die wenigstens 15 Jahre alt sind oder bis am 31. Dezember desselben Jahres das 15. Lebensjahr vollendet haben. Ein Höchstalter ist im Gesetz und in der Verordnung jedoch nicht vorgesehen; daher überprüft das ‚Ufficio delle borse di studio e dei sussidi‘ bei gesuchstellenden Personen ab einem gewissen Alter die Zweckmässigkeit eines allfälligen Beitrags.	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
UR	Vollendung des 30. Altersjahres, mit Ausnahme von Härtefällen (Art. 3 VO)	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
VD	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.

²² Bei Vollendung des 30. Altersjahres zu Beginn der Ausbildung werden nur Darlehen gewährt (§ 5 G).

²³ Studiendarlehen können weiterhin gewährt werden.

Kanton	Alterslimite für Stipendienberechtigung	Weitere spezifische Kriterien
VS	Erreichen des 30. Altersjahres bei Beginn der Ausbildung. In Ausnahmefällen befindet die zuständige Behörde (Art. 4 LOcBP) ²⁴ .	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten kantonalen Erlassen.
ZG	Vollendung des 50. Altersjahres bei Beginn der Ausbildung (§ 5 G) ²⁵ .	Die berufliche Förderung der Personen muss angezeigt erscheinen und sie muss den Anforderungen der Ausbildungsstätte genügen (§ 5 G).
ZH	Vollendung des 40. Altersjahres bei Beendigung der Ausbildung, wobei ausnahmsweise aus sozialen, arbeitsmarktlischen oder weiteren besonderen Gründen eine über das 40. Altersjahr hinausgehende Ausbildung, unter Berücksichtigung von Ausbildungsstand und Dauer der Ausbildung unterstützt werden kann (§ 8 VO).	Eignung Die Eignung für eine Ausbildung gilt als erwiesen, solange die Promotionsbedingungen der Ausbildungsstätte erfüllt sind oder ein Lehrvertrag besteht (§ 7 R)

Quelle: Inventar 2002.

Die Alterslimite, die Bewerber/-innen zum Bezug von Stipendien berechtigt, variiert interkantonal stark. Die niedrigste Altersgrenze liegt bei 25 Jahren, bezieht sich jedoch nur auf die Erstausbildung (Kanton Neuenburg), während die Kantone Appenzell-Innerrhoden, Luzern, Solothurn, Wallis und Uri nur bis zum 30. Altersjahr und die Kantone Graubünden und Schaffhausen bis zum 32. Altersjahr Stipendien gewähren. In den Kantonen Bern, Freiburg, Nidwalden, Schwyz und Zürich gilt die Altersgrenze von 40 Jahren, während in den Kantonen Jura und Zug Stipendien bis zum 50. Altersjahr beantragt werden können. Darlehen können in der Regel über diese Alterslimiten hinaus noch gewährt werden.

Als weitere spezifische Kriterien werden in einigen Kantonen neben der generellen Eignung auch noch die Eignung zur beruflichen Förderung und das Erfüllen der Anforderungen der Ausbildungsstätte sowie in je einem Kanton die Führung eines einwandfreien Lebenswandels (GR) bzw. die charakterliche Eignung (SG) genannt.

²⁴ Darlehen sind von der Alterslimite ausgenommen.

²⁵ Nachher können jedoch noch Darlehen gewährt werden.

1.1.2.3 Finanzielle Anspruchskriterien

In der grossen Mehrheit der Kantone bezieht man sich zur Bestimmung des Anspruchs nicht auf eine der gebräuchlichen Anspruchsgrenzen (beispielsweise die Einkommensgrenze gemäss Ergänzungsleistungen zur AHV/IV). Der Anspruch auf die Leistung wird individuell nach dem jeweiligen Bemessungssystem ermittelt, indem die Eigenleistungen der Bewerber/-innen und sonstiger zur Unterstützung verpflichteter Personen sowie die Lebenshaltungs- und Ausbildungskosten der Antrag stellenden Personen berücksichtigt werden.

Einzig im Kanton Basel-Stadt wird die Anspruchsgrenze per se definiert: Allein-stehende und verheiratete Bewerberinnen und Bewerber haben in diesem Kanton einen Anspruch auf Stipendien, wenn das errechnete Einkommen unter dem pfändungsamtlichen Existenzminimum zuzüglich Ausbildungskosten liegt. Der Grundbetrag des pfändungsamtlichen Existenzminimums wird ab dem 22. Altersjahr um 3% pro Jahr erhöht bis maximal 40% des pfändungsamtlichen Existenzminimums (§ 22 VV).

Es ist nicht möglich, an dieser Stelle näher auf die Zusammensetzung des an-rechenbaren Einkommens und Vermögens und die zumutbare Eigenleistung der Bewerber/-innen, der Eltern oder rechtlichen Vertreter bzw. der Ehegatten einzugehen, da die Anrechnung der finanziellen Verhältnisse der Antragstel-lenden sehr komplex ist und stark zwischen den Kantonen variiert.

1.1.2.4 Art der Leistung

In vielen Kantonen wird definiert, für welche Ausbildungsstätten und Ausbil-dungsgänge unter welchen Bedingungen Beihilfen ausgerichtet werden kön-nen (beispielsweise anerkannte private oder ausserkantonale Ausbildungs-stätten, ausländische Schule, nur für Kurse, die mindestens 4 Monate dauern, etc.). Oftmals handelt es sich um ausführliche Listen, die in speziellen Anhän-gen zu den Gesetzen erlassen werden. Es ist in diesem Bericht nicht möglich, diese interkantonalen Unterschiede zu untersuchen, die oftmals eine profun-de Kenntnis der lokalen Bildungslandschaft erfordern.

In der nachfolgenden Tabelle wird aufgeführt, welche Arten von Ausbildungsbeihilfen die Kantone kennen. Prinzipiell wird unterschieden zwischen Stipendien und Darlehen²⁶.

Für gewisse Kantone wird im Inventar 2002 angeführt, für welche Ausbildungen Stipendien und für welche Darlehen gewährt werden. Die diesbezüglichen Angaben sind jedoch unvollständig. Gemäss Stipendienreport 1999 werden in sämtlichen Kantonen schulische und berufliche Ausbildungen unterstützt. Die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) empfiehlt, welche Ausbildungsgänge zum Bezug von Beiträgen berechtigen sollen²⁷. Es sind dies die Vorbildung, die Erstausbildung, die Weiterbildung, die Zweitausbildung und die Umschulung von Berufsleuten. Während für Erstausbildungen grundsätzlich Stipendien gewährt werden sollen, wird angeregt, für Zweitausbildungen, Weiterbildungen und Umschulungen, sofern keine Stipendien ausgerichtet werden, zumindest Darlehen vorzusehen. Wie der Stipendienreport weiter ausführt, berechtigen die soeben genannten Ausbildungen in den meisten Kantonen in irgendeiner Form zum Bezug von Beiträgen. Unterschiede existieren aber in den Begriffsumschreibungen, der Frage der Anspruchsberechtigung v.a. bei Zweitausbildungen und Umschulungen sowie der für die jeweiligen Ausbildungsgänge vorgesehenen Beitragsform (Stipendienreport 1999:B10).

Beihilfen können auch in spezifischen Formen der Unterstützung wie Schulgelder oder Spezialstipendien gewährt werden. Diese werden in der nachstehenden Tabelle ebenfalls aufgeführt.

Tabelle 3: Art der Leistung

Kanton	Stipendien	Darlehen
AG	Stipendien Keine spezifischen Angaben im Inventar	Studiendarlehen Zinsfreie Darlehen an die Ausbildungskosten. Diese können anstelle von Stipendien gewährt werden, für welche dieselben Bemessungsgrundsätze gelten. Studiendarlehen können auch ausnahmsweise zugesprochen werden, wenn nicht alle Voraussetzungen der Beitragsberechtigung vollständig erfüllt sind (§ 7 G).

²⁶ Definition siehe Abschnitt 1.1.1.1

²⁷ EDK-Modellgesetz Art. 2 und 8 sowie EDK-Interkantonale Vereinbarung Art. 5 und BOTSCHAFT Interkantonale Vereinbarung, S.7. Zitiert durch Stipendienreport 1999:B10.

Kanton	Stipendien	Darlehen
		<p>Darlehen werden namentlich zugesprochen, wenn die Beendigung der Berufsausbildung abzusehen ist. Für eine auf die übliche Grundausbildung folgende vertiefte Spezialausbildung (postgraduate Studien) werden i.d.R. nur Darlehen zugesprochen, wobei diese die gesetzlichen Höchstansätze überschreiten dürfen. Darlehen können auch ausnahmsweise an Bewerber gewährt werden, die von den Eltern nicht die ihren finanziellen Verhältnissen angemessenen Beiträge erhalten können, sofern ohne staatlichen Beitrag die Ausbildung erschwert oder gefährdet wäre (§ 4 VO).</p> <p>Bei Zweifeln an der Eignung eines Bewerbers, können vorerst Studiendarlehen zugesprochen werden, auf deren Rückerstattung nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung verzichtet wird (§ 5 VO).</p>
AI	Stipendien Keine spezifischen Angaben im Inventar	Studiendarlehen Studiendarlehen können als Ergänzung oder Ersatz von Stipendien gewährt werden. Die Umwandlung von Studiendarlehen in Stipendien ist aber ausgeschlossen (Art. 6 G). Für eine dritte Ausbildung werden nur Darlehen gewährt (Art. 2 G). I.d.R. erhalten nur mündige Bewerber/-innen Studiendarlehen (Art. 7 SKB).
AR	Stipendien I.d.R. werden Ausbildungsbeiträge als Stipendien zugesprochen (Art. 8 G).	Darlehen Ausbildungskosten, die nicht durch Stipendien gedeckt werden, können als Darlehen gewährt werden. Für gesuchstellende Personen, deren Eltern nicht bereit oder infolge besonderer Umstände nicht in der Lage sind, den ihnen zugemuteten Beitrag an die Lebenshaltungs- und Ausbildungskosten aufzubringen, können ebenfalls Darlehen zur Verfügung gestellt werden (Art. 8 G)
BE	Stipendien I.d.R. werden Ausbildungsbeiträge als Stipendien ausgerichtet (Art. 3 G).	Darlehen Wenn keine Beitragsberechtigung für Stipendien besteht, können Ausbildungsbeiträge als Darlehen gewährt werden (Art. 4 G). Darlehen können nur an anerkannte Ausbildungen und Vorbereitungen gemäss dem Gesetz gewährt werden. Während dem laufenden Ausbildungssemester nicht beanspruchte Darlehen verfallen (Art. 11 VO). Für die Überbrückung zusätzlicher Semester bei einem Ausbildungswechsel oder für die Wiederholung bereits absolvierter Ausbildungsteile werden ausschliesslich Darlehen gewährt. Diese werden nicht am Schluss der Ausbildung, sondern für diejenigen Semester gewährt, die zusätzlich absolviert bzw. wiederholt werden (Art. 13 VO).

Kanton	Stipendien	Darlehen
BL	Stipendien Keine spezifischen Angaben im Inventar	Ausbildungsdarlehen Ausbildungsdarlehen können zur Ergänzung oder als Ersatz von Stipendien gewährt werden (§ 3 G).
BS	Stipendien Keine spezifischen Angaben im Inventar	Darlehen Wenn die Stipendien zur Deckung der Ausbildungs- und Lebenskosten nicht ausreichen, können zusätzlich Darlehen zugesprochen werden (§ 26 VV). Darlehen sind bis zum Abschluss oder Abbruch der Aus- oder Weiterbildung unverzinslich (§ 3 G). Ein Bewerber, der von seinen Eltern nicht ausreichend unterstützt wird, obwohl diese in der Lage wären, kann nur Darlehen erhalten (§ 8 G). Bewerber/-innen die aus finanziellen Gründen keine Stipendien beanspruchen können und deren Ausbildung ohne Ausbildungsbeiträge unmöglich oder erheblich gefährdet wäre, können von den Kommissionen Darlehen zugesprochen werden (§ 27 VV).
FR	Stipendien I.d.R. werden Stipendien gewährt (art. 5, LBPF).	Darlehen : Ausbildungsbeihilfen werden in Form von Darlehen gewährt : - auf ausdrückliches Verlangen des Bewerbers; - für das Doktorat; - für eine Drittausbildung und jede Ausbildung nach einer Beitragsdauer von insgesamt 11 Jahren; - für eine Ausbildung, die weniger als sechs Monate dauert; - für eine Ausbildung, die nicht in der üblichen Zeit abgeschlossen wurde; - für eine Ausbildung auf dem Korrespondenzweg; - für eine Ausbildung nach einem zweiten Ausbildungswechsel; - für eine Ausbildung, die nach dem 40. Lebensjahr begonnen wird; - in anderen Sonderfällen nach Ermessen der Kommission für Ausbildungsbeiträge. Die Kommission für Ausbildungsbeiträge kann ein Darlehen auch in Ergänzung zu einem Stipendium gewähren, namentlich um eine besonders teure oder lange Ausbildung zu finanzieren (art. 31 RBPF).
GE	Stipendien In der Regel werden Studienbeiträge in Form von Stipendien verliehen. Es existieren Stipendien für die Grundausbildung, höhere Berufsbildung oder Spezialisierung, für eine zweite Grundausbildung sowie für die berufliche und sprachliche Weiterbildung. Jeder Empfänger hat Anspruch auf einen fixen Jahresbeitrag für Materialkosten (art. 30, LEE et 71 et 72 REE).	Darlehen : Wenn das Einkommen der Familie in einem bestimmten Mass die per Gesetz definierte Einkommensgrenze überschreitet oder wenn die Studierenden die im Gesetz festgeschriebenen Anforderungen nicht erfüllen, können die Stipendienbeiträge unter gewissen Bedingungen durch Darlehen, also Geldbeträge, die zinsfrei zur Verfügung gestellt werden, jedoch zurückerstattet werden müssen, ersetzt oder ergänzt werden.

Kanton	Stipendien	Darlehen
		Darlehen werden lediglich volljährigen Studierenden gewährt. Sind am Ende einer Vorbereitungszeit Versetzungsprüfungen vorgesehen, so werden ausschliesslich Darlehen zugesprochen. Diese können bei erfolgreichem Bestehen der Prüfungen in Stipendien umgewandelt werden (art. 27, 30, 31 LEE et 71 et 72 REE).
GL	Stipendien Werden in der Regel bei Erstausbildungen gewährt, in Härtefällen und bei Ausbildungen, die nur als Zweitausbildungen absolviert werden können, auch für Zweitausbildungen. (Art. 5 VO, (Art. 25 R).	Studiendarlehen Studiendarlehen können als Ersatz oder ausnahmsweise als Ergänzung der Stipendien gewährt werden. Bei Zweitausbildungen werden Studiendarlehen gewährt. Die gesuchstellenden Personen für Studiendarlehen müssen in der Regel die formellen Voraussetzungen als Stipendiaten erfüllen; ausnahmsweise kann von diesem Erfordernis abgesehen werden (Art. 25 R).
GR	Stipendien I.d.R. werden Stipendien ausgerichtet.	Darlehen In besonderen Fällen können verheiratete Bewerber, die eine Familie mit mindestens zwei eigenen Kindern haben und voll stipendienberechtigt sind, Darlehen beziehen (Art. 5 RL). In Härtefällen kann die Regierung das zugesprochene Darlehen ganz oder teilweise in Stipendien umwandeln und das Erziehungsdepartement Stundung gewähren und den Zins erlassen (Art. 7 und 8 VVO).
JU	Stipendien I.d.R. werden Stipendien inkl. Schulgeld für das Absolvieren von Ausbildungen, die sich ausserhalb des Kantons befinden, ausgerichtet (art. 1, LBPE).	Darlehen Darlehen werden in speziellen Fällen gewährt. Es existieren Darlehen, die in Stipendien umwandelbar sind und rückzahlbare Darlehen. Darlehen sind unverzinslich während der ganzen Ausbildungszeit (art. 11, LBPE).
LU	Stipendien - für die Vorbildung - für die Erstausbildung sowie für eine Zweitausbildung, die einen Berufsabschluss auf Sekundarstufe II voraussetzt, werden 3/4 mit Stipendien und 1/4 in Form von Darlehen gewährt (§ 8 VO).	Darlehen - für die Erstausbildung sowie für eine Zweitausbildung, die einen Berufsabschluss auf Sekundarstufe II voraussetzt, werden 3/4 mit Stipendien und 1/4 in Form von Darlehen gewährt; - für die Zweitausbildung, die Weiterbildung und die Umschulung werden Darlehen gewährt. Diese können teilweise oder ganz durch Stipendien ersetzt werden (§ 8 VO). Darlehensbeträge unter Fr. 500.- pro Jahr werden als Stipendien ausbezahlt (§ 7 VO).
NE	Stipendien für Studium, Lehre, Weiterbildung und Umschulung - Die Weiterbildungsstipendien können an Personen verliehen werden, die ihre erste Ausbildung vervollständigen möchten und über die nötigen Kenntnisse verfügen (art. 27 LBEF). Die Ausbildung muss zu einem offiziellen	Darlehen : Folgenden Personen kann der Staat zusätzlich oder ergänzend Darlehen für Studium, Lehre, berufliche Weiterbildung oder Umschulung gewähren: -Schülerinnen, Schülern, Studierenden oder Lehrlingen, deren Stipendium mit dem

Kanton	Stipendien	Darlehen
	<p>len und anerkannten Abschluss führen.</p> <p>- Umschulungsstipendien können an Personen verliehen werden, die sich beruflich umschulen lassen (art. 30, 31 LBEF).</p> <p>- Der Fonds zur Förderung von Studien und Berufsausbildungen, welche die Forschung in den Bereichen Wissenschaft, Literatur und Kunst begünstigen, kann Beiträge zusprechen. Diese Forschungsbeiträge sollen insbesondere die Vorbereitung und Publikation von Doktorarbeiten und wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Arbeiten sowie Auslandsaufenthalte in Zusammenhang mit einer Forschungstätigkeit fördern. In der Regel werden diese nicht zurückzuzahlenden Beiträge in Form einmaliger Leistungen gewährt.</p> <p>Der Staat kann durch die Gewährung eines Beitrags die Auflage einer Doktorarbeit, die im Rahmen der Universität Neuchâtel veröffentlicht wird, unterstützen (art. 2 - 4 DFEEFP).</p>	<p>Höchstbetrag aufgrund persönlicher Umstände nicht ausreicht, um die Unterhaltskosten zu decken;</p> <p>-Schülerinnen, Schülern, Studierenden oder Lehrlingen, welche die Bedingungen des Gesetzes nicht erfüllen, die ihre Ausbildung aus materiellen Gründen nicht fortführen können;</p> <p>-gesuchstellenden Personen, die bereits über eine erste Ausbildung verfügen oder die die erste Ausbildung nach dem 25. Lebensjahr beginnen.</p> <p>Darlehen können ausserdem als Ergänzung zu den Stipendien für die berufliche Weiterbildung oder Umschulung gewährt werden. Doktorierende können nur ein Forschungsdarlehen erhalten, dies als Ergänzung zu anderen Unterstützungen.</p> <p>Der Fonds zur Förderung von Studien und Berufsausbildungen, welche die Forschung in den Bereichen Wissenschaft, Literatur und Kunst begünstigen, kann zinslose Darlehen vergeben. Diese Forschungsdarlehen sollen insbesondere die Vorbereitung und Publikation von Doktorarbeiten und wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Arbeiten sowie Auslandsaufenthalte in Zusammenhang mit einer Forschungstätigkeit fördern (Art. 2,4,33 LBEF, 2-4 DFEEFP).</p>
NW	<p>Stipendien</p> <p>Für Vor- und Erstausbildung werden i.d.R. Stipendien gewährt, die durch Darlehen ergänzt werden können.</p> <p>Für andere anerkannte Ausbildungen werden Stipendien, Darlehen oder beides gewährt (Art. 11 SG). Für eine Zweitausbildung wird der Ausbildungsbeitrag hälftig als Darlehen und Stipendium ausbezahlt. Für ein Doktorat und zweites Hochschulstudium wird der Ausbildungsbeitrag als Darlehen gewährt (§ 16 VVO).</p>	<p>Darlehen</p> <p>Darlehen sind verzinst zurückzuzahlen(Art. 10 SG).</p> <p>Darlehen können für Vor- und Erstausbildung in Ergänzung zu Stipendien gewährt werden und für andere anerkannte Ausbildungen in Ergänzung oder anstelle von Stipendien.</p> <p>Für eine Zweitausbildung wird der Ausbildungsbeitrag hälftig als Darlehen und Stipendium ausbezahlt.</p> <p>Für ein Doktorat und zweites Hochschulstudium wird der Ausbildungsbeitrag als Darlehen gewährt (§ 16 VVO).</p>
OW	<p>Stipendien</p> <p>Diese werden gewährt für die Schuldbildung während der obligatorischen Schulpflicht sowie für die Vorbildung.</p> <p>Für die Erstausbildung und die Weiterbildung sowie die Zweitausbildung bzw. Umschulung werden Stipendien, allenfalls in Verbindung mit Darlehen gewährt.</p> <p>An die Ausbildung von unmündigen Stipendiaten werden nur Stipendien ausbezahlt (Art. 5 VO).</p>	<p>Darlehen</p> <p>Darlehen werden als Ersatz oder Ergänzung der Stipendien gewährt für die Erstausbildung, die Weiterbildung sowie die Zweitausbildung bzw. Umschulung (Art. 4 VO).</p>

Kanton	Stipendien	Darlehen
SG	<p>Stipendien Stipendien werden ausgerichtet: - für Berufslehren und für den Besuch von Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten (Art. 2 G).</p> <p>Stipendien können ausgerichtet werden: - für den Besuch folgender Ausbildungen: a) Berufs- und Fachschulen; b) Hochschulen; als Hochschule gilt auch die Pädagogische Hochschule in St.Gallen; c) Instituten für die Ausbildung von Geistlichen; d) Lehranstalten, welche Personen, die schon im Erwerbsleben stehen oder standen, auf eine Maturitätsprüfung oder auf den Lehrerberuf vorbereiten.</p> <p>- für das Ausarbeiten einer Dissertation, einer Diplom- oder einer ähnlichen Abschlussarbeit, auch wenn der Bewerber die Schule nicht mehr besucht.</p>	<p>Studiendarlehen werden je nach den persönlichen Verhältnissen allein oder als Ergänzung zu Stipendien ausgerichtet (Art. 3 G). Studiendarlehen können ausgerichtet werden: - für den Besuch von: a) Berufs- und Fachschulen; b) Hochschulen; als Hochschule gilt auch die Pädagogische Hochschule in St.Gallen; c) Instituten für die Ausbildung von Geistlichen; d) Lehranstalten, welche Personen, die schon im Erwerbsleben stehen oder standen, auf eine Maturitätsprüfung oder auf den Lehrerberuf vorbereiten.</p> <p>- für das Ausarbeiten einer Dissertation, einer Diplom- oder einer ähnlichen Abschlussarbeit, auch wenn der Bewerber die Schule nicht mehr besucht.</p>
SH	<p>Stipendien Es können durch das Erziehungsdepartement auch Stipendien und Studiendarlehen gleichzeitig gewährt werden (§ 8 D).</p>	<p>Studiendarlehen Es können durch das Erziehungsdepartement auch Stipendien und Studiendarlehen gleichzeitig gewährt werden (§ 8 D).</p>
SO	<p>Stipendien Keine spezifischen Angaben im Inventar</p>	<p>Darlehen Darlehen werden gewährt, wenn die ausgerichteten Stipendien für die Ausbildung nicht ausreichen oder wenn der Bewerber nicht den Anforderungen für Stipendien entspricht und ohne Darlehen die gewählte Ausbildung nicht finanzieren könnte (§ 7 G). Darlehen werden grundsätzlich nur Volljährigen zugesprochen, ausnahmsweise auch Minderjährigen; sie werden nur gegen eine schriftliche Schuldanerkennung ausbezahlt. Darlehen können insbesondere dann ausbezahlt werden, wenn der Stipendienbetrag anerkannte Ausbildungskosten ungedeckt lässt oder ausserordentliche oder unvorhersehbare Lebenshaltungs- oder Ausbildungskosten anfallen, und diese Ausgaben die finanziellen Möglichkeiten des Bewerbers oder weiterer verpflichteter Personen übersteigen (§ 18 VVO).</p>
SZ	<p>Stipendien Als Ausbildungsbeiträge werden in erster Linie Stipendien gewährt. Stipendien sind Beiträge an die Kosten der Berufslehre sowie des Besuches von Schulen und Kursen (§ 1, 7 V).</p>	<p>Studiendarlehen An die Ausbildungskosten können Studiendarlehen gewährt werden. Darlehen schliessen Stipendien nicht aus (§ 7 V). Studiendarlehen werden ergänzend oder an Stelle gewährt (§ 22 VV). Ein Studiendarlehen kann auch ganz oder teilweise in ein Stipendium umgewandelt werden, wenn die Ausbildung erst nachträglich anerkannt wird (§ 26 VV).</p>
TG	<p>Stipendien I.d.R. werden Ausbildungsbeiträge als Sti-</p>	<p>Ausbildungsdarlehen Ausbildungsdarlehen werden gewährt, wenn</p>

Kanton	Stipendien	Darlehen
	pendien ausgerichtet (§ 6 G).	die Bedingungen zur Gewährung von Stipendien nicht erfüllt sind oder diese nicht ausreichen, Ausbildungsdarlehen können ergänzend zu Stipendien gewährt werden (§ 6 G).
TI	<p>Studienbeiträge, Lehrbeiträge, Ausbildungs- und Umschulungsbeihilfen: Studienbeiträge (Assegni di studio): Studienbeiträge werden für Schulausbildungen oder Studien nach der obligatorischen Schulzeit gewährt, normalerweise jedoch nur, wenn es sich um eine Vollzeitausbildung handelt; die Beiträge werden bis zur ordentlichen Abschlussprüfung entrichtet. Das Stipendium wird jeweils für ein Schuljahr gewährt und kann während der Mindestdauer des besuchten Ausbildungsgangs erneuert werden.</p> <p>Stellt ein vorgängiges Praktikum eine unumgängliche Bedingung für die Zulassung zur Ausbildung dar, wird die Beihilfe auf das Praktikum ausgedehnt, wobei die Richtlinien der betreffenden Schule massgebend sind (Art. 7 RDBDS).</p> <p>Lehrbeiträge (Assegni di tirocinio): Lehrbeiträge werden Lehrlingen im Kanton, bei gerechtfertigten Umständen auch Lehrlingen ausserhalb des Kantons, einschliesslich Schülern und Schülerinnen von Berufsschulen im Gesundheitswesen oder von Schulen im Sozialbereich, die einer Lehrausbildung entsprechen, jährlich gewährt (Art. 16 RDBDS).</p> <p>Ausbildungs- und Umschulungsbeihilfen (Sussidi professionali): Die Beihilfe wird einmal für das gesamte Ausbildungsprogramm gewährt und in Abhängigkeit der Dauer in einer oder mehreren Raten ausbezahlt.</p> <p>Stellt ein vorgängiges Praktikum eine unumgängliche Bedingung für die Zulassung zur Ausbildung dar, wird die Beihilfe auf das Praktikum ausgedehnt, wobei die Richtlinien der betreffenden Schule massgebend sind (Art. 18 RDBDS).</p>	<p>Studiendarlehen: Studiendarlehen werden für die Verlängerung des minimalen Ausbildungsgangs, für einen zweiten Ausbildungsgang oder als Ergänzung zum oder anstelle des Beitrags gewährt.</p> <p>Das Darlehen muss vom Empfänger resp. von der Empfängerin zurückbezahlt werden, was von den Eltern (bei minderjährigen gesuchstellenden Personen) und vom Ehepartner resp. der Ehepartnerin bestätigt werden muss, ohne dass diese dadurch solidarisch haften.</p> <p>Das ordentliche Darlehen wird anstelle des Beitrags gewährt; es entspricht einer Verlängerung der Unterstützung des minimalen Ausbildungsgangs um höchstens zwei Jahre im Falle eines Wechsels der Ausbildungsrichtung oder des Ausbildungsortes oder nicht bestandener Prüfungen oder aber für die Vorbereitung des Doktorats oder einer entsprechenden Weiterbildung nach der ordentlichen Abschlussprüfung (Art 12, 13 RDBDS).</p>
UR	<p>Stipendien a) für die Vorbildung b) für die Erstausbildung und die Weiterbildung.</p> <p>Bei langdauernder Ausbildung und hohen Ausbildungskosten kann der Beitrag in Form von Stipendien und Darlehen ausgerichtet werden.</p> <p>Von diesen Grundsätzen kann in Härtefällen abgewichen werden (Art. 5 VO).</p> <p>Stipendien werden nur für Ausbildungen gewährt, für die der Bund Beiträge leistet (Art. 7 R).</p>	<p>Darlehen: Darlehen können als Ergänzung oder als Ersatz der Stipendien ausgerichtet werden (Art. 4 VO). Studiendarlehen werden für Ausbildungen, die vom Bund oder vom Kanton anerkannt sind, ausgerichtet (Art. 7 R). Für die Zweitausbildung bzw. Umschulung werden ausschliesslich Darlehen gewährt und zwar höchstens bis zum anerkannten Fehlbetrag.</p> <p>Für die Erstausbildung und die Weiterbildung können bei langdauernder Ausbildung (ab 25. Altersjahr) und hohen Ausbildungskosten</p>

Kanton	Stipendien	Darlehen
		<p>(über Fr. 10'000.- pro Jahr) Darlehen gewährt werden für jenen Betrag, um den der anerkannte Fehlbetrag das ermittelte Stipendium übersteigt.</p> <p>Die Stipendienkommission kann in Härtefällen von diesen Grundsätzen abweichen (Art. 9 R).</p> <p>Darlehen können nachträglich in Stipendien umgewandelt werden (Art. 5 VO).</p>
VD	<p>Stipendien</p> <p>In der Regel werden Stipendien gewährt. Wenn die Eltern die von ihnen zu erwartende finanzielle Unterstützung verweigern, übersteigt der Betrag des Stipendiums nicht den Betrag, der gewährt würde, wenn die gesuchstellende Person von ihren Eltern unterstützt würde (Art. 15 L aide aux études).</p>	<p>Darlehen :</p> <p>In Ausnahmefällen werden Darlehen gewährt:</p> <ul style="list-style-type: none"> -für die Vorbereitung eines dritten Zyklus oder eines Nachdiploms während eines Studienjahrs; -für die Erarbeitung einer Doktorarbeit. Die Unterstützung wird in der Regel für die Dauer von drei Jahren gewährt; -für Personen, die nach einem ersten Berufs- oder Universitätsabschluss ihr Studium fortsetzen oder wieder aufnehmen, um eine neue Tätigkeit zu erlernen, wenn sie für die vorangehende Ausbildung ein Stipendium erhalten haben (Art. 6 L aide aux études). <p>In folgenden Situationen können Darlehen vollständig oder teilweise gewährt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> -für das Jahr vor den Abschlussprüfungen, wenn eine Nebenbeschäftigung aufgegeben wird und bis zum Richtwert der vom Regierungsrat vorgesehenen Einkommensfranchise (Art. 6a R aide aux études). -wenn die finanzielle Situation der Eltern nicht berücksichtigt wird, um die Notwendigkeit und die Höhe der Unterstützung zu bestimmen (da andere im Kanton Waadt wohnhafte Personen für den Unterhalt der gesuchstellenden Person aufkommen oder weil die gesuchstellende Person volljährig, im Kanton Waadt wohnhaft und finanziell unabhängig ist oder weil die gesuchstellende Person ihr Studium mit ihren eigenen Mitteln finanziert), und die Eltern der gesuchstellenden Person vermögend sind (Art. 12, 12 L aide aux études). <p>Darlehen können auch in vom Gesetz nicht geregelten Fällen und als Ergänzung gewährt werden (Art. 9, L aide aux études).</p>
VS	<p>Stipendien :</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Lehrlinge, Schüler der Oberstufe auf Sek. II und ähnlichen Schulen - für Schüler, die Vorbereitungsschulen für die Lehrerausbildung absolvieren, für Ausbildungen der sozialen Arbeit, Verwaltungsschulen, Schulen, die für Berufe in den paramedizinischen, künstlerischen und kirchlichen Bereichen vorbereiten, technische Schulen und Technikum, Fachhochschulen, universitäre Ausbildungen inkl. Doktorat und für Zweitausbildungen, Weiterbildung und berufliche, vollzeitliche Fortbildung (Art. 8, 9, LOcBP und Art. 11, RCaBP). 	<p>Darlehen :</p> <p>Darlehen können gewährt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Schüler, die Vorbereitungsschulen für die Lehrerausbildung absolvieren, für Ausbildungen der sozialen Arbeiten, Verwaltungsschulen, Schulen, die für Berufe in den paramedizinischen, künstlerischen und kirchlichen Bereichen vorbereiten, technische Schulen und Technikum, Fachhochschulen, inkl. Doktorat und Publikation von Dissertationen, für Zweitausbildungen, Weiterbildung und berufliche, vollzeitliche Fortbildung (Art. 8, 9, LOcBP und Art. 11, RCaBP). - für berufliche Fortbildung während der Ar-

Kanton	Stipendien	Darlehen
		<p>beit, späte Ausbildungen und universitäre Zweitausbildungen.</p> <p>Darlehen mit höheren Zinsen als normale Darlehen (und berechnet mit Beginn der Gewährung) werden gewährt, wenn bewiesen ist, dass ein Bewerber von seinen Eltern überhaupt keine Unterstützung erhält oder nur zu wenig Unterstützung erhält (obschon diese theoretisch die Mittel hätten, die Ausbildung zu finanzieren) und wenn die Berufsausbildung und das Studium ohne diesen Beitrag nicht ermöglicht wird. Solche Darlehen können ebenfalls gewährt werden, wenn andere spezifische Umstände es verlangen (art. 8 et 9, LOcBP et art. 11, RCaBP).</p>
ZG	Stipendien Keine spezifischen Angaben im Inventar	Darlehen Keine spezifischen Angaben im Inventar
ZH	Stipendien - Für die Vorbildung; - Für die Erstausbildung, Weiterbildung und Zweitausbildung; Wenn die ordentliche Ausbildungsdauer überschritten ist, die Stipendienkommission aber ausnahmsweise einen Beitrag bewilligt, so wird der berechnete Betrag nur zur Hälfte als Stipendium gewährt. Diplomierte einer Fachhochschule, welche direkt in das entsprechende Hauptstudium einer schweizerischen universitären Hochschule aufgenommen worden sind, können, werden mit Stipendien unterstützt (§ 4 R). Für eine zweite Hochschulausbildung sind in Härtefällen Stipendien möglich (§ 8 VO). Stipendien müssen nicht zurückbezahlt werden. Jedoch wird eine gänzliche oder teilweise Rückzahlung erwartet, wenn sich der/die Empfänger/-in später in guten finanziellen Verhältnissen befindet (§ 2 VO)	Darlehen: Darlehen werden nur in besonderen Fällen, anstelle oder zur Ergänzung von Stipendien ausgerichtet (§ 1 VO). Sofern der Bedarf nachgewiesen ist, kann die Stipendienkommission für die Erstausbildung, Weiterbildung und Zweitausbildung zusätzlich zu den Stipendien noch ein Darlehen gewähren. Eine Weiterbildung nach abgeschlossenem höherem Fachschul- oder Hochschulstudium wird in der Regel nur unterstützt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber eine besondere Qualifikation nachweist; die Beiträge werden in der Regel als Darlehen ausgerichtet (§ 4 R). Für eine zweite Hochschulausbildung wird der berechnete Betrag als Darlehen gewährt (max. aber Fr. 6000.- gemäss § 7 Abs. 2 AusbV). Sofern die notwendigen Unterlagen noch nicht beigebracht sind, kann bis zu deren Vorliegen höchstens ein Darlehen gewährt werden (§ 8 VO).

Quelle: Inventar 2002

In den meisten Kantonen werden Ausbildungsbeihilfen in der Regel in Form von Stipendien ausgerichtet. In vielen Kantonen sind Darlehen nur für bestimmte Ausbildungsgänge und Bildungsgrade und beim Vorliegen besonderer Umstände vorgesehen. Oftmals ist es möglich, dass beide Beitragsarten miteinander verbunden werden. Darlehen haben somit eher eine ergänzende und manchmal ersetzende Funktion gegenüber Stipendien. In verschiede-

nen Kantonen werden beispielsweise für Zweitausbildungen einzig Darlehen gewährt.

Darlehen sind in den meisten Kantonen verzinslich. In den Kantonen Aargau, Genf, teilweise in Neuenburg, Waadt wird jedoch kein Zins erhoben.

In einigen Kantonen können Darlehen nachträglich unter gewissen Umständen teilweise oder vollständig in Stipendien umgewandelt werden (AG, GE, GR, JU, SZ, UR, VD). In manchen Kantonen wird jedoch in den Erlassen auch explizit darauf hingewiesen, dass eine solche Umwandlung nicht möglich ist (AI, SO).

Als weitere Formen von Ausbildungsbeihilfen existiert in einzelnen Kantonen der Erlass oder die teilweise Rückerstattung von Schulgeldern und weiteren Gebühren. Solche Beiträge werden in gewissen Kantonen nur für ausserkantonale Ausbildungsstätten ausgerichtet (GL²⁸), in Genf²⁹ für bestimmte Ausbildungsgänge. Im Kanton Appenzell-Innerrhoden leistet der Kanton Beiträge in Form von Schulgeldern an die Ausbildungskosten während der beruflichen Erstausbildung, wenn die Ausbildungskosten nicht durch ein Stipendium oder Studiendarlehen gedeckt sind oder durch eine Vereinbarung mit den Trägern der jeweiligen Schule geregelt sind (Art. 8 G). In den Kantonen Jura³⁰ und Genf³¹ existieren spezielle Beihilfen für Personen, die die gesetzlichen Bedingungen nicht erfüllen, deren Situation jedoch eine Unterstützung rechtfertigt. Im Kanton Wallis können Unterstützungen für die Publikation von Dissertationen gewährt werden.

²⁸ Schulgeldbeiträge werden an Kantonseinwohner, die ihre Ausbildung nicht im Kanton erhalten können, sondern öffentlich anerkannte auswärtige Schulen besuchen, im Rahmen der bestehenden interkantonalen Abkommen ausgerichtet (Art. 6 VO).

²⁹ Die Befreiung oder Rückerstattung von Gebühren können Empfängerinnen und Empfänger von Stipendien und Darlehen sowie Personen mit schwachem Einkommen, die jedoch kein Recht mehr auf Stipendien oder Darlehen haben, gewährt werden.

³⁰ Es existiert ein kantonaler Stipendienfonds, der einer gesuchstellenden Person ein Spezialstipendium gewährt, wenn sie und ihre Eltern sich in einer äusserst schwierigen sozialen Situation befinden. Es besteht kein Rechtsanspruch zur Erlangung oder Erneuerung einer Unterstützung aus dem kantonalen Stipendienfonds. Der 'Service financier de l'enseignement' verfügt über die Kompetenz, diese Spezialstipendien zu gewähren, wenn die gewöhnlichen gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, um die Ausbildung der gesuchstellenden Person zu gewährleisten (Art. 47 OBPE).

³¹ Unter gewissen Bedingungen können Studierende, welche die im Gesetz festgeschriebenen Anforderungen für ein Stipendium nicht erfüllen, anstelle eines Stipendiums ein Spezialstipendium (allocation spéciale) beantragen (Art. 27, 31 LEE).

1.1.2.5 Berechnung der Leistung

Die Berechnungen der Ausbildungsbeiträge sind höchst komplex. Es ist aus diesem Grund nicht möglich, diese Vielfalt an Berechnungsmodi hier zu analysieren und zu systematisieren. Vereinfacht kann festgehalten werden, dass Ausbildungsbeihilfen in der Regel in Abhängigkeit vom Einkommen und vom Vermögen der Familie (unter Berücksichtigung der Familiensituation/Kinderzahl) sowie vom Budget der Auszubildenden (Einkommen, Vermögen und Ausgaben für Lebensunterhalt, Schulkosten etc.) ausgerichtet werden.

Der Stipendienreport 1999 unterscheidet zwei idealtypische Bemessungssysteme für Ausbildungsbeihilfen: das Beitragssystem und das Punktesystem. Im Beitragssystem (auch Fehlbetragsdeckungssystem genannt) wird ein Vergleich zwischen anrechenbaren Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten und anrechenbarem Familieneinkommen vorgenommen. Wenn daraus ein Fehlbetrag resultiert, wird dieser ganz oder teilweise über Ausbildungsbeihilfen ausgeglichen. Als Beispiel für Kantone, die das Beitragssystem kennen, werden Bern, Basel-Stadt, Jura, St. Gallen, Thurgau, Wallis und Zürich genannt (Stipendienreport 1999:B20). Beim Punktesystem werden für Familieneinkommen und Ausbildungskosten je nach Höhe Plus- und Minuspunkte vergeben. Bei einem Minussaldo wird pro Punkt ein bestimmter Frankenbetrag als Ausbildungsbeihilfe ausbezahlt (Studienreport 1999:A3). Das Punktesystem findet sich z.B. in den Kantonen Aargau, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Tessin und Zug (Stipendienreport 1999:B20). In vielen Kantonen sind die gesetzlichen Bemessungsregelungen jedoch sehr komplex und eine klare Zuordnung zu einem Berechnungssystem ist nur schwer möglich (Stipendienreport 1999:B21).

Im Folgenden wird auf die maximalen und minimalen Beitragshöhen der Ausbildungsbeihilfen eingegangen.

Tabelle 4: Maximale/minimale Beitragshöhe

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
AG	<p>Max. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Volksschüler/-innen: Fr. 1'000.- - für Lehrlinge: Fr. 6'000.- - für Absolvent/innen von landwirtschaftlichen Schulen: Fr. 6'000.- - für Absolvent/innen von Schulen für medizinisches Hilfspersonal: Fr. 10'000.- - für Absolvent/innen von Vollzeitschulen der Sekundarstufe 2: Fr. 10'000.- - für Absolvent/innen von Schulen und Kursen der Tertiärstufe: Fr. 13'000.- <p>Min. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Volksschüler/-innen: Fr. 200.- - für Lehrlinge, Absolvent/-innen von landwirtschaftlichen Schulen, Absolvent/-innen von Schulen für medizinisches Hilfspersonal, Absolvent/-innen von Vollzeitschulen der Sekundarstufe II, Absolvent/-innen von Schulen und Kursen der Tertiärstufe: Fr. 1'000.- (§ 6k VO) 	Keine Angaben in den im Inventar erwähnten Erlassen.
AI	<p>Max. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Unmündige: Fr. 10'000.- - für Mündige: Fr. 13'000.- - für Verheiratete und Alleinerziehende: Fr. 18'000.- <p>Kinderzuschlag pro minderjähriges Kind: Fr. 3'000.-</p> <p>Die Höchstansätze für Stipendien können in besonderen Fällen erhöht werden, bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) besonders hohem Schulgeld um höchstens Fr. 5'000.-; b) einem Studium im Ausland um höchstens Fr. 5'000.- c) Weiterbildung sowie Umschulung um höchstens Fr. 5'000.- <p>Schulgeldbeiträge dürfen in der Regel pro Ausbildungsjahr jene gemäss Ostschweizerischem Schulabkommen (Teilabkommen 3) nicht überschreiten (Art. 6 VO).</p> <p>Stipendium und Studiendarlehen zusammen dürfen die anrechenbaren Kosten nicht überschreiten (Art. 10 SKB).</p> <p>Min. Beitrag: Fr. 500.-</p>	<p>Max. Beitrag: Fr. 10'000.- pro Jahr, aber höchstens bis zu einem Gesamtbetrag von Fr. 50'000.- (Art. 6 VO).</p> <p>Stipendium und Studiendarlehen zusammen dürfen die anrechenbaren Kosten nicht überschreiten (Art. 10 SKB).</p>
AR	<p>Max. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ledige: Fr. 10'000.- - Verheiratete: Fr. 12'000.- <p>Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.-</p> <p>Min. Beitrag:</p>	<p>Max. Beitrag: Fr. 10'000.- pro Jahr, höchstens aber bis zu einem Gesamtbetrag von Fr. 40'000.- (Art. 9.1 G).</p>

³² Falls nicht anders vermerkt, handelt es sich um die maximalen/minimalen Beiträge pro Jahr.

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
	Fr. 500.- (Art. 8.4 G).	
BE	Min. Beitrag: Fr. 250.- pro Semester (Art. 3 VO)	Max. Beitrag: Gesamthaft Fr. 50'000.- (Art. 4 G). Min. Beitrag: Fr. 250.- pro Semester (Art. 3 VO)
BL	Max. Beiträge: Für ein Ausbildungsjahr: - im ersten Bildungsgang für Ausbildungen an Universitäten, Fachhochschulen, Lehr- amtsbildungsanstalten, Ausbildungsstätten für Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen, Erzieher, Erzieherinnen und Geistliche, höheren technischen und landwirtschaftlichen Lehranstalten sowie höheren Handels- und Verwaltungsschulen: Fr. 7'600.- - im ersten Bildungsgang für Ausbildungen an Maturitätsschulen, Vollzeitberufsschulen, Schulen für Allgemeinbildung, an Fachschulen und paramedizinischen Berufsschulen, Berufslehren und Anlehen: Fr. 4'000.- - bei Bewerber/-innen in Weiterbildung, Zweitausbildung oder Umschulung aus wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder anderen achtenswerten Gründen nach erster, anerkannter Berufsausbildung und mindestens zweijähriger finanzieller Unabhängigkeit durch eigene Erwerbstätigkeit oder bei gleichwertiger Familientätigkeit: Fr. 13'000 - bei verheirateten Bewerber/-innen für das Ehepaar: Fr. 18'000.- Wenn der Schulbesuch Unterkunft und Verpflegung ausserhalb des Wohnsitzes bedingt, weil keine gleichwertige Ausbildungsmöglichkeit in der Region besteht, können im Rahmen der dadurch verursachten Mehrkosten zusätzliche Beiträge bis höchstens Fr. 5'400.- für jedes Ausbildungsjahr ausgerichtet werden. Hohe Schulgelder von über Fr. 1'200.- im Ausbildungsjahr werden bis höchstens Fr. 5'000.- für ein Jahr in Anrechnung gebracht. Kinderzuschlag: Fr. 3'000.- pro Kind. Min. Beitrag: Fr. 1'000.- (§ 10 G)	Max. Beitrag: Fr. 7'000.- pro Ausbildungsjahr. Min. Beitrag: Fr. 1'000.- für jedes Ausbildungsjahr (§ 11 G)
BS	Max. Beiträge: Für Bewerber/-innen aus Familien, - zuhause lebend: Fr. 7'000.- + reine Ausbildungskosten; - während auswärtiger Ausbildung nicht im Haushalt der Eltern lebend: Fr. 10'000.- + reine Ausbildungskosten. Für alleinstehende Bewerber/-innen: - im Haushalt Angehöriger lebend: Fr. 7'800.- + reine Ausbildungskosten - nicht im Haushalt Angehöriger lebend: Fr.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
	<p>12'000.- + reine Ausbildungskosten</p> <p>Für Ehepaare: Fr. 18'000.- + reine Ausbildungskosten, bzw. wenn beide Ehepartner in Ausbildung sind, ein Ehepartner aber Stipendiatin oder Stipendiat eines anderen Kantons ist: Fr. 9'300.- + reine Ausbildungskosten.</p> <p>Zuschläge</p> <ul style="list-style-type: none"> - für über 20-jährige Stipendiatinnen und Stipendiaten: Fr. 1'200.- - für jedes eigene unterstützte Kind: Fr. 3'000.-pro Jahr - für Alleinerziehende mit Kindern bis zur Erfüllung deren Schulpflicht: Fr. 3'000.- pro Jahr. <p>Min. Beitrag: Fr. 1'200.- pro Jahr (§ 25 VV).</p>	
FR	<p>Max. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Personen unter 20 Jahren: Fr. 10'000.- - für Personen über 20 Jahren: Fr. 13'000.- - für Verheiratete: Fr. 18'000.- <p>Diese Maximalbeträge können erhöht werden gemäss Tabelle des Regierungsrates in Bezug auf die jährlichen Ausbildungskosten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wenn der Bewerber eine speziell teure Ausbildung absolviert ; - wenn der Bewerber eines oder mehrere unterhaltspflichtige Kinder hat (art. 24 RBPF). <p>Min. Beitrag: Fr. 750.- pro Jahr (art. 23 RBPF).</p>	<p>Max. Beitrag: Max. Gesamtbeitrag von Fr. 30'000.- (art. 25 RBPF).</p> <p>Min. Beitrag : Fr. 1'500.- (art. 25 RBPF).</p>
GE	<p>Min. Beitrag: Fr. 500.- pro Jahr.</p>	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen.
GL	<p>Max. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bis zum erreichten 20. Lebensjahr: Fr. 10'000.- - ab Beginn des 21. Lebensjahres: Fr. 13'000.- - für Verheiratete (auch wenn beide studieren): Fr. 18'000.- <p>Kinderzuschlag pro Kind Fr. 3'000.- (Art. 13 R)</p> <p>Min. Beitrag: Fr. 600.-, dieser Betrag wird noch ausgerichtet, wenn der errechnete Betrag Fr. 400.- übersteigt (Art. 17 R).</p>	<p>Max. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fr. 9'000.- pro Jahr, wenn die Darlehen als Ergänzung zu Stipendien gewährt werden; - Fr. 13'000.-, wenn die Darlehen als Ersatz von Stipendien gewährt werden (Art. 26 R).
GR	<p>Max. Beiträge: Stipendien dürfen die vom Bund für die Beitragsleistung anerkannten Höchstbeträge nicht übersteigen (Art. 3 VVO)</p> <ul style="list-style-type: none"> - bis zum vollendeten 20. Altersjahr: Fr. 9'200.- - nach dem vollendeten 20. Altersjahr oder für Hochschüler unter 20 Jahren: Fr. 11'200.- - für Verheiratete (auch wenn beide studieren): Fr. 18'000.- 	<p>Max. Beitrag: Fr. 5'000.- pro Jahr (RL).</p>

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
	<p>ren) Fr. 19'600.- Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 1'500.-</p> <p>Zu diesen Höchststipendien kommen jeweils zusätzlich noch die anerkannten höheren Schul- und Studiengelder. Bei ausserordentlich hohen Ausbildungskosten oder bei ausserordentlich hoher Belastung durch die Ausbildung kann die Regierung höhere Stipendien gewähren (Pkt. 4 RL).</p> <p>Min. Beitrag: Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>	
JU	<p>Max. Beiträge :</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die obligatorische Schulbildung: Fr. 2'000.- - für die Promotionszyklen (cycles de promotion) und die Vorlehen: Fr. 4'000.- <p>Für sämtliche Grundausbildungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Bewerber/-innen unter 25 Jahren : Fr. 10'000.- - für Bewerber/-innen über 25 Jahren : Fr. 13'000.- - für Ausbildungen zweiten Grades (Sekundarstufe II): Fr. 13'000.- - für Verheiratete: Fr. 22'000.- - für Ledige, Geschiedene, Getrennte oder Witwen mit Kinder: Fr. 18'000.- - Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- <p>Min. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Für die obligatorische Schulbildung und für die Promotionszyklen (cycles de promotion) und die Vorlehen: Fr. 400.- - Für sämtliche Grundausbildungen, für Ausbildungen zweiten Grades (Sekundarstufe II), für Verheiratete, für Ledige, Geschiedene, Getrennte oder Witwen mit Kindern: Fr. 500.- (Art. 9, OBPE) 	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
LU	<p>Max. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - minderjährige Personen: Fr. 10'000.- - volljährige Personen: Fr. 13'000.- - verheiratete Personen: Fr. 18'000.- - verheiratete Personen, wenn beide Ehegatten Ausbildungsbeiträge beziehen: Fr. 13'000.- - Kinderzuschlag: Fr. 3'000.- pro Kind. <p>In Härtefällen können die Maximalbeiträge um höchstens einen Drittel überschritten werden.</p> <p>Die Höchstansätze für Stipendien können erhöht werden bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> - besonders hohen Schulgeldern um höchstens Fr. 5'000.- - einem Studium im Ausland um höchstens Fr. 	<p>Max. Beiträge:</p> <p>In der Regel Fr. 20'000.- pro Jahr. Für die gesamte Ausbildung können höchstens Darlehen im Betrag von Fr. 100'000.- gewährt werden. In Härtefällen können die Höchstansätze um höchstens einen Drittel überschritten werden. (§ 7 VO).</p> <p>Min. Beitrag:</p> <p>Darlehensbeträge unter Fr. 500.- pro Jahr werden als Stipendien ausbezahlt (§ 7 VO).</p>

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
	<p>5'000.- - Weiterbildungen sowie Umschulungen um höchstens Fr. 8'000.- (§ 7 VO).</p> <p>Min. Beitrag: Ausbildungsbeiträge werden nur gewährt, wenn der zu deckende Fehlbetrag pro Jahr mindestens Fr. 500.- beträgt (§ 7 VO).</p>	
NE	<p>Max. Beiträge : - Ledige: Fr. 13'000.- Wenn die gesuchstellende Person im Kanton eine nachobligatorische Ausbildung absolviert, verringert das Stipendienamt (office des bourses) den Stipendienbeitrag auf das Total der effektiven durch die Ausbildung zusätzlich verursachten Kosten (art. 8, Barème A, Arrêté). - Verheiratete: Fr. 18'000.- - Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- (art. 7, Barème B, Arrêté). - Getrennte, Geschiedene und Ledige mit Kindern: Fr. 13'000.- Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- (art. 6, Barème C, Arrêté).</p> <p>Ledige, die eine Erstausbildung 1. und 2. Grades der HEP-BEJUNE (Pädag. Hochschule) absolvieren, erhalten monatliche Höchststipendien von Fr. 1'300.-; Verheiratete Fr. 2'100.-. Für Bewerber/-innen mit Kindern werden diese Beträge gemäss Tabelle des Regierungsrates erhöht (art. 5 et 8 Barème Arrêté HEP).</p> <p>Min Beiträge : Fr. 500.- (art. 7, Barème B, Arrêté)</p>	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
NW	<p>Max. Beiträge: - für unmündige Personen: Fr. 10'000.- - für mündige ledige Personen: Fr. 13'000.- - für verheiratete Personen: Fr. 18'000.- - für verheiratete Personen, wenn beide Ehepartner Ausbildungsbeiträge beziehen: Fr. 13'000.- Diese Höchstbeträge können ganz oder teilweise um folgende Beträge erhöht werden: - Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- - bei hohen Schulgeldern: Fr. 5'000.- Übersteigt der berechnete Ausbildungsbeitrag diese Höchstbeträge, wird der Rest als Darlehen gewährt.</p> <p>Min. Beitrag: Ergibt die Berechnung des Stipendiums je Jahr weniger als Fr. 500.- entfällt die Berechtigung (§ 20 R)</p>	<p>Max. Beitrag: Fr. 10'000.- pro Jahr, max. Fr. 60'000.- für die ganze Ausbildung (§ 20 R).</p> <p>Min. Beitrag: Fr. 1'000.- pro Jahr (§ 21 R).</p>

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
OW	<p>Max. Beiträge: Die Höchststipendien sind spezifisch für die einzelnen Ausbildungen festgelegt. Für Hochschulen und Lehrerausbildungsanstalten gilt der höchste Ansatz mit Fr. 13'800.- pro Jahr (Anhang 1 zu den Ausführungsbestimmungen).</p> <p>Min. Beiträge: Stipendien, die unter dem Minimalansatz gemäss Bundesgesetz liegen werden nicht ausbezahlt (Art. 10 AB).</p>	<p>Max. Beiträge: Fr. 8'000.- pro Jahr, im gesamten höchstens Fr. 40'000.- (Art. 13 VO).</p>
SG	<p>Max. Beiträge: - Lehrlinge, Absolvent/-innen von Mittelschulen, Hochschulen, Berufs- und Fachschulen sowie Instituten für die Ausbildung von Geistlichen: Fr. 13'000.- - verheiratete Bewerber: Fr. 22'000.- zuzüglich je Kind: 2'900.- Wenn der Beitrag gemäss dem Höchstansatz nicht genügt und auch keine genügenden Beiträge Dritter erhältlich sind, können in aussergewöhnlichen Fällen höhere Beiträge gewährt werden (Art. 6 VVO).</p> <p>Minimaler Beitrag: Fr. 500.- (Anhang I vom RB).</p>	<p>Max. Beitrag: Fr. 10'000.- pro Jahr. Wenn der Beitrag gemäss dem Höchstansatz nicht genügt und auch keine genügenden Beiträge Dritter erhältlich sind, können in aussergewöhnlichen Fällen höhere Beiträge gewährt werden (Art. 6 VVO).</p> <p>Min. Beitrag: Fr. 500.- pro Jahr (Anhang I vom RB)</p>
SH	<p>Max. Beiträge: Ledige: Fr. 13'000.-; alleinstehende Bewerber mit Unterhalts- oder Unterstützungspflicht: Fr. 20'000.- Verheiratete: Fr. 20'000.- Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- Befinden sich bei Ehepaaren beide Ehegatten in Ausbildung, so stehen dem einzelnen Bewerber maximal Fr. 13'000.- zu, plus Kinderzuschlag pro Kind von Fr. 1'500.- pro Kind. In begründeten Fällen kann das Erziehungsdepartement ausnahmsweise über diese Ansätze hinausgehen (§ 6 D).</p>	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen.
SO	<p>Max. Beiträge: Ledige: Fr. 13'000.- Verheiratete: Fr. 18'000.- Verheiratete, die beide in Ausbildung sind: Fr. 26'000.- Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- Stipendienhöchstsätze können in begründeten Ausnahmefällen überschritten werden.</p> <p>Min. Beitrag: Fr. 600.- pro Jahr (§ 9 G)</p>	<p>Max. Beitrag: Fr. 15.000.- pro Jahr, höchstens aber Fr. 50'000.- gesamthaft. Darlehenshöchstsätze können in begründeten Ausnahmefällen überschritten werden</p> <p>Min. Beitrag: Fr. 1'200.- (§ 9 G)</p>
SZ	<p>Max. Beiträge: Für Stipendien gelten als Höchst- und Mindestansätze im Rahmen der normalen Ausbildungsdauer die durch Bundesrecht als</p>	Für Studiendarlehen gelten im Rahmen der ordentlichen Ausbildungsdauer dieselben Höchstansätze wie für Stipendien (§ 23 VV).

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
	<p>beitragsfähig festgesetzten Ansätze (§ 6 V).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausbildungen der Sekundärstufe II: Fr. 10'000.-, erhöhbar um Fr. 5'000.- bei besonders hohen Schulgeldern; - Ausbildungen der Tertiär- und Quartärstufe: Fr. 13'000.-, erhöhbar um Fr. 5'000.- bei einem Studium im Ausland; - Verheiratete Bewerber: Fr. 18'000.-, erhöhbar um Fr. 8'000.- bei Fort- oder Weiterbildungen und Umschulungen; <p>Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- (§ 21 VV).</p> <p>Min. Beitrag: Fr. 500.- (§ 23 VV)</p>	
TG	<p>Max. Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Ledige oder andere Alleinstehende: Fr. 13'000.- - für Verheiratete oder Alleinerziehende: Fr. 18'000.- - für zwei Ehegatten zusammen, sofern beide stipendienberechtigt sind: Fr. 26'000.- <p>Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- (§ 8 G).</p>	<p>Max. Beitrag: Für die ganze Ausbildung bis zu max. Fr. 40'000.- (§ 9 G).</p>
TI	<p>Max. Beiträge für Ausbildungsbeihilfen und Lehrbeiträge (assegni di tirocinio):</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Ausbildungen an ausserkantonalen Hochschulen, Fachhochschulen und höheren Fachschulen: CHF 13'000.- - für Ausbildungen an kantonalen höheren Musik- oder Kunstschulen, Hochschulen, Fachhochschulen, höheren Fachschulen und ähnlichen Schulen: CHF 9'000.- - für Ausbildungen an Mittelschulen und an Berufsmittelschulen: CHF 7'000.- <p>Bei Schülern, Schülerinnen und Studierenden, die nicht verheiratet sind und täglich zum Wohnsitz der Eltern zurückkehren können, wird der Maximalbetrag für alle Schulen um CHF 5'000.- gesenkt; im Gegenzug wird er um die Reisespesen für die öffentlichen Verkehrsmittel erhöht, wenn diese nicht von Dritten übernommen werden.</p> <p>Der Beitrag kann um die Zulassungsgebühr erhöht werden, falls diese CHF 1'000.- pro Jahr übersteigt und es keine entsprechende Schule gibt, bei der die Gesamtbelastung für den Kanton geringer wäre.</p> <p>Bei Schülern, Schülerinnen und Studierenden, die verheiratet sind oder die nicht verheiratet sind und rechtlichen Unterhaltspflichten nachkommen müssen, erhöht sich der Gesamtbetrag pro Paar um CHF 5'000.-, pro unterhaltsberechtigtes Kind um CHF 3'000.- (Art. 11, 17 RDBDS).</p> <p>Beitrag, Darlehen und Einkommen der gesuchstellenden Person dürfen zusammen das</p>	<p>Max. Beiträge: Rückzahlbare ordentliche und ausserordentliche Darlehen dürfen insgesamt CHF 50'000.- nicht übersteigen (Art. 13 RDBDS).</p> <p>Min. Beiträge: Fr. 2'000.-</p> <p>(Art 12, 13 RDBDS)</p> <p>Beitrag, Darlehen und Einkommen der gesuchstellenden Person dürfen zusammen das Existenzminimum nicht übersteigen; dieses wird wie bei den Betreibungs- und Konkursverfahren berechnet; hinzukommen die in Zusammenhang mit der Ausbildung anfallenden Spesen (Art. 14 RDBDS).</p>

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
	Existenzminimum nicht übersteigen; dieses wird wie bei den Betreibungs- und Konkursverfahren berechnet; hinzu kommen die in Zusammenhang mit der Ausbildung anfallenden Spesen (Art. 14 RDBDS).	
UR	Max. Beiträge: - für unmündige Stipendiaten: Fr. 10'000.- - für mündige ledige Stipendiaten: Fr. 13'000.- - für verheiratete Stipendiaten: Fr. 18'000.- - Kinderzuschlag pro Kind: Fr. 3'000.- Min. Beitrag: Fr. 500.- (Anhang 2 zu Art. 9.1. vom Reglement)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
VD	Max. Beitrag : Die vom Regierungsrat festgelegte Skala bestimmt den Höchstbetrag der in Form eines Stipendiums gewährten Unterstützung.	Max. Beiträge : Darlehen dürfen – für die gesamte Dauer einer Ausbildung und in jedem Fall – den Betrag von zwei Jahresstipendien, die unverheirateten und finanziell unabhängigen Gesuchstellenden gewährt werden, nicht überschreiten. Der jährliche Betrag darf in keinem Fall über dem Wert eines Jahresstipendiums, das unverheirateten und finanziell unabhängigen Gesuchstellenden gewährt wird, liegen (Art. 5a R aide aux études). Die Unterstützung des Stipendienempfängers bzw. der -empfängerin darf durch die Gewährung eines Darlehens nicht über dem vom Regierungsrat (conseil d'état) festgelegten Maximalbetrag liegen (Art. 6 R aide aux études).
VS	Max. Beiträge Es existieren einzig maximale Beiträge für die Berechnungen der Stipendien. Diese Beiträge beziehen sich jeweils auf die Ausbildungen und werden gekoppelt mit den Elternbeiträgen. Daraus ergeben sich dann die entsprechenden Höchstbeträge (Art. 1 RCaBP). Min. Beitrag : Fr. 500.- (Art. 6 RCaBP)	Max. Beiträge Es existieren einzig maximale Beiträge für die Berechnungen der Darlehen. Diese Beiträge beziehen sich jeweils auf die Ausbildungen und werden gekoppelt mit den Elternbeiträgen. Daraus ergeben sich dann die entsprechenden Höchstbeträge (Art. 1 RCaBP). Min. Beitrag : Fr. 500.- (Art. 6 RCaBP).
ZG	Max. Beiträge: - Ledige: Fr. 15'000.- - Verheiratete und Alleinstehende mit Kindern: 21'000.- Min. Beitrag: - Fr. 300.-	Max. Beitrag: Fr. 8'000.- pro Jahr bzw. Fr. 40'000.- für die gesamte Ausbildung. Ein Darlehen beträgt max. Fr. 22'000.- pro Jahr bzw. 60'000.- für die gesamte Ausbildung, sofern der Bewerber a) sich in Weiterbildung oder Zweitausbildung befindet und b) durch regelmässige Erwerbstätigkeit während mindestens zwei Jahren eine finanzielle Unabhängigkeit erlangt hat und c) nur ein Darlehen beantragt oder wenn aufgrund der Berechnung kein Stipendium möglich ist.

Kanton	Maximale/minimale Beitragshöhe Ausbildungsbeihilfen ³²	Maximale/minimale Beitragshöhe Darlehen
ZH	Max. Beiträge: - zu Beginn der Bemessungsperiode Unmündige: Fr. 16'000.-, - Mündige ohne Unterhaltspflichten: Fr. 30'000.-, - Mündige mit Unterhaltspflichten: Fr. 40'000.- (§ 12 VO).	Max. Beitrag: Fr. 100'000.- pro Person (§ 12 VO).

Quelle: Inventar 2002.

Die maximalen und minimalen Beiträge variieren sehr stark je nach Bezüger/-innenkategorie und nach Art der Ausbildungsbeihilfen. Besonders hohe Ausbildungsbeihilfen können im Kanton Zürich gewährt werden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass auch die Kosten für die Ausbildung und die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Miete, von Kanton zu Kanton unterschiedlich hoch sind.

1.1.2.6 Finanzierung der Ausbildungsbeihilfen

Im Inventar werden nur für drei Kantone Angaben bezüglich der Aufteilung der Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden für die Ausbildungsbeihilfen gemacht. Es ist anzunehmen, dass die Finanzierung dieser Leistung für die anderen Kantone jeweils in spezifischen Erlassen geregelt ist.

Im Kanton Schwyz setzt der Kantonsrat alljährlich den für Stipendien und Darlehen verfügbaren Gesamtkredit fest, welchen der Kanton zu 70% und die Bezirke und Gemeinden zu je 15% im Verhältnis der Einwohnerzahl finanzieren (§ 12 V).

Im Kanton Appenzell-Ausserrhoden leisten die Gemeinden insgesamt 25% an den die Staatsrechnung belastenden Kostenaufwand für das Stipendienwesen. Die Aufteilung unter den Gemeinden erfolgt im Verhältnis zur Wohnbevölkerung (Art. 11 G).

Im Kanton Genf werden 84% der Gesamtaufwendungen für die Stipendien durch den Kanton geleistet. Ob und wie sich die Gemeinden beteiligen, ist nicht klar.

1.2 Verbilligung/Übernahme der obligatorischen Krankenversicherungsprämie

1.2.1 Übersicht

1.2.1.1 Einleitung

Mit der Verbilligung der Krankenversicherungsprämien durch Bund und Kantone soll Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen ein angemessener Versicherungsschutz (Grundversicherung) zu finanziell tragbaren Bedingungen gewährleistet werden. Die Höhe der Verbilligung kann die Prämie teilweise oder ganz abdecken.

Anspruch auf Prämienübernahme haben Bezüger/-innen von ordentlichen Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV/IV. Die Bestimmung weiterer Personengruppen, denen – unter der Prämisse des obligatorischen Versicherungsschutzes – ein Anspruch auf Prämienübernahme gewährt werden soll, erfolgt durch die Kantone. Gemäss Inventar wird in allen Kantonen zusätzlich zu den erwähnten EL-Bezüger/-innen auch den Bezüger/-innen von Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe eine weitgehende Prämienübernahme gewährt³³. Allen anderen Versichertenkategorien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen wird in der Regel je nach Einkommen eine mehr oder weniger grosse Verbilligung der Prämien gewährt, wobei Anspruchskriterien, Berechnungsweisen und Leistungshöhe von Kanton zu Kanton variieren.

Die Finanzierung der Prämienverbilligung respektive -übernahme erfolgt durch die Kantone in Kofinanzierung mit dem Bund sowie in vielen Kantonen unter Beteiligung der Gemeinden. Im Rahmen der Kofinanzierung stellt der Bund dem einzelnen Kanton einen plafonierten Finanzierungsbeitrag zur Verfügung, dessen Höhe in Abhängigkeit von der Wohnbevölkerung und der Finanzkraft des jeweiligen Kantons festgelegt ist. Der Bund bestimmt (ausgehend von der Finanzkraft der Kantone), in welchem Mass die Kantone den Bundesbeitrag aus eigenen Mitteln mindestens aufstocken müssen. Der Gesamtbeitrag, den die Kantone zu leisten haben, muss mindestens der Hälfte des gesamten Bundesbeitrags entsprechen. Der Finanzierungsbeitrag gilt für alle Bezüger/-innen

³³ In einzelnen Kantonen kommt es für zusätzliche Gruppen (z.B. Bezügerinnen von Mutterschaftsleistungen) zu einer Prämienübernahme, vgl. dazu unten, Kap. 1.2.2.2: 'Spezifische Regelungen der Subsidiarität in Bezug auf die Gewährung der Prämienübernahme bzw. -verbilligung'.

einer Prämienverbilligung respektive -übernahme, also inklusive der EL-Bezüger/-innen. Dem Kanton ist freigestellt, in welchem Verhältnis (Prämienverbilligung, Prämienübernahme) er den Bundeszuschuss einsetzt. Er darf den von ihm zu übernehmenden Beitrag um höchstens 50% kürzen, wenn die Prämienverbilligung für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen trotzdem sichergestellt ist. Der Beitrag des Bundes an diesen Kanton wird in diesem Fall im gleichen Verhältnis gekürzt. Aufgrund der Kofinanzierung mit dem Bund werden die Informationen über Fallzahlen und das Finanzvolumen (Prämienverbilligung und Prämienübernahme) an das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) weitergeleitet. Dementsprechend sind diese Angaben auch in allen Kantonen zentral erhältlich, in der Regel EDV-gestützt.

Im Inventar sind für einzelne Kantone Angaben vermerkt über den Anteil der Bevölkerung, der in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen soll. So gilt beispielsweise im Kanton Bern, dass der Regierungsrat die Anspruchsberechtigung so festzulegen hat, dass 25-45% der Bevölkerung in den Genuss der Verbilligung kommen (Art. 14.2 EG KUMV). Im Kanton Basel-Landschaft darf die Zahl der Anspruchsberechtigten 50% der Kantonsbevölkerung nicht überschreiten (Art. 14.3 EG KVG).

Im Folgenden wird auf die Charakteristika der Prämienverbilligung in den einzelnen Kantonen eingegangen, begonnen mit den Veränderungen seit 1997. Dabei sei an dieser Stelle kritisch angemerkt, dass die Zuordnung der Inhalte zu den einzelnen Kategorien im Inventar 2002 für die Deutschschweiz oft nicht mit jenen in der lateinischen Schweiz übereinstimmen. Die mangelnde Kohärenz hat die Auswertung dieser Leistung erschwert.

1.2.1.2 Veränderungen seit 1997

Seit dem ersten Inventar basierend auf den Angaben zur Prämienverbilligung aus dem Jahr 1997 wurden in verschiedenen Kantonen die gesetzlichen Grundlagen dieser Leistung geändert³⁴.

³⁴ Dabei sei vorweggenommen, dass der Vergleich mit 1997 insofern schwierig ist, als im Inventar per 1.1.2002 nicht nur die Gesetze und Verordnungen analysiert wurden, wie dies bei den anderen Leistungen der Fall war, sondern in vielen Kantonen auch noch Reglemente, Regierungs- und Landratsbeschlüsse bis hin zu Ausführungsbestimmungen, Verfügungen oder Dekreten. In einem Kanton diente sogar das Bulletin des Regierungsrates als Quelle. Bedauerlich ist, dass die gewählte Regelungstiefe nicht

Die Gesetze und Verordnungen über die Prämienverbilligung wurden in den Kantonen Bern, Obwalden und Waadt seit 1997 geändert. Weitere Kantone haben sich darauf beschränkt, nur die entsprechende Verordnung zu ändern. Es sind dies die Kantone Basel-Landschaft, Genf und Zürich.

1.2.2 Beschreibung der Prämienverbilligung

Nachstehend wird die Prämienverbilligung dargestellt nach den Kriterien allgemeine Anspruchskriterien, spezifische Regelungen der Subsidiarität, finanzielle Anspruchskriterien, Art der Leistung, Leistungshöhe sowie Finanzierung.

1.2.2.1 Generelle Anspruchskriterien

Das Inventar erwähnt für die meisten Kantone Wohnsitzregelungen für den Erhalt von Prämienverbilligungen³⁵. Im Grossteil der Deutschschweizer Kantone muss eine Person in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen ihren steuerrechtlichen Wohnsitz am 1. Januar des Jahres, in dem ein Anspruch auf Prämienverbilligung geltend gemacht wird, im Kanton haben. Diese Regelung findet in folgenden Kantonen Anwendung: Appenzell-Innerrhoden, Basel-Landschaft, Glarus, Graubünden, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Uri, Zug und Zürich. Dabei ist anzumerken, dass für Zürich, Thurgau und Uri neben Personen mit steuerrechtlichem Wohnsitz auch jene Personen, die sich im Kanton aufhalten oder, in Zürich, ihren zivilrechtlichen Wohnsitz im Kanton haben, grundsätzlich Anspruch auf Verbilligung haben. Im Kanton Thurgau wird überdies präzisiert, dass Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz, die gemäss KVG bei einem Schweizer Krankenversicherer obligatorisch grundversichert sind, ebenfalls Anspruch auf Prämienverbilligung haben, sofern sie die übrigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen. In diversen Kantonen gelten überdies Spezialregelungen für Personen, die aus dem Aus-

für alle Kantone gleich ist, wobei anzunehmen ist, dass v.a. in denjenigen Kantonen auf eine tiefere Regelungsebene zurückgegriffen wurde, in denen die Angaben über die Höhe der Leistungen weder auf Gesetzes-, noch auf Verordnungsstufe zu finden sind.

³⁵ Das Inventar erwähnt die Wohnsitzregelungen für die Deutschschweiz nicht konsequent unter der entsprechenden Rubrik. Bei vielen Kantonen wird die Wohnsitzregelung in der Kategorie 4.01 (Kreis der Anspruchsberechtigten) behandelt.

land zuziehen sowie für Quellenbesteuerte und im Kanton St. Gallen für Grenzgänger/-innen.

Der Kanton Appenzell-Ausserrhoden verlangt, dass die antragstellende Person den zivilrechtlichen Wohnsitz im Kanton hat. Diese Regelung dürfte auch für die Kantone Aargau, Solothurn, Basel-Stadt, Genf, Freiburg, Jura, Neuenburg, Waadt und Wallis gelten. Für diese Kantone wird nämlich eigens erwähnt, dass jemand 'seinen Wohnsitz' im Kanton haben muss. Die Vermutung, dass es sich dabei um den zivilrechtlichen Wohnsitz handelt, ist plausibel.

Für die Kantone Bern, Schwyz und Tessin fehlen die entsprechenden Angaben im Inventar.

Die Kantone binden den Anspruch an Prämienübernahme oder -verbilligung in der Regel an keine herkömmlichen Karenzfristen. Allerdings gilt manchenorts, dass Kantonszuzüger/-innen erst ab dem Folgejahr anspruchsberechtigt sind, ausser sie haben in einem anderen Kanton bereits eine Verbilligung erhalten. Dieselbe Regelung gilt teils auch für Zuzüger/-innen aus dem Ausland oder Neugeborene (BL, SG, TG, ZH).

Inwiefern Ausländer/-innen dieselben, allgemeinen Anspruchskriterien wie Schweizer/-innen erfüllen müssen, ist anhand der Angaben des Inventars schwierig zu beantworten. Für gewisse Kantone werden die entsprechenden Angaben affirmativ gemacht, für die meisten fehlen diese jedoch oder es wird auf sehr spezifische Regelungen für bestimmte Gruppen von Ausländer/-innen hingewiesen.

Im Kanton Zürich haben Ausländer/-innen Anspruch auf Prämienverbilligung, wenn sie die Anforderungen an den Wohnsitz erfüllen. Die Anspruchsberechtigung von Asylsuchenden wird vom Regierungsrat bestimmt (§ 16 EG KVG). Im Kanton Thurgau haben Ausländer/-innen, Jahresaufenthalter/-innen, Kurzaufenthalter/-innen und Grenzgänger/-innen Anspruch auf Prämienverbilligung, sofern sie die an sie gestellten Anspruchsvoraussetzungen erfüllen (Art. 6a, 6b, 10, 10a, 11 VO KVG TG). Im Kanton Waadt können ausländische Staatsangehörige, die der obligatorischen Krankenpflegeversicherung unterstehen, von Zuschüssen zu den obligatorischen Krankenversicherungsprämien profitieren (art. 2 LAVAmal). Im Kanton Uri haben Personen mit Kurzaufent-

haltsbewilligung Anspruch auf Prämienverbilligung, wenn sie vor dem 30. Juni in den Kanton einreisen (Art. 6.1b VO).

In anderen Kantonen sind Ausländer/-innen mit spezifischen Aufenthaltsbewilligungen vom grundsätzlichen Anspruch auf Verbilligung bzw. Übernahme der Krankenversicherungsprämie ausgenommen. In den Kantonen Obwalden (Art. 8.3 VO KVG) und Schaffhausen (Art. 9.4 D KVG) wird explizit darauf hingewiesen, dass Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene, bei denen der Bund die Krankenkassenprämie übernimmt, keinen Anspruch auf Prämienverbilligung haben. Im Kanton Glarus haben unterstützungsbedürftige Asylsuchende mit Ausweis N, unterstützungsbedürftige vorläufig aufgenommene Ausländer/-innen ohne Flüchtlingseigenschaften mit Ausweis F sowie quellensteuerpflichtige Personen, die keine fremdenpolizeiliche Jahresaufenthaltsbewilligung haben, keinen Anspruch auf eine Verbilligung (Art. 10, Reglement). Im Kanton Appenzell-Innerrhoden (Art. 6.4 SKB) haben Ausländer/-innen mit einer Aufenthaltsbewilligung, die weniger als 12 Monate gültig ist, keinen Anspruch auf Prämienverbilligung und schliesslich führt der Kanton St. Gallen (Art. 10 EGzKVG) in seinen gesetzlichen Grundlagen aus, dass Quellensteuerpflichtige, mit Ausnahme der Personen mit Jahresaufenthaltsbewilligung, vom grundsätzlichen Anspruch auf Prämienverbilligung ausgenommen sind.

Die Familiensituation bildet kein generelles Anspruchskriterium für die Verbilligung der Krankenversicherungsprämie. Die Familie bzw. der Haushalt bildet jedoch in den meisten Kantonen eine Berechnungs- und Auszahlungseinheit. Eine Mehrheit der Kantone weist darauf hin, dass Familien einen gemeinsamen Anspruch auf Prämienverbilligung haben. Somit gewähren dreizehn Kantone (AG, AR, BL, GL, GR, LU, NW, OW, SH, SO, SZ, UR, ZG) gemeinsam besteuerten Personen einen Gesamtanspruch auf Prämienverbilligung. Spezifische Regelungen gelten mancherorts betreffend in Ausbildung stehenden Personen unter 25 Jahren, die bei den Eltern wohnen. In den Kantonen Appenzell-Ausserrhoden (Art. 6.2 VO KVG), Uri (Art. 6 Regl.), Luzern (Art. 8.4 PVG) und Basel-Stadt (Art. 17.4 GKV) haben selbständig besteuerte Lehrlinge, Lehrtöchter und nichterwerbstätige Studierende unter 25 Jahren, für deren Unterhalt die Eltern oder ein Elternteil überwiegend aufkommen, zusammen mit den unterhaltspflichtigen Eltern einen gemeinsamen Anspruch auf Prämienverbilligung. Im Kanton Solothurn (Art. 2 VO PV) werden die in Ausbildung stehenden Kin-

der, für die die Eltern einen Sozialabzug für Kinder in Ausbildung tätigen können, der Familie zugerechnet und zwar auch dann, wenn die Kinder bereits selbständig besteuert werden.

In den Kantonen Graubünden und Aargau wird im Unterschied zu den vorher genannten Kantonen in den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen darauf hingewiesen, dass steuerpflichtige Personen in Ausbildung einen eigenen Anspruch begründen können. Dies ist der Fall im Kanton Graubünden mit der Einschränkung, dass für die betroffene Person nicht bereits von Drittpersonen ein Anspruch geltend gemacht wurde, und im Kanton Aargau unter der Bedingung, dass die Person zur Hauptsache für ihren Unterhalt aufkommt. Im Kanton Basel-Landschaft gilt der Grundsatz, dass mündige Kinder, die bereits selbständig besteuert werden, selber anspruchsberechtigt sind (Art. 3.2 und 3.3 VO). Dasselbe Prinzip wird auch im Kanton Zürich angewandt, wo nach dem vollendeten 18. Altersjahr ab dem 1. Januar des folgenden Jahres eine eigenständige Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgt (§ 12 EG KVG).

Im Kanton Bern wird die Familiensituation entsprechend den Grundsätzen der Sozialhilfe und des Sozialversicherungsrechts berücksichtigt. Dabei wird definiert, welche Alterskategorie als Kinder und welche als Jugendliche gilt. Dies ist für die Festlegung der Richtprämie³⁶ von Bedeutung. Interessant ist in diesem Kanton die Präzisierung, dass IV-Bezüger/-innen über 18 Jahre nicht zur Familie zählen. Demgegenüber zählen nicht dauerhaft selbständige Kinder oder solche, die eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreiten bis zur Erreichung des 30. Altersjahres zur Familie (Art. 5 KKV).

Im Kanton St. Gallen sind gemäss Inventar in Ausbildung stehende Personen bis zum 25. Altersjahr, für deren Unterhalt die Eltern aufkommen, vom Anspruch auf Prämienverbilligung ausgenommen (Art. 10, EGzKVG).

In den Kantonen Appenzell-Innerrhoden, Genf, Wallis, Freiburg, Waadt, Neuenburg und Jura umfasst der Anspruch auf Prämienverbilligung der Eltern grundsätzlich jenen der Kinder. In den Kantonen Basel-Stadt (Art. 20.1 KVO) und Neuenburg (Art. 20, 25 LILAMal) werden Eltern, die mit ihren minderjähri-

³⁶ Vom Kanton festgelegte Normprämien i.d.R. für einzelne Alterskategorien, vgl. 'Das Prozent- und Selbstbehaltmodell', Kap. 1.2.2.4.

gen Kindern in einer Hausgemeinschaft leben, als Einheit behandelt³⁷. In den Kantonen Genf (Art. 21 LALAMal) und Jura (Art. 17 ORPAMal) gilt diese Regelung generell für unterhaltsberechtignte Kinder, im Kanton Wallis (Art. 7 RAM) für Kinder bis zum 20. Altersjahr³⁸, im Kanton Waadt (Art. 20 RAVAMal) für Kinder bis zur Erreichung des Mündigkeitsalters und für Lehrlinge und in Ausbildung stehende Personen bis 25 Jahre. Kinder, die jedoch aufgrund ihres regelmässigen Einkommens oder Vermögens Steuern bezahlen gemäss Steuergesetzgebung und deren Familie Anspruch auf Verbilligung hat, werden im Kanton Waadt eigenständig aufgrund der persönlichen Einkommenssituation behandelt (Art. 12 LAVAMal, Art. 19 RAVAMal). In den Kantonen Appenzell-Innerrhoden (Art. 3.2 SKB) und Freiburg (Art. 11 LALAMal) gilt, dass Eltern für Personen, deren Unterhalt sie bestreiten, ein Gesuch auf Verbilligung einreichen, wobei in Appenzell-Innerrhoden Voraussetzung ist, dass die betroffenen Personen zusammenleben.

Im Kanton Thurgau ist die prämienzahlende Person anspruchsberechtigt, d.h. für Kinder sind in der Regel die Eltern bezugsberechtigt (§ 5 KVG TG). Für den Kanton Tessin werden im Inventar keine Angaben zur Familiensituation gemacht.

In gewissen Kantonen sind einzelne Personenkategorien explizit vom Anspruch auf Prämienverbilligung ausgenommen: Insbesondere Personen, die sich freiwillig dem Versicherungsobligatorium unterstellen oder davon befreien lassen und Personen, deren Prämien vom Bund übernommen werden (ZH: § 8 EG KVG; TG: abgeleitet aus § 4 KVG TG; GE: Art. 27 LALAMal; JU: Art. 13 ORPAMal).

Im Kanton Genf haben Personen sowie ihre direkten Angehörigen, die aufgrund internationaler Steuerbefreiungsregelungen keine Steuern bezahlen müssen, keinen Anspruch auf Prämienverbilligung (Art. 27, LALAMal).

Schliesslich gilt in verschiedenen Kantonen die Regelung, dass Personen, die ihre Steuererklärung nicht oder zu spät eingereicht haben, bzw. die von Am-

³⁷ Auf Gesuch kann im Kanton Neuenburg ein volljähriges, mit den Eltern zusammenlebendes und sich in Berufserstausbildung befindliches Kind verlangen, dass es in die Familienklassifikation aufgenommen wird.

³⁸ Wenn Personen, die zwischen 18 und 20 Jahre alt sind, nicht mit ihren Eltern zusammenleben, können sie ein eigenes Gesuch auf Prämienverbilligung stellen (Art. 7 RAM).

tes wegen besteuert wurden, keinen Anspruch auf Prämienverbilligung haben (LU: Art. 7.3 PVG; JU: Art. 13 ORPAMal; SH: Art. 14 VO KVG; SO: Art. 18.5 VOPV).

1.2.2.2 Spezifische Regelungen der Subsidiarität in Bezug auf die Prämienverbilligung bzw. -übernahme

Wie bereits erwähnt, gelten für Bezüger/-innen von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und von Sozialhilfeleistungen spezifische Regelungen in Bezug auf die Prämienverbilligung. Es obliegt grundsätzlich dem Kanton zu entscheiden, ob für diese Personenkategorien die gesamte Prämie – unabhängig vom Anbieter der Prämie – subventioniert wird oder ob die Verbilligung höchstens der Durchschnittsprämie entspricht.

Nachstehend wird für diejenigen Kantone, für die die entsprechenden Angaben im Inventar 2002 verfügbar sind, aufgeführt, in welchem Mass die Prämien von EL-Bezüger/-innen und Sozialhilfebezüger/-innen verbilligt werden.

In den Kantonen Luzern (Art. 8.2 und 3 PVG), Glarus (Art. 17.1 EG KVG), Zug (§ 7.2 IPVG), Basel-Landschaft (Art. 10 EG KVG)³⁹, Bern (Art. 11 und 12 KKV), Genf (art. 22 LALAMal,) und Jura (art. 10 ORPAMal) werden die Prämien für die beiden Anspruchskategorien vollumfänglich vergütet. Im Kanton Luzern gilt diese Regelung ebenfalls für Bezüger/-innen von Mutterschaftshilfen, im Kanton Bern auch für Personen, welche im Rahmen der Jugendrechtspflege unterstützt werden (Art. 11 und 12 KKV) und im Kanton Genf für Personen, die Sozialhilfegelder vom kantonalen Amt für alte Personen (*Office cantonal des personnes âgées*) erhalten.

Im Kanton Schwyz entspricht die Verbilligung für beide Bezüger/-innenkategorien der vollen Individual- bzw. Richtprämie (§ 7 VVPVG).

³⁹ Betreffend Sozialhilfebezüger/-innen sind die Angaben im Inventar nicht ganz klar, da lediglich vermerkt ist, dass Personen, die langjährige Leistungen gemäss Fürsorgegesetz beziehen, bedarfsgerechte Beiträge an die Fürsorgeleistungen erhalten (Art. 10 EG KVG).

In den Kantonen Zürich⁴⁰ und Basel-Stadt zählen neben den beiden erwähnten Bezüger/-innenkategorien auch noch Personen, die Beihilfen zur AHV/IV beziehen, zu den Anspruchskategorien, die von einer weitgehenden Prämienübernahme profitieren. In Bezug auf die konkrete Höhe der Subventionierung werden in Zürich keine Angaben gemacht (§ 16 EG KVG). Im Kanton Basel-Stadt richtet sich der Anspruch auf Prämienbeiträge für Bezüger/-innen von EL und Beihilfen ausschliesslich nach dem Bundesgesetz über die EL, während Sozialhilfebezüger/-innen maximal auf die kantonale Durchschnittsprämie Anspruch haben (Art. 17.3 GKV). Diese Regelung ist für den Kanton Solothurn identisch (Art. 6.2, 6.3 VO PV) und für den Kanton Schaffhausen ähnlich. In diesem Kanton wird EL-Bezüger/-innen die Prämienverbilligung bis maximal zur vollen Richtprämie vergütet, während Sozialhilfebezüger/-innen, Betagten und Behinderten, deren Bedürftigkeit durch private Institutionen der Sozialhilfe abgeklärt und nachgewiesen wird, die Grundprämie oder die Richtprämie vollumfänglich erstattet werden kann (Art. 19 D KVG).

Im Kanton Obwalden wird Personen, welche EL beziehen oder weitere Unterstützungsleistungen der Gemeinden erhalten, die vom Bund festgelegte Durchschnittsprämie vergütet (Art. 8.1 VO KVG). Für die Kantone Nidwalden (Art. 15 VO EG KVG) und Uri (Art. 8.3 Reglem.) gilt für Sozialhilfe- und EL-Bezüger/-innen die volle Vergütung der Richtprämien.

Im Kanton Appenzell-Ausserrhoden wird Bezüger/-innen von EL im Minimum die gesamte Richtprämie vergütet, während dies für Sozialhilfebezüger/-innen im Rahmen der Richtprämie gilt (Art. 6.2 VO KVG).

In den Kantonen Thurgau (§ 6 KVG TG) und Waadt (art. 17 LAVAMal) werden Personen, die Sozialhilfe oder EL zur AHV/IV erhalten, die durchschnittlichen, kantonalen Prämien ausgerichtet. Im Kanton Waadt gilt diese Regelung auch für Bezüger/-innen von Eingliederungseinkommen (*revenu minimum de réinsertion* (RMR)) sowie für weitere spezifische Kategorien von Bezüger/-innen von Prämienverbilligung (art. 18 LAVAMal).

⁴⁰ Im Kanton Zürich werden die durch die Prämienverbilligung nicht gedeckten Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung von Personen, deren soziales Existenzminimum, berechnet nach dem Sozialhilferecht, nicht gewährleistet ist, von der zuständigen Gemeinde übernommen (§ 18 EG KVG). Es ist gut möglich, dass ähnliche Regelungen für Sozialhilfebezüger/-innen auch in anderen Kantonen gelten.

In den Kantonen Appenzell-Innerrhoden (Art. 6.1 SKB), Graubünden (Art. 9.3 KVPg) und Wallis (art. 7 LcAM, art. 4 RAM) wird Bezüger/-innen von EL die volle Richtprämie zurückerstattet. Die entsprechenden Angaben für Sozialhilfebezüger/-innen werden nicht gemacht. Im Kanton Aargau verhält es sich gleich umgekehrt: Hier fehlen die Angaben für die Bezüger/-innen von EL, während Sozialhilfebezüger/-innen die volle Prämienverbilligung gewährt wird (Art. 13.3 EG KVG).

Im Kanton St.Gallen entspricht die Verbilligung gemäss Inventar 2002 für EL-Bezüger/-innen den durchschnittlichen kantonalen Prämien. Die Prämien und Beteiligungen an den Krankheitskosten von Sozialhilfebezüger/-innen werden von der politischen Gemeinde übernommen (Art. 12 EGzKVG, Art. 17 und 17 bis VOzEGKVG).

Im Kanton Freiburg wird Sozialhilfebezüger/-innen die gesamte kantonale Durchschnittsprämie vergütet (art. 4 Arr.). Bezüger/-innen von EL erhalten die gesamte Nettoprämie für die Grundversicherung bezahlt (art. 15 LALAMal).

Und schliesslich erhalten EL-Bezüger/-innen im Kanton Neuenburg im Prinzip die gesamte Prämie verbilligt, jedoch höchstens bis zu einem jährlich vom Departement des Innern festgelegten Betrag. Auch die Prämien von Sozialhilfebezüger/-innen werden im Prinzip vollständig verbilligt. Der Regierungsrat kann den staatlichen Unterstützungsbeitrag aber auch hier auf einen Höchstbetrag begrenzen, unabhängig von der zu entrichtenden Prämie (art. 15 LILAMal).

Die Kantone haben die Möglichkeit, die Versicherten, deren Prämie sie vollständig übernehmen anzuweisen, den Versicherer mit den tiefsten Prämien zu wählen⁴¹.

Bezüger/-innen von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, Sozialhilfebezüger/-innen sowie eventuelle weitere Bezüger/-innenkategorien, deren Prämien ganz oder fast ganz übernommen werden, müssen keine weiteren finanziellen Anspruchskriterien erfüllen.

⁴¹ Diese Regelung ist im Kanton Genf explizit im Gesetz formuliert: « Les assurés à ressources modestes recevant des subsides couvrant intégralement le montant des primes sont incités à choisir les assureurs proposant, dans le canton, les primes les plus modiques (art. 34 LALAMal) ».

Weitere Subsidiaritätsregelungen gelten in den Kantonen Waadt, Neuenburg und Genf für spezifische Kategorien von Studierenden. Im Kanton Waadt werden ausländische Studierende als spezifische Gruppen, die vom Anspruch auf Prämienverbilligung ausgenommen sind, erwähnt. Es handelt sich dabei konkret um ausländische Studierende, die alleine in der Schweiz leben und aufgrund der Verordnung über die Begrenzung der Ausländer/-innen über die nötigen finanziellen Mittel verfügen müssen (Art. 12 LAVAMal). Im Kanton Neuenburg gilt eine weitergehende Regelung: volljährige Studierende, die bereits eine Ausbildung abgeschlossen haben sowie Studierende, die sich aus Ausbildungsgründen im Kanton aufhalten haben kein Anrecht auf Prämienverbilligungen (Art. 42, 47 RALIMal).

In Genf ist die Subsidiarität für Studierende, speziell für jene, deren Eltern Wohnsitz im Ausland haben, anders geregelt. Diese können nämlich unter bestimmten Umständen eine Prämienverbilligung erhalten: Studierende, deren Eltern im Ausland wohnhaft sind, die an der Universität Genf immatrikuliert oder in einer öffentlichen nachobligatorischen Schule des Kantons eingeschrieben sind, die Stipendienempfänger bzw. -empfängerinnen sind oder eine Beschäftigung vorweisen können, die mindestens einen Viertel ihrer Ressourcen deckt, dürfen Beiträge beantragen. Sie müssen der Ausgleichskasse vorweisen können, dass ihre finanzielle Situation bescheiden ist und die Gewährung dieser Beiträge rechtfertigt (Art. 25 LALAMal).

1.2.2.2 Finanzielle Anspruchskriterien

Da die finanziellen Anspruchskriterien direkt in die Ermittlung der Leistungshöhe einfließen und für die Erklärung der zwei Berechnungsmodelle relevant sind, werden diese unter 1.2.2.5 behandelt.

1.2.2.3 Art der Leistung

Die Prämienverbilligung besteht in einer Geldleistung, wodurch die Prämie der obligatorischen Krankenversicherung übernommen oder verbilligt wird. Je nach Kanton gelten andere Antragsmodalitäten: In bestimmten Kantonen

übernehmen die Behörden eine starke Informationsfunktion, indem sie die potentiellen Bezüger/-innen auf ihr Recht hinweisen und mancherorts die entsprechende Verbilligung sogar automatisch überweisen, während sich die potentiellen Bezüger/-innen in anderen Kantonen selber um eine Verbilligung bzw. die Abklärung ihres Anspruchs kümmern müssen⁴². Nachstehende Tabelle vermittelt einen Überblick über die je nach Kanton anders ausgestaltete Praxis⁴³.

Tabelle 5: Antrags- und Auszahlungsmodalitäten für die Verbilligung der Prämie der obligatorischen Krankenversicherung

Kanton	Antragsmodalität	Auszahlungsmodalität
AG	Jenen Personen, die aufgrund der Steuerdaten vermutlich zur Prämienverbilligung berechtigt sind, wird diese Anspruchsvermutung mitgeteilt. Der Anspruch ist bis zum 31. Mai des Vorjahres, bezogen auf das Jahr der Prämienverbilligung geltend zu machen (Art. 17 bis 20 EG KVG).	Die Prämienverbilligung wird vom Versicherer in Folgejahr bei den Prämien in Abzug gebracht (Art. 21 EG KVG).
AI	Die Berechtigten werden mit einer Verfügung über die Verbilligung benachrichtigt (Art. 8 und 10 SKB).	Die rechtmässig zugesprochenen Prämienverbilligungen werden den Berechtigten zur Verrechnung mit den im Kanton geschuldeten Steuern gutgeschrieben (Art. 11 SKB).
AR	Personen, die mutmasslichen Anspruch auf Prämienverbilligung haben, wird ein Antragsformular zugestellt. Das ausgefüllte Formular muss bis zum 31.12. bei der AHV-Gemeindezweigstelle eingereicht werden (Art. 10-14 VO KVG).	Die Auszahlung erfolgt in der Regel an die Versicherten, kann aber auch an die Versicherer oder Dritte, welche die Prämien bevorschusst haben, erfolgen (Art. 15 und 16 VO KVG).
BE	Jährliche Feststellung des Anspruchs von Amtes wegen und Mitteilung des Amtes an die Berechtigten. Ausnahmen gelten für Selbständigerwerbende, der Quellensteuer Unterstellte, ledige Personen unter 30 Jahren mit einem Erwerbseinkommen unter Fr. 18'000.-, im Laufe des Jahres Zugezogene und Erwerbende, welche ihren Erwerb für mehr als 5 Monate unterbrechen. Diese Personengruppen müssen einen Antrag stellen (Art. 13 KKVV).	Als Geldbetrag, in Form einer monatlichen Akontoleistung an den Versicherer, der die Leistung der versicherten Person gutschreibt (Art. EG 25 KUMV).
BL	Personen, die zu Beginn der Steuerperiode der Steuerpflicht unterstehen und die Voraussetzungen für die Prämienverbilligung erfüllen, wird ohne Gesuch ein Antragsformular zugestellt. Das Antragsformular muss mit den notwendigen Angaben an die Ausgleichskasse eingereicht werden (Art. 7 und 8 VO I).	Die Auszahlung erfolgt an die Versicherer oder die Versicherten (Art. 11 EG KVG).

⁴² Gemäss Bundesgesetz sind die Kantone dazu angehalten, die Versicherten regelmässig über das Recht auf Prämienverbilligung zu informieren (Art. 65, Abs. 4, KVG).

⁴³ In dieser Tabelle wird nicht auf die Bezüger/-innen von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfeleistungen eingegangen, für die in gewissen Kantonen spezifische Antrags- und Auszahlungsmodalitäten gelten.

Kanton	Antragsmodalität	Auszahlungsmodalität
BS	Das Amt für Sozialbeiträge meldet den Versicherten regelmässig, welche ihrer Versicherten Anspruch auf Prämienbeiträge haben. Die Versicherer reduzieren die Prämien um den zugesprochenen Betrag und teilen dies dem Versicherten mit. Das Amt für Sozialbeiträge überprüft regelmässig die Berechtigung zu einem Prämienbeitrag (Art. 26 und 27 KVO).	Die Auszahlung der Prämienbeiträge erfolgt in der Regel an die Versicherer (Art. 39 KVO).
FR	Die Versicherten und ihre Familien mit bescheidenen finanziellen Mitteln können dem Gemeinderat ein Gesuch auf Prämienverbilligung stellen AVS (art. 11, 12 LALAMal).	Die Versicherer ziehen die Subventionen direkt von den Prämien der Versicherten in bescheidenen Verhältnissen ab (Art. 11, 12 LALAMal).
GE	Potentielle Bezüger/-innen erhalten jedes Jahr von der Steuerbehörde eine Bescheinigung, die ihnen das Recht einräumt, während der laufenden Veranlagungsperiode ein Gesuch auf eine Verbilligung einzureichen (art. 23 LALAMal).	Auszahlung direkt an die Versicherer, die die Verbilligung von der Prämie abziehen (art. 29 LALAMal).
GL	Die Ausgleichskasse stellt den mutmasslich Berechtigten bis Ende März ein Anmeldeformular zu, welches bis zum 31. Mai bei der AHV-Zeigstelle ausgefüllt eintreffen muss (Art. 8, 13, 15 und 16 Regl.).	Auszahlung in erster Linie an die Versicherer oder die Antragssteller (Art. 8, 13, 15 und 16 Regl.).
GR	Die AHV-Zweigstellen versenden im Januar den mutmasslich anspruchsberechtigten Personen einen Bezugsberechtigtenschein, der von den Personen überprüft und korrigiert bis Ende Jahr zu retournieren ist (Art. 8 bis 9 AB).	Die AHV-Ausgleichskasse zahlt in der Regel zweimal jährlich die Beträge an die Versicherer aus (Art. 8 bis 9 AB).
JU	Individuelle Gesuchstellung auf Prämienverbilligung (Art. 3 LiLAMal).	Die Verbilligungen werden von den geschuldeten Prämien abgezogen (art. 20, 23 ORPAMal).
LU	Individuelle Gesuchstellung an die AHV-Zweigstelle (Art. 12.1 PVG).	Bargeldlose individuelle Auszahlung an die Versicherten im Laufe des Bestimmungsjahres (Art. 20 PVG).
NE	Im Prinzip ist die Gewährung der Verbilligung automatisiert. Bestimmte Anspruchskategorien müssen jedoch trotzdem ein Gesuch stellen (art. 13 LiLAMal).	Die Verbilligungen können direkt den Versicherten überwiesen werden (art. 13 LiLAMal).
NW	Die Ausgleichskasse stellt den mutmasslich Berechtigten eine Meldung zu, aufgrund derer die Berechtigten einen Antrag an die AHV-Zweigstelle zu richten haben (17 und 18 VO EG KVG)	Die Auszahlung erfolgt bargeldlos an die Antragsteller oder in besonderen Fällen an die kantonalen Versicherer (Art. 22 und 24 VO EG KVG).
OW	Die Einwohnergemeinden stellen den mutmasslich Berechtigten bis Ende Februar das Antragsformular zu, welches bis 31. Mai bei der Gemeinde einzureichen ist (Art. 9 und 10 VO KVG).	Die Auszahlung erfolgt bargeldlos an die Antragsteller oder in besonderen Fällen an die kantonalen Versicherer, oder bei Bevorschussungen an die Einwohnergemeinden (Art. 14 VO KVG).

Kanton	Antragsmodalität	Auszahlungsmodalität
SG	Die Sozialversicherungsanstalt mit ihren AHV-Zweigstellen ermittelt zusammen mit den Steuerbehörden die voraussichtlich anspruchsberechtigten Personen (Art. 11 VOzEGKVG). Bis zum 31.1 wird diesen ein Berechtigungsschein zugestellt, der bis 31.3 ausgefüllt bei der AHV-Zweigstelle einzureichen ist (Art. 22 bis 29 VOzEGzKVG).	Die Prämienverbilligungen werden an den Versicherer ausbezahlt, der diese von den Bruttoprämien des laufenden Jahres abzieht (Art. 27 und 30 VOzEGKVG).
SH	Die Gemeinden stellen aufgrund der Steuerdaten den Beitragspflichtigen ein Antragsformular zu, welches bis zum 30.9. bei der Gemeinde eingereicht werden muss (Art. 12 und 15 VO KVG).	Die AHV-Ausgleichskasse veranlasst die Auszahlung an inländische Zahlungsadressen der Versicherten (Art. 16 und 17 VO KVG).
SO	Personen, welche mutmasslich Anrecht auf Prämienverbilligung haben, wird ein Antragsformular bis zum 31. Juli zugestellt, welches bei der Ausgleichskasse innert 30 Tagen als Antrag eingereicht werden muss (Art. 10 bis 13 VO PV).	Die Ausgleichskasse zahlt die Prämienverbilligung in der Regel an die Versicherer aus (Art. 10 bis 13 VO PV).
SZ	Die Ausgleichskasse stellt den mutmasslich Berechtigten bis Ende Februar ein Formular zu, das vollständig ausgefüllt bis zum 30. April bei der AHV Zweigstelle eingereicht werden muss (Art. 8 und 9 VVPVG).	Die Auszahlung erfolgt in der Regel an die Versicherten (Art. 12 VVPVG).
TG	Die Gemeinden ermitteln anhand der Steuerdaten die subventionsberechtigten Personen und stellen diesen das Antragsformular zu (§ 9 GKV).	Das Amt für AHV und IV überweist die Beiträge einmal jährlich an die Versicherten (§ 9 GKV).
TI	Personen, welche potenzielle Bezüger von Prämienverbilligungen sind, wird ein Antragsformular zugestellt (Art. 44, RLAOCM).	Die Beihilfe wird von der Prämie der einzelnen Versicherten abgezogen (art. 39 LAL-FAM).
UR	Personen, die auf Grund der Steuerdaten einen Anspruch auf Prämienverbilligung haben, erhalten das Antragsformular automatisch zugestellt (Art. 16 und 17 Reglement).	Die Auszahlung erfolgt in einem Betrag und bargeldlos an die antragstellende Person (Art. 20 Reglement).
VD	Zu Beginn jeder neuen Steuerperiode sorgt der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit der kantonalen Steuerverwaltung dafür, dass die beitragsberechtigten Personen informiert werden (art. 10,15 LAVAMal).	Der Versicherer zieht die Verbilligung an der Prämie des Versicherten ab (art. 16, 20 LAVAMal).
VS	Die Subventionsberechtigten werden von der kantonalen Ausgleichskasse vorgängig jedes Jahr aufgrund der Steuerangaben ermittelt. Die kantonale Ausgleichskasse stellt den Subventionsberechtigten die Entscheidung, versehen mit einem auszufüllenden Ausweis zu. Die Subventionsberechtigten machen ihren Anspruch geltend, indem sie die ausgefüllten Unterlagen innert der vom Departement festgesetzten Frist den Krankenkassen zustellen. (art. 13 OAM).	Die Versicherer ziehen die von der Subventionsstelle erhaltenen Zahlungen direkt von den Prämien ab. Wenn die Versicherer nicht mit der Subventionsstelle zusammenarbeiten, werden die Verbilligungen direkt den Versicherten überwiesen (art.10, LcAM).
ZG	Personen, welche aufgrund der massgebenden Steuerwerte mutmasslich Anspruch auf Prämienverbilligung haben, stellt die Ausgleichskasse zu Beginn des Jahres eine Bescheinigung zu (§ 10 IPVG). Die Bescheinigung muss zusammen mit dem Versiche-	In der Regel wird die Verbilligung an die Versicherer ausgerichtet. In besonderen Fällen kann die Auszahlung an die versicherten Personen oder Dritte, welche die Prämie bevorschusst haben, erfolgen (§ 14 und 15 IPVG).

Kanton	Antragsmodalität	Auszahlungsmodalität
	rungsausweis bis zum 31.3 bei der Wohnge- meinde eingereicht werden (§ 11.1 IPVG).	
ZH	Gemeinden ermitteln die Berechtigten und liefern die Daten der Sozialversicherungsan- stalt, welche den Betrag der Verbilligung den Berechtigten mitteilt. Diese müssen dies innert zweier Monate mit ihrer Unterschrift der Versicherung bestätigen (§ 19 EG KVG).	Jährliche Auszahlung an den Versicherer, der die Leistung der versicherten Person gut- schreibt (§ 19 EG KVG).

Quelle: Inventar 2002

In der Regel ermitteln die Kantone über eine spezifische Instanz diejenigen Personen, die Anspruch auf eine Prämienverbilligung haben und teilen dies den Betroffenen mit. In den Kantonen Luzern, Tessin, Genf, Freiburg und Jura werden die Versicherten von den Behörden nicht auf ihren potentiellen Anspruch aufmerksam gemacht, sondern müssen selber die Initiative ergreifen und ein Gesuch stellen. Im Kanton Waadt ist nicht ganz klar, inwiefern die Behörden die potentiell Betroffenen persönlich informieren oder ob dies eher über generelle Informationskampagnen läuft. Schliesslich ist die Praxis im Kanton Basel-Stadt interessant, da die Verbilligung automatisiert funktioniert, d.h. die Behörden überweisen die Verbilligungen aufgrund ihrer Anspruchsermittlung direkt den Versicherern.

In denjenigen Kantonen, die die potentiell berechtigten Personen über den vermutlichen Anspruch auf eine Verbilligung informieren, gilt in der Regel, dass nicht benachrichtigte Personen ebenfalls ein Gesuch stellen können.

In Bezug auf die Auszahlungsmodalitäten ist es üblicher, dass die zuständigen kantonalen Instanzen den Versicherern die Verbilligung auszahlen. Es gibt aber auch Kantone, die die Verbilligung direkt den Versicherten ausbezahlen oder beide Varianten anwenden.

Generell gilt bei der Prämienverbilligung keine Rückerstattungspflicht. Diese wird jedoch in den meisten Kantonen bei zu Unrecht bezogenen Leistungen geltend gemacht.

Im Kanton Wallis existiert neben der Prämienverbilligung noch eine andere Art von Leistung und zwar ein Hilfsfonds für Krankenversicherte (*Fonds de secours en faveur des assurés des caisses-maladie*), die in finanziell schwierigen Situationen sind, wegen ausserordentlichen und nicht durch die obligatorische Krankenversicherung gedeckten Krankheitskosten. Der Fonds interveniert sub-

sidiär, nachdem die Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung, der Zusatzversicherungen und einer eventuellen Beteiligung von anderen Institutionen ausgeschöpft sind. Es können nur Kosten gedeckt werden, die den gesetzlich festgesetzten Kriterien entsprechen. Die Beteiligung an den Krankheitskosten durch den Fonds kann zwischen 20 und 100% variieren (Art. 2, 4 OFAM).

1.2.2.4 Berechnung der Leistung

Wyss/Knupfer (2003) haben zwei Modelle zur Berechnung der Verbilligung der obligatorischen Krankenversicherungsprämie unterschieden. Es sind dies:

- 1) Das Prozent- oder Selbstbehaltmodell (AG, AI, AR, BL, GL, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, UR, ZG)
- 2) Das Stufen- oder Einkommensklassenmodell (BE, BS, FR, GE, JU, NE, TG, TI, VD, VS, ZH)

In der Folge werden die Prämienverbilligungssysteme der 26 Kantone aufgliedert in die zwei Berechnungsmodi nach den Kriterien Anspruchsgrenze, anrechenbares Einkommen und maximale Beitragshöhe beschrieben.

Das Prozent- oder Selbstbehaltmodell

Bei diesem Modell wird via Prozentsatz des anrechenbaren Einkommens ein Selbstbehalt berechnet. Alles, was von einem Haushalt über diesen Selbstbehalt hinaus an Prämien bezahlt werden müsste, wird verbilligt. Um diese Verbilligung berechnen zu können, bedarf es einer Annahme darüber, wie hoch die vom einzelnen Haushalt ohne Verbilligung zu bezahlenden Prämien wären. Diese sogenannte Richtprämie besteht meistens aus drei Beträgen, nämlich einem Betrag für Erwachsene (ab 26 Jahren), einem für junge Erwachsene (19 bis 25 Jahre) und einem für Kinder (0 bis 18 Jahre)⁴⁴.

In diesem Modell entspricht die Verbilligung vereinfacht der Richtprämie abzüglich des Selbstbehalts, wobei der Selbstbehalt einen fixen Prozentsatz des

⁴⁴ Diese Richtprämien stimmen nicht unbedingt mit den vom BSV ermittelten kantonalen Durchschnittsprämien überein.

in bestimmter Weise festgelegten anrechenbaren Einkommens ausmacht. Die Bestimmung des anrechenbaren Einkommens variiert von Kanton zu Kanton, sowohl bezogen auf die Einkommensart (steuerbares Einkommen, Reineinkommen, Bruttoeinkommen, etc.) als auch auf die Einkommenshöhe (Wyss, Knupfer, 2003:70).

Nachstehend wird ein Überblick über die Berechnungsmodi der Kantone, die sich auf dieses Modell beziehen, gegeben. Die Richtprämien werden nicht angegeben, weil diese in der Regel jährlich vom Regierungsrat, nach Massgabe der verfügbaren Mittel, festgelegt werden.

Tabelle 6: Prozent- oder Selbstbehaltmodell: Berechnungsart, anrechenbares Einkommen und max. Beitragshöhe

Kanton	Berechnungsart und anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
AG	Richtprämien abzüglich 9% des steuerbaren Gesamteinkommens plus 20 % des steuerpflichtigen Gesamtvermögens (Art. 15 EG KVG).	Maximale Verbilligung = volle Richtprämie. Minimale Verbilligung = Fr. 120.- pro Jahr (Art. 11 V, 13.3 EG KVG).
AI	Richtprämien abzüglich eines von der Standeskommission festgelegten Prozentsatzes der Summe, welche sich aus dem steuerpflichtigen Einkommen und einem von der Standeskommission festgelegten Zuschlag vom steuerpflichtigen Vermögen zusammensetzt (Art 5.1 SKB).	Beträgt der eigene Prämienanteil über 15% der massgebenden wirtschaftlichen Verhältnisse, so wird die volle Richtprämie ausbezahlt (Anhang SKB).
AR	Richtprämie (entspricht derjenigen der Verordnung über die kantonalen Durchschnittsprämien der Krankenpflegeversicherung für die Berechnung der Ergänzungsleistungen (Art. 4.1 VO KVG)) abzüglich Selbstbehalt (26%) des anrechenbaren Einkommens und Vermögens (Art. 5 VO KVG). Der Selbstbehalt wird als prozentualer Anteil der Summe des steuerpflichtigen Einkommens für die Kirche und 10 Prozent des steuerpflichtigen Vermögens für die Kirche festgelegt. Massgebend sind die satzbestimmenden Faktoren nach kantonalem Steuerrecht (Art. 5 VO KVG).	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
BL	Richtprämie abzüglich fixem, jährlich festgelegtem Prozentsatz des massgebenden Einkommens (Art. 4 VO I). Das Vermögen darf Fr. 75'000.- für Ledige und Fr. 150'000.- für Verheiratete nicht übersteigen. Das massgebende Einkommen beruht auf den Steuerdaten. Es handelt sich um das steuerbare Einkommen, zuzüglich Steuerfreibeträge von Renten und abzüglich einmalige Kapitalabfindungen (Art. 8 und 9 EG KVG).	Maximale Verbilligung = Prämie der Grundversicherung. Minimale Verbilligung = Fr. 60.- (Art. 10.3 EG KVG).
GL	Richtprämie abzüglich eines vom Landrat jährlich festgesetzten Prozentsatzes (Selbstbehalt) der Summe aus dem Reineinkommen und 3% des gesamten Reinvermögens. Der Prozentsatz ist vom anrechenbaren Einkommen abhängig (Art. 15 EG KVG). Massgebend für die Berechnung des anrechenbaren Einkommens ist das Bruttoeinkommen, abzüglich Eigenmietwert, Alimentebevorschus-	Maximale Verbilligung = effektive Prämie für die Grundversicherung. Minimale Verbilligung = Fr. 50.- (Art.

Kanton	Berechnungsart und anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
	sung und Kinderabzüge, zuzüglich 10% des steuerbaren Vermögens im Bezugsjahr (Art. 16 EG KVG, Art. 5 und 9 Regel).	15.3 Regl.).
GR	Richtprämie abzüglich eines variablen, vom Regierungsrat jährlich festgelegten Prozentsatzes des steuerbaren Einkommens plus 10% des steuerbaren Vermögens (Art. 8 KPVG).	Maximale Verbilligung = kantonale Richtprämie. Minimale Verbilligung = Fr. 200.- pro Jahr (Art. 9.6 AB und Art. 9 KPVG).
LU	Richtprämie abzüglich eines vom Regierungsrat festgelegten Prozentsatzes des steuerbaren Einkommens zuzüglich 10% des steuerbaren Vermögens (Art. 2 PVV).	Maximale Verbilligung = ganze anrechenbare Prämie. Minimale Verbilligung = Fr. 60.- pro Jahr
NW	Richtprämie abzüglich eines jährlich vom Regierungsrat festgelegten Prozentsatzes, der die Summe aus dem Reineinkommen und 3% des gesamten Reinvermögens übersteigt (Art. 12 VO EG KVG).	Maximale Verbilligung = ganze Richtprämie. Minimale Verbilligung = Fr. 20.- (RR 49).
OW	Richtprämie abzüglich eines vom Kantonsrat festgelegten Prozentsatzes des steuerbaren Einkommens zuzüglich 10 % des steuerbaren Vermögens, Zweitverdienerabzug, 20%-Abzug von AHV-IV-Renten, Abzug von Renten aus beruflicher Vorsorge und privater Versicherung, Lehrlingsabzug, allfälliger Liegenschaftsverlust, Abzug für gemeinnützige Zuwendungen und Beiträge und Einkaufssummen an die Säulen 3a und 2. Bei Steuerpflichtigen ohne Einzahlungen in die 2. Säule ist die Aufrechnung für Einzahlungen in die Säule 3a angemessen herabzusetzen (Art. 2.1 EG KVG, Art. 7.1 VO KVG).	Maximale Verbilligung = ganze durchschnittliche Nettoprämie. Minimale Verbilligung = Fr.100.- (Art. 14.5 VO KVG).
SG	Referenzprämie abzüglich eines jährlich festgelegten, variablen Prozentsatzes des massgebenden Einkommens unter Berücksichtigung des Mindestselbstbehaltes. In jedem Fall wird ein Mindestselbstbehalt angewendet. Die Höhe der Leistung ist nach Einkommensklassen und Familiensituation abgestuft (RRB). Das massgebende Einkommen für vorläufig veranlagte Personen ist das steuerrechtliche Reineinkommen des vorletzten Jahres zuzüglich eines fixen Steuerfreibetrags pro Kind, plus 10% des Vermögens über Fr. 20'000.- abzüglich Kinderabzug. Das massgebende Einkommen für definitiv veranlagte Personen ist das steuerrechtliche Reineinkommen zuzüglich 10 % des Vermögens über Fr. 20'000.-, plus die Beiträge an die gebundene Selbstvorsorge, plus Liegenschaftsaufwand abzüglich Kinderabzug. AHV/IV-Renten werden vollständig in die Berechnung einbezogen (Art. 12ff VOzEGzKVG). Alleinstehende mit einem steuerbaren Vermögen von über Fr. 200'000.- und Verheiratete mit einem steuerbaren Vermögen von über Fr. 300'000.- haben keinen Anspruch auf Prämienverbilligung (Art. 12.2 VOzEGKVG).	Keine Angaben zur maximalen Verbilligung. Minimale Verbilligung = Fr. 12.- je Person und Jahr (Art. 20 VOzEGKVG).
SH	Richtprämie abzüglich 12% des anrechenbaren Einkommens (Art. 10 D KVG). Das anrechenbare Einkommen ist das steuerpflichtige Einkommen plus 10% des steuerpflichtigen Vermögens (Art. 12 D KVG).	Es werden maximal 75% der anrechenbaren Prämie erstattet (Art. 13.3 D KVG)

Kanton	Berechnungsart und anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
SO	Richtprämie abzüglich eines jährlich vom Regierungsrat festgelegten Prozentsatzes des massgebenden Einkommens. Das massgebende Einkommen besteht aus einem korrigierten steuerbaren Einkommen und einem Zehntel des steuerbaren Vermögens (Art. 18 VO KVG).	Maximale Verbilligung = ganze Richtprämie des Bundes. Minimale Verbilligung = Fr. 240.- pro Jahr (Art. 5.4, Art. 6.2 VO PV).
SZ	Richtprämie abzüglich eines vom Kantonsrat bestimmten Prozentsatzes des anrechenbaren Einkommens (Selbstbehalt) (Art. 3 PVG). Der Kantonsrat legt die Höhe des Selbstbehaltes fest (Art. 3.1 PVG). Als anrechenbares Einkommen gilt das Reineinkommen, erhöht um einen prozentualen Anteil vom Reinvermögen und vermindert um variable Beiträge auf Grund der Familienform (Art. 6 PVG).	Maximale Verbilligung = ganze Individualprämie. Minimale Verbilligung = Fr. 50.- (Art. 11 PVG).
UR	Richtprämie abzüglich eines vom Regierungsrat festgelegten Prozentsatzes des steuerbaren Einkommens zuzüglich 15% des Vermögens (Art. 9, 10 und 11 Reglement).	Maximale Verbilligung = ganze anrechenbare Prämie. Minimale Verbilligung = Fr. 100.- pro Jahr (Art. 20.4 Reglement).
ZG	Richtprämie abzüglich eines vom Regierungsrat festgelegten Prozentsatzes der Summe aus dem reinen Einkommen und 10% des reinen Vermögens. Zum reinen Einkommen werden allfällig abgezogene Beiträge an die gebundene Vorsorge hinzugerechnet, der pauschale Kinderabzug dagegen abgezogen (§ 6.1 IPVG).	Maximale Verbilligung = ganze Jahres-Richtprämie. Minimale Verbilligung = Fr. 50.- (RRB)

Quelle: Inventar 2002

Wie Wyss/Knupfer in ihrem Bericht (2003:73) erläutern, wird die Verbilligung jeweils durch drei Variablen bestimmt und zwar durch

1. die Höhe der Richtprämie
2. die Höhe des anrechenbaren Einkommens und
3. die Höhe des Prozentsatzes vom anrechenbaren Einkommen⁴⁵.

Hinzu kommt noch, wie bereits erwähnt, die konkrete Zusammensetzung des anrechenbaren Einkommens: Je mehr Einkommensbestandteile angerechnet werden, desto höher sollte eigentlich die Einkommensgrenze sein. Ob dies im interkantonalen Vergleich zutrifft, kann jedoch nur getestet werden, wenn mit gleichen Fallbeispielen gearbeitet und analysiert wird, wie hoch die effektive Verbilligung bei gleicher Ausgangslage ist.

Schliesslich kann noch angefügt werden, dass der effektive Betrag, den jemand im jeweiligen Kanton zu bezahlen hat, nicht nur von der Verbilligung

⁴⁵ Neben dem Einkommen hängt die Verbilligung auch vom Vermögen ab. In der Studie von Wyss/Knupfer wird dieses jedoch nicht erwähnt, weil die verwendeten Falltypen vermögenslos waren.

abhängt, sondern auch noch vom allgemeinen Niveau der Prämien. Diesbezüglich herrschen in der Schweiz grosse Disparitäten.

Stufen- oder Einkommensklassenmodell

Beim Stufen- oder Einkommensklassenmodell werden verschiedene Einkommensklassen unterschieden je nach Höhe des in bestimmter Weise festgelegten anrechenbaren Einkommens. In einer Einkommensklasse werden die in einer Bandbreite liegenden anrechenbaren Einkommen zusammengefasst. Jeder Einkommensklasse wird ein fixer Verbilligungsbetrag zugeordnet, der von den niedrigeren Einkommensklassen zu den höheren Einkommensklassen degressiv sinkt. Je höher die Einkommensklasse, desto niedriger also der effektive Beitrag an die Verbilligung. Je nach Spannweite der Einkommensklasse können für mehr oder weniger weit auseinander liegende Einkommen dieselben Verbilligungsbeiträge resultieren. Andererseits spielt in diesem Berechnungsmodell der Schwelleneffekt sehr stark. Dies bedeutet, dass eine kleine Distanz zwischen zwei Einkommen zu einem je nach Abstufung der Verbilligungsbeiträge mehr oder weniger grossen Unterschied beim resultierenden Verbilligungsbeitrag führen kann, wenn die beiden Einkommen nicht in derselben Einkommensklasse liegen. Der Anspruch auf Verbilligung erlischt, wenn das anrechenbare Einkommen über der obersten Grenze der höchsten Einkommensklasse liegt (Wyss, Knupfer, 2003:70).

Wie beim Prozent- oder Selbstbehaltmodell variieren sowohl die Bestimmungen des anrechenbaren Einkommens von Kanton zu Kanton als auch die Einkommensgrenzen und die maximalen Beitragshöhen.

Die nachstehende Tabelle fasst Berechnungsart, anrechenbares Einkommen und maximale Beitragshöhe zusammen. Da die konkreten Verbilligungen pro Einkommensstufe in der Regel jährlich vom Regierungsrat festgelegt werden, wird auf ihre Nennung verzichtet.

Tabelle 7: Einkommensklassen- oder Stufenmodell: Berechnungsart, anrechenbares Einkommen, max. Beitragshöhe

Kanton	Berechnungsart und anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
BE	Keine Angaben im Inventar zur Höhe der Einkommensgrenze und den konkreten Verbilligungsbeiträgen je nach Versichertenkategorie. Zur Beurteilung der finanziellen Verhältnisse werden das reine Einkom-	Maximale Verbilligung = Fr. 1'860.- pro Jahr

Kanton	Berechnungsart und anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
	<p>men plus die steuerfreien Einkünfte plus 5% des Vermögens berücksichtigt (Art. 16.2 und 3 EG KUMV). Bei Liegenschaften wird der Verkehrswert eingesetzt (Art. 16.4 EG KUMV). Das Nutzniessvermögen wird auch berücksichtigt (Art. 16.5 EG KUMV).</p> <p>Das reine Einkommen bestimmt sich nach Artikel 30 ff. des Steuergesetzes vom 21. Mai 2000 [BSG 661.11] (StG) mit gewissen Sonderregelungen bezüglich Prämienverbilligung. Das reine Vermögen bestimmt sich nach Artikel 48 ff. StG.</p> <p>Vor der Ermittlung des anrechenbaren Einkommens sind die familiären Verhältnisse zu berücksichtigen und vom reinen Einkommen die pauschalen Abzüge zu tätigen. Vom reinen Vermögen können ebenfalls pauschale Abzüge pro Familienmitglied gemacht werden (9 KKVV).</p>	Minimale Verbilligung = Fr. 600.- pro Jahr (Art. 10 KKVV).
BS	<p>Regierungsrat legt Einkommensgrenzen und entsprechende Verbilligung für 4 Versichertenkategorien fest:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verheiratete mit Kindern - alleinstehende Erwachsene - in Hausgemeinschaft lebende minderjährige Kinder - junge Erwachsene zwischen dem 19. und 25. Altersjahr <p>Der Regierungsrat legt in der Verordnung die monatlichen Prämienbeiträge pro Prämiengruppe (Einkommensgruppe) fest. (Art. 19 KVO).</p> <p>Anrechenbares Einkommen = Einkommen basierend auf Steuerdaten gemäss Steuergesetz, wobei Unterstützungen, selbständige Erwerbstätigkeit, freiwillige Reduktion der Erwerbstätigkeit und Vermögenserträge speziell behandelt werden (Art. 22 GKV). Zum Einkommen werden 10% des Vermögens dazu gerechnet, das einen vom Regierungsrat festgelegten Betrag übersteigt (Art. 22 - 25 KVO).</p> <p>Ausnahmen von der Einkommensanrechnung sind definiert und Abzüge detailliert geregelt (Art. 22-24 GKV).</p>	<p>Maximale Verbilligung = Fr. 194.- pro Monat</p> <p>Minimale Verbilligung = Fr. 25.- pro Monat (Art. 19 KVO).</p>
FR	<p>Einkommensgrenzen :</p> <ul style="list-style-type: none"> - Alleinstehende ohne Kinder: Fr. 35'000.- - Alleinstehende mit Kindern: Fr. 43'000.- - Verheiratete: Fr. 52'000.- <p>Zu diesen Beträgen sind jeweils pro unterhaltspflichtigem Kind Fr. 9'000.- hinzuzurechnen.</p> <p>Anrechenbares Einkommen = jährliches mittleres Nettoeinkommen gemäss Steuererklärung erhöht durch die Prämien und Beiträge an Versicherungen und 1/20 des steuerbaren Vermögens (Art. 1 Arr.).</p> <p>Die Versicherten oder Familien, deren mittleres Bruttoeinkommen oder die Bruttoaktiven Fr. 150'000.- oder 1 Million Vermögen überschreiten, haben keinen Anspruch auf Prämienverbilligung (Art. 2, 3 Arr.).</p> <p>Die Verbilligung berechnet sich als Anteil eines Mittelwertes aller Prämien und gemäss einer Abstufung, die durch den Regierungsrat festgelegt wird.</p>	Maximale Verbilligung = 100% der Nettoprämie für die Grundversicherung (Art. 4 Arr.).
GE	<p>Drei Versichertengruppen mit je spezifischen Einkommensgrenzen :</p> <p>Gruppe A:</p> <ul style="list-style-type: none"> Alleinstehende ohne Kinder: Fr. 15'000.- Paar ohne Kinder: Fr. 21'000.- Kinderzuschlag: Fr. 6'000.- pro Kind. <p>Gruppe B:</p> <ul style="list-style-type: none"> Alleinstehende ohne Kinder: Fr. 30'000.- Paar ohne Kinder: Fr. 42'000.- Kinderzuschlag : Fr. 6'000.- pro Kind. <p>Gruppe C:</p> <ul style="list-style-type: none"> Alleinstehende ohne Kinder: Fr. 35'000.- Paar ohne Kinder: Fr. 50'000.- 	<p>Maximale Verbilligung = Prämie der obligatorischen Grundversicherung (art. 22 LALAMal).</p> <p>Für die unterhaltspflichtigen Kinder entspricht die maximale Verbilligung der monatlichen Prämie oder höchstens Fr. 95.- pro Mo-</p>

Kanton	Berechnungsart und anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
	<p>Kinderzuschlag: Fr. 6'000.- pro Kind</p> <p>Für jede Gruppe von Versicherten entsprechen die Verbilligungen fixen Beträgen (art. 22 LALAMal, art. 10 R exé).</p> <p>Anrechenbares Einkommen = jährliches Nettoeinkommen, plus 1/15 des Nettovermögens, das in der Schweiz oder im Ausland existiert. Als jährliches Nettoeinkommen gilt das gesamte Einkommen, das zur Festsetzung des Steuersatzes verwendet wird, vor persönlichen Abzügen und Familienabzügen. Als Nettovermögen gilt das gesamte Einkommen, das zur Festsetzung des Steuersatzes herangezogen wird. (Art. 21 LALAMal).</p>	nat (Art. 11, R exé).
JU	<p>Einkommensgrenze: Fr. 33'000.-.</p> <p>Der Regierungsrat definiert die Gruppe der Anspruchsberechtigten. Die Versicherten werden in Gruppen eingeteilt aufgrund ihres anrechenbaren Einkommens.</p> <p>Die Verbilligungen der Prämien von Erwachsenen unter 25 Jahren und Kinder unter 18 Jahren unterliegen einer speziellen Berechnung. (Art. 7, 9 ORPAMal).</p> <p>Anrechenbares Einkommen = steuerbares definitiv veranlagtes Einkommen des vorletzten Steuerjahres, das dem Versicherungsjahr vorausgeht. Das steuerbare Einkommen wird ausserdem durch verschiedene Parameter korrigiert (art. 8 ORPAMal; Art. 1 Arrêté).</p>	Maximale jährliche Verbilligung = 85% der Prämie des Versicherungsanbieters, der auf dem Kantonsgebiet die billigste Prämie anbietet. (Art. 7, 19 ORPAMal).
NE	<p>Einkommensgrenze, Einkommenskategorien, entsprechende Verbilligungen und Klassifizierungsnormen werden vom Regierungsrat festgelegt.</p> <p>Das anrechenbare Einkommen setzt sich aus dem effektiven Einkommen und einem Teil des effektiven Vermögens zusammen. Es wird aufgrund der Steuerfaktoren gemäss den Modalitäten des Regierungsrats berechnet.</p> <p>Für Verheiratete, allenfalls ihre minderjährigen Kinder oder volljährige Kinder in Ausbildung sowie Alleinerziehende, setzt sich das anrechenbare Einkommen aus den Einkommen und dem Vermögen sämtlicher Familienmitglieder zusammen (Art. 20, 25 LILAMal). Das anrechenbare Einkommen des Minderjährigen, der selber für seinen Unterhalt aufkommt, setzt sich aus seinen eigenen Einkommen zusammen (Art. 24 LILAMal).</p>	Maximale Verbilligung = wird im Regierungsratsbeschluss festgelegt und übernimmt die Kategorien der Einkommensgrenzen
TG	<p>Die Einkommensgrenze wird festgelegt aufgrund von Steuerfaktoren und Einkommensstufen (einfache Steuern zu 100% bei Erwachsenen, steuerbares Vermögen der Eltern bei Kindern). Pro Einkommensstufe wird eine fixe jährliche Verbilligung geleistet.</p> <p>Kinder, deren Eltern über ein steuerbares Vermögen verfügen, erhalten keine Prämienverbilligung (Art. 7 VO KVG TGGKV).</p>	Maximale Verbilligung = durchschnittliche kantonale Prämie (§ 8 KVG TG).
TI	<p>Einkommensgrenze:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Alleinstehende: Fr. 20'000.- - für Familien: Fr. 32'000.- (art. 29 LALFAM). <p>Der Regierungsrat legt die anerkannten Prämien für jede Altersgruppe fest (Erwachsene, Studierende zwischen 18 und 25 Jahren und Kinder bis 18 Jahre). Die anerkannte Prämie wird aufgrund der Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung bei ordentlicher Franchise festgelegt, die vom Bundesrat für jeden Versicherer und das jeweilige Jahr genehmigt werden. Die anerkannte Prämie berücksichtigt ein angemessenes Verhältnis zwischen den Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung mit und ohne Unfaldeckung. Wenn ein Versicherer auf Kantonsgebiet verschiedene Prämien anwendet, ist für die Festsetzung der anerkannten Prämie für die Beihilfen die tiefste Ver-</p>	Ist die anerkannte Prämie des Versicherers höher als oder gleich hoch wie die gewichtete kantonale Durchschnittsprämie, wird die Mindestprämie folgendermassen berechnet: Von der gewichteten kantonalen Durchschnittsprämie wird der Beitrag abgezogen,

Kanton	Berechnungsart und anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
	<p>sicherungsprämie massgebend (art. 33 LALFAM).</p> <p>Die Verbilligung entspricht der Differenz zwischen der gewichteten kantonalen Durchschnittsprämie oder der anerkannten Prämie, wenn diese darunter liegt, und der Mindestprämie, die der Versicherte bezahlen muss (art. 37 LALFAM). Der Versicherte, der von einer Verbilligung profitiert, bezahlt eine jährliche Minimalquote, die wie folgt definiert ist:</p> <p>a) für Alleinstehende bis zu einem anrechenbaren Einkommen von Fr. 14'000.-: Fr. 620.-</p> <p>b) für erwachsene Familienmitglieder bis zu einem anrechenbaren Einkommen von Fr. 20'000.-: Fr. 620.-.</p> <p>c) für das erste Kind der Familie, die von einer Verbilligung profitiert bis zu einem anrechenbaren Einkommen von Fr. 20'000.-: Fr. 300.-, bis zu einem Referenzeinkommen von Fr. 30'000.-: Fr. 620.- (art. 35 LALFAM).</p>	<p>den man erhält, wenn man die Mindestprämie zulasten des oder der Versicherten und den Mindestbetrag der Beihilfe addiert. Diese Zahl wird durch den Wert dividiert, den man erhält, wenn man den Grenzwert des Einkommens mit Anspruch auf Beihilfe und den Grenzwert des Einkommens für die minimale Kostenbeteiligung (des oder der Versicherten) voneinander subtrahiert. Dieser Betrag wird mit der Zahl multipliziert, die man erhält, wenn man vom massgebenden Einkommen des oder der Versicherten den Grenzwert des Einkommens für die minimale Kostenbeteiligung (des oder der Versicherten) subtrahiert und den Mindestbetrag der Beihilfe addiert. Ist die anerkannte Prämie des Versicherers tiefer als die gewichtete kantonale Durchschnittsprämie, wird die Mindestprämie wie im vorhergehenden Fall berechnet, doch wird bei der ersten Operation die gewichtete kantonale Durchschnittsprämie durch die anerkannte Prämie des Versicherers ersetzt (art. 36 LALFAM).</p>
VD	<p>Einkommensgrenzen:</p> <p>Werden vom Regierungsrat für verschiedene Verbilligungskategorien festgelegt. Es existiert für jede Kategorie eine untere sowie eine obere Einkommensgrenze. Diese Grenzen hängen vom Alter und der Familiensituation der gesuchstellenden Person ab.</p> <p>Es gibt 5 Verbilligungskategorien :</p>	<p>Maximale Verbilligung = kantonale Referenzprämie (art. 17 LAVAMal, art. 22 RAVAMal).</p> <p>Minimale Verbilligung wird jeweils</p>

Kanton	Berechnungsart und anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
	<ul style="list-style-type: none"> - Alleinstehende - Erwachsene, die als Familie leben (Paare mit oder ohne Kinder und Alleinstehende mit Kindern) - Kinder zwischen 0 und 18 Jahren - Alleinstehende zwischen 19 und 25 Jahren - Personen zwischen 19 und 25, die als Familie zusammenleben (Paare mit oder ohne Kinder, Alleinstehende mit Kindern) (art. 18, 21 RAVA-Mal). <p>Anrechenbares Einkommen = Nettoeinkommen gemäss Gesetz über die direkten kantonalen Steuern. Es handelt sich dabei um das Bruttoeinkommen abzüglich genereller Abzüge mit Ausnahme der sozialen Abzüge.</p>	vom Regierungsrat festgelegt.
VS	<p>Einkommensgrenze und Einkommensstufen werden jährlich vom Regierungsrat festgelegt. Er stützt sich dabei auf die vorhandenen Finanzmittel, die Gesetzgebung über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV sowie die Familiensituation der Betroffenen (art. 5 RAM).</p> <p>Die kantonale Verbilligung entspricht einem Anteil der regionalen mittleren Prämien aufgrund einer degressiven Einkommensabstufung.</p>	<p>Maximale Verbilligung = 100% der regionalen Durchschnittsprämie (art. 4 RAM)</p> <p>Minimale Verbilligung = 20% der regionalen Durchschnittsprämie</p>
ZH	<p>Der Regierungsrat setzt die Höhe der Prämienverbilligung für Erwachsene und Kinder fest. Pro Einkommensstufe wird ein fixer Betrag ausbezahlt (§ 12 EG KVG). Für alle anspruchsberechtigten Kinder ist eine einheitliche Verbilligung in der Höhe von mindestens 85% der regionalen Durchschnittsprämie zu gewähren (§ 17 EG KVG).</p> <p>Die Leistung ist einerseits vom Einkommen und andererseits von der Prämienregion abhängig. Die Leistungen werden in verschiedenen Stufen festgelegt (Regierungsratsbeschluss) (§ 13 und 14 EG KVG).</p> <p>Zur Beurteilung des Anspruchs bezieht man sich auf das massgebende steuerbare Gesamteinkommen und das steuerbare Gesamtvermögen. Der Regierungsrat legt die entsprechenden Einkommensgrenzen fest (§ 9 EG KVG).</p>	Wird vom Regierungsrat jährlich festgelegt. ⁴⁶

Quelle: Inventar 2002

Wie die obenstehende Tabelle zeigt, variieren die Art der Berechnung des anrechenbaren Einkommens, die Zahl der Einkommensklassen sowie die Abstufung der Verbilligungsbeiträge von Kanton zu Kanton. Damit wird klar, dass sowohl die Bedingungen für den Erhalt der Prämienverbilligung als auch die effektive Verbilligung der Prämie je nach Kanton divergieren. Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen kann das konkrete Ausmass der kantonalen Unterschiede jedoch nicht eingeschätzt werden, weil zu viele Parameter nicht vergleichbar sind. Einzig ein konkretes Berechnungsbeispiel könnte die effektiven Unterschiede zwischen den Kantonen illustrieren.

⁴⁶ Im Inventar sind die Minimal- und Maximalbeträge für das Jahr 2003 anstatt 2002 angegeben.

Für beide Berechnungsmodelle gilt, dass verschiedenste Kantone, die auf die Steuerdaten abstellen, gesetzliche Regelungen kennen, wie im Bedarfsfall die effektive Situation der Betroffenen als Grundlage für die Beurteilung des Anspruchs herangezogen werden kann. Es gilt in vereinzelt Kantonen jedoch auch, dass von den steuerlichen Kriterien abgesehen werden kann, falls diese ungerechte oder stossende Ausgangslagen schaffen⁴⁷.

Einzelne Kantone räumen sich übrigens auf Gesetzesebene einen gewissen Spielraum in Bezug auf die Erteilung von ausserordentlichen Verbilligungen ein. In den Kantonen Waadt und Neuenburg wird in den entsprechenden Gesetzen zur Prämienverbilligung ausdrücklich die Möglichkeit erwähnt, dass die zuständigen Stellen Personen in besonders schwierigen Situationen zeitlich limitierte Verbilligungen gewähren können und zwar unabhängig vom jeweiligen Einkommen der betroffenen Person⁴⁸.

1.2.2.6 Finanzierung der Prämienverbilligung

Die Prämienverbilligung wird von Bund und Kanton, bzw. vielerorts von Bund, Kanton und Gemeinden, gemeinsam finanziert. Der Bund leistet dem Kanton gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) einen bestimmten Finanzierungsbeitrag, der dieser mindestens zur Hälfte ausschöpfen muss. Im Gegenzug müssen die Kantone einen Gesamtbeitrag leisten, der mindestens der Hälfte des Bundesbeitrags entspricht. Die Finanzierung der Verbilligung unter Abzug der Bundesbeiträge wird in den meisten Kantonen gemäss Angaben im Inventar über einen Kostenverteiler zwischen Kanton und Gemeinden sichergestellt. Leider fehlen die entsprechenden Angaben in der Hälfte aller Kantone. Die nachstehende Tabelle vermittelt einen Überblick über die im In-

⁴⁷ Als Beispiel kann diesbezüglich der Kanton Freiburg genannt werden: «Führt die Anwendung der Steuerkriterien zu offensichtlich ungerechten oder stossenden Ergebnissen, so kann die AHV-Kasse, nach Anhören der Gemeinde, in Abweichung von den Steuerkriterien entscheiden.»

⁴⁸ Im Kanton Waadt lautet die konkrete Formulierung im Gesetz: „Unabhängig vom massgebenden Einkommen kann das kantonale Kontrollorgan (OCC: Organe cantonal de contrôle de l'assurance en cas de maladie et d'accidents) in besonderen und berücksichtigungswerten Härtefällen für einen begrenzten Zeitraum Beiträge gewähren (Art. 13 LAVAMal). Solche ausserordentlichen Fälle können auch bei ausländischen Studierenden, die alleine in der Schweiz leben und prinzipiell kein Recht auf Beiträge haben, gerechtfertigt werden (art. 13 LAVAMal) ». Eine fast gleichlautende Regelung existiert im Gesetz des Kantons Neuenburg: «Die Ausgleichskasse kann in besonderen Härtefällen und unabhängig vom massgebenden Einkommen zeitlich begrenzte Beiträge gewähren (art. 26 LAMal)».

ventar enthaltenen Angaben zur Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden.

Tabelle 8: Finanzierungsmodi der Prämienverbilligung – Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden
AR	Die Gemeinden und der Kanton teilen die Kosten je zur Hälfte. Das Betreffnis der einzelnen Gemeinden richtet sich nach dem Ertrag ihrer einfachen Steuern (Art. 7 EG KVG).
FR	Die Hälfte der nicht einbringbaren Vorschüsse wird von der Gesamtheit der Gemeinden getragen gemäss Einwohnerkoeffizient (Art. 81 LCC).
JU	Der Kanton übernimmt 2/3 der Kantonsbeiträge an die Prämienverbilligung. Der verbleibende Drittel wird zwischen den Gemeinden aufgeteilt gemäss den für die Finanzierung der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV geltenden Kriterien (art. 21 LiLAMal).
LU	Die Beiträge des Kantons werden zu 50% von den Bürgergemeinden mitgetragen (Art. 10 PVG)
OW	Die Kantonsleistung wird je hälftig vom Kanton und den Einwohnergemeinden nach der Einwohnerzahl getragen (Art. 2.2 KVG).
SH	Die nach Abzug der Bundesbeiträge verbleibenden Kosten werden zu 55 % durch den Kanton und zu 45% durch die Gemeinden nach Massgabe der Einwohnerzahl geteilt (Art. 22 D KVG).
SO	Der Kanton verrechnet 50% des Kantonsbeitrages im Rahmen des Projektes Aufgabenreform 'Soziale Sicherheit' den Einwohnergemeinden (Art. 23 VO KVG).
SZ	Die Gemeinden übernehmen nach ihrer Einwohnerzahl einen Drittel der Kantonsbeiträge. (§ 7 PVG)
TG	Die für die Prämienverbilligung zur Verfügung stehenden Beiträge von Kanton und Gemeinden entsprechen dem für die volle Auslösung der Bundesbeiträge notwendigen Betrag. Sie können unter Berücksichtigung der Finanzlage des Kantons mit dem Beschluss über den Voranschlag gekürzt werden. Der Teil der Prämienverbilligungen, der nicht vom Bund abgedeckt ist, wird zu zwei Dritteln vom Kanton und zu einem Drittel von den Gemeinden aufgebracht (§ 11 KVG TG).
TI	Die durch die Prämienverbilligung verursachten Kosten, unter Abzug der Bundesbeiträge, werden von den Gemeinden und dem Kanton gemeinsam getragen. Der Beitrag der einzelnen Gemeinde wird aufgrund ihrer Finanzkraft festgelegt (art. 50 LALFAM).
VD	Die Ausgaben, die durch die Anwendung der Prämienverbilligung anfallen, werden zu einem Drittel von den Kantonen übernommen, nach Abzug der Bundesbeiträge. Der Gesamtbeitrag der Gemeinden wird durch die laufenden Aufwendungen festgelegt (art. 25 LAVAMal). Der jährliche Beitrag jeder Gemeinde pro Einwohner wird aufgrund der Finanzkraft der einzelnen Gemeinde festgelegt (art. 26 LAVAMal).

Quelle: Inventar 2002

Die elf Kantone, zu denen Angaben bezüglich Finanzierung aufgrund des Inventars gemacht werden können, wenden alle eine Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden an. In den übrigen Kantonen sind die Angaben unklar oder fehlen.

2. Bedarfsabhängige Sozialleistungen in Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen

2.1 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV⁴⁹

2.1.1 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV⁵⁰

Ergänzungsleistungen (EL) sind Zusatzrenten zur eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV). Diese Leistungen sind für Rentner/-innen bestimmt, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, bzw. hohe Krankheits- oder Heimkosten haben. Sie sichern den Bezüger/-innen ein angemessenes Mindesteinkommen. Die Ergänzungsleistungen sind im Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) gesamtschweizerisch geregelt und vom Bund mitfinanziert.

Bei den EL handelt es sich um Sozialversicherungsleistungen ganz besonderer Art. Sie nehmen eine wichtige Stellung zwischen der klassischen Sozialversicherung (AHV und IV) und der öffentlichen Sozialhilfe ein. Die Ergänzungsleistungen sind Bedarfsleistungen, auf die ein Rechtsanspruch besteht. Voraussetzung ist der Anspruch auf eine Grundleistung der AHV oder IV. Antragstellende müssen ihren Wohnsitz in der Schweiz haben. Wirtschaftlich müssen die gesetzlich anerkannten Ausgaben die anrechenbaren Einnahmen überstei-

⁴⁹ Für diese kantonalen Bedarfsleistungen werden verschiedene Begriffe verwendet: Im Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ELG sind sie nicht definiert, es heisst in Art. 1a Abs. 4 lediglich: "Den Kantonen bleibt es unbenommen, über den Rahmen dieses Gesetzes hinausgehende Versicherungs- oder Fürsorgeleistungen zu gewähren und hierfür besondere Voraussetzungen festzulegen." Der Bericht von 1998 nennt diese Bedarfsleistungen 'Beihilfen / Zuschüsse' oder 'ausserordentliche Ergänzungsleistungen'. Der Begriff 'Zusatzleistungen zur AHV/IV' ist indessen gängiger, wird jedoch im Standardwerk zu den Ergänzungsleistungen nicht klar definiert (vgl. Carigiet 1995 und 2000). Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat folgende praxisnahe Definition übernommen (Sozialbericht Kanton Zürich 2002, S. 34): "Zusatzleistungen" ist der Oberbegriff für alle Bedarfsleistungen, welche die Sozialversicherungsleistungen aus AHV/IV ergänzen und die Existenzsicherung gewährleisten sollen. Zusatzleistungen bestehen aus Ergänzungsleistungen (Ebene Bund), kantonalen Beihilfen (Ebene Kanton) und Gemeindezuschüssen (Ebene Gemeinde)." Gemäss dieser Logik wird in diesem Bericht zum Inventar der Begriff 'Ergänzungsleistungen' zur Bezeichnung der bundesrechtlich geregelten Ergänzungsleistungen und der Begriff 'kantonale Beihilfen' für die von gewissen Kantonen zusätzlich gewährten und in eigenen gesetzlichen Grundlagen geregelten Zusatzleistungen, verwendet.

⁵⁰ Nachstehende Ausführungen beruhen auf folgenden Quellen: Bundesamt für Sozialversicherung, www.bsv.admin.ch, Wegleitung über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (WEL) und Carigiet, 1995, 2000 und 2003.

gen. Als Einnahmen angerechnet werden Erwerbseinkünfte (teilweise Anrechnung), Einkünfte aus Vermögenswerten, Vermögensverzehr, Renten und andere wiederkehrende Leistungen sowie Einkünfte und Vermögenswerte, auf die verzichtet worden ist. Ausländer/-innen müssen während mindestens zehn Jahren ununterbrochen in der Schweiz gelebt haben, damit sie Ergänzungsleistungen beanspruchen können. Davon ausgenommen sind Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der EU und der EFTA (Norwegen, Island und Liechtenstein). Diese Personen haben in der Regel keine Karenzfrist zu erfüllen.

Die Ergänzungsleistungen werden durch Bund, Kantone und teilweise durch Gemeinden mit Steuermitteln finanziert. Lohnprozente dürfen dafür nicht erhoben werden. Für die Höhe der Bundesbeiträge an die Kantone ist die Finanzkraft jedes einzelnen Kantons massgebend. Finanzstarke Kantone erhalten 10 Prozent, mittelstarke zwischen 11 und 34 Prozent und finanzschwache Kantone 35 Prozent ihrer Aufwendungen zurückerstattet. Es ist Sache der Kantone, die Organe für die Festsetzung und Ausrichtung der Ergänzungsleistungen zu bestimmen. In der Regel haben die Kantone ihre AHV-Ausgleichskassen mit dieser Aufgabe betraut (mit Ausnahme von ZH, BS und GE). Fürsorgebehörden dürfen diese Funktion von Gesetzes wegen nicht übernehmen. Der Bund hat die Oberaufsicht und sorgt dafür, dass seine Subventionsmittel richtig eingesetzt werden.

Als die Ergänzungsleistungen 1966 eingeführt wurden, waren sie nur als Übergangslösung gedacht, bis die Renten eine existenzsichernde Höhe erreichen. In der Zwischenzeit hat sich die Annahme, es könne sich dabei um ein Provisorium handeln, als unrealistisch erwiesen. Die steigenden Wohnungszinsen und die wachsenden Kosten für Langzeitpflege erhöhten sogar den Bedarf nach Ergänzungsleistungen. Gut ein Drittel der Ergänzungsleistungs-Berechtigten leben heute in einem Pflegeheim. Sie benötigen zusätzliche Mittel, um die hohen Betreuungskosten finanzieren zu können.

Obwohl die Ergänzungsleistungen materiell weitgehend bundesrechtlich normiert sind, werden sie von den Kantonen gestützt auf kantonale Gesetze ausgerichtet. Die kantonalen Gesetze und Verordnungen sind dem Bundesrat zur Genehmigung zu unterbreiten.

2.1.1.1. Dritte EL-Revision⁵¹

Am 1. Januar 1998 ist die 3. EL-Revision in Kraft getreten⁵². Mit der Revision wurden verschiedene Lücken im Leistungsbereich geschlossen, die insbesondere die Rentner/-innen, die zu Hause wohnen, betreffen. Neu wird unterschieden zwischen "jährlichen Ergänzungsleistungen", die aufgrund der regelmässigen und voraussehbaren Ausgaben und Einnahmen berechnet und monatlich ausgerichtet werden, und der "Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten". Bis 1998 konnten Krankheits- und Behinderungskosten nur in Abhängigkeit der Höhe der jährlichen Ergänzungsleistungen ausgerichtet werden. Dies hatte insbesondere zur Folge, dass in Heimfällen vielfach keine Krankheitskosten vergütet werden konnten (Carigiet, 2000: 36). Es ist zu vermuten, dass deshalb in gewissen Fällen Personen auf Sozialhilfe angewiesen waren. Auf die „jährlichen Ergänzungsleistungen“ und die "Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten" wird später näher eingegangen.

Neu geregelt wurden auch die Fälle, in denen ein Ehegatte im Heim, der andere zu Hause lebt. Die separate Berechnung der Ergänzungsleistungen brachte für die Betroffenen Entlastung, indem der zu Hause wohnende Ehegatte nicht seinen ganzen Verdienst und das ganze Vermögen für die Finanzierung des Heimaufenthaltes verwenden muss.

Mit dem Übergang von der Netto- zur Bruttomiete⁵³ wurden die bislang ungenügenden Pauschalen für Nebenkosten angepasst. Der Wechsel erfolgte nicht in allen Kantonen per 1.1.1998, da ihnen eine Übergangsfrist bis 1.1.1999 zugestanden wurde.

Neben den Erwerbseinkünften wird auch ein Teil des Vermögens (unter Berücksichtigung des Freibetrages) bei der Ermittlung der jährlichen Ergänzungsleistung berücksichtigt. Die Vermögensanrechnung war bis zur Gesetzesrevision in jenen Fällen unbefriedigend, wo ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen abgewiesen werden musste, weil die Antrag stellende Person über eine

⁵¹ An dieser Stelle sei René Balmer, Amt für Zusatzleistungen der Stadt Zürich, herzlich gedankt für die freundliche Unterstützung bei den Recherchen zur 3. EL-Revision.

⁵² Folgende Ausführungen gemäss Botschaft über die 3. Revision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (3. EL-Revision) vom 20. November 1996 und Behinderung und Recht, Beilage der SAEB-Mitteilungen Nummer 4, 1997.

⁵³ Berücksichtigung des Bruttomietzinses, d.h. der Mietzins inklusive dem a conto erhobenen Betrag für Nebenkosten.

(selbstbewohnte) Liegenschaft verfügte, die weitgehend oder ganz abbezahlt war. Dies betraf insbesondere "bescheidene" Liegenschaften, die in den 40er Jahren zu günstigen Preisen erworben werden konnten. Wo neben der selbstbewohnten Liegenschaft kein zusätzliches Vermögen vorliegt, leben die Betroffenen häufig am Rande des Existenzminimums. Sinn der Ergänzungsleistungen soll nicht sein, ein Eigenheim um jeden Preis erhalten zu wollen. Allerdings hatte die bisherige Regelung in vielen Fällen verunmöglicht, dass vor allem Altersrentner/-innen in ihrem sozialen Umfeld verbleiben konnten. Die 3. EL-Revision berücksichtigt deshalb lediglich den 75'000 Franken übersteigenden Wert einer Liegenschaft. Mit der Gesetzesrevision haben die Kantone die Möglichkeit erhalten, den Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften von 75'000 Franken höchstens zu verdoppeln.

Ein weiterer Revisionspunkt betrifft die Herabsetzung der Karenzfristen für Ausländer/-innen von 15 auf zehn Jahre.

Jährliche Ergänzungsleistungen

Die Anspruchsberechtigung für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV ist an die Erfüllung persönlicher und wirtschaftlicher Voraussetzungen geknüpft. Anspruch haben ausschliesslich AHV- und IV-Rentenberechtigte, deren anerkannte Ausgaben die anrechenbaren Einnahmen überschreiten. Wichtigste anerkannte Ausgabe ist der Lebensbedarf. Der Lebensbedarf der EL stellt ein garantiertes Mindesteinkommen dar, welches über dem betriebsrechtlichen und sozialhilferechtlichen Existenzminimum liegt und nicht unterschritten werden darf. Der Begriff des Lebensbedarfs entspricht dem vor der 3. EL-Revision verwendeten Begriff der Einkommensgrenze. Die jährliche Ergänzungsleistung entspricht dem Betrag, um den die anerkannten Ausgaben die anrechenbaren Einkünfte übersteigen. Insbesondere die Situation von Menschen mit Behinderungen hat sich durch die 3. EL-Revision und die Neuregelung der jährlichen Ergänzungsleistung verbessert. Bislang konnte es vorkommen, dass ein Teil der anerkannten Ausgaben nicht gedeckt werden konnte mit der Folge, dass zusätzlich Sozialhilfeleistungen erforderlich waren, um den Existenzbedarf zu decken. Dafür wurde die Berücksichtigung von Schuldzinsen aufgehoben. Somit ist es seit der 3. ELG-Revision nicht mehr möglich, mit Hilfe der Ergänzungsleistungen die finanzielle Lage überschuldeter Personen zu sanieren. Beibehalten wurde die obere Begrenzung der Ergänzungsleistungen in der

Höhe des vierfachen Betrags des jährlichen Mindestbetrags der einfachen Altersrente der AHV.

Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten

Die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten erfolgt seit 1998 losgelöst von der jährlichen Ergänzungsleistung: unabhängig von deren Höhe können den EL-Bezüger/-innen solche Krankheits- und Behinderungskosten bis zu einem jährlichen Maximum (25'000 Franken für Alleinstehende oder Ehegatten von im Heim wohnenden Personen, bzw. 50'000 Franken für Ehepaare) vergütet werden. Bei Heimbewohner/-innen ist eine Vergütung bis zu maximal 6'000 Franken jährlich möglich.

Personen, deren anrechenbare Einnahmen die anerkannten Ausgaben übersteigen und die deshalb keine jährliche Ergänzungsleistung erhalten, werden die Krankheits- und Behinderungskosten nur soweit vergütet, als diese höher sind als der Überschuss der anrechenbaren Einnahmen über die anerkannten Ausgaben. Somit können über die Ergänzungsleistungen auch ausserordentliche Krankheits- und Behinderungskosten unabhängig vom Bezug von Ergänzungsleistungen finanziert werden.

Vergütet werden die Kosten für zahnärztliche Behandlungen, für Hilfe, Pflege und Betreuung zu Hause sowie in Tagesstrukturen, für Diät, für Transporte zur nächstgelegenen Behandlungsstelle, für gewisse Hilfsmittel sowie die Franchise und die Selbstbehalte, welche im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anfallen.

2.1.1.2 Kantonale Regelungen der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV

Die Kantone regeln einerseits über kantonale Einführungsgesetze zum Bundesgesetz die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und andererseits die ausschliesslich auf kantonaler Ebene vorgesehenen Beihilfen, sofern solche ausgerichtet werden. Betreffend Ergänzungsleistungen haben die Kantone in verschiedenen Punkten Spielraum, um – im vom Bundesgesetz vorgegebenen Rahmen – kantonale Sonderregelungen zu treffen. Das ELG (Art. 5) sieht ver-

schiedene Möglichkeiten für kantonale Sonderregelungen bei den Ergänzungsleistungen vor. Im Bundesgesetz heisst es:

Die Kantone legen fest:

- den Betrag für den Lebensbedarf für zu Hause wohnende Personen
- den Betrag für die Mietzinsausgaben
- den Betrag, der den in Heimen wohnenden Personen für persönliche Auslagen überlassen wird.

Die Kantone können:

- die Kosten, die wegen des Aufenthaltes in einem Heim oder Spital berücksichtigt werden, begrenzen,
- den Vermögensverzehr bei Altersrentner/-innen in Heimen und Spitälern auf höchstens einen Fünftel erhöhen,
- den Freibetrag für Liegenschaften höchstens verdoppeln,
- statt den Freibetrag für das selbstbewohnte Wohneigentum anzuwenden, die Ergänzungsleistungen im Rahmen eines hypothekarisch gesicherten Darlehens zu Lasten des selbstbewohnten Wohneigentums vor-schiessen.

Die Einführung zusätzlicher kantonaler Regelungen im Rahmen der Ergänzungsleistungen wird insbesondere mit über dem übrigen Bundesgebiet liegenden Lebenshaltungskosten begründet. Diese Argumentation trifft beim maximal möglichen Mietzinsabzug bei den Ergänzungsleistungen nach wie vor für die städtischen Gebiete zu. Im Übrigen sind die Lebenshaltungskosten in der ganzen Schweiz relativ ausgeglichen.

Die kantonalen Regelungen und allfällige Abweichungen von der Bundesgesetzgebung wurden im ersten Analysebericht zum Inventar von 1997 (Wyss 1998) nicht erfasst und ausgewertet, sollen aber in diesem zweiten Bericht erstmals dargestellt werden. Um Abweichungen materiell ausweisen zu können, werden die jeweiligen Referenzgrössen in den nachfolgenden Tabellen mit angegeben.

Folgende Kantone nennen im Inventar explizit Beträge für den 'Lebensbedarf':

Tabelle 9: Kantonale Regelungen: Lebensbedarf

	Alleinstehende	Ehepaare	Waisen und Kinder, die einen Anspruch auf eine Kinderrente der AHV oder IV begründen
Bundesbestimmung per 1.1.2002 (Art. 3b ELG)	15'280 – 16'880 Franken	22'920 – 25'320 Franken	8'050 – 8'850 Franken
AG (§ 3 KELG)	16'880 Franken	25'320 Franken	8'850 Franken für Waisen und Kinder, die einen Anspruch auf eine Kinderrente der AHV oder IV begründen. Dabei gilt für die ersten zwei Kinder der volle Betrag, für zwei weitere Kinder je zwei Drittel und für die übrigen Kinder je ein Drittel dieses Betrages.
AR (Art. 2 KELG)	16'880 Franken	25'320 Franken	8'850 Franken
BE (Art. 1 ELVK)	16' 880 Franken	25'320 Franken	8'850 Franken
GR (Art. 1 VELK)	Der nach dem Bundesgesetz höchstzulässige Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf darf durch die Regierung jährlich um höchstens 2%, insgesamt jedoch um höchstens 6% herabgesetzt werden.	Der nach dem Bundesgesetz höchstzulässige Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf darf durch die Regierung jährlich um höchstens 2%, insgesamt jedoch um höchstens 6% herabgesetzt werden.	Der nach dem Bundesgesetz höchstzulässige Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf darf durch die Regierung jährlich um höchstens 2%, insgesamt jedoch um höchstens 6% herabgesetzt werden.
ZG (§3 EG-ELG)	16'880 Franken	25'320 Franken	8'850 Franken

Quelle: Inventar 2002

Für die meisten Kantone fehlen die entsprechenden Angaben im Inventar. In den im Inventar aufgeführten Kantonen wird in der Regel der maximale Abzug für den Lebensbedarf gewährt. Einzig der Kanton Graubünden sieht eine Herabsetzung des maximalen Abzugs vor.

Folgende Kantone nennen im Inventar explizit Beträge zum 'Maximaler Mietzinsabzug':

Tabelle 10: Kantonale Regelungen: Maximaler Mietzinsabzug

	Alleinstehende	Ehepaare und Personen mit rentenberechtigten oder an der Rente beteiligten Kindern
Bundesbestimmung per 1.1.2002 (Art. 5b ELG)	13'200 Franken	15'000 Franken

AG (§ 3 KELG)	13'200 Franken	15'000 Franken
AR (Art. 3 KELV)	12'000 Franken	13'800 Franken
BE (Art. 2 ELVK)	13 200 Franken	15'000 Franken
BS ⁵⁴	Solange ein Anspruch auf Mietzinsbeihilfe besteht, erhöht sich der anerkannte Mietzins einschliesslich Nebenkosten um höchstens 1800 Franken pro Jahr	Solange ein Anspruch auf Mietzinsbeihilfe besteht, erhöht sich der anerkannte Mietzins einschliesslich Nebenkosten um höchstens 3000 Franken pro Jahr
GE (art. 4 RPCC)	13'200 Franken	15'000 Franken
ZG (§3 EG-ELG)	12'000 Franken	13'800 Franken

Quelle: Inventar 2002

Die Kantone Aargau, Bern und Genf gewähren den maximal zulässigen Mietzinsabzug. In Appenzell Ausserrhoden und Zug liegt der maximale Abzug unter der Bundeslimite.

Im Heimbereich überlässt das ELG die Regelung der Obergrenze der anerkannten Ausgaben für persönliche Auslagen und anrechenbare Heimkosten den Kantonen. Entsprechend gross sind die Unterschiede zwischen den kantonalen Bestimmungen. Diese sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Tabelle 11: Kantonale Regelungen bei den Ergänzungsleistungen: Persönliche Auslagen bei dauerndem oder längerem Heim- oder Spitalaufenthalt

Bundesbestimmung per 1.1.2002 (Art. 3b und 5 ELG)	Anrechenbar ist der Betrag für persönliche Ausgaben. Keine Angaben zur minimalen oder maximalen Höhe der anrechenbaren persönlichen Auslagen.
AG (§ 3 KELG)	357 Franken
AI	Im Pflegeheim oder einem Spital 16%, im Altersheim oder Invalidenwohnheim 27% des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende gemäss Bundesgesetz
AR	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
BE (Art. 5 ELVK)	a. bei schwerer Pflegebedürftigkeit 197 Franken b. bei mittlerer Pflegebedürftigkeit 253 Franken c. bei leichter Pflegebedürftigkeit 338 Franken d. bei geringer Pflegebedürftigkeit 394 Franken
BL (§10 VELG)	360 Franken
BS (art.5ter A exé)	350 Franken
FR	Der Betrag, welcher Heimsassen für ihre persönlichen Auslagen zu überlassen ist, wird auf 320 Franken im Monat pro Person festgesetzt (art.5ter A exé) Der Betrag, welcher erwachsenen Behinderten, die in Heimen oder geschützten Wohnungen leben, für persönliche Auslagen zu überlassen ist, wird auf 600 Fr. im Monat pro Person festgelegt (Arrêté).
GE (art. 3 RPCC)	3'600 Franken für AHV/-Rentner/-innen, 4'800 Franken für IV-Rentner/-innen pro Jahr
GL (Art. 8 KELG)	Für persönliche Auslagen von Heimbewohnern werden folgende Abzüge in % der Einkommensgrenze für Alleinstehende gewährt:

⁵⁴ Ausser den ordentlichen Ergänzungsleistungen und den Beihilfen werden in Härtefällen noch Mietzinsbeihilfen ausgerichtet (§ 14 VELG)

	20% bei Aufenthalt in Pflegeabteilungen von Heimen und Heilanstalten 30% bei Aufenthalt in einem Alters- oder Invalidenheim.
GR (Art. 1 VELK)	Für persönliche Auslagen wird ein prozentualer Anteil des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende gewährt, und zwar 16% bei einem Pflegeheim- oder Spitalaufenthalt und 27% bei einem Aufenthalt in einem Altersheim oder Wohnheim für Behinderte.
JU (art.7 OPC)	216 Franken pro Monat für Personen, die in Spitälern oder Pflegeheimen leben, 277 Franken pro Monat für Personen in Alters- oder Invalidenheimen ohne ständige medizinische Betreuung
LU (§ 5 KELG)	a. für Personen in Heimen, deren anrechenbare Taxen begrenzt sind, auf 28 % des Lebensbedarfs für Alleinstehende b. für Personen in Heimen, deren anrechenbare Taxen nicht begrenzt sind, auf 21 % des Lebensbedarfs für Alleinstehende.
NE (art. 5 RLCPC)	300 Franken
NW (Art. 8 KELG)	Folgende Anteile des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf von Alleinstehenden werden berücksichtigt: a. allgemein 27% b. für Pflegebedürftige 22%
OW (Art. 3 KELV)	17% des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende bei einem Aufenthalt in einem Spital oder Pflegeheim, 27% des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende bei einem Aufenthalt in einem anderen Heim.
SG (Art. 3 KELG)	a. Bei Aufenthalt in einem Altersheim oder einem Invalidenwohnheim ein Drittel des für Alleinstehende geltenden Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf nach Art. 2 lit. a dieses Gesetzes; b. bei Aufenthalt in einem Pflegeheim oder einem Spital ein Viertel des für Alleinstehende geltenden Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf nach Art. 2 lit. a dieses Gesetzes.
SH (§ 2 KELV)	Beim Aufenthalt in einem Heim oder Spital werden für persönliche Auslagen folgende %-sätze des allgemeinen Lebensbedarfs für Alleinstehende berücksichtigt: a. 32% bei einem Betreuungsaufwand gemäss BESA-Stufen ⁵⁵ 0 bis 2 b. 25% bei einem Betreuungsaufwand gemäss BESA-Stufen 3 bis 4 c. 32% bei Aufenthalt in einem Invalidenwohnheim. Bei Heimen und Spitälern, die nicht anerkannt sind oder das BESA-System nicht anwenden, bestimmt die AHV-Ausgleichskasse die Einstufung in sinngemässer Anwendung der BESA-Richtlinien. In begründeten Fällen ist den tatsächlich anfallenden persönlichen Auslagen Rechnung zu tragen. Der Höchstansatz von 32% darf dabei nicht überschritten und der Mindestansatz von 25% nicht unterschritten werden
SO (§ 1ter KELV)	320 Franken
SZ (§ 2a KELG)	Als Betrag für persönliche Auslagen von Personen, die in einem Alters- oder Invalidenwohnheim leben, werden 27% des auf den Tag umgerechneten Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende berücksichtigt, bei in Pflegeheim oder Spital lebenden Personen 16%.
TG (§ 4a KELG)	Der Betrag für persönliche Auslagen wird aufgrund des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende gemäss Bundesgesetz berechnet und beträgt 15% bei Aufenthalt in einem Pflegeheim oder Spital, 25% bei Aufenthalt in einem Altersheim.
TI (art. 2 LAPC)	Gemäss Bundesrecht
UR (Art. 5 KELV)	a. 20% des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende bei einem Aufenthalt in einem Spital oder Pflegeheim. b. 32 % des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende bei einem Aufenthalt in einem andern Heim.

⁵⁵ BESA ist ein vom Verband Heime und Institutionen Schweiz, CURAVIVA, entwickeltes System zur Vereinbarung und Abrechnung von Pflege- und Betreuungsleistungen in Heimen.

VD (art. 7 sexties, Arrêté)	240 Franken für Alleinstehende, 480 Franken für Ehepaare. Der Betrag ist bestimmt für den Kauf von Kleidern, Hygieneartikeln, Zeitungen etc.
VS (art. 4, RPC)	In Prozent des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende a. 21% für AHV-Rentner/-innen b. 32% für IV-Rentner/-innen.
ZG (§3 EG-ELG)	a. für Personen in Altersheimen bis BESA-Stufe 2 und für Personen in Invalidenwohnheimen 456 Franken b. für Personen als Dauerpatienten in Spitälern oder Pflegeheimen sowie für Personen in Altersheimen 353 Franken ab BESA-Stufe 3.
ZH (§ 2 E-VO)	Angemessener Betrag für persönliche Auslagen von höchstens 6000 Franken pro Jahr

Quelle: Inventar 2002

Die Kantone können den Betrag, der Heimbewohner/-innen für persönliche Auslagen zur Verfügung stehen soll, in eigener Kompetenz festlegen. In ihm sind das eigentliche Taschengeld sowie Auslagen für Toilettenartikel, Kleider, Zeitungen usw. eingeschlossen. Der von den Kantonen gewährte Betrag für persönliche Auslagen beträgt in der Regel zwischen 300 und 400 Franken pro Monat. Rund zwei Drittel der Kantone sehen abgestufte Betragshöhen vor, indem sie entweder zwischen IV- und Altersrentner/-innen oder Wohnheimen und Pflegeheimen bzw. Heilanstalten unterscheiden, wobei IV-Rentner/-innen höhere Beträge angerechnet werden können (Carigiet, 1995:148). Weiteres Unterscheidungskriterium ist der Grad der Pflegebedürftigkeit.

Fünf Kantone – Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Neuenburg, Solothurn, Zürich – nennen für persönliche Auslagen bei Heimaufenthalt Frankenbeträge pro Monat ohne jede weitere Spezifizierung in der Bandbreite von 300 bis 360 Franken, im Kanton Zürich bis 500 Franken pro Monat. Der Kanton Waadt unterscheidet zwischen den persönlichen Auslagen für Alleinstehende (240 Franken pro Monat) und für Ehepaare (480 Franken pro Monat). Die Kantone Freiburg und Jura setzen monatliche Frankenbeträge je nach Institution fest und unterscheiden zwischen Aufenthalt in Spital oder Pflegeheim (FR: 320 Franken, JU: 216 Franken) und Aufenthalt im Alters- oder Invalidenwohnheim (FR: 600 Franken, JU: 277 Franken). Die Kantone Genf und Wallis setzen unterschiedliche Beträge für AHV- und IV-Rentner/-innen fest: Im Kanton Genf 300 Franken pro Monat für AHV-Rentner/-innen und 400 Franken pro Monat für IV-Rentner/-innen. Im Kanton Wallis wird der Betrag für persönliche Auslagen in Prozent des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende definiert: 21% für AHV-Rentner/-innen, 32% für IV-Rentner/-innen.

Die Berechnung in Prozent des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende ist die am häufigsten vorkommende Regelung. Bei dieser Unterscheidung wird noch weiter spezifiziert nach den Kriterien AHV/-IV-Rentner/-in, Art der Institution und Grad der Pflegebedürftigkeit. Acht Kantone (Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Obwalden, St. Gallen, Schwyz, Thurgau, Uri) berechnen den Betrag für persönliche Auslagen so unter weiterer Berücksichtigung der Institution:

- bei Aufenthalt im Pflegeheim oder Spital in einer Bandbreite von 15% (TG) bis 25 % (OW)
- bei Aufenthalt im Altersheim oder Invalidenheim in einer Bandbreite von 25% (TG) bis 33.3% (SG).

Der Kanton Luzern unterscheidet zwischen Heimen, deren anrechenbare Taxen nicht begrenzt sind (21%) und Heimen, deren anrechenbare Taxen begrenzt sind (28%). Vier Kantone machen den Grad der Pflegebedürftigkeit zum Hauptkriterium für die Berechnung der persönlichen Auslagen bei Heimaufenthalt. Auch hier unterscheiden sich die Kantone, indem sie Frankenbeträge gemäss Grad der Pflegebedürftigkeit angeben (BE) oder in Prozent des allgemeinen Lebensbedarfs von Alleinstehenden für die Kriterien "allgemein" oder "pflegebedürftig" rechnen (NW). Die Kantone Schaffhausen und Zug beziehen sich auf die BESA-Stufen, allerdings verschieden differenziert.

Folgende Kantone nennen im Inventar explizit Beträge für 'maximal anrechenbare Heimkosten':

Tabelle 12: Kantonale Regelungen: Maximal anrechenbare Heimkosten

Bundesbestimmung per 1.1.2002 (Art. 3b und 5 ELG)	Anrechenbar ist die Tagestaxe. Die Kantone können, die Kosten, die wegen des Aufenthalts in einem Heim oder Spital berücksichtigt werden, begrenzen. Keine Angaben zur minimalen oder maximalen Höhe der anrechenbaren Heimkosten.
AG (§ 3 KELG)	als Tagestaxe: 1. maximal 85 Franken in Bezug auf Altersheime 2. maximal 130 Franken in Bezug auf Pflegeheime oder Spitäler 3. 95 Franken in Bezug auf Behindertenheime, soweit Bezüger ohne Hilflosenentschädigung oder einer leichten Hilflosenentschädigung betroffen sind 4. 130 Franken in Bezug auf Behindertenheime, soweit Bezüger von einer mittleren oder schweren Hilflosenentschädigung betroffen sind.
AI (Art. 4 KELV)	- In einem Altersheim höchstens im Betrag des um 60% erhöhten Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende gemäss Bundesgesetz; - in einem Pflegeheim oder einem Spital innerhalb des Kantons Appenzell I.Rh. im Ausmass der Allgemein-Tagestaxe im Pflegeheim Appenzell;

	- bei Invalidenwohnheimen innerhalb des Kantons Appenzell I.Rh. darf der vom Bundesamt für Sozialversicherung festgesetzte Mindestpensionspreis nicht überschritten werden.
AR (Art. 3bis KELV)	Die durch den Aufenthalt in einem Altersheim entstehenden Kosten werden höchstens bis zu 200% und Kosten für einen Aufenthalt in einem Pflegeheim oder Spital bis zu 450% des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf von Alleinstehenden berücksichtigt.
BE (Art. 5 ELVK)	Die Kosten bei dauerndem Aufenthalt in einem Heim oder einer Heilanstalt werden je nach Stufe der Pflegebedürftigkeit bis zu den folgenden täglichen Höchstbeträgen berücksichtigt: a. bei schwerer Pflegebedürftigkeit 255 Franken b. bei mittlerer Pflegebedürftigkeit 181 Franken c. bei leichter Pflegebedürftigkeit 120 Franken d. bei geringer Pflegebedürftigkeit 88 Franken
BL	Gemäss Bundesrecht
BS ⁵⁶	Für Aufenthalte in Alters- und Pflegeheimen, welche keinen Subventionsvertrag abgeschlossen haben, kann für Unterkunft und Verpflegung ein nachgewiesener Aufwand von höchstens 79 Franken, unter Einbezug der Leichtpflege von höchstens 105 Franken unter Einbezug von mittlerer Pflege 132 Franken und unter Einbezug voller Pflege von höchstens 158 Franken pro Tag berücksichtigt werden (§ 8 VELG).
FR (art. 22 LEMS)	a. Pflegeheime: 87 Franken für Pflegeniveau A, 88 Franken für Pflegeniveau B, 89 Franken für Pflegeniveau C, 90 Franken für Pflegeniveau D b. Behindertenheime: gemäss Regierungsratsbeschluss c. Andere Institutionen: maximal 98 Franken (art. 5 quater A exé).
GE (art. 5 LPC)	Gemäss Bundesrecht
GL (Art. 4 KELG)	Kosten, die durch den Aufenthalt in einem Pflegeheim oder einer Heilanstalt entstehen, werden gemäss Bundesgesetz höchstens bis zum Betrag von 400% der Einkommensgrenze für Alleinstehende berücksichtigt. Bei einem Aufenthalt im Altersheim beträgt die Begrenzung 40% dieses ermittelten Betrages.
GR (Art. 1 VELK)	Kosten, die durch Aufenthalt in einem Altersheim entstehen, werden höchstens im Umfang des um 60% erhöhten Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende berücksichtigt.
JU (art.6 OPC)	Der Regierungsrat setzt die maximal zu berücksichtigenden Tagestaxen in anerkannten Institutionen fest.
LU (§ 4 KELG)	Bei Vergütungen von Heimkosten können Taxen bis zu 160% des Lebensbedarfs für Alleinstehende angerechnet werden. Die anrechenbaren Kosten werden nicht begrenzt bei Aufenthalt in einem anerkannten Spital oder Pflegeheim oder in einer anerkannten Pflegeabteilung sowie bei Heimaufenthalt von Bezüglern einer Hilflosenentschädigung wegen Hilflosigkeit mittleren oder schweren Grades oder von Bezüglern eines IV-Pflegebeitrags für mittel oder schwer hilflose Minderjährige.
NE	Gemäss Bundesrecht
NW (Art. 9 KELG)	Als anerkannte Ausgaben je Person in einem Heim oder einem Spital werden folgende Anteile des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf von Alleinstehenden berücksichtigt: allgemein 190%, für Pflegebedürftige 420%. Bei den anerkannten Ausgaben je Person, die wegen Aufenthaltes in einem Behindertenwohnheim entstehen, werden die Pensionspreise berücksichtigt, die das Bundesamt für Sozialversicherung festlegt. Lebt die Person in einem

⁵⁶ Bei der Eidgenössischen Alters-, Hinterlassen- und Invalidenversicherung Rentenberechtigte haben bei dauerndem oder längerem Aufenthalt in einem Spital, Alters-, Pflege- oder Behindertenheim zusätzlich Anspruch auf eine Pflegebeihilfe, wenn sie die Voraussetzungen gemäss Art. 2-2d des Bundesgesetzes sowie § 15 EG/ELG erfüllen und soweit die gemäss Art. 3c des Bundesgesetzes anrechenbaren Einnahmen und allfällige Ergänzungsleistungen die gemäss Art. 3b Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes sowie § 4 EG/ELG anerkannten Ausgaben nicht zu decken vermögen (§ 14 EG/ELG).

	Einzelzimmer, wird überdies ein Zuschlag von höchstens 5% des vom Bundesamt festgelegten Pensionspreises berücksichtigt.
OW (Art. 2 KELV)	Kosten, die durch den Aufenthalt in einem Altersheim entstehen, werden höchstens im Umfang des um 60% erhöhten allgemeinen Lebensbedarfs für Alleinstehende berücksichtigt. Kosten die wegen Aufenthalts in einem Invalidenwohnheim entstehen, werden bis zum massgebenden Mindestpensionspreis, der durch das BSV festgelegt ist, entschädigt. Die Kostenbegrenzung kann um die in Rechnung gestellte Hilfenentschädigung erhöht werden.
SG (Art. 1 RG-ELG)	Gemäss Bundesrecht
SH (§ 1 KELV)	Beim Aufenthalt in einem Heim oder Spital werden an die Heimtaxen höchstens folgende %-sätze des allgemeinen Lebensbedarfes für Alleinstehende vergütet: a. bei einem Betreuungsaufwand der Stufe 0 des Bewohnerinnen-Einstufungs- und Abrechnungs-Systems (BESA) bis zu 240%; b. bei einem Betreuungsaufwand gemäss BESA-Stufen 1 und 2 bis zu 360%; c. bei einem Betreuungsaufwand gemäss BESA-Stufen 3 und 4 bis zu 460%; c. bei Aufenthalt in einem Invalidenwohnheim bis zu 460%. Bei Heimen und Spitälern, die nicht anerkannt sind oder das BESA-System nicht anwenden, bestimmt die AHV-Ausgleichskasse die Einstufung in sinngemässer Anwendung der BESA-Richtlinien.
SO (§ 4 KELV)	Die Kosten, die wegen des Aufenthaltes in einem Heim berücksichtigt werden, richten sich nach der Heimtaxenverordnung. Kosten die wegen des Aufenthaltes in einem Heim ausserhalb des Kantons berücksichtigt werden, werden bis zum Höchstbetrag pro Tag gemäss Heimtaxenverordnung als Ausgaben anerkannt.
SZ (§ 5a KELV)	Als anerkannte Aufenthaltskosten in einem Altersheim werden höchstens 210% des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende berücksichtigt. Bei Bewohnern von Invalidenwohnheimen werden die Pensionspreise berücksichtigt, die das BSV festlegt, höchstens jedoch die effektiven Kosten. Die maximal anrechenbare Heimtaxe für Bewohner von Invalidenwohnheimen entspricht dem Höchstbetrag der anerkannten Aufenthaltskosten für Bewohner eines Altersheimes, unter Vorbehalt eines durch das BSV festgelegten höheren Ansatzes.
TG (§ 3 KELG)	Kosten, die durch den Aufenthalt in einem Altersheim entstehen, werden höchstens im Rahmen des um die Hälfte erhöhten Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende gemäss dem Bundesgesetz berücksichtigt.
TI	Gemäss Bundesrecht
UR (Art. 4 KELV)	Die Kosten, die wegen des Aufenthaltes in einem Pflegeheim oder einem Spital entstehen, werden im Umfang von 450% des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende gemäss ELG berücksichtigt. Die Kosten, die wegen des Aufenthaltes in einem Altersheim entstehen, werden auf 42% dieses ermittelten Betrages begrenzt. Die Kosten, die wegen Aufenthaltes in einem Behindertenwohnheim entstehen, werden bis zum massgebenden minimalen Pensionspreis berücksichtigt, den das Bundesamt für Sozialversicherung festlegt.
VD (art. 15 bis, Arrêté)	Tagestaxen: a. Für die Institutionen, die der Convention vaudoise d'hospitalisation angehören, gelten die Tagestaxen der Convention, andernfalls die Tarife gemäss kantonalem Krankenversicherungsgesetz. b. Für die anderen Institutionen werden die Tagestaxen mit dem Département de la prévoyance et des assurances vereinbart. c. Kann keine Vereinbarung getroffen werden, setzt das Département die Tagestaxen analog vergleichbarer Institutionen fest.
VS (art. 3, RPC)	Der Regierungsrat setzt die maximal zu berücksichtigenden Tagestaxen in Heim oder Spital fest. Bei dauerndem Heimaufenthalt ausserhalb des Kantons wer-

	den die Tarife gemäss den im Kanton Wallis geltenden Höchstwerten berücksichtigt.
ZG (§3 EG-ELG)	a. tatsächliche Kosten in Invalidenwohnheimen, jedoch höchstens 126 Franken je Aufenthalts- und Bereitstellungstag b. tatsächliche Kosten im Altersheim, höchstens 79 Franken je Aufenthaltstag c. tatsächliche Kosten in dem auf der kantonalen Spitalliste geführten Spital oder Pflegeheim nach dem Tarif der allgemeinen Abteilung; bei ausserkantonalem Aufenthalt werden der Berechnung die Ausgaben und Einnahmen zugrunde gelegt, wie wenn sich die Person im Kanton Zug aufhalten würde.
ZH (Art. 3a Abs. e ELG)	Gemäss Bundesrecht

Quelle: Inventar 2002

Die Kantone können die Kosten, die wegen des Aufenthalts in einem Heim berücksichtigt werden, begrenzen. Die meisten Kantone haben die zu berücksichtigenden Kosten entweder generell für alle Heime oder nach bestimmten Kriterien (wie Heimart, Pflegeintensität, Kombination verschiedener Kriterien) nach oben limitiert⁵⁷. Elf Kantone haben zudem die jährlichen Heimkosten auf ein bestimmtes – allerdings höchst unterschiedlich ausgestaltetes – Vielfaches (z.B. 150%) des Lebensbedarfs für Alleinstehende beschränkt. Grundsätzlich gehören zu den Heimkosten alle regelmässig anfallenden Kosten. Sporadisch in Rechnung gestellte Kosten für Arznei, Pflege usw. können separat als Krankheitskosten vergütet werden.

Ausser den Kantonen Basel-Landschaft, Genf, Neuenburg, St. Gallen, Tessin und Zürich – welche auf das Bundesrecht verweisen – machen alle Kantone von dieser Möglichkeit Gebrauch und nutzen ihren föderalen Spielraum in unterschiedlichster Form. Die kantonalen Regelungen der Abweichungen vom Bundesrecht sind im Detail so unterschiedlich, dass es nicht möglich ist, Typologien zu bilden.

Nachstehende Ausführungen folgen im wesentlichen Carigiet (Carigiet, 1995:116ff). Bei der Berechnung von Ergänzungsleistungen und kantonalen Beihilfen wird nicht das gesamte Reinvermögen als Einnahme angerechnet, sondern nur ein Teil davon in Form des so genannten Vermögensverzehr. Im Bereich der Ergänzungsleistungen beträgt der als Einnahme anrechenbare Vermögensverzehr bei Altersrentner/-innen ein Zehntel, bei den übrigen Rentner/-innen ein Fünfzehntel des Reinvermögens, soweit das Vermögen bestimmte, für Alleinstehende, Ehepaare, Waisen und Kinder mit Anspruch auf Kinderrenten der AHV oder IV speziell definierte Grenzen übersteigt. Das Prinzip des Vermögensverzehr entspricht einerseits dem Subsidiaritätsprinzip, wo-

⁵⁷ Carigiet, 2000:114.

nach Leistungen der öffentlichen Hand grundsätzlich erst erbracht werden sollen, wenn die eigenen Mittel im Wesentlichen aufgebraucht sind. Es nimmt andererseits Rücksicht auf die Bedürfnisse der Betroffenen, nicht alle Vermögenswerte gänzlich für die Existenzsicherung zu verwenden.

Die Kantone haben die Kompetenz, den Vermögensverzehr bei Altersrentner/-innen, die nicht zu Hause, sondern in Heimen und Anstalten wohnen, auf höchstens 20% zu erhöhen. Eingeschränkt wird diese Kompetenz allerdings durch Art. 1b Abs. 3 der Verordnung des Bundes über die Ergänzungsleistungen (ELV), wonach keine Erhöhung des Vermögensverzehrs vorgenommen werden darf, wenn ein Ehegatte im Heim, der andere aber zu Hause lebt, d.h. der Vermögensverzehr darf nur auf 20% erhöht werden, wenn beide Ehegatten im Heim leben.

Im Folgenden sind die kantonalen Regelungen in den Bereichen 'Vermögensverzehr für Altersrentner/-innen in Heimen und Spitälern' sowie 'Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften' dargestellt.

Tabelle 13: Kantonale Regelungen: Vermögensverzehr für Altersrentner/-innen in Heimen und Spitälern und Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften

	Vermögensverzehr für Altersrentner/-innen in Heimen und Spitälern	Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften
Bundesbestimmung per 1.1.2002	Als Einnahmen sind anzurechnen 1/15, bei Altersrentnern 1/10 des Reinvermögens, soweit es bei Alleinstehenden 25 000 Franken, bei Ehepaaren 40 000 Franken übersteigt. (Art. 3 ELG)	Gehört dem Bezüger oder einer Person, die in die Berechnung der EL eingeschlossen ist, eine Liegenschaft, die mindestens von einem von ihnen bewohnt wird, so ist nur der 75'000 Franken übersteigende Wert der Liegenschaft beim Vermögen zu berücksichtigen (Art. 3c c ELG)
AG	1/5 (§4 kELG)	150'000 Franken (§5kELG)
AI	1/5 (Art. 6 kELV)	Gemäss Bundesrecht (Art. 3 kELV)
AR	1/5 (Art. 2bis kELV)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
BE	1/5 (Art. 4 ELVK)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
BL	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	75'000 Franken (§ 1 kELV-2)
BS	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen

	Vermögensverzehr für Altersrentner/-innen in Heimen und Spitälern	Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften
FR	1/5 (art. 5 quinquies A exé)	100'000 Franken (art. 1 Arrêté)
GE	Gemäss Bundesrecht	Gemäss Bundesrecht
GL	1/5 (Art. 4 kELG)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
GR	1/5 (Art. 2 kELV)	75'000 Franken (Art. 2 kELV)
JU	1/5 (art. 8 OPC)	100'000 Franken (art. 8 OPC)
LU	Gemäss Bundesrecht (§ 6 kELG)	75'000 Franken (§ 3 kELG).
NE	1/5 (art. 6 RLCPC)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
NW	1/5 (Art. 10 kELG)	Das Doppelte des Werts gemäss Bundesrecht (Art. 11 kELG)
OW	1/5 (§ 4 kELV)	Gemäss Bundesrecht (§ 5 kELV)
SG	Gemäss Bundesrecht	Gemäss Bundesrecht
SH	1/5 (Art. 6 kELG)	Gemäss Bundesrecht (Art. 7 kELG)
SO	1/5 (§ 5 kELV)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
SZ	2/15 (Art. 2a kELV)	75'000 Franken (§ 2 kELG)
TG	1/5 (§ 3a kELG)	75'000 Franken (§ 3 kELG)
TI	Gemäss Bundesrecht (art. 18 LAPC)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
UR	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Gemäss Bundesrecht (Art. 7 kELV)
VD	1/5 (art. 7 quater Arrêté)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
VS	1/10 (art. 9 RPC)	75'000 Franken (art. 7 RPC)
ZG	1/5 (§ 7 Abs. 4 EG-ELG)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
ZH	1/5. Lebt von beiden Ehepartnern nur eine Person im Heim oder Spital, beträgt der Vermögensverzehr 1/10 (§ 6 E-VO)	75 000 Franken (§ 5 E-VO)

Quelle: Inventar 2002

Nur die Kantone Genf, Luzern, St. Gallen und Tessin⁵⁸ folgen dem Bundesrecht bei der Festsetzung des Vermögensverzehrs. Die meisten Kantone, nämlich 17 Kantone machen hingegen Gebrauch von ihrem Spielraum, den Vermögensverzehr für Altersrentner/-innen in Heimen auf einen Fünftel zu erhöhen: Aargau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Bern, Freiburg, Glarus, Graubünden, Jura, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, So-

⁵⁸ Für folgende Kantone gibt es im Inventar keine Angaben: BL, BS, UR. Beim Kanton Schwyz heisst es 2/5, was gemäss Wegleitung zu den EL, Stand 1.1.2003 falsch ist. Richtig wäre 2/15.

lothurn, Thurgau, Waadt, Zug und Zürich. Der Kanton Wallis hat den Vermögensverzehr auf 1/10 fixiert. Die Erhöhung des Vermögensverzehrs hat zur Folge, dass vorhandene Vermögenswerte rascher aufgelöst werden müssten, um den durch die laufenden Einnahmen (Renten, Zinseinnahmen, Ergänzungsleistungen, Pflegebeihilfen) nicht gedeckten Anteil der Pflegekosten zu finanzieren. Die genannten Kantone folgen konsequent dem Subsidiaritätsprinzip, wonach Leistungen der öffentlichen Hand grundsätzlich erst dann erbracht werden sollen, wenn alle anderen Mittel (angemessen) ausgeschöpft sind. Wo die kantonalen Regelungen hohe Freibeträge und geringeren Vermögensverzehr vorsehen, sind die Beihilfen näher bei den Sozialversicherungen lokalisiert. Wo die Regelungen klar am Bedarfs- und Subsidiaritätsprinzip orientiert sind, rücken die Beihilfen zur AHV/IV näher Richtung Sozialhilfe.

Liegenschaften und Grundstücke einer EL-berechtigten Person, die nicht zu eigenen Wohnzwecken genutzt sind, werden bei der Anspruchsermittlung zum Verkehrswert angerechnet. Für alle Rentner/-innen, die eine eigene Liegenschaft selbst bewohnen, wird diese bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV mit dem Steuerwert angerechnet. Dies erlaubt vielen einkommensschwachen Rentner/-innen, ihre Liegenschaft nicht aufgeben zu müssen und in ihrer vertrauten Umgebung zu verbleiben. Allenfalls muss eine hypothekenfreie oder nur wenig belastete Liegenschaft (weiter) belehnt und das hierfür erhaltene Kapital für den Lebensbedarf verwendet werden, bevor ein EL-Anspruch besteht. Sobald die Rentner/-innen in ein Heim oder eine ähnliche Institution eintreten, wird ihnen die Liegenschaft – in konsequenter Anwendung des 3-Säulen-Prinzips, bei welchem die 3. Säule gerade auch solche Zwecke decken soll – zum oftmals bedeutend höheren Verkehrswert angerechnet. In diesem Fall müssen Immobilien veräussert oder allenfalls belehnt werden, damit der Vermögensverzehr ausgeglichen werden kann.

Die Kantone haben gemäss ELG die Möglichkeit, den Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften höchstens zu verdoppeln. Auch hier folgen die Kantone dem Subsidiaritätsprinzip und wählen die restriktive Variante: nur vier Kantone machen von der Möglichkeit Gebrauch, den Freibetrag zu erhöhen. Die Kantone Aargau und Nidwalden gehen bis zum erlaubten Doppelten des vom Bund fixierten Betrages und gewähren einen Freibetrag von 150'000 Franken. Die Kantone Freiburg und Jura setzen die Grenze bei 100'000 Franken.

Von der Möglichkeit der Bevorschussung der EL im Rahmen eines hypothekarisch gesicherten Darlehens zu Lasten des selbstbewohnten Wohneigentums macht nur der Kanton Tessin Gebrauch. Wenn selbstbewohnter Immobilienbesitz dazu führt, dass keine oder nur reduzierte Ergänzungsleistungen gewährt werden, kann ein hypothekarisches Darlehen bis zur Höhe der durch den Immobilienbesitz verursachten Ergänzungsleistungsreduktion gewährt werden (art. 18 LAPC).

2.1.2 Kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV

Es gibt verschiedene Kantone, aber auch zahlreiche Gemeinden, die eigene Bedarfsleistungen komplementär zu den Ergänzungsleistungen – sogenannte kantonale Beihilfen oder Gemeindezuschüsse zur AHV/IV – gewähren. Das Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) ermächtigt die Kantone in Art. 1 Abs. 4 ausdrücklich, über den Rahmen des ELG hinausgehende Leistungen zu gewähren. Die Kantone sind in deren Ausgestaltung grundsätzlich frei. Vorgegeben ist einzig, dass die Leistung ohne Bundesbeiträge und ohne Arbeitgeberbeiträge finanziert werden müssen.

Diese Leistungen sind in ihrer Art und Ausgestaltung denn auch je nach Träger recht unterschiedlich konzipiert: Es gibt Kantone und Gemeinden, deren Leistungssystem eindeutig Versicherungscharakter aufweist, indem es Personen, die die persönlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllen, einen Rechtsanspruch einräumt (z.B. Kanton Zürich, Gesetz über die Zusatzleistungen zur AHV/IV). Andere Gemeinwesen sehen ihre Beihilfen eher als spezielle Fürsorgeleistungen an und ordnen sie damit der Sozialhilfe zu (z.B. Kanton Bern, Zuschüsse gemäss Dekret).

Die Gemeinwesen, die eigene Zuschüsse zu den EL gewähren, gehen von einer anderen Armutsdefinition aus als der Bund und setzen aus diesem Grunde die Armutsgrenze nach eigenen Vorschriften höher an. Sie ersparen damit einer nicht unbedeutenden Anzahl Personen mit höheren als im ELG vorgesehenen Ausgaben den für viele entwürdigenden Gang zur Sozialhilfe bzw. ermöglichen ihnen eine Einkommenssituation, die derjenigen der übrigen Einwohner/-innen etwas angeglichen ist.

2.1.2.1 Veränderungen seit 1997

Während im Inventar von 1997 nur die kantonalen Beihilfen aufgeführt waren, wurden neu auch die kantonalen Abweichungen vom Bundesgesetz bei den Ergänzungsleistungen inventarisiert. Beide Leistungen sind in derselben Inventarrubrik aufgeführt, was die Auswertung erschwert.

Weiter kommt erschwerend dazu, dass die Leistungen, welche im Inventar unter der Rubrik „Beihilfen zur Heimunterbringung“ erfasst sind, im Bericht zum Inventar 1997 (Wyss 1998) zusammen mit den kantonalen Beihilfen zur AHV/IV behandelt wurden. Im vorliegenden Bericht werden die beiden Rubriken separat analysiert. Dass eine Leistung bei den kantonalen Beihilfen zur den EL nicht mehr aufgeführt ist, heisst also nicht automatisch, dass es sie nicht mehr gibt.

Ein Vergleich der beiden Inventare ergab, dass der Kanton Jura als einziger seine kantonalen Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen aufgehoben hat. Neue kantonale Beihilfen wurden keine geschaffen⁵⁹. Im Kanton Bern wurde die Gesetzesgrundlage geändert; u. a. richten sich die so genannten „Zuschüsse nach Dekret“ neu nur noch an minderbemittelte Personen, die Leistungen der AHV oder der IV beziehen. Im Jahr 1997 gehörten auch andere minderbemittelte Personen, die unverschuldet in wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind, zum Bezügerkreis. Im Kanton Zürich wurden die Verordnungen zu den ordentlichen Ergänzungsleistungen und der kantonalen Beihilfe zusammengelegt. In den Kantonen St. Gallen und Zug wurden die Gesetze geändert. Ob es darüber hinaus zu Änderungen in den gesetzlichen Grundlagen gekommen ist, konnte aufgrund der oben beschriebenen methodischen Schwierigkeiten nicht untersucht werden.

⁵⁹ Aufgrund der wenigen Änderungen wurde darauf verzichtet eine vergleichende Tabelle 1997 / 2002 einzufügen.

2.1.2.2 Generelle Anspruchskriterien

Gemäss Inventar per 1.1.2002 kennen neun Kantone Beihilfen zur AHV/IV: Appenzell Innerrhoden, Bern, Basel-Stadt, Freiburg, Genf, St. Gallen, Wallis, Zug und Zürich. Sieben dieser Kantone richten ihre kantonalen Beihilfen sowohl für zu Hause Wohnende wie für in Heimen lebende Personen aus. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Freiburg beschränken ihre Leistungen auf in Heim oder Spital lebende Bezüger/-innen.

Tabelle 14: Bezeichnung und Anspruchsberechtigung

	Bezeichnung der Leistung	Anspruch bei Aufenthalt zu Hause	Anspruch bei dauerndem Heimaufenthalt
AI	Ausserordentliche EL	Nein	Ja
BE	Zuschüsse nach Dekret	Ja	Ja
BS	Beihilfen	Ja	Ja
FR	Frais d'accompagnement	Nein	Ja
GE	Prestations complémentaires cantonales	Ja	Ja
SG	Ausserordentliche Ergänzungsleistungen	Ja	Ja
VS	Allocations complémentaires cantonales	Ja	Ja
ZG	Kantonale Ergänzungsleistungen	Ja	Ja
ZH	Beihilfen	Ja	Ja

Quelle: Inventar 2002

Grundsätzlich anspruchsberechtigt sind in allen Kantonen Bezüger/-innen von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, die trotz Ergänzungsleistungen nach Bundesrecht ihren Lebensbedarf nicht zu decken vermögen. Im Kanton Genf haben jene Personen Anspruch, deren Jahreseinkommen die Grenze des so genannten ‚revenu minimum cantonal d'aide sociale‘ (RMCAS) nicht erreicht. Zusätzlich macht er die Anspruchsberechtigung davon abhängig, dass zum Zeitpunkt der Pensionierung aus der beruflichen Vorsorge nicht das Kapital, sondern eine Rente bezogen wird (Art. 2 LPCC). Der Kanton Appenzell Innerrhoden kennt folgende Zusatzregelung: "Keine ausserordentlichen EL erhält, wer durch diese nicht vor dauernder Unterstützung durch die öffentliche Fürsorge bewahrt oder nicht davon befreit werden kann (Art. 3 aELV)." Der Kanton Zug richtet keine Beihilfen an Personen aus, die in ausserkantonalen Heimen leben, "(...) es sei denn der ausserkantonale Aufenthalt ist aus medizinischen Gründen nötig" (§ 6, Abs. 2 EG-ELG).

Voraussetzung ist überall der zivilrechtliche Wohnsitz im Kanton. Der Kanton Zürich kennt folgende Regelung, wenn der Wohnsitz ausserhalb des Kantons verlegt wird: "Verlegt ein bisher Bezugsberechtigter seinen Wohnsitz in einen anderen Kanton, kann ihm ausnahmsweise die Beihilfe in angemessener Höhe weiterhin ausgerichtet werden, wenn er für die Verlegung seines Wohnsitzes ernsthafte Gründe hatte (§ 14 ZLG)." Bezüglich Staatsbürgerschaft macht einzig der Kanton Zug punkto Herkunftsland eine Einschränkung: "Kantonale EL werden nur an Schweizer und EU-/EFTA-Bürger ausgerichtet (§ 6 Abs. 1 EG-ELG)." Hingegen kennen verschiedene Kantone Karenzfristen und spezifische Bestimmungen für Ausländer/-innen.

Tabelle 15: Karenzfristen und Bestimmungen für Ausländer/-innen

AI	Anspruch auf ausserordentliche EL haben nur Personen, welche mindestens 5 Jahre im Kanton zivilrechtlichen Wohnsitz hatten (Art. 3aELV)
BS	Personen mit 10 Jahren Wohnsitz im Kanton während der vorausgegangenen 15 Jahre (§ 15 EG/ELG). Kehrt ein/e ehemalige/r Bezüger/in, nachdem sie bzw. er während nicht mehr als fünf Jahren den Wohnsitz auswärts gehabt hat, in den Kanton zurück, besteht wieder ein Anspruch auf Beihilfe (§ 16 EG/ELG).
GE	- Schweizer/-innen: 5 Jahre Wohnsitz im Kanton während der 7 vorausgegangenen Jahre - Ausländer/-innen: 10 Jahre Wohnsitz im Kanton ohne Unterbruch (art. 2 LPCC)
ZG	Für kantonale EL muss ein zweijähriger, ununterbrochener Wohnsitz in der Schweiz oder einem EU-/EFTA-Land bestehen (§ 6 Abs. 1 EG-ELG).
ZH	Beihilfe erhalten Personen, welche die Bezugsvoraussetzungen erfüllen und in den letzten 25 Jahren vor der Gesuchstellung während folgender Fristen im Kanton gewohnt haben: - Schweizer Bürger während mindestens 10 Jahren; - Ausländer während mindestens 15 Jahren. Der Wohnsitz im Kanton darf in den letzten zwei Jahren vor Ausrichtung der Beihilfe nicht aufgegeben worden sein; ausgenommen hiervon sind frühere Bezüger, welche in den Kanton zurückkehren. Witwen wird bei der Berechnung der Karenzfrist auch die Wohnsitzdauer ihres Ehemannes, Waisen auch diejenige ihres Vaters oder ihrer Mutter zugerechnet (§ 13 ZLG).

Quelle: Inventar 2002

Die Kantone, die in der Tabelle nicht aufgeführt sind – also die Kantone Bern, Freiburg, St. Gallen und Wallis – halten sich bezüglich Bestimmungen zu Wohnsitz und Karenzfrist an die Regelungen des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Gemäss ELG (Carigiet, 2000:74) haben Schweizer/-innen Anspruch auf Ergänzungsleistungen unabhängig von ihrer bisherigen Wohn- und Aufenthaltsdauer in der Schweiz. In der Schweiz wohnhafte ausländische Staatsangehörige, Flüchtlinge und Staatenlose müssen hingegen bestimmte Karenzfristen erfüllen. Wenn sich Ausländer/-innen ununterbrochen während zehn Jahren in der Schweiz aufgehalten haben, sind sie den Schweizer/-innen in ihrem Status gleichzustellen. Für die in der Schweiz wohnhaften Flüchtlinge erfolgt die Gleichstellung mit Schweizer Staatsange-

hören nach fünfjährigem ununterbrochenem Aufenthalt in der Schweiz. Ausländische Staatsangehörige, die gestützt auf ein Sozialversicherungsabkommen Anspruch auf ausserordentliche Renten der AHV/IV haben, müssen spezifische Karenzfristen erfüllen.

2.1.2.4 Spezifische Anspruchskriterien

Die Höhe der jährlichen Beihilfen entspricht dem Betrag, um den die anerkannten Ausgaben die anrechenbaren Einnahmen übersteigen. Diese Berechnungsart gilt sowohl für Rentenberechtigte in Wohnungen als auch für diejenigen in Heimen. Bei Personen, die zu Hause leben, werden u. a. neben den anerkannten Ausgaben der Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf und der Mietzins als Ausgaben anerkannt. Personen, die dauernd oder längere Zeit in einem Heim oder Spital leben, werden u. a. die Tagestaxe und der Betrag für persönliche Auslagen als Ausgaben anerkannt. Lebt ein Ehegatte im Heim, der andere zu Hause, gelten spezifische Bestimmungen.

Bei der Feststellung des anrechenbaren Einkommens und Vermögens richten sich alle Kantone nach den Bestimmungen der kantonalen Ergänzungsleistungsgesetze. Bezüglich Anpassung der Anspruchsgrenzen an die Teuerung formulieren lediglich zwei Kantone spezifische Regelungen. Im Kanton Basel-Stadt hat der Regierungsrat bei jeder Anpassung der Beträge für den allgemeinen Lebensbedarf bei den Ergänzungsleistungen die Preisentwicklung zu berücksichtigen. Massgebend ist der Basler Index der Konsumentenpreise (§18 Abs. 2 EG/ELG). Im Kanton Zürich kann der Regierungsrat jeweils auf den Zeitpunkt einer Anpassung der Einkommensgrenzen für die Ergänzungsleistungen durch den Bund die Einkommensgrenzen für Beihilfen der Preisentwicklung anpassen. Massgebend ist hier der Landesindex der Konsumentenpreise (§ 16 ZLG).

Zwei Kantone kennen Sonderbestimmungen für die materiellen Anspruchskriterien. Der Kanton Bern hat eine Härtefallregelung für Beihilfen zu Heimunterbringung: "In besonderen Notlagen können ohne Rücksicht auf die Einkommensgrenze Zuschüsse bewilligt werden, insbesondere um dem Gesuchsteller den Aufenthalt in einem Wohn- oder Pflegeheim zu ermöglichen" (Art. 5 ZuD). Im Kanton Genf kann auf Antrag die Leistung ohne Berücksichtigung des

Werts der selbstbewohnten Liegenschaften festgesetzt werden, vorausgesetzt es wurde dem Staat eine Hypothek auf die Liegenschaft übertragen (art. 8 LPCC).

2.1.2.5 Art der Leistung

Grundsätzlich wird wie auch bei den Ergänzungsleistungen unterschieden zwischen jährlichen Beihilfen, die monatlich ausgerichtet werden, und der Vergütung für Krankheits- und Behinderungskosten. Des Weiteren wird unterschieden zwischen Leistungen für zu Hause Wohnende und Beihilfen für Personen im Heim. Nicht alle Kantone richten mit den kantonalen Beihilfen beide Elemente der Ergänzungsleistungen aus. Folgende Tabelle zeigt im Überblick, welche kantonalen Beihilfen gemäss Inventar sowohl jährliche Leistungen als auch die Vergütung für Krankheits- und Behinderungskosten oder jeweils nur ein Element ausrichten.

Tabelle 16: Art der Leistung

Kanton	Jährliche kantonale Zusatzleistung		Kantonale Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten	
	Zu Hause	Im Heim	Zu Hause	Im Heim
AI	Nein	Ja	Nein	Nein
BE	Ja	Ja	Nein	Nein
BS	Ja	Nein	Nein	Ja
FR	Nein	Nein	Nein	Ja
GE	Ja	Ja	Ja	Ja
SG	Ja	Ja	Ja	Ja
VS	Nein	Nein	Nein	Ja
ZG	Ja	Ja	Nein	Nein
ZH	Ja	Ja	Nein	Nein

Quelle: Inventar 2002

Der Kanton Appenzell Innerrhoden richtet an Personen im Heim die jährliche kantonale Zusatzleistung aus. Beide Elemente sind in den kantonalen Beihilfen des Kantons St. Gallen sowohl für zu Hause Wohnende wie auch im Heim lebende Personen enthalten. Für den Kanton Bern sind bezüglich Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Bestimmungen der Zuschüsse nach Dekret im Inventar keine Angaben zu finden. Auch für den Kanton Zug gibt es im Inventar betreffend Vergütung von Krankheits- und Behinde-

rungskosten keine Angaben, lediglich den Verweis: "Im Übrigen richtet sich die Berechnung und Höhe der kantonalen Ergänzungsleistungen nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes (§ 7 EG-ELG)." Im Kanton Genf entspricht die jährliche Zusatzleistung maximal dem ‚revenu minimum d'aide sociale‘ (RMCAS), zusätzlich werden Krankheits- und Behinderungskosten ausgerichtet. Beim Kanton Zürich heisst es bezüglich Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten: "Eine Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten nach Art. 3 d ELG erfolgt nur im Rahmen der Ergänzungsleistungen" (§ 1 E-VO). Die Kantone Wallis und Freiburg kennen die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten für Personen im Heim. Für den Kanton Basel-Stadt ist im Inventar eine Pflegebeihilfe für Anspruchsberechtigte in Heimen vermerkt (vgl. Kapitel 2.2 Beihilfen zur Heimunterbringung). Es ist anzunehmen, dass diese der Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten auf kantonalen Ebene entspricht.

Jährliche Beihilfen bei Aufenthalt zu Hause

Gemäss Inventar per 1.1.2002 kennen die Kantone Bern, Basel-Stadt, Genf, St. Gallen, Zug und Zürich Beihilfen für zu Hause wohnende Ergänzungsleistungsbezüger/-innen.

Tabelle 17: Berechnung der Leistung

BE	Zuschüsse nach Dekret: Die Zuschüsse sollen den Fehlbetrag zwischen dem angerechneten Einkommen und der massgebenden Einkommensgrenze nicht übersteigen, dem Berechtigten und dessen Familienangehörigen jedoch einen angemessenen Lebensunterhalt sichern.
BS	<p>Personen, welche die Voraussetzungen von §§14ff EG/ELG erfüllen, haben Anspruch auf kantonale Beihilfe an zu Hause Wohnende, soweit ihre anrechenbaren Einnahmen und allfällige Ergänzungsleistungen die anerkannten Ausgaben, unter Einbezug des nachstehenden Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf nicht zu decken vermögen.</p> <p>a) Alleinstehende</p> <ul style="list-style-type: none"> - ohne Kinder 18'740 - 1. und 2. Kind zusätzlich je 9'060 Franken - 3. und 4. Kind zusätzlich je 6'040 Franken - 5. und weitere Kinder zusätzlich je 3'020 Franken <p>b) Ehepaare</p> <ul style="list-style-type: none"> - ohne Kinder 28'110 Franken - 1. und 2. Kind zusätzlich je 9'060 Franken - 3. und 4. Kind zusätzlich je 6'040 Franken - 5. und weitere Kinder zusätzlich je 3'020 Franken <p>c) Waisen 9'780 (§ 18 EG/ELG).</p> <p>Solange ein Anspruch auf Mietzinsbeihilfe besteht, erhöht sich der anerkannte Mietzins einschliesslich Nebenkosten um höchstens 1800 Franken pro Jahr bei Alleinstehenden und um höchstens 3'000 Franken pro Jahr bei Ehepaaren und Personen mit rentenberechtigten oder an der Rente beteiligten Kindern (§ 14 VELG).</p>
GE	Die jährlichen Beihilfen werden im Rahmen des Revenu minimum cantonal d'aide sociale monatlich ausgerichtet. Berücksichtigt werden die Bestimmungen des Revenu minimum d'aide sociale betreffend AHV/-IV-Rentner/-innen, der Mietzins, die Krankenkassenprämie, die anre-

	chenbaren Einkommen sowie die Ergänzungsleistungen gemäss Bundesrecht.
SG	<p>Dem Bezüger ohne Aufenthalt in Heim oder Spital werden zusätzlich angerechnet:</p> <p>a) der um einen Drittel erhöhte Betrag für Mietzinsausgaben nach Art. 2 lit. b dieses Gesetzes;</p> <p>b) persönliche Auslagen von:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. drei Zehnteln der Jahrespauschale nach Art. 3 Abs. 2 lit. a dieses Gesetzes für Alleinstehende; 2. einer halben Jahrespauschale nach Art. 3 Abs. 2 lit. a dieses Gesetzes für Ehepaare (Art. 6 kELG)
ZG	<p>Folgende Ausgaben werden bei Personen anerkannt, welche zu Hause wohnen:</p> <p>a) als Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf pro Jahr:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Einzelpersonen 16'880 Franken - bei Einzelpersonen in Hausgemeinschaft mit anderen Einzelpersonen 12'660 Franken - bei Ehepaaren 25'320 Franken - bei Waisen und Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen 8'850 Franken <p>b) als Mietzinsausgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Einzelpersonen 6'200 Franken - bei Hausgemeinschaften von zwei oder mehreren Personen 18'700 Franken <p>Für die kantonalen EL entfällt bei Personen, welche in Heimen wohnen, die Anspruchsgrenze nach Art. 3a Abs. 2 bzw. 3 ELG (§ 7 Abs. 2 EG-ELG).</p>
ZH	<p>Die Einkommensgrenzen für Beihilfen sind um die folgenden Beträge höher als bei Ergänzungsleistungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Alleinstehenden und minderjährigen Bezüger einer IV-Rente um 2'420 Franken - bei Ehepaaren um 3'630 Franken - bei Waisen um 1'210 Franken (§ 16 ZLG). <p>Die Beihilfe für Waisen, die im Haushalt von Verwandten oder Drittpersonen, in einem Heim oder in einer Anstalt untergebracht sind, bemisst sich nach besonderen Vorschriften des Regierungsrats (§ 16 ZLG).</p> <p>Bei Personen, die zu Hause wohnen, wird die jährliche Ergänzungsleistung zur AHV/IV auf Grund folgender Werte berechnet (Basis für Alleinstehende):</p> <p>a) Als anerkannte Ausgabe bzw. Einkommensgrenze im Sinne von § 9 ZLG gilt der maximale bundesrechtliche Jahresbetrag für den allgemeinen Lebensbedarf.</p> <p>b) Als anerkannte Ausgabe für die obligatorische Krankenversicherung gilt die kantonale Durchschnittsprämie gemäss Art. 3 b Abs. 3 lit. d ELG.</p> <p>c) Beim Mietzinsabzug gelten die höchsten Ansätze des Bundes (§ 11 ZLG).</p> <p>Für die Mietzinsausgaben gelten die bundesrechtlich festgelegten Höchstwerte (§ 4 E-VO).</p> <p>Bei Mehrpersonenhaushalten wird der rechnerische Anspruch auf Beihilfe um denjenigen Betrag gekürzt, um den die Netto-Erwerbseinkünfte nicht invalider Familienmitglieder in der Berechnung der Ergänzungsleistung herabgesetzt werden.</p>

Quelle: Inventar 2002

Für den Kanton Basel-Stadt werden ausser den ordentlichen Ergänzungsleistungen und den kantonalen Beihilfen noch andere Arten von Beihilfen erwähnt. An Ergänzungsleistungs- und Beihilfenbezüger können in Härtefällen Mietzinsbeihilfen ausgerichtet werden: "In besonderen Fällen, in denen für Beihilfeberechtigte die Belastung durch Mietzins und Mietnebenkosten zu einer offensichtlichen Härte führt, wird auf Antrag während längstens 6 Monaten eine Mietzinsbeihilfe ausgerichtet (§ 14 VELG)"⁶⁰. Bezügerinnen und Bezü-

⁶⁰ vgl. Kapitel Wohnkostenzuschüsse.

ger von Ergänzungsleistungen und/oder kantonalen Beihilfen mit Wohnsitz und tatsächlichem Aufenthalt im Kanton Basel-Stadt erhalten Beiträge an die Kosten des Umweltschutzabonnements für Senioren und Invalide des Tarifverbundes Nordwestschweiz (§25a EG/ELG).

Jährliche Beihilfen bei Aufenthalt im Heim

Tabelle 18: Berechnung der Leistung

AI	Für die Bemessung der ausserordentlichen Ergänzungsleistungen können die nach Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung zulässigen Höchstgrenzen um höchstens 1/3 erhöht werden (Art. 1 aELV).
BE	In besonderen Notlagen können ohne Rücksicht auf die Einkommensgrenze Zuschüsse bewilligt werden, insbesondere um dem Gesuchsteller den Aufenthalt in einem Wohn- oder Pflegeheim zu ermöglichen (Art. 5 ZuD).
BS	Die für die Ergänzungsleistungen zu berücksichtigenden Spital-, Heimtaxen und Taxen der öffentlichen und gemeinnützigen Organisationen für ambulante Pflege gelten auch für die kantonalen Beihilfen. Der Regierungsrat setzt den Freibetrag für persönliche Auslagen von Anspruchsberechtigten in Heimen fest (§ 4 EG/ELG). Für Aufenthalte in Alters- und Pflegeheimen, welche keinen Subventionsvertrag abgeschlossen haben, kann für Unterkunft und Verpflegung ein nachgewiesener Aufwand von höchstens 79 Franken, unter Einbezug der Leichtpflege von höchstens 105 Franken, unter Einbezug von mittlerer Pflege 132 Franken und unter Einbezug voller Pflege von höchstens 158 Franken pro Tag berücksichtigt werden (§ 8 VELG). Der Betrag für persönliche Auslagen in Heimen und Spitälern wird auf 350 Franken pro Monat festgelegt (§10 VELG).
GE	Die jährlichen Beihilfen werden im Rahmen des revenu minimum cantonal d'aide sociale monatlich ausgerichtet. Für Personen in Heimen werden die Tagestaxe, die Krankenversicherungsprämie, das anrechenbare Einkommen und die eidgenössischen Ergänzungsleistungen mit berücksichtigt.
SG	Dem Bezüger mit Aufenthalt in Heim oder Spital werden die tatsächlichen Aufenthaltskosten angerechnet, wenn die Regierung die anrechenbare Tagespauschale nach Art. 4 dieses Gesetzes festgelegt hat (Art. 6 kELG). Im Übrigen werden die ausserordentlichen Ergänzungsleistungen nach den Bestimmungen über ordentliche Ergänzungsleistungen berechnet. Der bundesrechtlich festgelegte Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften wird nicht angerechnet (Art. 7 kELG). Der Jahresbeitrag der jährlichen ausserordentlichen Ergänzungsleistungen wird für Bezüger mit Aufenthalt in Heim oder Spital auf den Betrag der ordentlichen Ergänzungsleistungen begrenzt (Art. 8 kELG). Die Regierung kann durch Verordnung die bei Aufenthalt in Heim oder Spital anrechenbare Tagespauschale festlegen (Art. 4 kELG).
ZG	Bei Personen, welche in Heimen wohnen, entfällt die Anspruchsgrenze nach Art. 3a Abs. 2 bzw. Art. 3a Abs. 3 des Bundesgesetzes. Im Übrigen richtet sich die Berechnung und Höhe der kantonalen Ergänzungsleistungen nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes (§ 7 EG-ELG).
ZH	Wenn gleichzeitig ein Anspruch auf Beihilfen und Ergänzungsleistungen besteht, ist für die Berechnung der Beihilfe das anrechenbare Einkommen um die Ergänzungsleistung zu erhöhen (§ 17 ZLG). Bei Personen, die dauernd oder längere Zeit in einem Heim oder Spital leben, wird ein Fehlbetrag in der Bedarfsrechnung, welcher durch die jährliche Ergänzungsleistung nicht gedeckt ist, bis zum Höchstbetrag der Beihilfe gedeckt (§ 2 E-VO).

Quelle: Inventar 2002

Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei Aufenthalt zu Hause

Tabelle 19: Berechnung der Leistung

GE	Neben der Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten auf eidgenössischer Ebene anerkennt der Kanton die Kosten für Brillen einmal pro Jahr, die Kosten für Fusspflege gemäss Verordnung des Département de l'action sociale et de la santé (art. 6 RPCC).
SG	Die nicht durch die ordentlichen Ergänzungsleistungen gedeckten Krankheits- und Behinderungskosten werden bis zu zwei Fünfteln des nach den Vorschriften des Bundes geltenden Höchstbetrages angerechnet. Die Vorschriften des Bundes über den Abzug von Krankheits- und Behinderungskosten bei den ordentlichen Ergänzungsleistungen werden sachgemäss angewendet (Art. 6 KELG).

Quelle: Inventar 2002

Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei Aufenthalt im Heim

Tabelle 20: Berechnung der Leistung

BS	In Härtefällen werden Pflegebeihilfen ausgerichtet (§ 14 EG/ELG) Beiträge an die Kosten des Umweltschutzabonnements für EL- und/oder Beihilfen-Bezüger/-innen (§25a EG/ELG).
FR	Für Personen in Heimen werden die frais d'accompagnement ausgerichtet (art. 19 REMS). Die Begleitung (accompagnement) ist das Ensemble von Interventionen zum Erhalt oder zur Förderung der physischen, psychischen, geistigen und seelischen Fähigkeiten der Heimbewohner/-innen, sofern sie nicht vom Krankenversicherungsgesetz anerkannt sind. Der Regierungsrat definiert diese Interventionen im Verhältnis zum Grad der Pflegebedürftigkeit (art. 22 LEMS). Für die Heimbewohner/-innen bewirken die frais d'accompagnement eine Reduktion der Heimkosten (art. 23 REMS).
GE	Neben der Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten auf eidgenössischer Ebene anerkennt der Kanton die Kosten für Brillen einmal pro Jahr, die Kosten für Fusspflege gemäss Verordnung des Département de l'action sociale et de la santé (art. 6 RPCC).
SG	Die nicht durch die ordentlichen Ergänzungsleistungen gedeckten Krankheits- und Behinderungskosten werden bis zu zwei Fünfteln des nach den Vorschriften des Bundes geltenden Höchstbetrages angerechnet. Die Vorschriften des Bundes über den Abzug von Krankheits- und Behinderungskosten bei den ordentlichen Ergänzungsleistungen werden sachgemäss angewendet (Art. 6 KELG)
VS	Die allocation complémentaire cantonale hat zum Ziel, Krankheitskosten und Hilfsmittel zu finanzieren, die nicht durch persönliche Ressourcen, die allocation pour impotent und die eidgenössischen Ergänzungsleistungen gedeckt werden können (art. 7, LALPC). Die Krankheits- und Behinderungskosten können nur im Fall eines vorübergehenden Aufenthalts in einem Heim oder Spital vergütet werden (art. 5 RPC)

Quelle: Inventar 2002

2.1.2.6 Maximal- /Minimalleistung der kantonalen Beihilfen

Spezifische Angaben zu den Maximal- und Minimalleistungen finden sich nur in den Kantonen Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Wallis und Zürich. Im Kanton Basel-Stadt entspricht die maximale Höhe der kantonalen Beihilfe der Differenz zwischen dem Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf für die Ergänzungsleistungen und demjenigen für die kantonale Beihilfe (§ 18 EG/ELG). Im Kanton Freiburg gibt es die Bestimmung, dass die ‚*Frais d'accompagnement*‘ erst ausgerichtet werden, wenn der Tagessatz mehr als 2 Franken beträgt. Gegen oben sind sie durch die tatsächlichen Kosten begrenzt (art. 22 REMS). Der Kanton Genf hat Minimal- und Maximalgrenzen definiert: Für zu Hause Wohnende darf der jährliche Betrag nicht das Fünffache der jährlichen einfachen Altersrente, abzüglich der ordentlichen Ergänzungsleistungen überschreiten (art. 15 LPCC). Die monatlichen Minimalleistungen betragen 50 Franken (art. 20 LPCC). Der Kanton Wallis begrenzt die Beihilfen nach oben bei 35% des Lebensbedarfs für Alleinstehende (art. 7 LALPC). Im Kanton Zürich beträgt die Mindesthöhe der jährlichen Ergänzungsleistung oder der jährlichen Beihilfe, sofern kein Anspruch auf Ergänzungsleistung besteht, 2'420 Franken (Basis für Alleinstehende). Der entsprechende Mindestbetrag für Ehepaare beträgt 4'840 Franken (§ 3 E-VO).

2.1.2.7 Rückerstattungspflicht

Während die Ergänzungsleistungen nur die Rückerstattungspflicht für unrechtmässig bezogene Leistungen kennen, haben die Kantone Basel-Stadt, Genf, St. Gallen und Zürich zur Rückerstattung weitergehende Regelungen. Zu Unrecht bezogene Beihilfen sind im Kanton Basel-Stadt mit Zins von 5% zurückzuerstatten. Rechtmässig bezogene Beihilfen sind aus dem Nachlass von bisherigen oder früheren Bezüger/-innen oder des an der Beihilfe beteiligten Ehegatten zurückzuerstatten, sofern weder Ehegatten, Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie, noch Partner/-innen aus einer bis dahin mindestens fünf Jahre dauernden Lebensgemeinschaft das Erbe antreten (§22a EG/ELG). Auch im Kanton Genf sind die Erben unter bestimmten Bedingungen zur Rückerstattung verpflichtet (art. 26, LPCC). Im Kanton St. Gallen wird ab einer bestimmten Höhe des Nachlasses die Rückerstattung der in den letzten fünf

Jahren geleisteten ausserordentlichen Ergänzungsleistungen verfügt. Im Kanton Zürich sind rechtmässig bezogene Beihilfen in der Regel zurückzuerstatten, wenn bisherige oder frühere Bezüger/-innen in günstige Verhältnisse gekommen sind, sowie aus einem Nachlass der Bezüger/-innen oder der an der Beihilfe beteiligten Ehegatten. Im Kanton Zürich sind im Inventar Verjährungsfristen erwähnt (§19 ZLG).

2.1.2.8 Finanzierung der kantonalen Beihilfen zur AHV/IV

In der nachstehenden Tabelle wird zusammengefasst, wie sich Kanton und Gemeinden die Lasten für die Finanzierung der kantonalen Beihilfen teilen, bzw. welches Gemeinwesen für die Kosten aufkommt.

Tabelle 21: Finanzierung der kantonalen Beihilfen zur AHV/IV

AI	Kanton (Art. 6 aELV)
BE	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
BS	Kanton Die Beihilfen für Anspruchsberechtigte mit Wohnsitz in den Landgemeinden werden durch die Gemeinden getragen (§ 11 EG/ELG).
FR	50% Kanton, 50% alle Gemeinden Kostenteiler unter den Gemeinden: 50% gemäss Einwohnerzahl, 50% gemäss Finanzkraft (art. 25 LEMS).
GE	Kanton
SG	40% Kanton, 60% Gemeinden (Art. 16 kELG).
VS	60% Kanton, 40% Gemeinden Kostenteiler unter den Gemeinden: 20% gemäss Einwohnerzahl, 60% gemäss Verhältnis ausbezahlter Leistungen und Anzahl Leistungsbezüger/-innen (art. 19, LALPC)
ZG	50% Kanton, 50% Gemeinden gemäss Einwohnerzahl per Stichtag des Vorjahres (§ 16 EG-ELG)
ZH	Gemeinden (§ 33 ZLG). Der Staat leistet einen Kostenanteil von 40% der beitragsberechtigten Ausgaben an die nach Abzug des Bundesbeitrages verbleibenden gesamten Aufwendungen der Gemeinden (§ 35 ZLG).

Quelle: Inventar 2002

2.2 Beihilfen zur Heimunterbringung

2.2.1 Übersicht

2.2.1.1 Einleitung

Die Leistungen, welche im Inventar unter der Rubrik „Beihilfen zur Heimunterbringung“ erfasst sind, wurden im Auswertungsbericht zum Inventar 1997 (Wyss 1998) zusammen mit den kantonalen Beihilfen zur AHV/IV behandelt und nicht unterschieden. Im Inventar 1997 wurde die Kategorie ‚Beihilfen zur Heimunterbringung‘ jedoch bereits separat aufgeführt.

Die im vorliegenden Bericht unter ‚Kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen‘ beschriebenen Leistungen sind an die Ergänzungsleistungen geknüpft. Die ‚Beihilfen zur Heimunterbringung‘ werden dagegen unabhängig von der kantonalen EL-Gesetzgebung geregelt. Dies war im Inventar 1997 nicht der Fall, dort wurden alle Leistungen, die sich speziell an Personen in Heimen richteten, unabhängig von ihrer gesetzlichen Regelung zu den Heimbeihilfen gezählt.

Die Kantone Basel-Landschaft, Neuenburg und Waadt richten Beihilfen zur Heimunterbringung aus.

2.2.1.2 Veränderungen seit 1997

Aufgrund der eben beschriebenen Änderung der Leistungsdefinition sind die Veränderungen seit 1997 nur schwer nachzuvollziehen. Einige der 1997 noch den Heimbeihilfen zugeordneten Leistungen sind im Inventar 2002 bei den kantonalen Zusatzleistungen zur AHV/IV aufgeführt.

Im Kanton Neuenburg ist per 2001 das entsprechende Gesetz revidiert worden. War vorher die Anspruchsberechtigung an den Bezug von AHV/IV-Renten geknüpft, wurde mit der Gesetzesrevision der Zugang zu diesen Leistungen erweitert. Die Karenzfrist wurde von fünf auf zwei Jahre herabgesetzt.

Im Kanton Solothurn wurden die der Sozialhilfe vorgelagerten Pflegekostenbeiträge in die Sozialhilfe integriert. Dazu brauchte es eine Gesetzesänderung. Die Pflegekostenbeiträge werden deshalb hier nicht mehr behandelt.

2.2.2 Beschreibung der Beihilfen zur Heimunterbringung

2.2.2.1 Art der Leistung und Anspruchsberechtigte

Im Kanton Basel-Landschaft erhalten Bewohner und Bewohnerinnen von Heimen, die auf der Pflegeheimliste aufgeführt sind, bei ungenügender eigener finanzieller Leistungskraft Gemeindebeiträge an die Pensions- und Pflegekosten (§ 8 APG). Die selben Beiträge werden auch an Patienten und Patientinnen in der allgemeinen Abteilung einer kantonalen Krankenanstalt oder eines ausserkantonalen Vertragsspitals ausgerichtet, wenn sie den Krankenversicherungs-Status „pflegebedürftig, da nicht mehr spitalbedürftig“ haben, und wenn sie in den dazu bestimmten Pflegebetten betreut werden (§ 8 APG). Die Gemeindebeiträge erfolgen subsidiär zu allen anderen einkommens- und vermögenswirksamen Erträgen, insbesondere zu Ergänzungsleistungen, Hilfenlosenentschädigungen, Haftpflichtleistungen und Pflegeleistungen der Kranken- oder Zusatzversicherung (§ 3 VAPG).

Der Kanton Neuenburg beteiligt sich an den Pensionskosten alter, behinderter oder pflegebedürftiger Menschen in anerkannten Heimen (und – unter gewissen Voraussetzung in nicht anerkannten Heimen), wenn die Bewohner/-innen die Kosten nicht aus eigenen Mitteln tragen können. Die Beihilfe besteht aus einer Taxreduktion beziehungsweise Kostenübernahme (Art. 3 RELESPA). Die Institutionen müssen gewisse Kriterien erfüllen im Bereich der Qualitätssicherung für die erbrachten (Pflege-)Leistungen. Des Weiteren haben sie die vom Gesetz vorgeschriebenen Führungsprinzipien zu befolgen und sich den Kontrollen durch die vom Regierungsrat bezeichneten Stellen zu unterziehen (Art. 19a LESP).

Der Kanton Waadt unterstützt gemäss *Loi d'aide aux personnes recourant à l'hébergement médico-social* (LAPRHEMS) Personen, deren finanzielle Mittel für die Deckung der Kosten in einer anerkannten Institution nicht ausreichen.

Die Leistung erfolgt subsidiär zu den Sozialversicherungsleistungen, insbesondere der Ergänzungsleistungen sowie zu den eigenen Mitteln der Antragstellenden. Sozialhilfebezüger/-innen können Beihilfen zur Heimunterbringung beziehen, die dann die Sozialhilfe ersetzen (Art. 16 LPAS).

Für behinderte Personen werden im Kanton Waadt nicht gedeckte Platzierungskosten teils via Sozialhilfe (Finanzierung des Selbstbehalts) und dem Gesetz über die Finanzierung von Institutionen für erwachsene Behinderte finanziert (LH) (Art. 13 RH). Die ausgerichtete Leistung besteht aus der individuellen Finanzhilfe zur Deckung der Tagestaxen in anerkannten Institutionen. Eine zusätzliche Leistung (*prestation particulière*) kann ausgerichtet werden, wenn eine Person für ihre persönlichen Auslagen nicht selbst aufkommen kann. Des Weiteren garantiert der Kanton jenen Personen, die medizinisch-soziale Leistungen beziehen, eine soziale Unterstützung (Art.1 LAPRHEMS et Art. 12 RAPRHEMS).

Der Kanton Nidwalden leistet Betriebskostenbeiträge oder er beteiligt sich an Betriebsdefiziten von stationären Einrichtungen, mit denen er eine vertragliche Vereinbarung abgeschlossen hat. Er will damit die Versorgung hilfebedürftiger Personen sicherstellen (Art. 1a HPG). Die Betriebskostenbeiträge sind aufgrund des massgebenden Einkommens des Heiminsassen oder der Heiminsassin teilweise oder ganz zurückzuerstatten (§ 14 HPG). Es handelt sich um einen Grenzfall zwischen Objektfinanzierung und individueller Bedarfsleistung, der nicht genau eingeordnet werden kann. Aus diesem Grund wird hier nicht weiter auf diese Leistung eingegangen.

2.2.2.2 Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen

Im Kanton Basel-Landschaft muss jemand vor dem Heimeintritt fünf Jahre ununterbrochen im Kanton wohnhaft gewesen sein, um anrecht auf die Leistung zu erhalten. Diese Karenzfrist kann durch die beitragspflichtige Gemeinde in Einzelfällen verkürzt werden, wenn eine persönliche Beziehung zum Einzugsgebiet der Gemeinde besteht (§ 9 APG). Der Kanton Neuenburg verlangt eine Wohnsitzdauer im Kanton vor Heimeintritt von mindestens zwei Jahren. Bei Ausländer/-innen wird unabhängig vom Ankunftsdatum im Kanton das Amt für Ausländer/-innen (*office des étrangers*) bezüglich Einreisestatus und allfälliger Sozialhilfeabhängigkeit konsultiert, bevor über die Leistung entschieden

wird. Im Kanton Waadt gilt die Vorschrift von einem Jahr Wohnsitzdauer im Kanton (Art. 2 RAPRHEMS). Bei den Beihilfen für behinderte Personen gibt es keine Vorschriften bezüglich Wohnsitzdauer. Bezüglich besonderer Vorschriften für Ausländer/-innen sind im Inventar keine Angaben vorhanden.

Für den Kanton Neuenburg beschreibt das Inventar das Antragsprozedere recht detailliert: Die Personen, deren Mittel zur Deckung der Heimkosten nicht ausreichen und die ihre Rechte auf eine Reduktion der Tagestaxen geltend machen wollen, haben einen schriftlichen Antrag beim Amt zu hinterlegen. Der Antrag muss innerhalb der ersten sechs Monate nach Heimeintritt erfolgen (Art. 8 RE/LESPA). Das Recht auf reduzierte Heimkosten tritt – wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind – rückwirkend auf das Datum des Heimeintritts beziehungsweise auf den Ersten des Monats, in dem die Voraussetzungen erfüllt sind, in Kraft.

2.2.2.3 Spezifische Anspruchsvoraussetzungen

Der Kanton Basel-Landschaft geht bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft eines oder einer Antragsstellenden grundsätzlich von den Regeln des Steuerrechts aus. Er berechnet die finanzielle Leistungskraft aufgrund des laufenden Jahreseinkommens und Teilen des Vermögens als Vermögensverzehr. Dabei werden auch Schenkungen berücksichtigt (§ 9 bis 14 VAPG). Es gelten ein jährlicher Vermögensverzehr von 10% und ein Vermögens Freibetrag von 50'000 Fr. pro Person (§ 12 APG). Beiträge unter 360 Fr. pro Jahr werden nicht ausbezahlt (§ 3 VAPG).

Im Kanton Neuenburg müssen die finanziellen Mittel der Antragstellenden mindestens dem durch die ordentlichen Ergänzungsleistungen garantierten Minimum entsprechen. Andernfalls hat die Sozialhilfe die Differenz zwischen dem effektiven Einkommen und dem garantierten Minimum gemäss EL zu decken. Wer nicht über diese finanziellen Mittel, wohl aber über Vermögen verfügt, hat kein Anrecht auf Beihilfen zur Heimunterbringung, bis sein Vermögen bis zur Vermögensfreigrenze gemäss EL verzehrt ist (Art. 12 RE/LESPA).

Daraus abgeleitet können folgende Angaben zur Einkommens- und Vermögensanrechnung festgehalten werden: Die Einkommen aus AHV/IV-Renten werden zu 100% angerechnet für Alleinstehende, zu 50% bei Ehepaaren. Er-

werbseinkommen werden nach Abzug der Gewinnungskosten und dem für die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV vorgesehenen Abzug von 1'000 Franken für Alleinstehende und 1'500 Franken für Ehepaare angerechnet. Der Lohn aus Erwerbseinkommen wird analog den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV zu 2/3 angerechnet. Das Resultat wird für Alleinstehende zu 100%, für Ehepaare zu 50% angerechnet. Der Vermögensertrag wird für Alleinstehende zu 100%, für Ehepaare zu 50% angerechnet. Der Vermögensfreibetrag ist für Alleinstehende bei 25'000 Franken, für Ehepaare bei 40'000 Franken festgesetzt, der Vermögensverzehr auf 1/5 für AHV-Rentner/-innen. Er beträgt 1/10 für Ehepaare, mit einem Ehegatten im Heim und einem Ehegatten zu Hause. Für IV-Rentner/-innen beträgt er 1/15 für Alleinstehende und Ehepaare.

Im Kanton Waadt beträgt die Vermögensfreigrenze – wie im Kanton Neuenburg – 25'000 Franken für Alleinstehende und 40'000 für Ehepaare. Die zusätzlichen Beihilfen (*prestations particulières*) ausserhalb der Taxreduktion sind an die Bedingung geknüpft, dass das Vermögen Alleinstehender 4'000, das Vermögen von Ehepaaren 5'000 Franken nicht überschreiten darf (Art. 12 RAPRHEMS). Das anrechenbare Einkommen entspricht der Bundesgesetzgebung zur AHV/IV mit Ausnahme folgender Regelungen: Bei Ehepaaren mit einem Partner im Heim und einem Partner zu Hause, wird das gesamte Vermögen in die Berechnung mit einbezogen. Der frühere Lebensstandard wird in angemessener Weise berücksichtigt (Art. 9, 10, 13 RAPRHEMS)

Für Personen in Behindertenheimen setzt sich das anrechenbare Einkommen zusammen aus der AHV/-IV-Rente, den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, der Hilflosenentschädigung pro Rata der Pensionstage, weiteren Renten, Leistungen der Krankenversicherung, einem Prozentsatz des Lohnes gemäss vom Departement fixierter Skala, einem 1/15 des den Betrag von 25'000 Franken übersteigenden Vermögens und allen weiteren finanziellen Mitteln (Art. 13 RH).

Der *Service des assurances sociales et de l'hébergement* publiziert die Liste der Tagestaxen in den anerkannten sowie nicht anerkannten Heimen und Institutionen. Die Höhe der Beihilfen wird mit Hilfe dieser Liste berechnet. Im Fall von Ehepaaren, bei denen ein Partner zu Hause wohnen bleibt, muss eine angemessene Kaufkraft für letzteren garantiert sein (Art. 8, 10, 11, LAPHREMS et Art. 8 RAPHREMS). Der Betrag für persönliche Auslagen entspricht 240 Fran-

ken für Alleinstehende und 480 Franken für Ehepaare (Art. 9, RAPRHEMS). Die persönlichen Auslagen für Behinderte in Spezialinstitutionen werden durch individuelle Leistungen der Sozialhilfe finanziert (Art. 13 RH)

2.2.2.4 Finanzierung der Beihilfen zur Heimunterbringung

Im Kanton Basel-Landschaft gehen die Beiträge zu Lasten der Gemeinden. Beitragspflichtig ist in der Regel die Gemeinde, in welcher der Bewohner oder die Bewohnerin während der Karenzfrist am längsten wohnhaft war (§ 9a APG).

Im Kanton Neuenburg beträgt der Kostenteiler 60% für den Kanton, 40% für die Gemeinden.

Von den Kosten, die auf die Anwendung der *Loi d'aide aux personnes recourant à l'hébergement médico-social du 11.12.1991* (LAPRHEMS) und der *Loi sur le financement des institutions et organismes pour personnes handicapées adultes du 26.11.1990* (LH) zurückzuführen sind, gehen 50% zu Lasten der Gemeinden mit Ausnahme der Kosten via LAPRHEMS, die aufgrund kantonaler Fördermassnahmen im Bereich der Qualitätssicherung in den anerkannten Institutionen entstanden sind. Die Gemeindebeiträge werden anhand Einwohnerzahlen und Finanzkraft festgelegt (Art. 23, 24 LAPRHEMS, Art. 24 LH).

2.3 Arbeitslosenhilfe

2.3.1 Übersicht

2.3.1.1 Einleitung

In verschiedenen Kantonen der Schweiz wird an Arbeitslose, deren Bezugsrecht bei der Arbeitslosenversicherung ausgeschöpft ist bzw. die keinen Anspruch auf diese Versicherungsleistung haben, für eine bestimmte Frist eine weitergehende Arbeitslosenhilfe ausgerichtet. Mit dieser zusätzlichen Hilfe wird die gemäss Arbeitslosenversicherungsgesetz des Bundes (AVIG) festgelegte Höchstzahl der Taggelder, die im Jahr 2002 noch auf 520 festgesetzt war, auf kantonaler Ebene erhöht⁶¹. Die kantonalen Arbeitslosenhilfen werden grundsätzlich an Arbeitslose mit intakten Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Ausgesteuerten Arbeitslosen, die als vermittelbar gelten, soll damit der Bezug von Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe erspart werden. Die Leistungen werden – dies der Unterschied zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung – nicht nach dem Versicherungs-, sondern nach dem Bedarfsprinzip ausgerichtet. Die kantonale Arbeitslosenhilfe wird folglich nur an Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen und nur dann ausgerichtet, wenn die Bezüger/-innen einen anerkannten finanziellen Bedarf ausweisen können. Die entsprechenden Anspruchsgrenzen variieren von Kanton zu Kanton. Neben der Bedürftigkeit gilt als grundsätzliche Anspruchsvoraussetzung der nicht (mehr) vorhandene Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung (was neben Ausgesteuerten auch für ehemals selbständig Erwerbende gelten kann). Überdies wird die Subsidiarität dieser Leistung in Bezug auf andere bedarfsabhängige Leistungen in bestimmten kantonalen Gesetzen spezifisch umschrieben.

Häufig finden sich je nach Kanton unterschiedliche Regelungen hinsichtlich der erforderlichen Wohnsitzdauer im Kanton, der Nationalität bzw. des Aufenthaltsstatus und des Alters eines Bezügers bzw. einer Bezügerin. Ein ebenfalls häufiges Kriterium für den Anspruch auf Leistungen besteht in der Anforderung, dass die Antrag stellende Person Stellen suchend ist. Auf diese allgemei-

⁶¹ Anfangs 2002 galt noch das per 1.1.1997 revidierte AVIG, in dem eine maximale Taggelddauer von 520 Tagen festgelegt war. Das per 1. Juni 2003 erneut revidierte AVIG kürzt die Taggelddauer auf 400 Tage für alle Versicherten unter 50 Jahren.

nen Unterscheidungskriterien wird weiter unten noch ausführlich eingegangen.

2.3.1.2 Entwicklungen in den 90er Jahren

Die Ausgestaltung der kantonalen Arbeitslosenhilfen ist von den Revisionen, die das Arbeitslosenversicherungsgesetz des Bundes im Verlauf der 90er Jahre erfahren hat, stark beeinflusst worden. Das 1997 revidierte AVIG zeichnete sich prinzipiell durch zwei wesentliche Neuerungen aus. Zum einen ist die Erhöhung der maximalen Entschädigungsdauer auf grundsätzlich 520 Tage zu nennen, zum anderen die Einführung der so genannten 'aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen'⁶². Vor der Revision des AVIG kannte rund die Hälfte aller Kantone der Schweiz eine spezielle kantonale Gesetzgebung zur Arbeitslosenhilfe, welche die bedarfsabhängige Ausrichtung weiterer Taggelder vorsah. Wenn für jemanden die maximale AVIG-Entschädigungsdauer abgelaufen war, jemand also ausgesteuert wurde, kam es in diesen Kantonen zur Ausrichtung von weiteren Taggeldern für eine Dauer zwischen 90 und 150 Tagen. Mit der Einführung des neuen AVIG respektive der längeren Entschädigungsdauer wurden diese Regelungen in vielen Kantonen inhaltsleer und fanden keine Anwendung mehr. Die Einführung der 'aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen' im neuen AVIG per 1.1.1997 hatte ausserdem zur Folge, dass sich der Bund von nun an nicht mehr an der Finanzierung der Beschäftigungsprogramme beteiligte, die von den Kantonen und Gemeinden ausserhalb des AVIG angeboten wurden. Dies und das oben erwähnte Taggeldanschlussproblem führten dazu, dass verschiedene Kantone ihre kantonalen Gesetze zur Arbeitslosenhilfe revidierten respektive ein neues Gesetz einführten, und zwar meistens dahingehend, dass sie darin ebenfalls – in Analogie zum AVIG – aktive arbeitsmarktliche Massnahmen verankerten. Es werden somit nicht mehr ausschliesslich passiv weitere Taggelder ausbezahlt, sondern den Ausgesteuerten ebenfalls die Teilnahme an Kursen, Aus- und Weiterbildungsangeboten, Beschäftigungsprogrammen usw. angeboten. Die Wirkung dieser aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen soll für die Ausgesteuerten qualifizie-

⁶² Arbeitsmarktliche Massnahmen sollen Arbeitslosen bei der Wiedereingliederung in den Erwerbsprozess behilflich sein. Zu den arbeitsmarktlichen Massnahmen gehören die Teilnahme an Kursen, Praktika oder Beschäftigungsprogrammen, die Ausrichtung von Ausbildungs- oder Einarbeitungszuschüssen, die Förderung der selbständigen Tätigkeit usw.

rend sein. Einzelne Kantone haben jedoch ihre Arbeitslosenhilfe in Form von passiven Taggeldern beibehalten.

2.3.1.3 Veränderungen seit 1997

Seit dem Inventar 1997 haben sich verschiedene Änderungen ergeben. Während 1997 noch 12 Kantone Leistungen für ausgesteuerte Arbeitslose kannten, sind es im Jahr 2002 nur noch acht Kantone. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe zwischen 1997 und 2002.

Tabelle 22: Arbeitslosenhilfen 1997 und 2002

Kanton	Kantonale bedarfsabhängige Arbeitslosenhilfe im Jahr 1997	Kantonale bedarfsabhängige Arbeitslosenhilfen per 1.1.2002
Basel-Landschaft	Ja	Nein
Basel-Stadt	Ja	Nein
Freiburg	Ja	Nein
Genf	Ja	Ja
Jura	Ja	Ja
Neuenburg	Ja	Ja
Schaffhausen	Ja	Ja
Tessin	Ja	Ja
Uri	Nein	Ja
Waadt	Ja	Ja
Wallis	Ja	Nein
Zug	Ja	Ja
Zürich	Ja	Nein

Quelle: Inventar 1997 und 2002

Wie aus oben stehender Tabelle ersichtlich wird, kennen die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Freiburg, Wallis und Zürich im Jahr 2002 keine bedarfsabhängige Arbeitslosenhilfe mehr. In den Kantonen Genf, Neuenburg, Schaffhausen, Tessin, Waadt und Zug kam es seit 1997 zu keinen Gesetzesrevisionen. In Genf und Neuenburg wurden in der Zwischenzeit hingegen die Verordnungen angepasst. Im Kanton Jura trat im Jahr 2000 ein neues Gesetz über die kantonalen Massnahmen für Arbeit suchende Personen in Kraft. Schliesslich wurde im Kanton Uri im Jahr 1998 eine Verordnung über die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsbeschaffung und die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Diese Verordnung regelt die ergänzenden kantonalen Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung. Davor bestand im Kanton Uri eine

Verordnung, nach der ausgesteuerte Arbeitslose in finanzieller Not u. a. mit Taggeldern unterstützt wurden. Gemäss Inventar 1997 wurde diese Leistung jedoch materiell nur bis Ende 1995 ausgerichtet.

2.3.2 Beschreibung der Arbeitslosenhilfe

Nachstehend werden die Arbeitslosenhilfen in den einzelnen Kantonen anhand genereller Anspruchskriterien, spezifischer Regelungen der Subsidiarität und verschiedener Formen der Arbeitslosenhilfe beschrieben. Am Schluss des Kapitels wird auf die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden eingegangen.

2.3.2.1 Generelle Anspruchskriterien

In der nachstehenden Tabelle wird die Arbeitslosenhilfe in den einzelnen Kantonen anhand der Kriterien 'Wohnsitzdauer für Schweizer/-innen', 'Anspruchsberechtigung für Ausländer/-innen', 'Wohnsitzdauer für Nicht-Schweizer/-innen' und 'Alter' beschrieben.

Tabelle 23: Arbeitslosenhilfe: Generelle Anspruchskriterien

Kanton	Wohnsitzdauer für Schweizer/-innen	Anspruchsberechtigung für Nicht-Schweizer/-innen	Wohnsitzdauer für Nicht-Schweizer/-innen	Alter
GE	Mindestens 3 Jahre Wohnsitz und effektive Niederlassung im Kanton (Art. 2 LPCC).	Ausländer/-innen, Flüchtlinge oder Staatenlose können grundsätzlich ein Gesuch stellen (Art. 2 LPCCH)	Mindestens 7 Jahre Wohnsitz und effektive, ununterbrochene Niederlassung im Kanton vor Gesuchstellung (Art. 2 LPCC)	Höchstalter: AHV-Altersgrenze (Art. 2 LPCCH)
JU	Im Prinzip 2 Jahre bzw. bei einem reduzierten Taggeldanspruch mindestens solange, wie der Anspruch auf die Leistung besteht (Art. 5 LMDE, Art. 2 OMDE)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Im Prinzip 2 Jahre bzw. bei einem reduzierten Taggeldanspruch mindestens solange, wie der Anspruch auf die Leistung besteht (Art. 5 LMDE, Art. 2 OMDE)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
NE	Wohnsitz im Kanton (Art. 23 RMCC). Keine Angaben zur Dauer des Wohnsitzes	Personen mit Niederlassungsbewilligung C oder mit Jahresaufenthaltsbewilligung B können ein Gesuch stellen (Art. 23 RMCC)	Wohnsitz im Kanton (Art. 23 RMCC)	Mindestalter: für die Teilnahme an einem Beschäftigungsprogramm: 25 Jahre (Art. 23 RMCC). Unter gewissen Bedingungen kann eine

Kanton	Wohnsitzdauer für Schweizer/-innen	Anspruchsberechtigung für Nicht-Schweizer/-innen	Wohnsitzdauer für Nicht-Schweizer/-innen	Alter
				arbeitslose Person unter 23 Jahren ein Gesuch auf Teilnahme an einem Beschäftigungsprogramm stellen (Art. 31 RMCC).
SH	Mindestens 1 Jahr. Für zugezogene Personen, die Gegenrecht halten, gibt es keine Karenzfrist (Art. 5 AMR)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Mindestens 1 Jahr. Für zugezogene Personen, die Gegenrecht halten, gibt es keine Karenzfrist (Art. 5 AMR)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
TI	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Mindestalter: über 50 Jahre. Für Personen mit Kindern gilt diese Mindestaltersgrenze nicht. In Ausnahmefällen kann diese Altersgrenze bis auf 35 Jahre heruntergesetzt werden. Diese Altersgrenze gilt nicht für selbständig erwerbstätige Arbeitslose (Art. 10 L-rilocc)
UR	Mindestens 2 Jahre (Art. 5 AMR)	Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C können ein Gesuch stellen (Art. 5, AMR)	Mindestens 2 Jahre (Art. 5 AMR)	Mindestalter: 18 Jahre Höchstalter: AHV-Altersgrenze (Art. 5 AMR). Für Kurse zur Umschulung, Weiterbildung und Eingliederung muss die antragstellende Person über 30 Jahre alt sein (Art. 7 AMR).
VD	Mindestens 1 Jahr (Art. 32 LEAC)	Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C oder mit einem Aufenthaltsstatus B, der absehbar in eine Niederlassungsbewilligung umgewandelt wird, können ein Gesuch stellen (Art. 32 LEAC)	Mindestens 1 Jahr (Art. 32 LEAC)	Mindestalter: Volljährigkeit Höchstalter: AHV-Altersgrenze (Art. 32 LEAC)
ZG	Mindestens 2 Jahre (Art. 16 AVLG)	Angehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft oder Ausländer/-innen, die mit einer/einem Schweizer/-in verheiratet sind, können ein Ge-	Mindestens 2 Jahre für Ausländer/-innen eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft und Ausländer/-innen, die mit einem/einer Schweizer/-in verhei-	Mindestalter: Volljährigkeit Höchstalter: AHV-Altersgrenze (§16 AVLG)

Kanton	Wohnsitzdauer für Schweizer/-innen	Anspruchsberechtigung für Nicht-Schweizer/-innen	Wohnsitzdauer für Nicht-Schweizer/-innen	Alter
		suchen stellen. Angehörige eines Nicht-Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft müssen im Besitz einer Niederlassungsbewilligung C oder der Aufenthaltserlaubnis B mit Bewilligung für unselbständige Tätigkeit als Jahresaufenthalter/-in sein (§16 AVLG)	haben sind. Angehörige eines Nicht-Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft im Besitz einer Niederlassungsbewilligung C oder der Aufenthaltserlaubnis B mit Bewilligung für die unselbständige Tätigkeit als Jahresaufenthalter/-in, müssen mindestens 5 Jahre in der Schweiz wohnhaft sein (§ 16 AVLG)	

Quelle: Inventar 2002

Die Wohnsitzdauer ist in den einzelnen Kantonen nicht einheitlich geregelt. Während Genf mit einer Karenzfrist von drei Jahren für Schweizer/-innen die längste Wohnsitzdauer kennt, beträgt diese in den Kantonen Jura, Zug und Uri zwei Jahre, in Schaffhausen und Waadt je ein Jahr und in Neuenburg scheint keine Wohnsitzdauer verlangt zu werden. Für den Kanton Tessin fehlt die entsprechende Angabe.

Über die Anspruchsberechtigung für Nicht-Schweizer/-innen liefert das Inventar 2002 für die Kantone Jura, Schaffhausen und Tessin keine Angaben. Die übrigen Kantone sehen in den Arbeitslosenhilfegesetzen spezifische Regelungen für Nicht-Schweizer/-innen vor. Während im Kanton Uri einzig Ausländer/-innen mit einer Niederlassungsbewilligung C ein Gesuch stellen können, sind in Neuenburg, Waadt und Zug grundsätzlich auch Personen mit einer Jahresaufenthaltserlaubnis B zugelassen. Zug kennt überdies eine spezielle Regelung für Angehörige aus einem EU-Mitgliedstaat oder Antragstellende, die mit einem Schweizer oder einer Schweizerin verheiratet sind. In Genf können auch Flüchtlinge und Staatenlose ein Gesuch stellen.

Die Kantone Jura, Neuenburg, Schaffhausen, Waadt und Uri regeln in ihren Gesetzen über die Arbeitslosenhilfe die Wohnsitzdauer von Nicht-Schweizer/-innen nicht spezifisch. Keine Angaben diesbezüglich sind im Inventar für den Kanton Tessin vorhanden. Genf und Zug hingegen, die den Zugang zur Arbeitslosenhilfe generell einem weiter gefassten Kreis von Nicht-Schweizer/-

innen gewähren, verlangen für diese Anspruchskategorie eine längere Wohnsitzdauer im Kanton. In Genf ist diese auf sieben Jahre angesetzt, während sie in Zug für Ausländer/-innen eines Mitgliedstaates der EU und solche, die mit einem/einer Schweizer/-in verheiratet sind, zwei Jahre beträgt. Die übrigen anspruchsberechtigten Ausländer/-innen müssen seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz wohnhaft sein. Anzunehmen ist, dass sie wie alle anderen Anspruchsberechtigten mindestens zwei Jahre vor Gesuchstellung im Kanton Zug wohnhaft sein müssen.

Die Kantone Jura und Schaffhausen sehen in ihren Arbeitslosenhilfegesetzen keine Regelung bezüglich Alter der Gesuch stellenden Person vor. Genf weist einzig auf das Höchstalter hin, das wie in den Kantonen Waadt⁶³, Zug und Uri bei der Erreichung der AHV-Altersgrenze angesetzt ist. Es ist anzunehmen, dass diese obere Alterslimite generell gilt, da nachher ein grundsätzliches Recht auf Leistungen der AHV besteht.

In Bezug auf das Mindestalter sind die Regelungen in den einzelnen Kantonen uneinheitlicher. Während in den Kantonen Waadt, Zug und Uri grundsätzlich die Volljährigkeit als Mindestalter gilt, kennen Neuenburg und Uri überdies spezifische Regelungen für die Teilnahme an bestimmten arbeitsmarktlichen Massnahmen. In Neuenburg gilt das Erreichen des 25. Altersjahres als grundsätzliche Bedingung für die Teilnahme an einem Beschäftigungsprogramm, in Ausnahmefällen kann diese Altersgrenze bis auf 23 Jahre herabgesetzt werden. In Uri existiert eine Spezialregelung für die Teilnahme an Umschulungs- und Weiterbildungskursen sowie Eingliederungsprogrammen, die einzig für Personen über 30 Jahre offen stehen. Schliesslich richten sich die Leistungen der Arbeitslosenhilfe im Kanton Tessin grundsätzlich nur an Personen mit Kindern oder an solche, die das 50. Altersjahr erreicht haben, obschon diese Altersgrenze in Ausnahmefällen bis auf 35 Jahre herabgesetzt werden kann und nicht für selbständig erwerbstätige Arbeitslose gilt.

Einige Kantone formulieren in ihren Gesetzen Spezialregelungen in Bezug auf Zuzüger/-innen aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland. Im Kanton Schaffhausen entfällt die Karenzfrist gegenüber zugezogenen Personen aus Kantonen, die Gegenrecht halten (Art. 2 AHG). Eine ähnliche Regelung kennt

⁶³ Um im Kanton Waadt von den Leistungen der Arbeitslosenhilfe zu profitieren, muss die Person während 3 ½ Jahre vor Erreichung des AHV-Rentenalters arbeitslos gewesen sein.

Zug. Hier bezieht sich diese Regelung jedoch nicht nur auf Personen aus anderen Kantonen, sondern auch aus anderen Staaten. Zuzüger/-innen aus Kantonen oder Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die Gegenrecht halten und vergleichbare Leistungen gewähren, sind im Kanton Zug von der Karenzfrist ausgenommen (Art. 16 ALVG). In Neuenburg hingegen werden Zuzüger/-innen aus anderen Kantonen, die innerhalb der letzten drei Jahre von derselben oder einer ähnlichen Leistung profitiert haben, vom Anspruch auf Arbeitslosenhilfe ausgeschlossen (Art. 23 RMCC).

In den kantonalen Gesetzen über die Arbeitslosenhilfe der Kantone Tessin⁶⁴ und Neuenburg⁶⁵ wird überdies darauf hingewiesen, dass nicht gesetzeskonformes Verhalten während des Bezugs von Leistungen der Arbeitslosenversicherung zur Verweigerung der kantonalen Arbeitslosenhilfe führt.

2.3.2.2 Spezifische Regelungen der Subsidiarität in Bezug auf die Arbeitslosenhilfe

Im Inventar wird für verschiedene Kantone auf spezifische Gruppen von Personen hingewiesen, denen kein Anspruch auf die Leistung gewährt wird oder die nur unter bestimmten Bedingungen ein Gesuch für Arbeitslosenhilfe stellen können. Dies betrifft primär Personen, die eine AHV/IV-Rente, Ergänzungsleistungen zur AHV/IV oder Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe beziehen. Die Leistungsbezüger/-innen der genannten Sozialtransfers werden in bestimmten Kantonen nicht als Stellen suchend betrachtet.

Im Kanton Genf hat eine Person, die eine der genannten Leistungen bezieht, prinzipiell keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe (Art. 13 LPCCH), während der Kanton Tessin einzig Personen mit einer vollen AHV/IV-Rente den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe verweigert (Art. 10 L-rilocc). In Neuenburg haben Personen mit einer AHV-Rente ebenfalls keinen Anspruch auf Integrationsmassnahmen, während Bezüger/-innen einer ganzen IV-Rente ein Gesuch stellen können, sofern sie die entsprechenden Bedingungen des AVIG erfüllen (Art. 9 RMCC).

⁶⁴ Keinen Anspruch auf ausserordentliche Entschädigungen haben Personen, deren Anspruchsberechtigung aus grobem Verschulden im Sinne des AVIG eingestellt wird. (art. 13 R-rilocc).

⁶⁵ Arbeitslosenhilfe in Form einer temporären Anstellung im Rahmen eines Programms gemäss Art. 22 RMCC wird nicht bewilligt, wenn der Gesuchsteller während seiner Arbeitslosigkeit eine zumutbare Arbeitsstelle, eine subventionierte Temporärstelle oder ein Praktikum abgelehnt hat und dafür sanktioniert wurde oder während mehr als 30 Tagen von seinem Recht auf Taggeldbezug ausgeschlossen wurde (wegen selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit, ungenügenden Bemühungen um eine neue Arbeitsstelle usw.) (art. 24 RMCC).

Im Kanton Zug gilt der Bezug einer vollen IV-Rente als ausschliessendes Kriterium (§ 16 AVLG). Im Kanton Waadt haben Personen, die Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe ergänzend zu einem Lohn oder als Vorschussleistung auf einen Versicherungsanspruch beziehen keinen Anspruch. Dies gilt auch für Personen, die eine volle IV-Rente oder eine bevorschusste Rente erhalten. Krankheit, Unfall und Mutterschaft sind bei Vorweisen eines ärztlichen Zeugnisses in verschiedenen Kantonen keine Ausschlusskriterien.

2.3.2.3 Verschiedene Formen von Arbeitslosenhilfe

Nachstehend werden drei verschiedene Formen von Arbeitslosenhilfe unterschieden. Neben diesen Bedarfsleistungen für Arbeitslose werden im Rahmen der Sozialhilfe ebenfalls Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration ausgerichtet, die den Leistungen der Arbeitslosenhilfe in vielen Belangen sehr ähnlich sind. Es empfiehlt sich somit, das entsprechende Kapitel dieses Berichts (Kapitel 4) unter diesem Blickwinkel zu lesen.

Tabelle 24: Verschiedene Formen von Arbeitslosenhilfe

Arbeitslosenhilfe in Form von weiteren Taggeldern (weitestgehend 'passive' Hilfe)	Arbeitslosenhilfe in Form von Soziallöhnen (ähnlich 'aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen' im AVIG) ⁶⁶	Arbeitslosenhilfe in Form von Eingliederungseinkommen (sozialhilfeähnlich, nicht in Sozialhilfegesetzen verankert)	Erweiterte Sozialhilfe (im Rahmen der Sozialhilfe)
Tessin Zug	Jura Neuenburg Schaffhausen Uri	Genf Waadt	vgl. dazu: Kap. 4: Sozialhilfe

Quelle: Inventar 2002

Nachstehend werden die Arbeitslosenhilfe in Form von weiteren Taggeldern, die Arbeitslosenhilfe in Form von Soziallöhnen und die Arbeitslosenhilfe in Form von Eingliederungseinkommen näher beschrieben.

⁶⁶ Der Kanton Genf kennt ebenfalls eine Arbeitslosenhilfe in Form von Soziallöhnen, doch ist diese Leistung nicht bedarfsabhängig ausgestaltet und somit im Inventar nicht enthalten.

1. Arbeitslosenhilfe in Form weiterer Taggelder (Kantone Tessin, Zug)

Die Arbeitslosenhilfe in Form von *weiteren Taggeldern* existiert gemäss Inventar 2002 nur noch in den Kantonen Tessin und Zug, wobei letzterer neben den Taggeldern auch Auslagen für Weiterbildungs- und Umschulungskurse übernimmt. In diesem Sinn ist die Zuordnung Zugs zum Modell der *Arbeitslosenhilfe in Form von Taggeldern* nicht ganz eindeutig. Nichts deutet jedoch im Inventar darauf hin, dass der Erhalt von Arbeitslosenhilfe im Kanton Zug an die Teilnahme eines Weiterbildungs- und/oder Umschulungskurses gebunden wäre, wie dies bei den Soziallöhnen üblich ist. Damit kann die Zuger Arbeitslosenhilfe als Leistung betrachtet werden, die primär aus Taggeldern besteht.

Die Leistungen können anhand der Kriterien 'Art der Leistung', 'spezifische Anspruchskriterien' sowie 'finanzielle Anspruchsgrenzen' beschrieben werden.

Tabelle 25: Art der Leistung, spezifische Anspruchskriterien, finanzielle Anspruchsgrenzen

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Anspruchskriterien	Finanzielle Anspruchsgrenzen
TI	Taggelder (Art. 13 R-rilocc)	Arbeitslose, ehemals selbständig erwerbende Personen oder diejenigen, die ihr Recht auf bundesrechtliche Leistungen des AVIG ausgeschöpft haben, nachdem sie gezeigt haben, dass sie alles unternommen haben, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern oder abzukürzen (Art.10-11 L-rilocc)	Einkommensgrenze für den Bezug von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (Art. 13 R-rilocc).
ZG	Taggelder und Weiterbildungs- und Umschulungskurse	Bundesrechtlich ausgesteuerte Personen, welche bereit waren, innerhalb ihrer AVIG-Rahmenfrist an einer arbeitsmarktlichen Massnahme teilzunehmen. Die Personen müssen arbeits- und vermittlungsfähig sein, die Weisungen der Amtsstellen befolgen und an einer aktiven arbeitsmarktlichen Massnahme teilnehmen (§ 13, 16, 17 AVLG).	Keine fixe Einkommensgrenze. Das Einkommen wirkt indirekt als Anspruchsgrenze, da es zusammen mit dem Vermögen für die Berechnung der monatlichen Leistungshöhe, die plafoniert ist, herangezogen wird. Arbeitslosenhilfe wird nur Personen gewährt, die nicht über ein Vermögen verfügen, das zusammen mit jenem des in ungetrennter Ehe lebenden Ehegatten und der minderjährigen Kinder höher ist als die für die Kantonssteuer festgelegten steuerfreien Beträge, wobei das selbstbewohnte Eigenheim bei der Vermögensberechnung nicht berücksichtigt wird (§ 16 AVLG).

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Inventar 2002

Anschluss taggelder können nur bezogen werden, wenn die Anspruchs berechtigten über ein Einkommen verfügen, das bestimmte Grenzen nicht übersteigt. Die Angaben des Inventars für den Kanton Tessin beziehen sich diesbezüglich auf die Einkommensgrenze für den Bezug von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Im Kanton Zug wird kein eigentliches Maximaleinkommen definiert. Da das Einkommen aber zur Berechnung der Leistungshöhe, die ein bestimmtes Maximum nicht überschreiten darf, herangezogen wird, wirkt es indirekt als Anspruchsgrenze (vgl. Tabelle 26).

In den beiden Kantonen werden zwischen 90 und maximal 150 Anschluss taggelder ausgerichtet, wobei sich die Höhe der Leistung am zuletzt bezogenen Taggeld der Arbeitslosenversicherung orientiert und in der Regel 80 bis 90% von diesem beträgt. Ältere Arbeitslose können im Kanton Zug in besonders schwierigen Konjunkturlagen u.U. von einem längeren Taggeldanspruch profitieren.

In der nachstehenden Tabelle werden die wichtigsten Angaben in Bezug auf die Leistungshöhe und die maximale Bezugsdauer zusammengefasst.

Tabelle 26: Leistungshöhe und maximale Bezugsdauer

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
TI	80% des zuletzt bezogenen Taggeldes nach dem Bundesgesetz AVIG (art. 10 L-rilocc). Für erwerbslose Selbständigerwerbende beträgt die Entschädigung 80% des versicherten Verdienstes, der auf den von der AVIV vorgesehenen Pauschalansätzen basiert. (art. 11 L-rilocc).	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	120 volle Taggelder während eines Jahres. (Art. 10 L-rilocc)
ZG	Unter Vorbehalt der festgelegten Höchstbeträge 80% des zuletzt bezogenen Taggeldes nach dem Bundesgesetz AVIG sowie Kinder- und Ausbildungsbeiträge ⁶⁷ .	Mindestens Fr. 130.- pro Tag ⁶⁸ . Höchstens: a) Für alleinstehende arbeitslose Personen: Fr. 4'240.- pro Monat;	Die Arbeitslosenhilfe wird innerhalb einer Rahmenfrist von höchstens 90 Tagen gewährt. Der Regierungsrat kann bei erheblicher Arbeitslosigkeit im Kanton Zug die Höchstzahl der

⁶⁷ Die arbeitslose Person erhält zu den Taggeldern einen Zuschlag, der den auf den Tag umgerechneten gesetzlichen Kinder- und Ausbildungszulagen entspricht, auf die sie Anspruch hätte, wenn sie in einem Arbeitsverhältnis stünde. Dieser Zuschlag wird nur gewährt, soweit die Kinderzulagen während der Arbeitslosigkeit nicht ausgerichtet werden. Bezugsberechtigte Personen haben bei einer vorübergehenden Beschäftigung Anspruch auf die Differenz zwischen dem erzielten Einkommen und der Arbeitslosenhilfe, sofern sie die Höchstzahl der Taggelder noch nicht bezogen haben. Als erzielt Einkommen werden 90 Prozent des Verdienstes angerechnet.

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
	Im Fall einer vorübergehenden Beschäftigung wird die Differenz zwischen dem erzielten Einkommen und der Arbeitslosenhilfe gewährt. Als erzielt Einkommen werden 90% des Verdienstes angerechnet (Art. 17 AVLG).	b) für verheiratete arbeitslose Personen ohne Kinder und übrige arbeitslose Personen mit Unterhalts- oder Unterstützungspflicht gegenüber einer Person: Fr. 5'088.- pro Monat; c) für verheiratete arbeitslose Personen und übrige arbeitslose Personen mit Unterhalts- oder Unterstützungspflicht gegenüber zwei und mehr Personen: Fr. 5'512.- pro Monat (§ 14 AVLG) ⁶⁹ .	Taggelder für arbeitslose Personen über 50 Jahre auf maximal 150 erhöhen. Die Rahmenfrist entspricht der um ein Jahr verlängerten Rahmenfrist für den Leistungsbezug nach dem AVIG (§ 15 AVLG).

Quelle: Inventar 2002

2. Arbeitslosenhilfe in Form von Soziallöhnen (Kantone Jura, Neuenburg, Schaffhausen, Uri)

Die Arbeitslosenhilfe in Form von *Soziallöhnen* findet sich gemäss Inventar 2002 in den Kantonen Jura, Neuenburg, Schaffhausen und Uri⁷⁰. Charakteristisch für diese Form ist, dass die Leistungen den 'aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen' des AVIG einzeln oder gesamthaft nachgebildet sind. Es handelt sich konkret um Kursgelder, Einarbeitungszuschüsse, Ausbildungszuschüsse, Pendlerkosten- und Wochenaufenthalterbeiträge, Förderung selbständiger Erwerbstätigkeit und Beschäftigungsprogramme.

Die Arbeitslosenhilfe soll den aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Personen ermöglichen, sich wieder in diesen zu integrieren. Arbeitslosigkeit wird in diesen Kantonen tendenziell als strukturelles Problem betrachtet, d.h. die Situation der arbeitslosen Person wird in den Gesetzen a priori nicht als selbstverschuldet dargestellt⁷¹. Ausserdem formulieren gewisse Kantone in ihren Gesetzen weitergehende sozialpolitische Intentionen. Die beruflichen Eingliede-

⁶⁸ Ein Taggeld in der Höhe von 90% des zuletzt bezogenen Taggeldes nach Bundesgesetz AVIG erhalten unter Vorbehalt der festgelegten Höchstbeträge arbeitslose Personen, die ein volles Taggeld erreichen, das weniger als Fr. 130.- beträgt.

Führt die Anwendung des Taggeldansatzes von 90% zu einem Taggeld von Fr. 130.- oder mehr, die Anwendung des Ansatzes von 80% aber zu einem Taggeld von weniger als Fr. 130.-, so wird das Taggeld auf Fr. 130.- festgelegt (§ 13 AVLG).

⁶⁹ Die Höchstbeträge werden bei einer Anpassung der Ergänzungsleistungen an die Teuerung durch den Regierungsrat mit dem gleichen Teuerungsindex angepasst (§ 13-14 AVLG).

⁷⁰ Der Kanton Genf kennt ebenfalls eine kantonale Arbeitslosenhilfe, die in Form von Soziallöhnen gewährt wird. Diese ist jedoch nicht bedarfsabhängig ausgestaltet und wurde deshalb nicht inventarisiert.

⁷¹ Diese Interpretation dürfte prinzipiell für sämtliche Kantone, die Arbeitslosenhilfe kennen, Gültigkeit haben.

rungsmassnahmen des Kantons Neuenburg verfolgen beispielsweise das Ziel, gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen, indem den „Opfern der Arbeitslosigkeit geholfen wird“ (art. 1 Lempl). Während sich die Arbeitslosenhilfe im Kanton Neuenburg konzeptionell klar von den im Sozialhilfegesetz vorgesehenen Eingliederungsmassnahmen abgrenzt, situiert sich diejenige des Kantons Jura näher bei der Sozialhilfe. Die Arbeitslosenhilfe hat hier einen präventiven Charakter, indem sie die „Verarmung von Stellen suchenden Personen vermeiden soll“ (art. 2 LMDE).

Tabelle 27: Art der Leistung, spezifische Anspruchskriterien, finanzielle Anspruchsgrenzen

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Anspruchskriterien	Finanzielle Anspruchsgrenzen
JU	a) Beschäftigungsprogramme b) Kantonale Einstiegshilfen in den Arbeitsmarkt (<i>allocations cantonales d'initiation au travail</i>) c) Fahrkosten d) Weitere Massnahmen zur beruflichen Eingliederung wie Kurse oder Bildungsmassnahmen e) Sozialberatung (Art. 3 LMDE)	a) Personen, die weniger als ein Jahr ausgesteuert sind im Sinne des AVIG b) Unselbständig Erwerbende, die kein Recht auf bundesrechtliche Leistungen haben c) Personen, die an Eingliederungsprogrammen teilgenommen haben (Art. 4 LMDE, Art. 1 OMDE)	Es existiert eine wirtschaftliche Bedarfsgrenze (<i>seuil de nécessité économique</i>), unter der das Einkommen inkl. Vermögensanteile der arbeitslosen Person liegen muss ⁷² . Die wirtschaftliche Bedürftigkeit wird nach denselben Kriterien wie in der Bundesgesetzgebung zur Arbeitslosenversicherung festgelegt. Das Einkommen und das Vermögen muss folglich unter dem Betrag sein, der vom Bundesrat aufgrund des Art. 13, al.2ter des AVIG festgelegt wird (Art. 5 LMDE und 5 OMDE).

⁷² Wenn die wirtschaftliche Bedarfsgrenze knapp überschritten ist und sich abzeichnet, dass die Gewährung einer Massnahme die Armut der betroffenen Person verhindern oder reduzieren könnte, kann eine Massnahme gewährt werden. Dabei entscheidet die zuständige Stelle jedoch von Fall zu Fall (Art. 6 OMDE).

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Anspruchskriterien	Finanzielle Anspruchsgrenzen
NE	a) Beschäftigungsprogramme und Praktika b) Motivationssemester, 'erste Stelle', Berufspraktika in der Privatwirtschaft (für junge Arbeitslose) c) Berufliche Weiterbildung d) Kantonale Einstiegshilfen in den Arbeitsmarkt (<i>allocations d'initiation au travail</i>) e) Hilfe in ausserordentlichen Situationen f) Starthilfe für Selbständige (Art. 4 RMCC)	<p>Ausgesteuerte Personen im Sinne des AVIG und, unter bestimmten Bedingungen, Personen, die den bundesrechtlichen Anspruch auf Taggelder noch nicht ganz ausgeschöpft haben. Es handelt sich generell um:</p> <p>a) Stellen suchende Personen b) In einem RAV als arbeitslos gemeldete Personen oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen b) gemäss AVIG vermittlungsfähige Personen c) den spezifischen Anspruchskriterien der kantonalen aktiven Massnahmen genügende Personen.</p> <p>Für die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen muss die Person vor Beginn der Arbeitslosigkeit mindestens 6 Monate erwerbstätig gewesen sein oder die Bedingungen des Art. 14 AVIG erfüllen (Art. 7, 22, 23 RMCC).</p>	Werden in einem spezifischen Beschluss vom Regierungsrat festgelegt ⁷³ .
SH	Anschlussgelder an die obligatorische Arbeitslosenversicherung sowie arbeitsmarktliche Massnahmen.	<p>Bundesrechtlich ausgesteuerte Personen in bescheidenen Verhältnissen, die bereit sind, an einer zugewiesenen arbeitsmarktlichen Massnahme teilzunehmen (Art. 6 AHG).</p> <p>Sofern die Vermittlungsfähigkeit wesentlich verbessert wird, können zur Vermeidung von Härten im begründeten Einzelfall individuelle und kollektive Leistungen ausgerichtet werden, auch wenn kein Anspruch auf Leistungen der obligatorischen Arbeitslosenversicherung besteht. Für die Beurteilung, ob ein Härtefall vorliegt, ist die persönliche, familiäre und wirtschaftliche Situation der arbeitslosen Person zu berücksichtigen (§11 VO-AHG).</p>	Der Regierungsrat bestimmt die für die Anspruchsberechtigung massgeblichen Einkommens- und Vermögensgrenzen.
UR	Die Leistungen des AVIG	Unter gewissen Bedingungen ⁷⁴ :	Keine Angaben in den im In-

⁷³ Falls eine Person die finanziellen Anspruchskriterien nicht, die übrigen Anspruchsbedingungen jedoch erfüllt, kann sie, je nach Angebot, ein Berufspraktikum absolvieren, das denselben Kriterien wie ein Beschäftigungsprogramm entspricht, mit Ausnahme der Bezahlung (Art. 29 RMCC).

⁷⁴ Personen, bei denen die Vermittlung erschwert ist, können für die Einarbeitung in einem Betrieb bei vermindertem Lohn Einarbeitungszuschüsse und Zuschüsse für Berufspraktika gewährt werden, wenn a) der verminderte Lohn der während der Einarbeitungszeit erbrachten Arbeitsleistung entspricht, und b) ein Arbeitsvertrag vorliegt, wonach die Person nach der Einarbeitung mit einer Anstellung zu orts- und branchenüblichen Bedingungen, allenfalls unter Berücksichtigung einer dauernd verminderten Leistungsfähigkeit, rechnen kann (Art. 6 AMR).

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Anspruchskriterien	Finanzielle Anspruchsgrenzen
	ergänzende oder ersetzende kantonale Massnahmen zur beruflichen Eingliederung: a) Einarbeitungszuschüsse und Zuschüsse, welche Berufspraktika erlauben; b) Eingliederungs-/Umschulungs- und Weiterbildungszuschüsse; c) Vorübergehende Beschäftigung beim Kanton und bei den Gemeinden oder bei gemeinnützigen Institutionen; d) Individuelle finanzielle Hilfen für die Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten der betroffenen Person in Härtefällen (Art. 19 AMV).	a) Arbeitslose ausgesteuerte Stellensuchende; b) Personen, bei denen die Vermittlung erschwert ist; c) Personen, die einen Kurs zur Umschulung, Weiterbildung oder Eingliederung besuchen. (Art. 5-7 AMR) Die Stellensuchenden müssen vermittlungsfähig sein und das regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) mindestens einmal pro Monat für ein Beratungsgespräch aufsuchen und Arbeit suchen (Art. 5 AMR).	ventar verwendeten kantonalen Erlassen

Quelle: Inventar 2002

In verschiedenen Kantonen wird der Leistungsbezug an bestimmte weitere Kriterien gebunden, welche die arbeitslose Person während dem Bezug von Arbeitslosenhilfe erfüllen muss. Generell gilt, dass die Arbeitslosen während dem Bezug des Soziallohns aktiv eine Stelle suchen und alles unternehmen sollen, um sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Kanton Neuenburg wird im Gesetz ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Person sanktioniert werden kann, wenn sie keine Stelle sucht oder einen ungenügenden Einsatz für das Gelingen einer Massnahme leistet. Als Sanktionierungsmassnahmen werden der Verweis, der Leistungsunterbruch sowie der Leistungsentzug genannt (Art. 11 RMCC).

Der Kanton Jura weist explizit auf die Vermittlungsfähigkeit der Person hin. Die Bezüger/-innen von Arbeitslosenhilfe müssen in diesem Kanton während dem gesamten Bezug der Leistung vermittlungsfähig sein im Sinne des AVIG. Ausserdem kann jemand gezwungen werden, an einem Beschäftigungsprogramm teilzunehmen. Die Verweigerung kann mit dem Verlust des Anspruchs

Personen, die einen Kurs zur Umschulung, Weiterbildung oder Eingliederung besuchen, können Leistungen ausgerichtet werden, wenn sie:

- a) mindestens 30 Jahre alt sind und über keine abgeschlossene berufliche Ausbildung verfügen oder in ihrem erlernten Beruf erhebliche Schwierigkeiten haben, eine Stelle zu finden und
- b) ein Ausbildungsvertrag vorliegt, der ein Ausbildungskonzept und ein Zeugnis nach Abschluss der Ausbildung vorsieht oder die Ausbildung den Fähigkeiten der Person entspricht und ihre Vermittlungsfähigkeit verbessert (Art. 7 AMR).

auf andere Massnahmen, die im Rahmen der kantonalen Arbeitslosenhilfe gewährt werden, einhergehen (Art. 5 und 10 LMDE).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Gewährung der Arbeitslosenhilfe in Form von Soziallöhnen an die Beachtung von Weisungen und Auflagen gebunden ist, die jenen der beruflichen und sozialen Integrations- bzw. Eingliederungsmassnahmen in der Sozialhilfe sehr ähnlich sind (siehe 4.1.2.6).

Die Berechnung der Soziallöhne ist gemäss Inventar in jedem Kanton anders geregelt, wobei drei verschiedene Ansätze unterschieden werden können:

- Löhne oder fixe Beiträge als Gegenleistung für die Teilnahme an einer arbeitsmarktlichen Massnahme
- Anschlussaggelder, deren Höhe sich nach den Regelungen des AVIG richten
- Aufgrund einer Bedarfsrechnung festgelegte Beträge.

Nachstehende Tabelle geht auf die Leistungshöhe, die Maximal-/bzw. Minimalbeträge sowie die maximale Bezugsdauer der Leistung in den einzelnen Kantonen ein.

Tabelle 28: Leistungshöhe, Maximal-/Minimalbeträge und maximale Bezugsdauer

Kanton	Leistungshöhe	Maximal-/Minimalbeträge	Maximale Bezugsdauer
JU	Die Löhne von Beschäftigungsprogrammen werden vom Regierungsrat festgelegt. Die Leistung ist sozialversicherungspflichtig (Art. 11 LMDE). Die Einstiegshilfe in den Arbeitsmarkt wird individuell berechnet. Sie deckt die Differenz zwischen dem effektiven Lohn und dem normalen Lohn, der ein/-e Angestellte/-r nach der Einarbeitungsphase verlangen kann, jedoch maximal 60% eines normalen Lohns. Die Leistung wird mit fortschreitender Einarbeitung gemäss spezifischer Regelung gekürzt (Art. 16 LMDE). Die Fahrkosten- bzw. Wochenaufenthaltsvergütung entspricht den effektiv durch die Arbeit verursachten Kosten:	Beschäftigungsprogramme: gemäss Regierungsratsentscheid (Art. 11 LMDE) Einstiegshilfen in den Arbeitsmarkt: entsprechen maximal 60% eines normalen Lohns, der eine Person nach der Einarbeitungsphase verlangen kann (Art. 16 LMDE) Fahrkosten und Wochenaufenthaltsvergütung: gemäss	Der Vertrag für ein Beschäftigungsprogramm wird für maximal 12 Monate abgeschlossen (Art. 9 LMDE). Die Einstiegshilfe in den Arbeitsmarkt wird für maximal 6 Monate gewährt, verlängerbar um weitere 6 Monate (Art. 16 LMDE). Die Fahrkostenentschädigung wird während maximal 6 Mo-

Kanton	Leistungshöhe	Maximal-/Minimalbeträge	Maximale Bezugsdauer
	gemäss denselben Kriterien wie im AVIG (Art. 19 LMDE).	Kriterien des AVIG (Art. 19 LMDE)	naten innerhalb einer Rahmenfrist von höchstens 2 Jahren bezahlt (Art. 19 LMDE).
NE	<p>Die Bezahlung der Beschäftigungsprogramme, der 'ersten Stelle', der Berufspraktika sowie der Motivationssemester wird via Regierungsratsbeschluss festgelegt (Art. 29 und 33 RMCC).</p> <p>Die Hilfe für die Schaffung von selbständig erwerbenden Arbeitsplätzen wird individuell berechnet, basierend auf den getätigten und für die Arbeit unerlässlichen Investitionen. Spezifische Regelungen sind in diesem Zusammenhang im Gesetz sowie in einem separaten Regierungsratsbeschluss vorgesehen.</p>	<p>Beschäftigungsprogramme: Regierungsratsbeschluss</p> <p>Als Starthilfe für Selbständige kann höchstens ein Beitrag von Fr. 10'000.- geleistet werden. (Art. 40 und 43 RMCC)</p>	Das kantonale Arbeitsamt regelt die Dauer der Beschäftigungsprogramme, der Motivationssemester sowie der 'ersten Stelle' in Ausführungsbestimmungen. Die maximale Dauer beträgt jedoch 12 Monate (Art. 23 RMCC).
SH	<p>Anschluss taggelder basierend auf dem zuletzt bezogenen Taggeld der Arbeitslosenversicherung.</p> <p>Volle Anschluss taggelder betragen 90% des zuletzt bezogenen Taggeldes der obligatorischen Arbeitslosenversicherung zuzüglich eines allfälligen Zuschlages für Kinder- und Ausbildungszulagen. Der Regierungsrat kann diesen Zuschlag für im Ausland wohnhafte Kinder beschränken oder aufheben (Art. 6 AHG).</p> <p>Kürzungen der Anschluss taggelder sind vorgesehen, soweit sie zusammen mit dem anrechenbaren Einkommen (inkl. anrechenbare Teile von Ersatz-einkommen und Stipendien) sowie dem anrechenbaren Teil des Vermögens den Grundbetrag des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) übersteigen (§ 6 VO-AHG).</p> <p>Spezifische Regelungen gelten für Personen, die vorübergehend beschäftigt sind sowie im Ausland wohnhafte Kinder.</p> <p>Die Berechnung und Auszahlung der Anschluss taggelder erfolgt ansonsten sinngemäss nach den Bestimmungen der obligatorischen Arbeitslosenversicherung ohne Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen (Art. 6 AHG, § 6 VO-AHG).</p>	<p>90% des zuletzt bezogenen Taggeldes bis – zusammen mit dem anrechenbaren Einkommen und dem anrechenbaren Teil des Vermögens – der Grundbetrag des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) erreicht ist (§6 VO-AHG).</p>	<p>Es werden maximal 150 Anschluss taggelder bezahlt. Die Anschluss taggelder dürfen zusammen mit den Taggeldern der obligatorischen Arbeitslosenversicherung 600 Taggelder nicht übersteigen. Das gilt nicht für Arbeitslose, die das 60. Altersjahr zurückgelegt haben und deren Bezugsberechtigung bei der obligatorischen Arbeitslosenversicherung erschöpft ist - bei diesen kann der Grosse Rat den Anspruch auf höchstens 250 Anschluss taggelder erhöhen (Art. 6 AHG).</p> <p>Die Rahmenfrist für den Bezug von Anschluss taggeldern entspricht der um zwei Jahre verlängerten Rahmenfrist für den Leistungsbezug nach der obligatorischen Arbeitslosenversicherung (§ 7 VO-AHG).</p>
UR	Individuelle Bedarfsrechnung, in der folgende Elemente be-	Als maximale Beiträge für die individuelle Wiedereingliederungsmassnahme können die-	Die Leistungen sind entsprechend dem Massnahmepurpose, den sie verfolgen, be-

Kanton	Leistungshöhe	Maximal-/Minimalbeträge	Maximale Bezugsdauer
	rücksichtigt werden: a) die arbeitsmarktliche Nutzenerwartung für die betroffene Person; b) die Qualität der angezielten Massnahme; c) der Marktpreis, der für eine Leistung der angebotenen Art üblich ist; d) die individuellen Verhältnisse der betroffenen Person. Als individuelle Verhältnisse der betroffenen Person gelten namentlich: a) Vermögen und Einkünfte; b) Lebensalter; c) Lebensarbeitszeit und d) Doppelverdienste des Ehepartners (Art. 9 AMR).	jeningen Kosten ausgerichtet werden, welche nach Abzug allfälliger Leistungen Dritter verbleiben (Art. 9 AMR).	fristet (Art. 16 AMR).

Quelle: Inventar 2002

Die Arbeitslosenhilfe ist in zwei der oben genannten Kantone zudem rückerstattungspflichtig. Dies ist der Fall für die individuellen Unterstützungsleistungen des Kantons Uri, die grundsätzlich mit der Auflage verbunden sind, diese bei erfolgreicher Wiedereingliederung soweit zumutbar zurückzuzahlen (Art. 2 AMR). Im Kanton Neuenburg ist die Starthilfe für Selbständigerwerbende zurückzuerstatten, wenn die Person im Laufe eines Jahres wieder arbeitslos wird (Art. 44 RMCC).

3. Arbeitslosenhilfe in Form von Eingliederungseinkommen (*Kantone Waadt, Genf*)

Die Arbeitslosenhilfen in Form von *Eingliederungseinkommen* finden sich in den beiden Kantonen Waadt und Genf. Im Fall des Kantons Waadt handelt es sich um ein Wiedereingliederungseinkommen (Revenu minimum de réinsertion (RMR)), im Fall des Kantons Genf um ein Mindesteinkommen der kantonalen Sozialhilfe (Revenu minimum d'aide sociale (RMCAS)). Beide Eingliederungseinkommen sind subsidiär zu sämtlichen Versicherungs- und anderen Vorsorgeleistungen mit Ausnahme der Sozialhilfe. Das Genfer Mindesteinkommen verfolgt das explizite Ziel, ausgesteuerten, arbeitslosen Personen den Gang zur Sozialhilfe zu ersparen.

Beide Leistungen sind von ihrer Ausgestaltung her sozialhilfeähnlicher als die Soziallöhne, doch lassen sie sich nicht ohne weiteres der Sozialhilfe zuordnen, da sie in eigenen Gesetzen verankert sind und sich durch zwei wesentliche Kriterien, mit denen die Sozialhilfe typischerweise assoziiert wird, von dieser unterscheiden: Die Leistungen sind nämlich weder der Rückerstattungs- noch der Verwandtenunterstützungspflicht unterstellt⁷⁵. Von der Höhe her sind die ausgerichteten Leistungen allerdings mit denjenigen der öffentlichen Sozialhilfe vergleichbar. Ebenso ist der Kreis der Anspruchsberechtigten grundsätzlich analog mit demjenigen Teil der Sozialhilfeklientel, der Massnahmen zur beruflichen Eingliederung besucht, dort wo solche angeboten werden. Die Eingliederungseinkommen sind – analog zu den Soziallöhnen – an eine von den Anspruchsberechtigten zu erbringende Gegenleistung gebunden. Es handelt sich um sogenannte 'Vertragsmodelle'. Nachstehend wird auf die Art der Leistung, die spezifischen Anspruchskriterien sowie die finanziellen Anspruchsgrenzen näher eingegangen.

Tabelle 29: Art der Leistung, spezifische Anspruchskriterien und finanzielle Anspruchsgrenzen

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Anspruchskriterien	Finanzielle Anspruchsgrenzen
GE	a) Kompensatorische gemeinnützige Aktivität oder Aktivität zugunsten der Umwelt b) einmalige Eingliederungsleistung zur vollständigen oder teilweisen Finanzierung von längerfristigen Projekten in einem der folgenden Bereiche: - Berufsbildung und berufliche Umschulung (formation et recyclage professionnel) - Schaffung einer selbständigen Erwerbstätigkeit - berufliche und soziale Wiedereingliederung (Art. 29 LPCCH).	Personen, die arbeitslos sind und ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der kantonalen, nicht bedarfsabhängigen Arbeitslosenhilfe erschöpft haben (Art. 2 LPCCH).	Das anrechenbare Jahreseinkommen (revenu annuel déterminant) ⁷⁶ muss unter dem Revenu minimum cantonal d'aide sociale liegen (Art. 4 LPCCH).
VD	Wiedereingliederungsmassnahmen, die in einem Vertrag	Personen ohne Stelle ⁷⁷ , ausgesteuerte Personen im Sinne des	Das anrechenbare Einkommen der gesuchstellenden Person,

⁷⁵ Wie in Kapitel 4 aufgezeigt wird, ist die Sozialhilfe zwar nicht mehr überall rückerstattungspflichtig. Es handelt sich hierbei aber trotzdem um ein genuin der Sozialhilfe zuordnungsbares Kriterium.

⁷⁶ Das kantonale Jahreseinkommen wird individuell ermittelt. Es setzt sich aus Einkommen (Lohn, Rente, Versicherungsleistungen, etc.) und Vermögensanteilen (Immobilien, Wertschriften, Forderungen, Aktien, Obligationen, etc.) der gesuchstellenden Person, seiner Ehegattin/seines Ehegatten, seiner Kinder und allfälliger weiterer im Haushalt lebenden Personen zusammen (cf. Art. 5, 6, 7, 8 LPCCH)

⁷⁷ Im Gesetz wird beschrieben, was unter „stellenlos“ verstanden wird: „Stellenlos ist jeder Arbeitssuchende, der in keinem Arbeitsverhältnis steht, der nicht in Aus- oder Weiterbildung steht (ausser arbeitsmarktliche Massnahmen nach AVIG) oder der keinem selbständigen Erwerb nachgeht. Als stellenlos anerkannt werden auch jene, die neben der aktiven Arbeitssuche eine Nebenerwerbstätigkeit ausüben. Diese Tätigkeit kann sein:

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Anspruchskriterien	Finanzielle Anspruchsgrenzen
	festgelegt sind: a) Aus- und Weiterbildungs-massnahmen b) Eingliederungsmassnahmen (Berufspraktikum in der Privatwirtschaft, Beschäftigungsprogramm) c) gemischte Module (Ausbildung – Arbeit) d) kantonale Beschäftigungsprogramme für Personen nahe am Rentenalter e) einmalige Wiedereingliederungsmassnahme für Personen, die sich selbständig machen wollen (Art. 23, 38, 46 REAC) Die Bezüger des RMR können ausserdem eine soziale Begleitung in Anspruch nehmen (Art. 32 REAC). In Ausnahmefällen werden weitere sozialhilfeähnliche Leistungen gewährt, wie Beteiligung an der Krankenkassenfranchise, Krankheitskosten oder Zahnarztkosten (Art. 6 REAC)	AVIG oder Personen ohne Anspruch auf Leistungen des AVIG. Sofern das Angebot der arbeitsmarktlichen Massnahmen genügend gross ist, können Personen, die folgende Anspruchskriterien erfüllen, von einem Beschäftigungsprogramm profitieren: a) während der 31/2 Jahre vor dem Rentenalter arbeitslose Personen b) Personen, die während 5 Jahren vor der Einreichung eines Gesuches auf Arbeitslosenhilfe eine selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt haben oder ausgesteuert sind c) Personen, die vermittelbar sind d) Personen, die die übrigen Anspruchskriterien des RMR erfüllen.	von unterstützungspflichtigen Personen oder von Konkubinatspartnern, wird vom RMR abgezogen (Art. 40a LEAC). Zum anrechenbaren Einkommen gehören Vermögens- und Immobilienerträge, Familienbeihilfen, Stipendien, Renten, Pensionen, usw. (Art. 19 REAC). Es existiert eine Vermögensgrenze, die nicht überschritten werden darf. Die Vermögensgrenze der Eidgenössischen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (Art. 3) kommt zur Anwendung (Art. 40a LEAC). Diese Grenze wird um Fr. 15'000.- erhöht pro Kind (Art. 16 REAC).

Quelle: Inventar 2002

Wie die Soziallöhne in einzelnen Kantonen ist die Gewährung der Eingliederungseinkommen an die Mitwirkung der Leistungsbezüger/-innen gebunden. Diese müssen sich an ihrer beruflichen oder sozialen Wiedereingliederung beteiligen und aktiv eine Stelle suchen. Die Leistungsbeziehenden verpflichten sich durch das Unterschreiben eines Vertrags, die festgesetzte Massnahme zu erfüllen.

-
- eine Teilzeitarbeit, die 15 Arbeitsstunden pro Woche nicht überschreitet oder
 - eine Tätigkeit in grösserem Umfang, insofern diese punktuell und auf eine Dauer limitiert ist, die drei aufeinander folgende Monate nicht überschreitet" (art. 7 REAC).

Tabelle 30: Leistungshöhe, Minimal-/Maximalbeträge und maximale Bezugsdauer

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
GE	<p>Individuelle Bedarfsrechnung: Der jährliche Betrag der Leistung entspricht der Differenz zwischen dem kantonalen Sozialhilfemindesteinkommen und dem jährlichen anrechenbaren Einkommen der gesuchstellenden Person.</p> <p>Das kantonale Sozialhilfemindesteinkommen entspricht einem jährlichen Betrag von 14'668 Franken pro Jahr für eine alleinstehende, geschiedene, verwitwete oder getrennte Person⁷⁸. Dieser Betrag wird basierend auf einer Äquivalenzskala pro zusätzlicher Personen im Haushalt erhöht (Art. 1 RPCCH). Ausserdem können punktuelle Kosten für Kleider oder Krankheit übernommen werden (Art. 3 LPCCH)</p>	<p>Die monatlichen Minimalleistungen betragen Fr. 50.- (Art. 16 LPCCH).</p> <p>Die Beiträge für die einmalige Eingliederungsleistung sind unterschiedlich und erstrecken sich von mindestens Fr. 1'000.- bis höchstens Fr. 10'000.- (Art. 28 LPCCH).</p>	<p>12 Monate</p> <p>Nach Ablauf dieser Dauer kann ein neues Gesuch gestellt werden (Art. 12 LPCCH).</p>
VD	<p>Das RMR basiert auf einer individuellen Bedarfsrechnung, in der folgende Elemente berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anzahl in einem Haushalt lebende Personen; - Einkommen der gesuchstellenden Person und jener, die von ihr unterhalten werden. <p>Der effektive Betrag entspricht der Differenz zwischen der vom Regierungsrat festgelegten Pauschale für Sozialhilfebezüger/-innen inkl. Miete bis zu einer bestimmten Obergrenze und den effektiven Einkünften des Haushalts (Art. 18 REAC). Die Pauschale des RMR liegt 100 Franken höher als jene der Sozialhilfe (Art. 5 REAC).</p> <p>Für die Befolgung einer Massnahme der beruflichen Eingliederung (Praktika in der Privatwirtschaft, Beschäftigungsprogramm) sowie ein kantonales Beschäftigungsprogramm für Personen kurz vor dem Rentenalter wird ein sozialversicherungspflichtiger Lohn bezahlt. Dieser wird vom Arbeitgeber festgelegt und richtet sich</p>	<p>Für das RMR werden Pauschalbeträge festgelegt, bis zu denen ein Haushalt je nach Zusammensetzung unterstützt wird.</p> <p>Die einmalige Wiedereingliederungsmassnahme für Personen, die sich selbständig machen wollen, reicht von einem minimalen Beitrag von Fr. 1'000.- bis zu einem maximalen Beitrag von Fr. 10'000.- (Art. 36 REAC)</p>	<p>12 Monate</p> <p>Nach Ablauf dieser Dauer kann ein neues Gesuch für eine gleichlange Zeitspanne gestellt werden. Die Leistung kann jedoch höchstens während 24 Monaten gewährt werden⁷⁹.</p>

⁷⁸ Es handelt sich um denjenigen Betrag, der z.Z. des Gesetzerlasses festgelegt wurde. Er wird jedoch laufend anhand des im Rahmen der Eidgenössischen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV festgelegten Teuerungsindex angepasst.

⁷⁹ Nach einer einjährigen Erwerbstätigkeit und nach vollständiger Ausschöpfung der bundesrechtlichen Versicherungsleistung gemäss AVIG kann ein neues Gesuch gestellt werden (Art. 48 LEAC).

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
	<p>nach Alter, Ausbildungsgrad sowie beruflicher Erfahrung der gesuchstellenden Person. Dabei werden die lokalen und branchenspezifisch üblichen Bedingungen beachtet sowie die GAV. Falls der Nettolohn nicht den Betrag des RMR erreicht, wird er bis zu dieser Grenze ergänzt (Art. 25 und 38 REAC)</p> <p>Zusätzliche Ausgaben für eine soziale oder berufliche Wiedereingliederungsmassnahme (Transportkosten, Nahrung, Kinderbetreuung, etc.) werden speziell vergütet (Art. 31 REAC).</p>		

Quelle: Inventar 2002

In beiden Kantonen wird die Leistungshöhe aufgrund einer individuellen Bedarfsrechnung ermittelt und die Lücke zwischen Einkommensgrenze und anrechenbarem Einkommen ausbezahlt. Die Eingliederungseinkommen werden für eine Dauer von 12 Monaten gewährt, wobei eine nach Ablauf der Frist einmalige Wiederholung der Laufzeit möglich ist. Die Beiträge für einmalige Eingliederungsleistungen an zukünftig selbständig Erwerbende erstrecken sich von mindestens 1'000 Franken bis höchstens 10'000 Franken.

2.3.2.4 Finanzierung der Arbeitslosenhilfe

Die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe ist in sämtlichen Kantonen anders geregelt. Zwischen Form der Arbeitslosenhilfe und Finanzierungsmodus kann keine Gesetzmässigkeit erkannt werden. Untenstehende Tabelle vermittelt eine Übersicht über die verschiedenen Finanzierungsmodi.

Tabelle 31: Finanzierungsmodus der Arbeitslosenhilfe

Kanton	Finanzierungsmodus
Genf	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
Jura	Die Arbeitslosenhilfe wird über den kantonalen Fonds für Arbeit (Fonds cantonal pour l'emploi) finanziert (Art. 27 LMDE).
Neuenburg	Die Arbeitslosenhilfe wird in der Regel zu 60% durch den Kanton und 40% durch die Gemeinden finanziert. Zur Finanzierung des Anteils des Kantons wurde ein Krisenfonds geschaffen, der über ein jährliches Budget gespeist wird. Der Anteil, der auf die Kantone entfällt wird nach der Wohnbevölkerung berechnet (Art. 30-32 LEmpl.).
Schaffhausen	Der Sozialfonds trägt die Leistungen für Anschlussaggelder. Dieser wird u.a. durch Beiträge des Kantons und der Gemeinden finanziert. Der auf die Gemeinde entfallende Anteil wird

	nach der Wohnbevölkerung berechnet (Art. 16-18 AHG).
Tessin	Die Arbeitslosenhilfe wird durch den Kanton finanziert (Art. 10 L-rilocc).
Uri	Der Kanton unterhält zur Finanzierung der ergänzenden kantonalen Massnahmen einen „Fonds für berufliche Wiedereingliederung“ (Art. 20 AMV).
Waadt	Die Kosten werden zu 50% durch die Gemeinden und zu 50% durch den Kanton getragen. Der auf die Gemeinde entfallende Anteil wird nach der Wohnbevölkerung berechnet (Art. 52-53 LEAC).
Zug	Die Kosten werden von den Gemeinden getragen (§ 24 AVLG).

Quelle: Inventar 2002

Während die Kantone Zug und Tessin eine Alleinfinanzierung durch die Gemeinden resp. den Kanton vorsehen, teilen sich Kanton und Gemeinden die anfallenden Kosten in den Kantonen Neuenburg, Schaffhausen und Waadt. Unklar ist der Finanzierungsmodus des 'Fonds für berufliche Wiedereingliederung' im Kanton Uri.

2.4 Bedarfsleistungen für Familien: Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsbeihilfen, Familienbeihilfen

2.4.1 Übersicht

2.4.1.1 Einleitung

In 13 Kantonen der Schweiz werden im Zusammenhang mit der Geburt und der Betreuung von Kindern dann besondere Leistungen ausgerichtet, wenn der erziehende Elternteil den Lebensbedarf aus eigener Kraft nicht zu decken vermag. Es handelt sich hierbei um Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsbeihilfen und/oder Familienbeihilfen.

Die Geburtsbeihilfen sind einmalige Beihilfen bei Geburt eines Kindes. Diese Leistungen werden auch bei Adoption eines minderjährigen Kindes ausgerichtet.

Die Mutterschaftsbeihilfen sind Beiträge zur Betreuung von Kleinkindern; sie werden nach der Geburt des Kindes über mehrere Monate ausgerichtet und zwar in einem den Lebensbedarf von Mutter und Kind deckenden Umfang. Diese Leistung wird jenen Eltern gewährt, die sich persönlich der Betreuung ihres Kindes widmen wollen, dazu aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage sind. Damit soll verhindert werden, dass der erziehende Elternteil nach der Geburt gezwungen ist, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Im Kanton Glarus ist diese Zielsetzung bereits in der Leistungsbezeichnung „Erwerbserersatzleistung für einkommensschwache Eltern“ ausdrücklich enthalten, im Kanton Waadt wird diese Idee ebenfalls im Gesetz als zusätzliche Leistung formuliert.

Die Familienbeihilfen stellen eine Form von Erziehungsgeld dar, das wiederum nur im Falle von Bedürftigkeit in Form eines monatlichen Betrages ausbezahlt wird. Im Unterschied zu den Mutterschaftsbeihilfen, die ausschliesslich auf die Betreuung von Kleinkindern bezogen sind, handelt es sich bei den Familienbeihilfen um eine Leistung, welche die familiäre Erziehung in ihrer ganzen Breite erfasst, das heisst vom Zeitpunkt der Geburt des Kindes bis zu seinem Eintritt ins Erwerbsleben.

Eine Familie mit Kindern, deren Einkommen unter der Einkommensgrenze liegt, hat über eine bestimmte Zeit hinweg Anspruch auf den im jeweiligen Gesetz definierten Differenzbetrag. Die Einkommensgrenzen richten sich entweder nach den geltenden Einkommensgrenzen für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, für Familienzulagen in der Landwirtschaft oder nach spezifischen kantonalen Grenzen. Sowohl die Leistungsgrenzen als auch die Leistungen selber variieren im interkantonalen Vergleich. Die gesetzlichen kantonalen Regelungen unterscheiden sich auch hinsichtlich der Definition der bezugsberechtigten Personen, der maximalen Leistung und der Bezugsdauer.

Wie die Übersicht in Tabelle 32 zeigt, finden sich Geburtsbeihilfen in drei, Mutterschaftsbeihilfen in zehn und Familienbeihilfen in vier Kantonen.

2.4.1.2 Veränderungen seit 1997

Seit dem ersten Inventar per 1.1.1997 haben sich verschiedene Änderungen ergeben. Geburtsbeihilfen werden per 1.1.2002 noch in drei (1997: vier) Kantonen ausgerichtet. So kennt der Kanton Schaffhausen nur noch die Mutterschaftsbeihilfen. Mutterschaftsbeihilfen richteten gemäss Inventar 2002 gleich viele Kantone wie 1997 aus. Bei den Familienbeihilfen hat es seit 1997 keine Gesetzesänderungen gegeben, bei den anderen Leistungen haben die Kantone Genf, Freiburg, Neuenburg und Schaffhausen die Verordnungen bzw. die Gesetze angepasst. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklungen im Bereich der Bedarfsleistungen für Familien zwischen 1997 und 2002.

Tabelle 32: Bedarfsleistungen für Familien 1997 und 2002

Kanton	Geburtsbeihilfen		Mutterschaftsbeihilfen		Familienbeihilfen	
	1997	2002	1997	2002	1997	2002
FR	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
GE	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
GL	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein
GR	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein
LU	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein
NE	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein
SG	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein
SH	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein
TI	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja

Kanton	Geburtsbeihilfen		Mutterschaftsbeihilfen		Familienbeihilfen	
VD	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein
VS	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
ZG	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein
ZH	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein

Quelle: Inventar 1997 und 2002

2.4.2 Beschreibung der Bedarfsleistungen für Familien

Nachfolgend werden die Bedarfsleistungen für Familien dargestellt nach den Kriterien Bezeichnung, anspruchsberechtigte Personen, Anspruchskriterien, Finanzierung und Gesetzesgrundlagen.

Tabelle 33: Bezeichnung der Leistung

Kanton	Geburtsbeihilfen	Mutterschaftsbeihilfen	Familienbeihilfen
FR	Allocations de naissance ou d'accueil	Allocation de maternité	Allocations familiales
GE	Allocations de naissance et d'accueil		Allocations familiales
GL		Erwerbsersatzleistungen (für erziehenden Elternteil)	
GR		Mutterschaftsbeiträge	
LU		Mutterschaftsbeihilfe	
NE		Allocation de maternité	
SG		Mutterschaftsbeiträge	
SH		Erwerbsersatzleistung	
TI			a) Assegno di prima infanzia b) Assegno integrativo agli assegni di famiglia (assegno di base)
VD		Allocation de maternité, allocation complémentaire	
VS	Allocations de naissance		Allocations familiales
ZG		Mutterschaftsbeiträge	
ZH		Kleinkinderbetreuungsbeiträge	

Quelle: Inventar 2002

Nur in einem Kanton – nämlich im Kanton Freiburg – werden alle drei Leistungen ausgerichtet. Dabei sind die Geburts- und Mutterschaftsbeihilfen im selben Gesetz, die Familienbeihilfen in einem separaten Gesetz geregelt. Alle anderen Kantone, welche mehrere Arten von Bedarfsleistungen für Familien kennen (GE, TI, VS) regeln die Anspruchsbedingungen gemäss Inventar in einem einzigen Gesetz. In den Kantonen Wallis und Genf sind die Geburtsbeihilfen mit den Familienbeihilfen kombiniert, d.h. auch hier – analog zum Kanton

Freiburg – in einem Gesetz verankert. In den Kantonen Glarus, Graubünden, Luzern, Neuenburg, Schaffhausen, St. Gallen, Waadt, Zug und Zürich werden einzig Mutterschaftsbeihilfen ausgerichtet. Die im Kanton Tessin ausgerichteten Ergänzungsleistungen bestehen aus einer Kombination von Beiträgen für Kleinkinderbetreuung (Kinder bis zu drei Jahren) und Beihilfen für Familien mit grösseren Kindern (Kinder bis zum vollendeten 15. Altersjahr). Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden sie nachstehend unter der Kategorie Familienbeihilfen zusammengefasst, wobei grundsätzlich zu unterscheiden ist zwischen Kinder-Ergänzungsleistung und Eltern-Ergänzungsleistung.

2.4.2.1 Anspruchsberechtigte Personen

Als erstes Anspruchskriterium für alle Bedarfsleistungen muss die Bedingung 'wirtschaftlich bescheidene Verhältnisse' erfüllt sein. In den Gesetzen ist diese Bedingung teilweise explizit erwähnt und wird unterschiedlich beschrieben. Weil diese Bedingung unmittelbar mit dem Bedarfssystem verknüpft ist, wird hier auf die Wiedergabe verzichtet. In der nachfolgenden Tabelle werden die anspruchsberechtigten Personen der einzelnen Leistungen aufgeführt.

Tabelle 34: Anspruchsberechtigte Personen

Kanton	Geburtsbeihilfen	Mutterschaftsbeihilfen	Familienbeihilfen
FR	Frauen (art. 2 LAMAT)	Nicht erwerbstätige Mütter (art. 2 LAFC)	Nicht erwerbstätige Mütter (art. 2 LAFC)
GE	Nicht erwerbstätige Personen (art. 2 LAF)		Nicht erwerbstätige Personen (art. 2 LAF)
GL		Erziehender Elternteil (Art. 2 GEE)	
GR		Betreuender Elternteil (Art. 1 MBG)	
LU		Mutter (§ 54 SHG)	
NE		Frauen (art. 35 LAFAM)	
SG		Mutter (Art. 1 GMB)	
SH		Alleinerziehender Elternteil (Art. 28 FSG)	
TI			Eineltern- und Zweielternfamilien (art. 24 LAF)
VD		Mütter (art. 21b LAFC), (art. 21a LAFC). In Ausnahmefällen Väter (art. 21b LAFC)	
VS	Student/-innen und nicht erwerbstätige Personen (art. 4 LAFS)		Alleinerziehende oder Paare (art. 1 RFCF)

Kanton	Geburtsbeihilfen	Mutterschaftsbeihilfen	Familienbeihilfen
ZG		Frauen (§ 1 GMB)	
ZH		Eltern (§ 26 a. JHG)	

Quelle: Inventar 2002

Sieben Kantone (GE, GL, GR, SH, TI, VS, ZH) benennen als Anspruchsberechtigte die Eltern. In den anderen Kantonen (FR, LU, NE, SG, VD, ZG) sind ausdrücklich nur die Mütter anspruchsberechtigt. Im Kanton Schaffhausen haben lediglich einkommensschwache Alleinerziehende – ob Väter oder Mütter – Anspruch auf die Betreuungsbeiträge.

2.4.2.2 Generelle Anspruchskriterien

Im Folgenden werden die generellen Anspruchskriterien für Bedarfsleistungen an Familien anhand der Kriterien 'Wohnsitz', 'Karenzfrist', 'Regelungen für Nicht-Schweizer/-innen' dargestellt.

Tabelle 35: Wohnsitz für Schweizer/-innen und Nichtschweizer/-innen

Kanton	Geburtsbeihilfen	Mutterschaftsbeihilfen	Familienbeihilfen
FR	Wohnsitz im Kanton 6 Monate Jahr (art. 22 LAFC)	Wohnsitz im Kanton 1 Jahr (art. 1 LAMAT)	Wohnsitz im Kanton 6 Monate Jahr (art. 22 LAFC)
GE	Wohnsitz im Kanton (art. 2 LAF)		Wohnsitz im Kanton (art. 2 LAF)
GL		Wohnsitz im Kanton 1 Jahr (Art. 2 GEE)	
GR		Wohnsitz im Kanton	
LU		Wohnsitz im Kanton	
NE		Wohnsitz im Kanton (art. 35 LAFAM)	
SG		Wohnsitz im Kanton	
SH		Wohnsitz im Kanton 1 Jahr (Art. 29 FSG)	
TI			Wohnsitz im Kanton 3 Jahre (art. 24, 31, 32 LAF)
VD		Wohnsitz im Kanton 6 Monate	
VS	Wohnsitz im Kanton (art. 4 LAFS)		Wohnsitz im Kanton (art. 4 LAFS)
ZG		Wohnsitz im Kanton 1 Jahr	
ZH		Wohnsitz im Kanton 1 Jahr (§ 26 b. JHG)	

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Inventar 2002

Für die Anspruchsberechtigung auf alle drei Bedarfsleistungen für Familien ist der Wohnsitz im Kanton Bedingung. Sieben Kantone kennen eine Karenzfrist, wobei die Wohnsitzdauer nicht einheitlich geregelt ist. Die Karenzfrist beträgt zwischen sechs Monaten (FR: Geburtsbeihilfen und Familienbeihilfen; VD), einem Jahr (FR: Mutterschaftsbeihilfen; GL, SH, ZG, ZH) und drei Jahren im Kanton Tessin. Im Kanton Zug entfällt die Karenzfrist gegenüber Zuzüger/-innen aus anderen Kantonen oder aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die Gegenrecht halten oder vergleichbare Leistungen gewähren (§ 2 GMB). Einzig der Kanton Zug kennt eine Einreichungsfrist von 6 Monaten nach der Geburt. Später eingereichte Gesuche werden abgelehnt.

Die Anspruchsberechtigung für Nicht-Schweizer/-innen ist nur in zwei Kantonen (NE, TI) speziell geregelt. Im Kanton Neuenburg sind Asylsuchende (Ausweis N), Vorläufig aufgenommene Personen (Ausweis F) sowie anerkannte Flüchtlinge mit Jahresaufenthaltsbewilligung (Ausweis B) von der Anspruchsberechtigung für Mutterschaftsbeihilfen ausgeschlossen (art. 5 LAFAM). Im Kanton Tessin sind für Mutterschafts- und Familienbeihilfen nur Schweizer/-innen sowie Ausländer/-innen mit Ausweis C anspruchsberechtigt (art. 28, 41 und 45 RLAF).

2.4.2.3 Spezifische Regelungen der Subsidiarität in Bezug auf die Bedarfsleistungen für Familien

In verschiedenen Kantonen wird in den Gesetzen auf spezifische Gruppen von Personen hingewiesen, die keinen Anspruch auf die Leistung haben oder die nur unter bestimmten Bedingungen Antrag auf Bedarfsleistungen für Familien stellen können. Dies betrifft primär Personen, die eine AHV/IV-Rente, Ergänzungsleistungen zur AHV/IV oder Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe beziehen.

Im Kanton Genf können die Geburtsbeihilfen kumuliert werden mit ergänzenden Kinderrenten der AHV, IV und der beruflichen Vorsorge. Dasselbe gilt für die Beiträge für Kinder, die zusätzlich zum Taggeld der IV und der Erwerbsersatzversicherung geleistet werden ebenso wie für Waisenrenten, und Renten aus der obligatorischen Unfallversicherung und der beruflichen Vorsorge (art. 3 RELAF). Wenn durch das Kind eine Anspruchsberechtigung auf bundesge-

setzungsgeregelte Leistungen besteht, werden diese bei der Bemessung der kantonalen Leistungen angerechnet. Die Geburts- und Adoptionsbeihilfen werden nicht ausgerichtet, wenn Anspruch auf Familienbeihilfen besteht.

In den Kantonen Wallis und Freiburg besteht kein Anspruch, wenn Renten aus AHV/IV, Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe bezogen werden. Im Kanton Tessin sind Bezüger/-innen von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV nicht anspruchsberechtigt.

2.4.2.4 Spezifische Anspruchskriterien

Im Folgenden werden die spezifischen Anspruchskriterien der Bedarfsleistungen für Familien dargestellt anhand der Kriterien 'Art der Leistung', 'Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung', 'Finanzielle Anspruchsgrenzen', 'Ermittlung der Leistungshöhe', 'Minimal-/Maximalbeträge', 'Maximale Bezugsdauer'.

Die massgeblichen Einkommen werden je nach Leistung und Kanton sehr unterschiedlich definiert. Die Darstellung der Einkommenszusammensetzung würde den Rahmen sprengen. Im Vordergrund des Interesses stehen vielmehr die für die Bedarfsleistungen ausschlaggebenden Kriterien 'Einkommensgrenzen' bzw. 'Lebensbedarf'.

Nachstehend werden zuerst die Geburtsbeihilfen, anschliessend die Mutterschaftsbeihilfen und schliesslich die Familienbeihilfen beschrieben.

Tabelle 36: Art der Leistung, spezifische Anspruchskriterien, finanzielle Anspruchsgrenzen: Geburtsbeihilfen

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Anspruchskriterien	Finanzielle Anspruchsgrenzen
FR	Einmalige Leistung auf Antrag bei Geburt (allocation de naissance) oder Adoption eines Kindes (allocation d'accueil).	Anspruch geben: a) Kinder von verheirateten oder nicht verheirateten Eltern b) Kinder des Ehegatten der Anspruchsberechtigten c) adoptierte Kinder (art. 7 LAFC)	Einkommensgrenze für den Bezug von Familienzulagen in der Landwirtschaft. Vermögensgrenze bei 150'000 Franken (art. 14 RAFC)
GE	Einmalige Leistung auf Antrag bei Geburt (allocation de naissance) oder Adoption eines Kindes (allocation d'accueil)	Die Beihilfe bei Adoption kann für Kinder bis 18 Jahre ausgerichtet werden (art. 6 LAF)	Einkommensgrenze: Faktor 1.5 der Einkommensgrenze für den Bezug von kantonalen Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV; Vermögensgrenze bei 25'000 Franken.

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Anspruchskriterien	Finanzielle Anspruchsgrenzen
			Diese Obergrenzen werden erhöht: a) um 50%, wenn die anspruchsberechtigte Person überwiegend und dauerhaft für eine andere im selben Haushalt lebende erwachsene Person den Haushalt macht, b) um 25% für jedes minderjährige Kind mit einem Bruttoeinkommen unter 30'000 Franken im Jahr c) 25% für jedes im Haushalt lebende Kind zwischen 18 und 25 Jahren mit einem Bruttoeinkommen unter 30'000 Franken im Jahr (art. 12B LAF)
VS	Einmalige Leistung auf Antrag bei Geburt (allocation de naissance) oder Adoption eines Kindes (allocation d'accueil)	Anspruch geben: a) Kinder verheirateter Eltern; b) Kinder unverheirateter Eltern sowie Stief- und Adoptivkinder; c) Pflegekinder des Bezugsberechtigten, die dieser unentgeltlich zur dauernden Pflege und Erziehung zu sich genommen hat; d) Geschwister des Bezugsberechtigten, für deren Unterhalt er in überwiegendem Masse aufzukommen hat (art. 7 LAFS)	Einkommensgrenze für den Bezug von Familienzulagen in der Landwirtschaft (art. 10bis RAFS)

Quelle: Inventar 2002

Tabelle 37: Leistungshöhe und maximale Bezugsdauer: Geburtsbeihilfen

Kanton	Ermittlung der Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge ⁸⁰	Maximale Bezugsdauer
FR	Fixer Betrag	1'500 Franken	Einmalige Zahlung
GE	Fixer Betrag	1'000 Franken	Einmalige Zahlung
VS	Fixer Betrag	1'500 Franken	Einmalige Zahlung

Quelle: Inventar 2002

Da die Geburtsbeihilfen einmalig ausgerichtet werden, sind die Anspruchsbedingungen weniger ausführlich definiert als bei den Mutterschafts- oder den Familienbeihilfen. Für die Geburtsbeihilfen gelten die oben beschriebenen Regelungen in Bezug auf das Subsidiaritätsprinzip nicht, da Einkommen aus Sozialhilfe, Unterstützungsleistungen von Privatpersonen oder Institutionen sowie Ausbildungsbeihilfen nicht Bestandteil des massgeblichen Einkommens sind.

⁸⁰ Im Unterschied zu anderen Leistungen gibt es bei den Geburtsbeihilfen einzig Maximalbeträge.

**Tabelle 38: Art der Leistung, spezifische Anspruchskriterien, finanzielle Anspruchsgrenzen:
Mutterschaftsbeihilfen**

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung	Finanzielle Anspruchsgrenzen
FR	Mutterschaftsbeitrag (art. 4 LAMAT) Kinder bis 2 Jahre (art. 37 LAFAM)	Verzichtet der Vater ohne zwingende Gründe darauf, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, wird das anrechenbare Einkommen mit dem erzielbaren Einkommen kalkuliert (art. 10 à 14 RAVS)	Die Einkommensgrenzen sind wie folgt definiert: a) für eine allein lebende Frau 2'250 Franken im Monat. Vermögensgrenze 60'000 Franken b) für ein verheiratetes Paar oder für ein zusammenlebendes unverheiratetes Paar 3'000 Franken im Monat. Vermögensgrenze 80'000 Franken (art. 1 RAMAT) Die Einkommensgrenzen erhöhen sich um 300 Franken pro Monat für jedes im gleichen Haushalt lebende Kind (art. 1 RAMAT)
GL	Erwerbsersatzleistungen Kinder bis 1 Jahr (Art. 3 GEE)	Teilzeitarbeit beider Eltern wird nur dann berücksichtigt, wenn beide daneben und nicht gleichzeitig das Kind betreuen. Betreuen beide Eltern das Kind, muss ihr gesamtes Arbeitspensum mindestens 100 Prozent betragen; andernfalls wird das höhere Einkommen entsprechend aufgerechnet. Üben beide Eltern ein Teilpensum aus, gilt als betreuender Elternteil, wer das kleinere branchenübliche Arbeitspensum ausweist (Art. 7 GEE) Verzichtet ein nicht mit der Pflege des Kindes betrauter Elternteil ohne zwingende Gründe auf ein ganzes Arbeitspensum, wird das Erwerbseinkommen auf ein ganzes Pensum aufgerechnet (Art. 8 GEE)	Einkommensgrenze: Faktor 1.5 des Grenzbetrages für Alleinstehende oder für Ehepaare bzw. zusammenlebende Eltern gemäss dem Gesetz über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung Diese Grenzen erhöhen sich vom zweiten Kind an um 1/8 des 1.5-fachen Grenzbetrages für Alleinstehende (Art. 2 GEE) Vermögensgrenze: Von dem 20'000 Franken bei alleinstehenden oder 30'000 Franken bei verheirateten oder zusammenlebenden Elternteilen übersteigenden Bruttovermögen wird 1/15 des nach Abzug der Schulden verbleibenden Vermögens zum anrechenbaren Einkommen hinzugerechnet (Art. 6 GEE)
GR	Mutterschaftsbeiträge Kinder bis 10, maximal 15 Monate (Art. 7 GMB)	Die Erwerbstätigkeit darf beim betreuenden Elternteil ein halbes Arbeitspensum nicht übersteigen (Art. 2 GMB) Verzichtet der nicht das Kind betreuende Elternteil ohne zwingenden Grund auf ein zumutbares Erwerbseinkommen, wird dieses in die Berechnung einbezogen (Art. 5 GMB)	Einkommensgrenze nach den kantonalen Bestimmungen über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (Art. 3 GMB)
LU	Mutterschaftsbeihilfe (§56 SHG) Kinder bis 1 Jahr	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Soziales Existenzminimum nach den SKOS-Richtlinien. Als Lebensbedarf gilt: a) für die alleinstehende Mutter: 1'350 Franken

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung	Finanzielle Anspruchsgrenzen
	(§ 57 SHG)		b) für die im gleichen Haushalt lebenden Eltern: 2'150 Franken c) Zuschlag für jedes im gleichen Haushalt lebende Kind: 240 Franken (§ 34 SHVO)
NE	Mutterschaftsbeihilfe (art. 37 LAFAM) Kinder bis 1 Jahr (art. 37 LAFAM)	Verzichtet der Ehegatte der Anspruchsberechtigten ohne zwingende Gründe darauf, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wird das anrechenbare Einkommen mit dem erzielbaren Einkommen kalkuliert (art. 50, al. 2 RELAFAM)	Die Einkommensgrenzen sind wie folgt definiert: a) für eine alleinlebende Frau 2'250 Franken im Monat. Vermögensgrenze 60'000 Franken b) für ein verheiratetes Paar oder für ein zusammenlebendes unverheiratetes Paar 3'000 Franken im Monat. Vermögensgrenze 80'000 Franken (arrêté fixant les montants des allocations de maternité du 23 décembre 1998)
SG	Beiträge an den Lebensbedarf von Mutter und Kind (Art. 6 Abs. 3 GMB) Kinder bis 6 Monate (Art. 7 GMB)	Angerechnet wird das Nettoerwerbseinkommen, das der freiwillig nicht oder teilweise erwerbstätige Vater aus einer ihm zumutbaren Erwerbstätigkeit erzielen würde. (Art. 3 GMB)	Der Lebensbedarf entspricht bei der alleinstehenden Mutter dem Betrag des für Alleinstehende, bei der verheirateten oder mit dem Vater zusammenlebenden Mutter dem Betrag des für Ehepaare massgebenden allgemeinen Lebensbedarfs für ordentliche Ergänzungsleistungen (Art. 2, Abs. 1 GMB)
SH	Erwerbsersatzleistungen an Alleinerziehende Kinder bis 2 Jahre (Art. 30 FSG)	Die Person muss vorwiegend nicht erwerbstätig sein, d.h. wer weniger als die Hälfte eines vollen Arbeitspensums leistet. Der Anspruch erlischt, wenn die anspruchsberechtigte Person das Kind länger als halbtätig in andere Obhut gibt (§ 25 VO-FSG)	Die Berechnung der Erwerbsersatzleistungen erfolgt nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes sowie des kantonalen Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (§ 27 VO-FSG) Vom Vermögen wird ein angemessener Teil bei den Einnahmen angerechnet (Art. 31 FSG)
VD	Zweistufige Leistung: a) Mutterschaftszulage (allocation de maternité (an Mutter), im Bedarfsfall b) allocation complémentaire im Sinne eines Erwerbsersatzes (an Mutter oder Vater) (art. 21b LAFC) Kinder bis 6 Monate (art. 21b LAFC)	Nur wenn der Vater aus zwingenden Gründen nicht oder nur Teilzeit erwerbstätig sein kann, wird die allocation complémentaire dem Vater ausgerichtet (art. 5 LAFC)	Mutterschaftszulage: Einkommensgrenze gemäss kantonomer Gesetzgebung zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (art. 21b LAFC). Für die Ermittlung des Anspruchs gilt das monatliche Einkommen der Familie (art. 4 RAM) Ergänzungszulage: Es wird nur der effektive Einkommensverlust infolge Mutterschaft berücksichtigt, der nicht durch Versicherungsleistungen abgedeckt ist (art. 5 LAFC, art. 5 RAM)

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung	Finanzielle Anspruchsgrenzen
ZG	Mutterschaftsbeiträge Kinder bis 1 Jahr (§ 3 GMB)	Keine die Erwerbstätigkeit betreffende Angaben im Inventar	Gesetzlich definierter Lebensbedarf: Der Lebensbedarf wird wie folgt ermittelt: a) Der Grundbetrag für eine allein stehende Frau beträgt pro Monat Fr. 1'407.- sowie für ein Ehepaar pro Monat Fr. 2'110.-. b) Für jedes im gleichen Haushalt lebende Kind wird ein Zuschlag von Fr. 300.- berechnet. Zusätzlich werden folgende ausgewiesene Kosten im Zeitpunkt der Antragstellung aufgerechnet: a) die Miete inkl. Nebenkosten gemäss Mietvertrag, soweit sie angemessen erscheint. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist gebührend zu berücksichtigen. b) Prämien für Kranken- und Unfallversicherungen, höchstens jedoch Fr. 167.- pro Monat für eine erwachsene Person und Fr. 44.- pro Monat und Kind; c) ambulante Krankheits- und Hilfsmittelkosten während der Bezugszeit der Beiträge (§ 5 GMB)
ZH	Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern Kinder bis 2 Jahre (§ 26 c JHG)	Die Erwerbstätigkeit beim alleinerziehenden Elternteil darf ein halbes Arbeitspensum nicht übersteigen oder bei zusammenlebenden Eltern mindestens ein volles Arbeitspensum und höchstens eineinhalb Arbeitspensum betragen (§ 26 b. JHG) Die Betreuung durch Dritte darf gesamthaft 2½ Tage in der Woche nicht übersteigen (§ 26 b. JHG)	Gesetzlich definierter Lebensbedarf: Der Lebensbedarf wird wie folgt ermittelt: a) Grundbetrag pro Jahr für alleinerziehende Eltern mit einem Kind Fr. 18'600.— b) Grundbetrag pro Jahr für zusammenlebende Eltern mit einem Kind Fr. 25'600.— c) Zuschlag für jedes weitere eigene, im gleichen Haushalt lebende Kind Fr. 3'900.— Der Mietzins einschliesslich Nebenkosten, höchstens aber Fr. 13 100.- pro Jahr, wird dazugerechnet; leben mehrere Mieter in einer Wohnung, wird der Mietzins anteilmässig berücksichtigt (§ 49 b. JHVO)

Quelle: Inventar 2002

Die Leistung bezieht sich generell nur auf Kinder im Kleinkindalter (von der Geburt bis zum Alter von minimal 6 Monaten und maximal 2 Jahren). Die Gewährung der Leistung ist an die Voraussetzung geknüpft, dass das Einkommen und das Reinvermögen der erziehenden Eltern respektive des alleinerziehenden

den Elternteils einen in bestimmter Weise festgesetzten Grenzbetrag nicht überschreiten.

Die Kantone sehen spezifische Regelungen vor in Bezug auf das Erwerbsspensum entweder beider Elternteile oder eines der beiden Elternteile sowie zum Teil auch Regelungen, die den Grad der familienergänzenden Betreuung der Kinder betreffen.

Die Anspruchsbedingungen für Mutterschaftsbeihilfen variieren von Kanton zu Kanton. Die Kantone Freiburg und Neuenburg definieren dieselben Einkommensgrenzen für Mutterschaftsbeihilfen: 2'250 Franken pro Monat für eine alleinerziehende Frau, 3'000 Franken für verheiratete oder unverheiratete Paare. Die Kantone Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen und Tessin knüpfen die Anspruchsbedingungen für Mutterschaftsbeihilfen an die Einkommensgrenzen gemäss Gesetzgebung zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Einzig der Kanton Luzern orientiert sich an den Einkommensgrenzen der Sozialhilfe und definiert das soziale Existenzminimum gemäss den Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien; ohne Anpassung an den Teuerungsausgleich). Die Kantone Zug und Zürich definieren einen eigenen, für die Anspruchsberechtigung massgeblichen Lebensbedarf. Auch die Vermögensgrenzen sind unterschiedlich geregelt.

Bei unverheirateten Eltern werden grundsätzlich beide Einkommen angerechnet. Wo ohne zwingende Gründe auf ein volles Erwerbseinkommen der nicht betreuenden Person verzichtet wird, ist das erzielbare Einkommen massgeblich. Im Kanton Schaffhausen, wo sich die Gesetzgebung ausschliesslich an Alleinerziehende richtet, erlischt der Anspruch auf Mutterschaftsbeihilfen, wenn der Umfang der Erwerbsarbeit 50 Prozent und mehr beträgt.

Tabelle 39: Leistungshöhe und maximale Bezugsdauer: Mutterschaftsbeihilfen

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
FR	Differenz zwischen dem anrechenbaren Einkommen und der gesetzlich definierten Einkommensobergrenze (art. 6 LAMAT)	Maximalbetrag: a) 1'500 Franken für eine allein lebende Frau pro Monat b) 2'000 Franken für verheiratete oder unverheiratete Paare im gleichen Haushalt pro Monat	12 Monate (art. 37 LAFAM)

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
		Minimalbetrag: 50 Franken pro Monat (art. 4 RAMAT)	
GL	Differenz zwischen dem anrechenbaren Einkommen und der gesetzlich definierten Einkommensobergrenze (Art. 4 GEE)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	12 Monate
GR	Differenz zwischen dem Lebensbedarf und dem anrechenbaren Einkommen (Art. 2 GMB)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Die Beiträge werden für zehn Monate nach der Geburt ausgerichtet, in Härtefällen 15 (Art. 7 GMB)
LU	Differenz zwischen dem sozialen Existenzminimum der Familie und dem anrechenbaren Einkommen (§ 33 SHVO)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	12 Monate, davon maximal drei Monate vor der Geburt (§ 57 SHG)
NE	Differenz zwischen dem anrechenbaren Einkommen und der gesetzlich definierten Einkommensobergrenze (art. 48 RELAFAM)	Der Minimal- und Maximalbetrag ist in einer separaten Verordnung geregelt (art. 48, al. 2 RELAFAM)	12 Monate (art. 37 LAFAM)
SG	Differenz zwischen Lebensbedarf und anrechenbarem Einkommen (Art. 6 GMB)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	6 Monate. In Härtefällen können die Beiträge für den Monat vor und für höchstens ein Jahr nach der Geburt ausgerichtet werden (Art. 7 GMB)
SH	Differenz zwischen dem anrechenbaren Einkommen und der gesetzlich definierten Einkommensobergrenze (Art. 31 FSG)	Maximalbetrag: 24'000 Franken pro Jahr (Art. 31 FSG), höchstens 2'000 Franken pro Monat (§ 26 VO-FSG)	24 Monate (Art. 30 FSG)
VD	a) Mutterschaftszulage: Differenz zwischen dem anrechenbaren Einkommen und der gesetzlich definierten Einkommensobergrenze (art. 4 RAM) b) Ergänzungszulage: Erwerbsersatzleistung (art. 5 RAM)	a) Mutterschaftszulage: 200 Franken pro Monat (art. 4 RAM) b) Ergänzungszulage: abhängig vom Erwerbsausfall (art. 5 RAM)	Beide Leistungen: 6 Monate, in Härtefällen 6 weitere Monate (art. 21b LAFC), bei schwerer Krankheit des Kindes 12 weitere Monate (art. 21b LAFC)
ZG	Differenz zwischen dem Lebensbedarf und dem anrechenbaren Einkommen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	12 Monate nach Geburt, in Notlagen schon 6 Monate vor der Geburt (§ 3 GMB)
ZH	Differenz zwischen Lebensbedarf und anrechenbarem Einkommen (§ 26 c. JHG)	Maximalbetrag pro Monat: 2'000 Franken (§ 26 c. JHG)	24 Monate (§ 26 c. JHG)

Quelle: Inventar 2002

Die Differenz zwischen dem anrechenbaren Einkommen und dem Existenzminimum wird je nach Definition von Lebensbedarf und Einkommensgrenzen unterschiedlich berechnet. Die Mutterschaftsbeihilfen variieren in einer Bandbreite von 200 Franken pro Monat (Kanton Waadt) bis 2'000 Franken pro Monat (Kantone Freiburg, Schaffhausen, Zürich). Fünf Kantone (Freiburg, Neuen-

burg, Schaffhausen, Tessin, Zürich) definieren Maximalgrenzen. Einzig der Kanton Freiburg schreibt einen Minimalbetrag von 50 Franken pro Monat vor.

Fünf Kantone kennen eine maximale Bezugsdauer von 12 Monaten (Freiburg, Glarus, Luzern, Neuenburg, Zug). Drei Kantone (Schaffhausen, Tessin und Zürich) richten die Mutterschaftsbeihilfen bei Bedarf während zwei Jahren aus. Die Kantone St. Gallen und Waadt haben mit sechs Monaten (in Härtefällen 12 Monate) die kürzeste maximale Bezugsdauer, gefolgt vom Kanton Graubünden mit zehn Monaten (in Härtefällen 15 Monate).

Die entsprechenden Regelungen für die Familienbeihilfen differieren nochmals, sowohl von den Geburts- als auch von den Mutterschaftsbeihilfen. Die Familienbeihilfen finden sich in den vier Kantonen Freiburg, Wallis, Genf und Tessin.

Tabelle 40: Art der Leistung, spezifische Anspruchskriterien, finanzielle Anspruchsgrenzen: Familienbeihilfen

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung	Finanzielle Anspruchsgrenzen
FR	Kinderbeihilfen Ausbildungsbeihilfen	Allocation de formation: a) Untere Altersgrenze 16 Jahre b) das Einkommen (nach Abzug der Bildungskosten) des in der Berufsausbildung stehenden Kindes muss mehr als 25 % niedriger sein als der branchenübliche Anfangslohn nach der Ausbildung (art. 10 RAFC)	Einkommensgrenze gemäss Familienzulagen in der Landwirtschaft, Vermögensgrenze bei 150'000 Franken 14 RAFC) Nicht angerechnet werden Verwandtenunterstützungen, Leistungen mit ausgesprochenem Fürsorgecharakter, Stipendien.
GE	Kinderbeihilfen	Obere Altersgrenze des Kindes: 18 Jahre	Einkommensgrenze: Faktor 1.5 der Einkommensgrenze für den Bezug von kantonalen Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Vermögensgrenze bei 25'000 Franken.
TI	a) Kinder-Ergänzungsleistung b) Eltern-Ergänzungsleistung	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Einkommensgrenzen gemäss Gesetzgebung zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (art. 28 LAF) Das Arbeitseinkommen wird ganz angerechnet; zum Einkommen hinzugerechnet wird ausserdem 1/15 des Vermögens (art. 28 LAF)
VS	a) Kinderbeihilfen: Beihilfe für das Kind b) Ausbildungsbeihilfen: monatliche Beihilfe zur Berufsbildung c) Haushaltsbeihilfen:	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Einkommensgrenze gemäss Familienzulagen in der Landwirtschaft (art. 10bis RAFS) Nicht angerechnet werden Verwandtenunterstützungen, Leistungen

Kanton	Art der Leistung	Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung	Finanzielle Anspruchsgrenzen
	jährlicher Zuschuss an den Haushalt		mit ausgesprochenem Fürsorgecharakter, Stipendien (art. 10bis RAFS)

Quelle: Inventar 2002

Auch bei den Familienbeihilfen handelt es sich um monatlich ausgerichtete Bedarfsleistungen für Familien. Im Unterschied zu den oben besprochenen Mutterschaftsbeihilfen, die nur auf die Kleinkinderbetreuung bezogen sind, handelt es sich bei den Familienbeihilfen um eine Leistung, welche die familiäre Erziehung in ihrer ganzen Breite erfasst, d.h. vom Zeitpunkt der Geburt des Kindes bis zu dessen Eintritt ins Erwerbsleben.

Die Familienbeihilfen sind in den Kantonen Freiburg, Tessin und Wallis zweistufig ausgestaltet in Kinderbeihilfen (*allocations pour enfant*) und Ausbildungsbeihilfen (*allocations de formation professionnelle*). Der Kanton Genf kennt innerhalb der Familienbeihilfen keine bildungsbezogenen Leistungen⁸¹.

Grundsätzlich geht die Leistung in allen vier Kantonen an Familien respektive Personen mit Kinderbetreuungspflicht in bescheidenen Verhältnissen, d.h. insbesondere an betreuende Personen, die nicht erwerbstätig sind (*sans activité lucrative*) oder die – wie für den Kanton Wallis erwähnt – einem Studium nachgehen. Anspruch auf eine Familienbeihilfe können diejenigen Personen anmelden, deren Einkommen eine bestimmte Obergrenze nicht überschreitet. Für die Kantone Freiburg und Wallis wird dazu auf die diesbezüglichen Limiten im Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft verwiesen. Der Kanton Tessin wendet die Einkommensgrenzen gemäss Gesetzgebung zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV an. Der Kanton Genf erhöht die Einkommensgrenzen um das 1.5-fache der Einkommensgrenze für den Bezug von kantonalen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. In spezifischen Fällen wird die Einkommensgrenze im Kanton Genf um 25 bis 50 Prozent erhöht.

⁸¹ Diese werden im Rahmen der verschiedenen Gesetze über die Ausbildungsbeihilfen geleistet, siehe Kapitel 1.1 Ausbildungsbeihilfen

Tabelle 41: Leistungshöhe und maximale Bezugsdauer: Familienbeihilfen

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
FR	Differenz zwischen dem anrechenbaren Einkommen und der gesetzlich definierten Einkommensobergrenze (art. 6 LAMAT)	a) Allocation pour enfant: im Minimum 180 Franken für jedes der ersten zwei Kinder, 200 Franken für das dritte und die folgenden Kinder b) Allocation de formation professionnelle: im Minimum 240 Franken für jedes der ersten zwei Kinder, 260 Franken für das dritte und die folgenden Kinder (art. 19 LAFC)	Das Alter des Kindes definiert die maximale Bezugsdauer: a) Allocation pour enfant: bis 15 Jahre, im Fall von Krankheit bis 20 Jahre (art. 16 LAFC) b) Allocation de formation professionnelle: ab 16 Jahren bis Ende der Berufsbildung, spätestens bis 25 Jahre (art. 16, 17 LAFC)
GE	Fixer Betrag: 200 Franken pro Monat bis 15 Jahre, 220 Franken pro Monat ab 15 Jahren (art. 8 LAF)	Keine Minimal- und Maximalbeträge	Das Alter des Kindes definiert die maximale Bezugsdauer. Diese ist bis zum Erreichen des 18. Lebensjahr des Kindes festgelegt. Sind die Anspruchsbedingungen für die Allocation de naissance ou d'accueil nicht erfüllt, erfolgt die Leistung ab dem Monat der Geburt oder der Adoption.
TI	Kinder-Ergänzungsleistung: Differenz zwischen dem verfügbaren Haushalteinkommen und Einkommensgrenze gemäss Gesetzgebung über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (art. 27 LAF)	Der Betrag darf das Vierfache des jährlichen Mindestbetrags der einfachen Altersrente gemäss AHV-Gesetzgebung nicht übersteigen (art. 27 LAF)	Der Leistungsanspruch erlischt am Ende des Monats der Beendigung des Pflegeverhältnisses oder des Todes des Kindes (art. 3 LAF). Das Alter des Kindes definiert die maximale Bezugsdauer: Ergänzungsleistungen werden nur für Kinder unter 15 Jahren gewährt (art. 25 LAF)
VS	Fixer Betrag für die Kinderbeihilfe, die Ausbildungsbeihilfe und die Haushaltsbeihilfe	Die Haushaltsbeihilfe entspricht einem fixen Betrag (art. 8 LAFS), nämlich 1'260 Franken pro Jahr (art. 23ter LAFS). Für die allocations familiales sind im Inventar lediglich Minimalbeträge aufgeführt: a) Kinderbeihilfe: 260 Franken pro Monat und Kind b) Ausbildungsbeihilfe: 360 Franken pro Monat (art. 8 LAFS) b) Ausbildungsbeihilfe: 360 Franken pro Monat c) Haushaltsbeihilfe: 1'260 pro Jahr (art. 8 LAFS)	Das Alter des Kindes definiert die maximale Bezugsdauer: a) Kinderbeihilfe: 16 Jahre b) Ausbildungsbeihilfe: 17. bis 20. Lebensjahr, längstens bis 25. Lebensjahr (art. 1 RFCF) c) Haushaltsbeihilfe: 20 Jahre (art. 7 LAFS)

Quelle: Inventar 2002

In den Kantonen Freiburg und Wallis werden die Beihilfen für das Kind bis nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit ausgerichtet (Freiburg: bis das Kind 15-jährig ist, Wallis: bis das Kind 16-jährig ist). Dann folgt die Ausbildungsbeihilfe, die in beiden Kantonen längstens bis zum vollendeten 25. Lebensjahr des Kindes bezogen werden kann. Im Kanton Freiburg beträgt die Kinderbeihilfe im Minimum 180 Franken pro Monat, im Kanton Wallis werden monatlich mindestens 260 Franken ausgerichtet. Die Ausbildungsbeihilfe beträgt im Kanton Freiburg im Minimum 240 Franken, im Kanton Wallis wird die Berufsbildung von Kindern aus einkommensschwachen Familien mit mindestens 360 Franken pro Monat unterstützt. Im Kanton Genf werden Kinderbeihilfen längstens ausgerichtet, bis das Kind das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die monatliche Beihilfe beträgt für Kinder bis 15 Jahre 200 Franken, für Kinder über 15 Jahre 220 Franken.

Für den Kanton Wallis wird neben den Familienbeihilfen auf einen kantonalen Familienfonds hingewiesen. Dieser Fonds hat zum Ziel, an einkommensschwache Eltern (alleinerziehend oder zusammenlebend) einen jährlichen Haushaltszuschuss (*allocation de ménage*) von 1'260 Franken auszurichten.

Ausser dem Kanton Tessin gewähren alle Kantone, welche Familienbeihilfen ausrichten, zusätzlich die Geburts- oder Adoptionsbeihilfe (siehe oben).

Der Kanton Tessin geht vom Konzept des Existenzminimums nicht nur bei Kindern, sondern auch bei den Eltern aus, was die dort höheren Beiträge erklärt. Zur Sicherung des Existenzminimums der Kinder und der Eltern bestehen zwei separate Familienbeihilfen:

- Der ‚Assegno integrativo‘ ist eine Kinder-Ergänzungsleistung für Kinder von 0 bis 14 Jahren in einkommensschwachen Familien. Diese Leistung hat den Zweck, den minimalen Lebensbedarf von Kindern und Jugendlichen zu sichern. Diese Leistung soll jedoch nicht auch die Unterhaltskosten der Eltern mittragen. Sie entspricht dem Fehlbetrag zwischen den anrechenbaren Einnahmen und den anrechenbaren Ausgaben gemäss dem Gesetz betreffend EL zur AHV/IV, höchstens jedoch einem maximalen Betrag, der den hypothetischen Kinderkosten entspricht.
- Der ‚Assegno di prima infanzia‘ ist eine Eltern-Ergänzungsleistung für Haushalte mit Kindern von 0 bis 2 Jahre (3. Geburtstag) und einem Einkommen, das trotz Kinder-Ergänzungsleistung immer noch unter dem

Existenzminimum liegt. Diese Leistung hat den Zweck, die Existenz der gesamten Familie mit Kindern unter drei Jahren zu sichern und ist als Entgelt für den Erwerbsausfall bzw. die Zeitkosten für die Betreuung gedacht. Sie soll die Differenz zwischen dem verfügbaren Einkommen des Haushalts und dem Familienbedarf gemäss den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV abdecken.

„Assegno die prima infanzia“ kann nur beantragen, wer „Assegno integrativo“ erhält.

Im Falle der Betreuung von Kleinkindern bis zu drei Jahren ist des Weiteren nur anspruchsberechtigt, wer keiner Erwerbstätigkeit nachgeht oder zu mindestens 50% darauf verzichtet. Der Kleinkinderbetreuungsbeitrag wird demjenigen Elternteil ausgerichtet, der für die Kinder sorgt. Die Leistung deckt die Differenz zwischen dem verfügbaren Haushaltseinkommen und dem Mindestbetrag gemäss Gesetzgebung zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Der Betrag darf das Vierfache des jährlichen Mindestbetrags der einfachen Altersrente gemäss AHV-Gesetzgebung nicht übersteigen.

2.4.2.5 Finanzierung der Bedarfsleistungen für Familien

Im Folgenden wird die Finanzierung der Bedarfsleistungen für Familien in Bezug auf den Kostenteiler Kanton/Gemeinden dargestellt.

Tabelle 42 Finanzierungsmodus der Bedarfsleistungen für Familien

Kanton	Geburtsbeihilfen	Mutterschaftsbeihilfen	Familienbeihilfen
FR	50% Kanton, 50% Gemeinden. Der Lastenausgleich unter den Gemeinden ist in einer separaten Verordnung geregelt (art. 24 LAFC)	50% Kanton, 50% Gemeinden. Der Lastenausgleich unter den Gemeinden ist in einer separaten Verordnung geregelt (art. 24 LAFC)	50% Kanton, 50% Gemeinden. Der Lastenausgleich unter den Gemeinden ist in einer separaten Verordnung geregelt (art. 24 LAFC)
GE	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
GL		Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	
GR		Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	

Kanton	Geburtsbeihilfen	Mutterschaftsbeihilfen	Familienbeihilfen
LU		Kanton ersetzt der kostenpflichtigen Einwohnergemeinde 30 bis 50 Prozent der Kosten der Mutterschaftsbeihilfe (§ 58 SHG)	
NE		Die privaten Ausgleichskassen und die kantonale Ausgleichskasse übernehmen die Finanzierung der Mutterschaftsbeihilfen, die an Bezugsberechtigte, die bei ihren Mitgliedern angestellt sind, entrichtet werden. Der Kanton übernimmt die Finanzierung der Mutterschaftsbeihilfen, die an Bezugsberechtigte ohne Erwerbseinkommen oder an Selbständigerwerbende im Sinne des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, entrichtet werden. (art. 8a LAFAM).	
SG		Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	
SH		Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	
TI		Kanton (art. 60 LAF)	Die Ergänzungsleistungen werden finanziert: a) von den Familienausgleichskassen; b) von den Selbständigerwerbenden mit einem Beitrag von 0,15% des AHV-pflichtigen Einkommens; c) vom Kanton. (art. 59 LAF).
VD		Kanton (art. 21b LAFC)	
VS	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
ZG		Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	
ZH		Der Staat leistet den Gemeinden nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an die Kosten der ausgerichteten Beiträge Kostenanteile bis zur Hälfte der beitragsberechtigten Ausgaben (§ 26 h. JHG).	

Quelle: Inventar 2002

Im Kanton Freiburg werden sowohl die Geburtsbeihilfen, die Mutterschaftsbeihilfen als auch die Familienbeihilfen je zu 50 Prozent von Kanton und Ge-

meinden finanziert. Der Lastenausgleich unter den Gemeinden ist in einer separaten Verordnung geregelt. Im Kanton Luzern, wo die Mutterschaftsbeihilfe innerhalb des Sozialhilfegesetzes geregelt ist, erfolgt auch die Finanzierung nach den Prinzipien der Sozialhilfegesetzgebung. Die Kostenbeiträge werden nach dem Steuerfuss unter Berücksichtigung allfälliger Steuerrabatte und dem bei der Prüfung der Gesuche nach dem Gesetz über den direkten Finanzausgleich festgestellten Steuerbedarf der Gemeinden (Einwohner- und Bürgergemeinde) abgestuft. Im Kanton Zürich finanziert der Kanton den Gemeinden je nach Finanzkraft bis zu 50 Prozent. In den Kantonen Tessin und Waadt erfolgt die Finanzierung der Mutterschaftsbeihilfen vollumfänglich zu Lasten des Kantons. Im Kanton Neuenburg werden die Mutterschaftsbeihilfen für erwerbstätige Frauen von den privaten Ausgleichskassen und der kantonalen Ausgleichskasse finanziert; die Mutterschaftsbeihilfen für Frauen ohne Erwerbstätigkeit sowie selbständig Erwerbende werden vom Kanton übernommen. Im Kanton Tessin wird die Finanzierung der Beiträge für Kleinkinderbetreuung vollständig vom Kanton übernommen. Der Integrationszuschuss für Familien wird vom Kanton nur teilfinanziert, und zwar soweit die anderen Finanzierungsquellen (Ausgleichsfonds für Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende und Familienausgleichskassen) nicht ausreichend sind. Der Kantonsbeitrag darf 50% des eventuell ungedeckten Bedarfs nicht übersteigen.

Zur Finanzierung der Bedarfsleistungen für Familien in den Kantonen Glarus, Graubünden, St. Gallen, Schaffhausen, Wallis und Zug liegen im Inventar per 1.1.2002 keine Angaben vor.

2.5 Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten

2.5.1 Übersicht

2.5.1.1 Einleitung

In diesem Kapitel werden die Leistungen der Inventarrubriken 1.3 ‚Bekämpfung von Alkoholismus‘, 2.4 ‚Beihilfen für Bestattungskosten‘ und 6.2 ‚Beihilfen zur häuslichen Pflege (ohne Spitex)‘ dargestellt.

Es gibt verschiedene im Krankheitsfall entstehende Kosten, die von der obligatorischen Krankenversicherung oder anderen Versicherungen nicht oder nur teilweise abgedeckt sind. Es kann sich dabei um Kosten handeln, die von den Krankenkassen gemäss Krankenversicherungsgesetz grundsätzlich nicht übernommen werden, wie ein bestimmter Beitrag an die Unterkunftskosten im Falle der Hospitalisierung oder besondere im Zusammenhang mit einer Krankheit auftretende Kosten (Zahnarztkosten, Kosten für häusliche Pflege oder Suchttherapien). Im Allgemeinen werden solche Kosten, die von einer Person oder einer Familie nicht aus eigener Kraft bestritten werden können, von der öffentlichen Sozialhilfe getragen. Bei der Auswertung des Inventars ergab sich eine Schwierigkeit dadurch, dass jeweils nicht klar abgeschätzt werden konnte, ob die in einem Kanton im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe ausgerichteten Leistungen über das übliche hinausgehen und einer speziellen Erwähnung bedürfen, oder ob sie stillschweigend unter der öffentlichen Sozialhilfe subsumiert werden können. Im ersten Inventar wurden solche Leistungen im Zweifelsfall aufgeführt mit dem Vorbehalt, dass sie möglicherweise auch in den anderen Kantonen über die Sozialhilfe erbracht würden.

2.5.2.2 Veränderungen seit 1997

Für 2002 sind im Inventar nur noch Leistungen des Kantons Tessin aufgeführt. Anders im ersten Inventar – demzufolge erbrachten 1997 zehn Kantone bedarfsabhängige Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten sowie an Bestattungskosten.

Im Kanton Basel-Landschaft wurde bei der Revision des Sozialhilfegesetzes 2001 die separate Gesetzgebung zur Leistung für bedürftige Alkoholgefährdete (Gesetz über das Fürsorgewesen für Alkoholgefährdete vom 29.4.1965) aufgehoben.

Der Kanton Basel-Landschaft ist damit der einzige Kanton, in dem es zu einer realen Veränderung der angebotenen Leistungspalette gekommen ist. Alle anderen Veränderungen gegenüber dem Inventar von 1997 sind methodisch begründet⁸²:

- In den vier Kantonen Bern, Nidwalden, Neuenburg und Jura erfolgten diese Leistungen im Rahmen des Sozialhilfegesetzes. Im Inventar 2002 werden diese der Sozialhilfe zugerechnet und in dieser Rubrik nicht mehr speziell beschrieben. Dies sagt jedoch nichts darüber aus, ob es diese Leistungen noch gibt oder ob sie abgeschafft wurden.
- Im Kanton Waadt existierte gemäss erstem Inventar eine Unterstützungsleistung an bedürftige Alkoholgefährdete in Heimen. Je nach Institution erfolgte die Unterstützung über verschiedene Gesetzgebungen beziehungsweise Finanzierungsarten. Die Unterstützung bedürftiger Personen in medizinisch-sozialen Einrichtungen (*hébergement médico-social*) erfolgt nach wie vor gemäss LAPHREMS (*Loi d'aide aux personnes recourant à l'hébergement médico-social*) und richtet sich generell an alle Personen in solchen Heimen, nicht nur an Alkoholgefährdete. Diese Leistung wird deshalb im aktuellen Inventar den Heimbeihilfen zugerechnet. Die Unterstützung bei Invalidität erfolgt teils über die Sozialhilfe und teils über Objektsubventionierung und wird deshalb hier nicht mehr aufgeführt.
- Für den Kanton Wallis ist im ersten Inventar ein Hilfsfonds zur Unterstützung von Krankenversicherten in schwieriger finanzieller Situation gemäss kantonalem Krankenversicherungsgesetz aufgeführt. Diese Leistung wird im Inventar 2002 im Rahmen der Verbilligung bzw. Übernahme der obligatorischen Krankenversicherungsprämie beschrieben (vgl. Kapitel 1.2).
- Das Inventar per 1.1.2002 führt Beihilfen im Zusammenhang mit Krankheit und Tod im Kanton Tessin auf. Allerdings werden für den Kanton Tessin neu Beihilfen an Bestattungskosten aufgeführt, die im Rahmen

⁸² Aufgrund der wenigen Änderungen wurde darauf verzichtet eine vergleichende Tabelle 1997 / 2002 einzufügen.

der Sozialhilfe erbracht werden und 1997 noch nicht erwähnt waren. Analog zu den übrigen, über die Sozialhilfegesetzgebung geregelten Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten wird im vorliegenden Bericht auf die Auswertung dieser Leistung verzichtet.

2.5.2. Beschreibung der Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten

Nachfolgend werden die Beihilfen im Kanton Tessin nach den Kriterien 'Art und Bezeichnung der Leistung', 'anspruchsberechtigte Personen', 'Anspruchskriterien', 'Ermittlung der Leistungshöhe und Maximale Leistungsdauer' sowie 'Finanzierung' dargestellt. Dies kann im Vergleich mit den anderen Bedarfsleistungen nur rudimentär erfolgen, findet sich doch in den meisten Rubriken des Inventars der Hinweis 'keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen'. Es scheint, dass viele Angaben nicht auf Gesetzes- und Verordnungsstufe gemacht werden, sondern in bei der Inventarisierung nicht berücksichtigten Erlassen.

Tabelle 43: Bezeichnung und Art der Leistung

Bezeichnung	Art der Leistung
Beihilfen an Suchttherapien	Teilweise oder vollständige Übernahme der nicht von Versicherungen gedeckten Kosten für Kuren, Behandlungen und/oder für Überweisungen in anerkannte stationäre Einrichtungen(art. 9 LALFS)
Beihilfen an häusliche Pflege und an behindertengerechte Umbauten	Pflegegelder für Invalide oder alte Personen, die sich eine Pflegehilfe nicht leisten können (Mantenimento a domicilio). Kauf von Ausrüstungen, Einrichtungen, Maschinen oder Hilfsmitteln, dank derer Betagte oder Invalide zuhause leben können. Teilweise Übernahme der Umbaukosten, die eine Pflege zu Hause ermöglichen sollen (Sussidio per l'abbattimento di barriere architettoniche).

Quelle: Inventar 2002

Die anspruchsberechtigten Personen werden für die beiden Leistungen folgendermassen charakterisiert:

Tabelle 44: Anspruchsberechtigte Personen

Bezeichnung	Anspruchsberechtigte Personen
Beihilfen an Suchttherapien	Im Kanton wohnhafte Personen mit Drogenproblemen (art. 9 LALFS)
Beihilfen an häusliche Pflege und an behindertengerechte Umbauten	Alte und invalide Personen (art. 1 LASPA; art. 1 LISPI)

Quelle: Inventar 2002

2.5.2.1 Generelle Anspruchskriterien

Auch zu den generellen Anspruchskriterien in Bezug auf die Wohnsitzdauer im Kanton sowie den generellen Leistungsanspruch für Ausländer/-innen gibt es im Inventar kaum Angaben:

Tabelle 45: Generelle Anspruchskriterien

Bezeichnung	Wohnsitzdauer	Anspruch Ausländer/-innen
Beihilfen an Suchttherapien	Wohnsitz im Kanton (art. 9 LALFS)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen
Beihilfen an häusliche Pflege und an behindertengerechte Umbauten	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen

Quelle: Inventar 2002.

Der Wohnsitz wird lediglich für die Beihilfen an Suchttherapien als gesetzliche Voraussetzung genannt, ohne eine Karenzfrist vorzusehen. Betreffend den Anspruch von Ausländer/-innen fehlen die entsprechenden Angaben im Inventar. Daraus kann jedoch nicht automatisch geschlossen werden, dass beide Leistungen auch von Ausländer/-innen beantragt werden können.

2.5.2.2 Spezifische Regelungen der Subsidiarität

Der Kanton übernimmt nur die Kosten für Beihilfen an stationäre oder ambulante Suchttherapien, welche nicht von der Krankenversicherung oder anderen privaten Versicherungen gedeckt sind (art. 9 LALFS). Die Beihilfen an die häusliche Pflege von invaliden Personen erfolgen subsidiär zu den Leistungen gemäss *Legge per la protezione della maternità, dell'infanzia, della fanciullezza e dell'adolescenza* und *Legge concernente il promovimento, il coordinamento e il sussidiamento delle attività sociali a favore delle persone anziane del 25 giugno 1973* (LASPA) (art. 1 LISPI).

2.5.2.3 Spezifische Anspruchskriterien

Im Inventar gibt es kaum Angaben zu den spezifischen Anspruchskriterien. Im Gegensatz zu den anderen Bedarfsleistungen ist die Anspruchsberechtigung nur bedingt an die finanzielle Situation der Bezüger/-innen gebunden. Bei den Beihilfen an Suchttherapien ist im Inventar vermerkt, dass das Gesetz keine Angaben zu den finanziellen Anspruchskriterien macht. Es wird indessen auf

spezielle Regelungen verwiesen, die es erlauben, das Einkommen der Bezüger/-innen und ihrer Familie mit einzubeziehen. Das Einkommen muss demnach unter einem vom Kantonalen Sozialamt definierten Einkommen liegen.

Beihilfen an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten können Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen beantragen. Genauere Angaben zu den Anspruchskriterien finden sich auch hier in bei der Inventarisierung aus methodischen Gründen nicht berücksichtigten Erlassen.

2.5.2.4 Leistungshöhe, Minimal-/Maximalbeträge, Bezugsdauer

Das Inventar macht für die Leistungshöhe bei den beiden Leistungen keine Angaben. Dasselbe gilt für die Minimal-/Maximalbeträge bei den Beihilfen an Suchttherapien. Die Beihilfen an häusliche Pflege sind auf 50'000 Franken limitiert (art. 32 RLISPI).

Zur Bezugsdauer ist lediglich bei den Beihilfen an Suchttherapien vermerkt, dass im Gesetz wohl keine Angabe zur Bezugsdauer zu finden ist, gemäss internen Regelungen indessen die Dauer auf 18 Monate begrenzt werden kann.

2.5.2.5 Finanzierung der Beihilfen

Die Beihilfen an Suchttherapien sind vom Kanton finanziert (art. 9 LALFS).

Auch die Beihilfen für behindertengerechte Umbauten werden zu 100 Prozent vom Kanton finanziert (art. 7 e 13 LISPI).

3. Bedarfsabhängige Sozialleistungen in Ergänzung mangelnder privater Sicherung

3.1 Alimentenbevorschussung

3.1.1 Übersicht

3.1.1.1 Einleitung

In allen Kantonen der Schweiz werden unter bestimmten Umständen Vorschüsse auf ausstehende Unterhaltsbeiträge für Kinder – so genannte Alimentenbevorschussungen (ALBV) – geleistet. Zu dieser Leistung sind die Kantone aufgrund des Artikels 293 ZGB, im besonderen Abs. 2, verpflichtet.⁸³ Vorschüsse für den Unterhalt des Kindes werden grundsätzlich immer dann geleistet, wenn der andere, zu Unterhaltszahlungen verpflichtete Elternteil⁸⁴ seiner Pflicht nicht, nur teilweise oder nicht rechtzeitig nachkommt und gleichzeitig ein Bedarf nach der Leistung besteht⁸⁵. Die Behörden leisten in solchen Fällen – sofern sie seitens des obhutsberechtigten Elternteils darum nachgesucht werden – Alimenteninkassohilfe (Betreiben des Pflichtigen, seiner Unterhaltspflicht nachzukommen) oder Vorschusszahlungen zugunsten des unterhaltsberechtigten Kindes und in gewissen Kantonen des obhutsberechtigten Elternteils. Damit geht der Rechtsanspruch auf das Gemeinwesen über. Während die Inkassohilfe bedarfsunabhängig zu leisten ist, richtet sich der Anspruch auf die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen in den meisten Kantonen nach dem seitens des obhutsberechtigten Elternteils gegebenen Bedarf. Einzig in den Kantonen Bern, Genf und Tessin ist der Anspruch auf die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen zugunsten des Kindes nicht abhängig vom Einkommen und Vermögen des obhutsberechtigten Elternteils. In diesen

⁸³ Art. 293 ZGB besagt: 1 Das öffentliche Recht bestimmt, unter Vorbehalt der Unterstützungspflicht der Verwandten, wer die Kosten des Unterhaltes zu tragen hat, wenn weder die Eltern noch das Kind sie bestreiten können. 2 Ausserdem regelt das öffentliche Recht die Ausrichtung von Vorschüssen für den Unterhalt des Kindes, wenn die Eltern ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen.

⁸⁴ Dabei handelt es sich in den allermeisten Fällen um den von der Mutter getrennten Vater des Kindes. Dass die Kinder beim Vater leben und die abwesende Mutter zu Unterhaltsleistungen für die Kinder verpflichtet wird, ist zwar ebenfalls möglich, kommt in der Praxis aber sehr selten vor.

⁸⁵ Während in den Deutschschweizer Gesetzen stets die Unterscheidung zwischen dem Nichtnachkommen, dem teilweisen Nachkommen und dem nicht rechtzeitigen Nachkommen der Unterhaltspflicht unterschieden wird, beschränken sich die meisten Kantone der lateinischen Schweiz darauf, zu erwähnen, dass Alimentenbevorschussung geleistet wird, wenn der unterhaltspflichtige Elternteil seiner Unterhaltspflicht nicht regelmässig nachkommt.

Kantone verschreibt sich die Alimentenbevorschussung klar dem Gedanken des Kindswohls. In der gesetzlichen Grundlage des Kantons Tessin zur Alimentenbevorschussung wird präzisiert, dass es sich bei der Alimentenbevorschussung nicht um eine eigentliche Sozialleistung handelt, sondern um einen Schutz zur Verteidigung der zivilen Rechte von Minderjährigen (*un mezzo di difesa dei diritti civili del o dei minorenni*).

Eine diametral entgegengesetzte Logik scheint im Erlass des Kantons Zug zum Ausdruck zu kommen. Dieser Kanton kann nämlich auf die Bevorschussung verzichten, soweit die geschuldeten Unterhaltsbeiträge in einem offenbaren Missverhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit der pflichtigen Person stehen. Hier steht nicht das Kindwohl im Vordergrund, sondern eher das Wohl des Pflichtigen.

In einzelnen Kantonen werden Vorschüsse nicht nur für Unterhaltsbeiträge zugunsten des Kindes geleistet, sondern auch für solche zugunsten des/der Ex-Ehegattens/-in (es handelt sich hierbei in den allermeisten Fällen um Frauenalimente). Solche zusätzlichen Bevorschussungen der Erwachsenenalimente existieren in den lateinischen Kantonen Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura sowie im Kanton Zug. In allen anderen Kantonen bezieht sich die Alimentenbevorschussung einzig auf die geschuldeten Kinderunterhaltsbeiträge.

Während einige Kantone die Alimentenbevorschussung in spezifischen Gesetzen regeln, wird diese Leistung in anderen im Sozialhilfegesetz oder dem Jugendhilfegesetz geregelt. Tabelle 46 gibt einen Überblick über die gesetzliche Verortung der Alimentenbevorschussung in den verschiedenen Kantonen.

20 Kantone haben für die Alimentenbevorschussung eine spezifische gesetzliche Grundlage geschaffen, wobei fünf dieser Kantone die Leistung einzig auf Verordnungsstufe regeln. Fünf Kantone regeln die Alimentenbevorschussung innerhalb ihrer Sozialhilfegesetze und ein Kanton innerhalb des Jugendhilfegesetzes.

Tabelle 46: Gesetzliche Verortung der Alimentenbevorschussung

Kanton	Spezifisches Gesetz oder Verordnung für ALBV	ALBV im Sozialhilfegesetz geregelt	ALBV im Jugendhilfegesetz geregelt
AG		x	
AI	x		
AR	x		
BE	x		
BL	x ⁸⁶		
BS	x		
FR	x		
GE	x		
GL	x		
GR	x		
JU	x		
LU		x	
NE	x		
NW		x	
OW	x		
SG	x		
SH	x		
SO	x		
SZ	x		
TG		x	
TI	x		
UR	x		
VD		x	
VS	x		
ZG	x		
ZH			x

Quelle: Inventar 2002

3.1.1.2 Veränderungen seit 1997

Seit dem ersten Inventar per 1.1.1997 haben fünf Kantone ihre gesetzlichen Grundlagen über die Alimentenbevorschussung geändert oder angepasst: In den Kantonen Glarus, Solothurn und Schaffhausen handelte es sich lediglich um Verordnungsänderungen, während in den Kantonen Basel-Landschaft und Jura neue Gesetze und Verordnungen in Kraft traten⁸⁷.

⁸⁶ ALBV ist im Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe geregelt sowie in einer spezifischen Verordnung über die Bevorschussung.

⁸⁷ Der Kanton Neuenburg hat den Regierungsratsbeschluss (Arrêté), der die Höhe der Leistungen festlegt, per 1998 geändert.

3.1.2 Beschreibung der Alimentenbevorschussung

Nachstehend werden die Leistungen der Alimentenbevorschussung dargestellt nach den Kriterien anspruchsberechtigte Personen, generelle und spezifische Anspruchskriterien, Art der Leistung, Leistungshöhe und Finanzierung.

3.1.2.1 Anspruchsberechtigte Personen

Anspruchsberechtigte Personen sind in allen Kantonen Kinder und in einigen Kantonen auch Erwachsene, die aufgrund eines anerkannten Rechtstitels ein Recht auf Unterhaltsbeiträge begründen können. In fast allen Kantonen ist eine wirtschaftliche Bedarfsabklärung ausschlaggebend für den Anspruch auf die Leistung. Einzig in den Kantonen Tessin, Genf und Bern wird die Alimentenbevorschussung ohne Bedarfsabklärung gewährt⁸⁸. Wie die Bedürftigkeit definiert ist, wird im Abschnitt 3.1.2.7 aufgezeigt. Im nachstehenden Unterkapitel wird vorerst auf einige spezifische Anspruchskriterien eingegangen, die sich auf die Familiensituation, auf den Zivilstand der Eltern sowie auf die konkrete Wohnsituation beziehen.

3.1.2.2 Spezifische Anspruchskriterien

Die Familiensituation der Eltern ist ausschlaggebend für den Anspruch des Kindes und mancherorts des/der (Ex-)Ehegatten/-in auf Alimentenbevorschussung. In der Regel handelt es sich bei der Familiensituation um getrennte oder geschiedene Ehen oder Beziehungen mit Kindern. Die Verpflichtung des getrennt lebenden Elternteils zur Bezahlung von Unterhaltsbeiträgen für die Kinder und den/die (Ex-)Ehegatten/-in basiert entweder auf einem gerichtlichen Urteil respektive einer vom Gericht genehmigten Konvention (infolge rechtskräftiger Trennung oder Scheidung) oder einer von der Vormundschaftsbehörde genehmigten Vereinbarung. Gewisse Kantone formulieren die im Zusammenhang mit der Festlegung der Unterhaltsbeiträge anerkannten Rechtstitel ziemlich allgemein, während andere bemüht sind, sämtliche Ausprägungen von möglichen Rechtstiteln aufzulisten.

⁸⁸ Warum die Leistung trotzdem zu den bedarfsabhängigen Leistungen gezählt wird, siehe S. 176.

In den Kantonen Basel-Stadt (§ 47 EGzZGB) und Solothurn (§ 2 ABG) wird präzisiert, dass Vorschüsse auch dann gewährt werden, wenn die Höhe der Unterhaltsbeiträge noch nicht in einem rechtskräftigen Entscheid festgesetzt ist und der unterhaltspflichtige Elternteil unbekannt abwesend ist oder nicht festgestellt werden konnte. In Basel-Stadt muss jedoch eine entsprechende vorsorgliche richterliche Verfügung vorliegen.

Der Zivilstand der Eltern ist nicht ausschlaggebend für den Anspruch auf Bevorschussung, sofern gemeinsame Kinder vorhanden sind. Die Unterhaltspflicht bleibt überdies bestehen, auch wenn sich der Zivilstand der Eltern ändert. In den Kantonen Bern (Art. 3 GIB) und Zürich (§ 26 JHG) wird spezifisch darauf hingewiesen, dass für Kinder, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind, nach Einreichung der Vaterschaftsklage Überbrückungshilfen für Unterhaltsbeiträge ausgerichtet werden, falls vorläufige Zahlungen gemäss Art. 281 oder 283 ZGB gerichtlich abgewiesen worden sind.

Die konkrete Wohnsituation der Eltern hingegen gilt in vielen Kantonen als einschränkendes Kriterium für die Gewährung der Bevorschussung. In vierzehn Kantonen (LU, UR, SZ, OW, NW, GL, SH, SO, AR, SG, AG, TG, ZH, ZG) hat das unterhaltsberechtigende Kind keinen Anspruch auf Alimentenbevorschussung, wenn die Eltern zusammenwohnen bzw. wenn der pflichtige Elternteil mit dem unterhaltsberechtigenden Kind zusammen wohnt. Im Kanton Appenzell Innerrho-den entfällt der Anspruch, wenn beide Elternteile mit den Kindern zusammenwohnen oder wenn sich der Elternteil, der für das Kind sorgt, verheiratet.

3.1.2.3 Generelle Anspruchskriterien

Im Folgenden wird auf die generellen Anspruchskriterien für die Alimentenbevorschussung eingegangen. Im ersten Abschnitt werden die Kriterien Wohnsitz und Karenzfrist behandelt, anschliessend wird auf die Anspruchsberechtigung von ausländischen Staatsangehörigen eingegangen.

In 25 Kantonen besteht der Anspruch auf Bevorschussung, wenn das unterhaltsberechtigende Kind seinen zivilrechtlichen Wohnsitz in der Gemeinde hat, in

der Antrag auf Alimentenbevorschussung gestellt wird⁸⁹. Im Kanton Obwalden ist die Einwohnergemeinde zuständig, in der das Kind seinen Unterstützungswohnsitz im Sinne des ZUG⁹⁰ hat. Diese Spezialregelung Obwaldens führt in der Praxis zu Schwierigkeiten, denn der ZUG-Wohnsitz und der zivilrechtliche Wohnsitz können beim Kind auseinanderklaffen⁹¹. So kann es vorkommen, dass sich kein Kanton als zuständig erklärt für die Alimentenbevorschussung, was gegen das ZGB verstösst. Der Kanton Obwalden ist aber daran, diese Regelung zu ändern.

18 Kantone präzisieren überdies, dass Kinder, die sich dauerhaft im Ausland aufhalten, keinen Anspruch auf Bevorschussung haben. Eine Karenzfrist existiert in den Kantonen Schaffhausen, Genf und Wallis: In Schaffhausen muss der zivilrechtliche Wohnsitz des Kindes seit mindestens zwei Jahren im Kanton bestehen, während die Mindestwohnsitzdauer in den Kantonen Genf und Wallis ein Jahr beträgt.

In den wenigsten kantonalen Gesetzen wird die Staatsangehörigkeit als relevantes Anspruchskriterium für den Erhalt von Alimentenbevorschussung genannt. Ausnahmen bilden hierbei die Kantone Basel-Landschaft und Appenzell Innerrhoden. Im erst genannten Kanton sind nämlich die niedergelassenen Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Unterhaltspflichtige sich im Ausland befinden, vom Recht auf Alimentenbevorschussung ausgenommen (§ 22 SHG). Ähnliches gilt für den Kanton Appenzell Innerrhoden, der den Leistungsanspruch grundsätzlich auf Kinder beschränkt, die selbst oder deren Mütter das schweizerische Bürgerrecht besitzen, sowie auf ausländische Kinder, deren Alimentenschuldner die Niederlassung in der Schweiz besitzt und der sich auch tatsächlich in der Schweiz aufhält (Art. 1 VO). Diese Regelungen bedeuten faktisch, dass in den Kantonen Basel-Landschaft und Appenzell Innerrhoden ausländische Kinder, deren unterhaltspflichtige Elternteile im Ausland leben und ihre Unterhaltspflicht verletzen, im Bedarfsfall von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen.

⁸⁹ Im Kanton Zug besteht die Spezialität, dass für Ortsbürger/innen, welche am Ort ihrer Ortsbürgerschaft ihren zivilrechtlichen Wohnsitz haben, der Bürgerrat als Vormundschaftsbehörde zuständig ist, für die anderen Einwohner hingegen der ‚normale‘ Gemeinderat.

⁹⁰ ZUG: Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger vom 24. Juni 1977

⁹¹ siehe Art. 7 Abs. 3 ZUG.

3.1.2.4 Finanzielle Anspruchskriterien

Da die finanziellen Anspruchskriterien direkt in die Ermittlung der Leistungshöhe einfließen und für die Erklärung der vier Berechnungsmodelle relevant sind, werden diese im Abschnitt 3.1.2.7 behandelt.

3.1.2.5 Spezifische Regelungen der Subsidiarität in Bezug auf die Alimentenbevorschussung

In mehreren Kantonen werden in den Erlassen über die Alimentenbevorschussung Bestimmungen in Bezug auf die Subsidiarität formuliert. Diese betreffen primär die Feststellung der Bedürftigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes bzw. Erwachsenen. Ein Grossteil der Deutschschweizer Kantone erwähnt in seinen gesetzlichen Grundlagen, dass, sofern der Unterhalt des Kindes bzw. des Erwachsenen ohne Bezug von Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe anderweitig gesichert ist, kein Anspruch auf Alimentenbevorschussung besteht⁹².

Die Kantone Zug, Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden, Glarus, Schaffhausen, Graubünden und Basel-Stadt präzisieren in ihren gesetzlichen Grundlagen zur Alimentenbevorschussung, dass kein Anspruch auf Bevorschussung besteht, wenn dem Kind zugemutet werden kann, den Unterhalt aus seinem Arbeitserwerb oder anderen Mitteln zu bestreiten. Die effektive wirtschaftliche Selbständigkeit des Kindes bildet ebenfalls in vielen Kantonen eine Zugangsbarriere zur Alimentenbevorschussung.

Im Kanton Bern besteht kein Anspruch auf Bevorschussung, sofern seitens des unterhaltsberechtigten Kindes und Elternteils ein dauernder Bedarf auf Unterstützung durch die Sozialhilfe besteht. Dies gilt auch, wenn der Unterhaltsanspruch in der Höhe der zulässigen Bevorschussung zusammen mit den anderen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Bestreitung der Unterhaltskosten nicht ausreicht (Art. 4 GIB).

⁹²Im Erlass über die Alimentenbevorschussung des Kantons Obwalden kann beispielsweise gelesen werden, dass kein Anspruch besteht, wenn aus den Umständen zu entnehmen ist, dass durch ausdrückliche oder stillschweigende Übereinkunft zwischen den beiden Elternteilen eine Bevorschussung angestrebt wird, obwohl die entsprechenden eigenen finanziellen Mittel zum Unterhalt des Kindes vorhanden wären (Art. 3 VO).

3.1.2.6 Art der Leistung

Die Alimentenbevorschussung besteht in sämtlichen Kantonen in der Bevorschussung einer Leistung, die in der Regel von den finanziellen Verhältnissen des obhutsberechtigten Elternteils sowie vom im massgeblichen Rechtstitel (Scheidungsurteil oder Konvention) festgelegten Unterhaltsbeitrag für das unterhaltsberechtignte Kind und eventuell den/die unterhaltsberechtignte/n (Ex)Ehegatten/-in abhängt. Die Bevorschussung wird jeweils monatlich im Voraus als Geldleistung gewährt.

Kantonale Unterschiede sind zu verzeichnen hinsichtlich der Gewährung von Bevorschussungen für die dem Gesuch vorangegangenen Monate. Bei Kantonen, die grundsätzlich rückwirkend Leistungen bevorschussen, unterscheidet sich die Dauer des rückwirkend gewährten Anspruchs. Ausserdem sehen die meisten Kantone eine obere zeitliche Begrenzung der Bevorschussung vor, die in der Regel vom Alter des Kindes abhängt. In Ausnahmefällen ist die Bezugsdauer von Alimentenbevorschussung von der Zahlungsfähigkeit des unterhaltspflichtigen Elternteils abhängig.

In der nachstehenden Tabelle wird die Alimentenbevorschussung dargestellt in Bezug auf die Angebotspalette (Kinderalimente, Erwachsenenalimente), den Anspruch auf rückwirkend fällige Leistungen und die zeitliche Beschränkung der Leistung.

Tabelle 47: Art der Leistung

Kanton	Art der Leistung	Anspruch auf rückwirkend fällige Leistungen	Zeitliche Beschränkung der Leistung
AG	bedarfsabhängige Kinder-alimente	Es können rückwirkend bis zu 3 Monaten vor Einreichung fällig gewordene Unterhaltsbeiträge bevorschusst werden (Art. 31 SHG).	Mündigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes (§ 31 SHG).
AI	bedarfsabhängige Kinder-alimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Mündigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes (Art. 1 VO).
AR	bedarfsabhängige Kinder-alimente	Es können rückwirkend bis zu 1 Monat vor Einreichung des Gesuchs fällig gewordene Unterhaltsbeiträge bevorschusst werden (Art. 3 IBG).	Vollendung des 20. Altersjahres des unterhaltsberechtigten Kindes (Art. 3 IBG).
BE	bedarfsunabhängige Kinder-alimente	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kan-	Mündigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes. Befin-

Kanton	Art der Leistung	Anspruch auf rückwirkend fällige Leistungen	Zeitliche Beschränkung der Leistung
		tonalen Erlassen.	det sich das Kind nach Erreichen der Mündigkeit noch in Ausbildung, besteht der Anspruch auf Bevorschussung solange, bis diese Ausbildung ordentlicherweise abgeschlossen werden kann (Art. 3 GIB). Voraussetzung für eine Mündigenbevorschussung ist, dass das Kind über einen zivilrechtlichen Unterhaltstitel verfügt, der über das Mündigkeitsalter hinaus gültig und vollstreckbar ist.
BL	bedarfsabhängige Kinderalimente	Es können rückwirkend bis zu 1 Monat vor Einreichung des Gesuchs fällig gewordene Unterhaltsbeiträge bevorschusst werden (§ 24 SHG)	Vollendung des 20. Altersjahres (§ 22 SHG).
BS	bedarfsabhängige Kinderalimente	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Mündigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes (§ 47 EGzZGB). Für Unterhaltsbeiträge, die vor dem 1. Januar 1996 bis zur Mündigkeit festgelegt worden sind, können dem bisher obhutsberechtigten Elternteil bis zur Vollendung des 20. Altersjahres des Mündigen weiterhin Vorschüsse gewährt werden, sofern der Mündige dem Elternteil eine entsprechende Vollmacht erteilt (§ 47 EGzZGB).
FR	bedarfsabhängige Kinderalimente bedarfsabhängige Erwachsenenalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
GE	bedarfsunabhängige Kinderalimente bedarfsabhängige Erwachsenenalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
GL	bedarfsabhängige Kinderalimente	Es können rückwirkend bis zu 6 Monate vor Einreichung des Gesuchs fällig gewordene Unterhaltsbeiträge bevorschusst werden (Art. 10 VO)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
GR	bedarfsabhängige Kinderalimente	Es können rückwirkend bis zu 2 Monate vor Einreichung des Gesuchs fällig gewordene Unterhaltsbei-	Vollendung des 25. Altersjahres (Art. 1 VBU). Kein Anspruch besteht, wenn dem Kind zuzumuten

Kanton	Art der Leistung	Anspruch auf rückwirkend fällige Leistungen	Zeitliche Beschränkung der Leistung
		träge bevorschusst werden (Art. 2 VBU)	ist, seinen Unterhalt aus eigenem Erwerb zu bestreiten (Art. 7 VBU).
JU	bedarfsabhängige Kinderalimente bedarfsabhängige Erwachsenenalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Einstellung der Leistung - bei Abschluss der Ausbildung - nach 12 monatlich gewährten Bevorschussungen, sofern der unterhaltspflichtige Elternteil nicht das Sorgerecht des Kindes hat (Art. 20 LAPRA).
LU	bedarfsabhängige Kinderalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Volljährigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes (§ 29 SHV).
NE	bedarfsabhängige Kinderalimente bedarfsabhängige Erwachsenenalimente	Im Prinzip werden keine Unterhaltsbeiträge rückwirkend bevorschusst (Art. 5 ARACE)	Wenn der unterhaltspflichtige Elternteil abwesend oder dauerhaft insolvent ist und das Inkasso der Unterhaltsleistung ausgeschlossen ist, wird die Bevorschussung nach Ablauf von 2 Jahren seit der ersten Bevorschussung eingestellt (Art. 10 LRACE).
NW	bedarfsabhängige Kinderalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
OW	bedarfsabhängige Kinderalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
SG	bedarfsabhängige Kinderalimente	Es können rückwirkend bis zu 3 Monaten vor Einreichung fällig gewordene Unterhaltsbeiträge bevorschusst werden (Art. 2 GIVU).	Vollendung des 25. Altersjahres des unterhaltsberechtigten Kindes (Art. 2 GIVU).
SH	bedarfsabhängige Kinderalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
SO	bedarfsabhängige Kinderalimente	Es können rückwirkend bis zu 3 Monate vor Einreichung des Gesuchs fällig gewordene Unterhaltsbeiträge bevorschusst werden (§ 5 ABG)	Erreichen der Mündigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes. Befindet sich das Kind nach Erreichen der Mündigkeit noch in Ausbildung, so besteht der Anspruch auf Bevorschussung so lange, bis diese Ausbildung ordentlicherweise abgeschlossen werden kann (§ 1 ABG).
SZ	bedarfsabhängige Kinderalimente	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.

Kanton	Art der Leistung	Anspruch auf rückwirkend fällige Leistungen	Zeitliche Beschränkung der Leistung
TG	bedarfsabhängige Kinderalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
TI	bedarfsunabhängige Kinderalimente Falls die Familienzulagen einer unterhaltspflichtigen Person zugesprochen werden, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, können diese bis zum Maximum der Alimentenbevorschussung ebenfalls bevorschusst werden (Art. 4 RAIA)	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
UR	bedarfsabhängige Kinderalimente	Es können rückwirkend bis zu 3 Monaten vor Einreichung fällig gewordene Unterhaltsbeiträge bevorschusst werden (Art. 3 ABG).	Vollendung des 20. Altersjahres des unterhaltsberechtigten Kindes (Art. 2 ABG).
VD	bedarfsabhängige Kinderalimente bedarfsabhängige Erwachsenenalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Kinderalimente: Erreichen der Volljährigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes, finanzielle Unabhängigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes, Beendigung der Ausbildung, Erreichen der gesetzlich festgelegten Frist der Bevorschussung. Zum Zeitpunkt der Gewährung einer Waisenrente aufgrund einer Abwesenheitsdeklaration des Pflichtigen (Art. 23 RPAS). Erwachsenenalimente: Erreichen des AHV-Alters; zum Zeitpunkt an dem die Insolvenz des unterhaltspflichtigen Schuldners aufgezeigt werden konnte (Art. 20d, RPAS), zum Zeitpunkt der Gewährung einer Witwenrente aufgrund einer Abwesenheitsdeklaration des Pflichtigen (Art. 23 RPAS)
VS	bedarfsabhängige Kinderalimente bedarfsabhängige Erwach-	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Im Prinzip Einstellung der Leistungen nach 2-jähriger Gewährung ⁹³ . Wenn der unterhaltspflichtige Elternteil

⁹³ Wenn die Bevorschussung beendet wird, sich die unterhaltsberechtigte Person jedoch in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befindet, leistet die zuständige kantonale Stelle weiterhin eine Bevorschussung, die in der Regel gleich hoch ist, wie die bisher geleisteten Beiträge. Zu diesem Zweck wird das Dossier dem kantonalen Sozialdienst überwiesen.

Kanton	Art der Leistung	Anspruch auf rückwirkend fällige Leistungen	Zeitliche Beschränkung der Leistung
	senenalimente		dauerhaft insolvent ist und das Inkasso der Bevorschussung ausgeschlossen ist, wird keine Leistung gewährt (Art. 6 RRAP).
ZG	bedarfsabhängige Kinderalimente bedarfsabhängige Erwachsenenenalimente	Es können rückwirkend bis zu 2 Monate vor Einreichung des Gesuchs fällig gewordene Unterhaltsbeiträge bevorschusst werden (§ 4 IBG, § 3 VO).	Angaben einzig bezüglich Erwachsenenenalimente: diese wird nur gewährt für Erwachsene, bis deren Kinder das 18. Altersjahr erreicht haben (§ 4 IBG).
ZH	bedarfsabhängige Kinderalimente	Keine rückwirkend gewährten Leistungen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen

Quelle: Inventar 2002

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Alimentenbevorschussung in 19 Kantonen auf die Gewährung von bedarfsabhängig ausgestalteten Kinderalimenten beschränkt (AG, AI, AR, BS, BL, GL, GR, LU, NW, OW, UR, SG, SH, SO, SZ, TG, ZH), drei Kantone bedarfsunabhängige Kinderalimente gewähren (BE, GE, TI) und sieben Kantone (FR, GE, JU, NE, VD, VS, ZG) sowohl Kinderalimente – gewisse bedarfsabhängige, andere bedarfsunabhängige – als auch bedarfsabhängige Erwachsenenenalimente gewähren.

13 Kantone gewähren überhaupt keine Bevorschussungen auf rückwirkende Ansprüche. Demgegenüber bevorschussen zwei Kantone rückwirkende Ansprüche für höchstens einen Monat, zwei weitere für höchstens zwei Monate, vier Kantone für höchstens drei Monate und ein Kanton für höchstens sechs Monate.

Betreffend die zeitliche Beschränkung der möglichen Leistungsgewährung halten sieben Kantone am Erreichen der Volljährigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes fest, wobei zwei darüber hinausgehen, falls die betroffenen Kinder noch keine ausserordentliche Ausbildung abgeschlossen haben. In drei Kantonen endet der Leistungsanspruch mit Erreichen des 20. Altersjahrs⁹⁴ des unterhaltsberechtigten Kindes und in zwei Kantonen bei Erreichen des 25. Altersjahres. Spezielle Regelungen sehen die Kantone Neuenburg, Wallis, Jura und Waadt vor. Diese beschränken nämlich die Anspruchsdauer entweder

⁹⁴ In Basel-Stadt gilt diese Regelung nur für jene Gesuche, die vor der Herabsetzung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre festgelegt wurden.

generell, wie im Kanton Jura, oder machen sie von der Solvenz des/der unterhaltspflichtigen (Ex-)Ehegatten/-gattin abhängig. Ausserdem bewirkt in den Kantonen Jura und Waadt der Abschluss der Ausbildung das Ende des Anspruchs.

Der Leistungsanspruch erlischt natürlich ebenfalls, wenn der Schuldner seiner Pflicht nachkommt oder – in den meisten Kantonen – wenn der Lebensunterhalt des Kindes anderweitig gesichert werden kann⁹⁵. Schliesslich kann das Unterlassen der zumutbaren Mitwirkung bei der Feststellung des anspruchsbegründenden Sachverhalts und bei der Einforderung der Unterhaltsbeiträge zur vollständigen oder teilweisen Verweigerung der Leistung führen⁹⁶.

3.1.2.7 Ermittlung der Leistungshöhe

Wyss/Knupfer (2003) haben vier Modelle zur Berechnung der Alimentenbevorschussung unterschieden, die im Folgenden übernommen werden. Es sind dies:

1. Bevorschussung ohne Bedarfsabhängigkeit (BE, GE⁹⁷, TI)
2. Bevorschussung berechnet via Ansätze der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (AI, AR, NW, OW, SZ, TG, UR)
3. Bevorschussung berechnet via steuerbares Einkommen (GE⁹⁸, GL, LU, NE, SO, VS, ZG, ZH)
4. Bevorschussung berechnet via Lohneinkommen (AG, BS, BL, FR, GR, JU, SH, SG, VD).

In sämtlichen Kantonen ist der gerichtliche oder vertragliche Unterhaltstitel für die Festlegung der Höhe der Bevorschussung massgebend, wobei überall gesetzliche Maximalbeträge existieren. Im Kanton Glarus besteht jedoch die Möglichkeit, dass die zuständigen Stellen die festgelegten Unterhaltsbeiträge angemessen reduzieren, falls die Höhe des vereinbarten Unterhaltsbeitrags zum Zeitpunkt der Festlegung nicht dem finanziellen Leistungsvermögen des

⁹⁵ Dies trifft auch zu, wenn das Kind wirtschaftlich selbständig ist.

⁹⁶ Auf diese Mitwirkungspflicht wird in den Kantonen Zug (siehe § 10 IBG) und Jura ausdrücklich hingewiesen.

⁹⁷ Nur Kinderalimente.

⁹⁸ Nur Erwachsenenalimente.

Beitragsschuldners entsprach. Der Kanton Zug geht wie bereits oben erwähnt sogar soweit, dass bei offenbarem Missverhältnis zwischen geschuldeten Unterhaltsbeiträgen und finanzieller Leistungsfähigkeit der pflichtigen Person auf eine Bevorschussung vollständig verzichtet wird.

In der Folge werden die Systeme der 26 Kantone aufgliedert in die vier Berechnungsmodi und nach den Kriterien Anspruchsgrenze, anrechenbares Einkommen und maximale Beitragshöhe beschrieben.

1. Alimentenbevorschussung ohne Bedarfsabhängigkeit

Die Kantone Bern, Genf⁹⁹ und Tessin legen weder eine finanzielle Anspruchsgrenze fest, noch definieren sie Kriterien in Bezug auf das anrechenbare Einkommen, weil in diesen Kantonen grundsätzlich jedes Kind, dessen unterhaltspflichtiger Elternteil seine Pflicht verletzt, Anspruch auf Alimentenbevorschussung hat.¹⁰⁰

Die Bevorschussung entspricht den rechtsgültig festgelegten Unterhaltsbeiträgen, sofern diese die gesetzlichen Maximalbeiträge nicht überschreiten. Der nachstehenden Tabelle können die gesetzlichen Höchstbeträge pro Kind entnommen werden.

Tabelle 48: Alimentenbevorschussung ohne Bedarfsabhängigkeit

Kanton	max. Beitragshöhe
BE	Maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV (Art. 6 GIB, Art. 13 VIB)
GE	Fr. 637.- pro Monat (Art. 4, RALAPRA)
TE	Fr. 700.- pro Monat (Art. 4 RAIA)

Quelle: Inventar 2002

⁹⁹ Gilt nur für Kinderalimente. Die Erwachsenenalimente, die im Kanton Genf ebenfalls existieren, sind bedarfsabhängig. Siehe Berechnung unter 3. Alimentenbevorschussung berechnet via steuerbares Einkommen.

¹⁰⁰ Aus diesem Grund ist es gängig, in diesen Kantonen von einer nicht bedarfsabhängigen Alimentenbevorschussung zu sprechen. Dem kann entgegengehalten werden, dass die zugunsten des obhutsberechtigten Elternteils gerichtlich festgelegten Kinderunterhaltsbeiträge (die Höhe der Kinderunterhaltsbeiträge ist vom Gericht im Unterschied zu den Erwachsenenalimenten von Amtes wegen zu prüfen) grundsätzlich einem Bedarf entsprechen (Wyss, 1998).

2. Alimentenbevorschussung berechnet via Ansätze der Ergänzungsleistungen

Die Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Thurgau und Uri orientieren sich für die Berechnung der Alimentenbevorschussung an den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Eine Leistung wird dann gewährt, wenn das anrechenbare Einkommen unter einer, auf Basis der Familienkonstellation festgelegten Anspruchsgrenze liegt. Die Beitragshöhe ergibt sich durch Abzug des anrechenbaren Einkommens von der Einkommensgrenze. Der Betrag darf die gesetzlich festgelegte Maximalrente bzw. den im Rechtstitel festgelegten Unterhaltsbetrag nicht überschreiten.

Als Anspruchsgrenze wählen die sieben Kantone den gemäss Gesetzgebung zu den Ergänzungsleistungen festgelegten Lebensbedarf. Auch in Bezug auf das anrechenbare Einkommen gelten die Bestimmungen der Ergänzungsleistungen als generelle Referenz.

Tabelle 49: Alimentenbevorschussung berechnet via Ergänzungsleistungen

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
AI	Einkommensgrenze gemäss der Gesetzgebung über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV ¹⁰¹	Gemäss Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.	Maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV ¹⁰²
AR		Gemäss Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	
NW		<ul style="list-style-type: none"> - Netto Erwerbseinkommen - spezifische Mietzinsregelung - weitere Einkommensbestandteile gemäss Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. <p>Erwerbstätige Kinder oder andere erwerbstätige Personen, die im gleichen Haushalt wie die gesuchstellende Person leben, haben die von ihnen verursachten Kosten und beanspruchten Dienstleistungen, insbesondere für die Haushaltsführung, abzugelten (§ 27 SHV)</p>	

¹⁰¹ Im Gesetz wird kein Betrag erwähnt, da sich die Einkommensgrenze gemäss Gesetzgebung über die Ergänzungsleistungen aus den jeweils geltenden Pauschalen für den Lebensbedarf des Haushaltes zusammensetzen. Diese werden regelmässig der Teuerung angepasst und variieren je nach Haushaltszusammensetzung.

¹⁰² Im Jahr 2002 entsprach die maximale einfache Waisenrente Fr. 824.- pro Monat. In den entsprechenden Gesetzen werden jedoch keine Frankenbeträge angegeben, weil die Renten regelmässig der Teuerung angepasst werden.

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	max. Beitragshöhe
OW		Gemäss Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	
SZ		Gemäss Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	
TG		Gemäss Ergänzungsleistungen zur AHV/IV Die finanziellen Verhältnisse des in Wohngemeinschaft lebenden Lebenspartners des/der Inhaber/in der elterlichen Gewalt werden ebenfalls berücksichtigt.	
UR		Gemäss Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	

Quelle: Inventar 2002

Einige Kantone weisen bei der Definition des anrechenbaren Einkommens explizit auf den Einbezug der Einkommen des mit dem obhutsberechtigten Elternteil zusammenwohnenden Lebenspartners oder der Stiefeltern hin. Das ZGB regelt, dass die finanziellen Verhältnisse eines Stiefelternteils aufgrund seiner Unterhaltspflicht gemäss Art. 278 ZGB zu berücksichtigen sind. Bezüglich der Unterhaltspflicht des im gleichen Haushalt wohnenden Lebenspartners wird in diesem Gesetzestext jedoch keine Aussage gemacht.

Der Kanton Nidwalden weicht in Bezug auf die anrechenbaren Einkommen am stärksten von der Regelung zu den Ergänzungsleistungen ab, da er prinzipiell das gesamte Erwerbseinkommen und nicht nur 2/3 davon, wie dies im Bundesgesetz vorgesehen ist, anrechnet. Überdies gilt in diesem Kanton eine spezifische Mietzins- und Haushaltsgeldregelung.

Die im Inventar verwendeten Erlasse der Kantone Uri, Schwyz und Obwalden weisen darauf hin, dass bei einer notwendigen Fremdplatzierung des Kindes, infolge der daraus entstehenden Kosten, ein angemessener Zuschlag auf die Bevorschussung gewährt werden kann. Im Kanton Appenzell Innerrhoden werden die Unterhaltsbeträge für Kinder in einer Anstalt, einem Heim oder in einer Pflegefamilie nur bis zur Deckung des Kostgeldes einschliesslich Nebenauslagen bevorschusst.

3. Alimentenbevorschussung berechnet via steuerbares Einkommen

Die Kantone Genf¹⁰³, Glarus, Luzern, Neuenburg, Solothurn, Wallis, Zug und Zürich orientieren sich bei der Festlegung der Höhe der Alimentenbevorschussung am steuerbaren Einkommen. Als wesentliches Kriterium für die Bestimmung des Anspruchs gilt, ob das steuerbare Einkommen unter einer bestimmten Anspruchsgrenze liegt. Je nach Kanton existieren absolute Anspruchsgrenzen, deren Unterschreitung die Bevorschussung – in der Höhe des festgelegten Unterhaltsbeitrags unter Vorbehalt eines Maximalbetrags – unabhängig vom Differenzbetrag bis zur Anspruchsgrenze auslöst. In anderen Kantonen ist die Differenz zur Anspruchsgrenze für die effektive Höhe der Bevorschussung massgebend. In diesem Fall handelt es sich um ein Differenzbetragsmodell, das ähnlich funktioniert wie die Berechnung via Ergänzungsleistungen.

Im Unterschied zur Berechnung via Ergänzungsleistungen, die sich an der entsprechenden Bundesgesetzgebung orientiert, wird die Anspruchsgrenze im Fall der Berechnung via steuerbares Einkommen in jedem Kanton anders definiert. Neben der Einkommensgrenze kommt in diesem Berechnungsmodus auch dem steuerbaren Vermögen eine wichtige Rolle in Bezug auf die Festlegung des Anspruchs zu.

Tabelle 50: Berechnung der Alimentenbevorschussung via steuerbares Einkommen

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
GE ¹⁰⁴	Einkommen: Max. Fr. 33'062.- plus Fr. 3'061.- Kinderzuschlag pro Kind Vermögen: Max. Fr. 50'205.- (Art. 5, RALAPRA)	Nettoeinkommen und Vermögen gemäss Steuergesetzgebung. Der Betrag der Bevorschussung wird bis zur gesetzlichen Maximalgrenze veranlagt. (Art. 5 RALAPRA)	Fr. 833.- je Erwachsene/-r und Monat (Art. 5 RALAPRA)
GL ¹⁰⁵	Einkommen¹⁰⁶: - alleinstehender obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 41'500.- plus Fr. 3'500.- Kinderzuschlag pro Kind unter Einschluss der Einkünfte des	Steuerbares Einkommen und Vermögen des obhutsberechtigten Elternteils sowie des beistandspflichtigen Stiefelternteils oder des Konkubinatspartners gemäss letz-	Maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV (Art. 11 VO)

¹⁰³ In diesem Kanton orientiert sich einzig die Berechnung der Erwachsenenalimente am steuerbaren Einkommen, da die Kinderalimente bedarfsunabhängig gewährt werden.

¹⁰⁴ Nur Frauenalimente, siehe Tabelle 489 betreffend Kinderalimente.

¹⁰⁵ Liegen beim Anspruchsberechtigten oder dessen gesetzlichem Vertreter drückende Verhältnisse wie zum Beispiel hohe Ausbildungs- oder Krankheitskosten vor, so kann der Kantonale Sozialdienst von den Bestimmungen abweichende Verfügungen treffen (Art. 15 VO).

¹⁰⁶ Die Fürsorgedirektion kann im Rahmen der Teuerung die Grenzwerte von Einkommen und Vermögen anpassen (Art. 14 VO).

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
	<p>Kindes.</p> <p>- verheirateter oder in eheähnlichen Verhältnissen lebender obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 51'500.- plus Fr. 3'500.- Kinderzuschlag pro Kind unter Einschluss der Einkünfte des Kindes und des Stiefelternteils oder des Konkubinatspartners.</p> <p>Vermögen:</p> <p>- alleinstehender, verheirateter oder in eheähnlichen Verhältnissen lebender obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 120'000.- unter Einschluss der finanziellen Mittel des Kindes und des Stiefelternteils oder des Konkubinatspartners. Der Wert des selbstbewohnten Teils der Wohnliegenschaft wird in der Regel nicht angerechnet (Art. 14 VO).</p>	<p>ter Steuererklärung.</p> <p>Anrechnung eines Drittels des Erwerbseinkommens des unterhaltsberechtigten Kindes (Art. 11 VO).</p>	
LU	<p>Einkommen:</p> <p>- Elternteil, in dessen Haushalt das unterhaltsberechtigte Kind lebt: max. Fr. 33'000.- plus Fr. 10'000.- Kinderzuschlag pro Kind.</p> <p>- Stiefelternteil, in dessen Haushalt das unterhaltsberechtigte Kind lebt: max. Fr. 55'000.- plus Fr. 10'000.- Kinderzuschlag pro Kind.</p> <p>Vermögen:</p> <p>- Elternteil, in dessen Haushalt das unterhaltsberechtigte Kind lebt: max. Fr. 33'000.-</p> <p>- Stiefelternteil, in dessen Haushalt das unterhaltsberechtigte Kind lebt: max. Fr. 55'000.- (§ 25, 26 SHV).</p>	<p>Reineinkommen und Reinvermögen des obhutsberechtigten Elternteils sowie des in gemeinsamem Haushalt lebenden Stiefelternteils gemäss letzter Steuerveranlagung.</p> <p>Weichen die tatsächlichen Verhältnisse bei der Einreichung des Gesuchs oder während der Bevorschussung um mehr als 15% vom massgebenden Reineinkommen ab, werden die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt (§ 25 SHV).</p>	<p>Maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV (§ 47 SHG)</p>
NE	<p>Einkommen:</p> <p>- alleinstehender Elternteil: max. Fr. 29'400.- plus Fr. 7'200.- Kinderzuschlag pro Kind</p> <p>- mit einer anderen Person zusammenlebender Elternteil : max. Fr. 43'700.- plus Fr. 7'200.- Kinderzuschlag pro</p>	<p>Steuerbares Einkommen des obhutsberechtigten Elternteils und einer eventuellen weiteren im selben Haushalt lebenden Person unter Abzug sämtlicher Renten aus Sozialversicherungen und der bezahlten oder erhaltenen Alimente oder der Bevorschus-</p>	<p>Kind und (Ex-)Ehegatte: je max. Fr. 400.- pro Monat</p> <p>Bei vorsorglichen Massnahmen: maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV/IV (Art. 7, ARACE).</p>

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
	<p>Kind</p> <p>Vermögen :</p> <ul style="list-style-type: none"> - alleinstehender Elternteil: max. Fr. 50'000.-. - mit einer anderen Person zusammenlebender Elternteil. Max. Fr. 80'000.- <p>Die angegebenen Steuer- grenzwerte werden jeweils verdoppelt, wenn es sich beim Vermögen um selbst- bewohntes Wohneigentum handelt oder um selbst un- terhaltene kommerzielle Gü- ter, die eine Einkommens- quelle darstellen (Art. 6, ARA- CE).</p>	<p>sung.</p> <p>Bei einer anhaltenden Ver- schlechterung der finanziel- len Situation seit der als Refe- renz dienenden Veranla- gung, kann eine Einschät- zung der aktuellen Situation verlangt werden (Art. 6 ARA- CE).</p>	
SO	<p>Einkommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - anspruchsberechtigtes Kind: max. Fr. 12'000.- - Allein- oder Familienein- kommen des Elternteils, bei dem das Kind lebt, nach Ab- zug der bevorschussten Ali- mente: max. Fr. 40'000.- <p>Vermögen:</p> <p>Vorhandensein von Vermö- gen beim Kind, beim Elternteil oder der Familie bewirkt, dass keine Bevorschussung geleis- tet wird (§ 6 ABG, § 2 VO).</p>	<p>Steuerbares Einkommen und steuerbares Vermögen des Kindes und des obhutsbe- rechtigten Elternteils. Wenn der obhutsberechtigte Eltern- teil wieder verheiratet ist, werden Einkommen und Vermögen der Familie be- rücksichtigt (§ 2 VO).</p>	<p>Durchschnitt der minimalen und maximalen einfachen Waisenrente gemäss Bun- desgesetz über die AHV (§ 3 VO)</p>
VS	<p>Einkommen</p> <ul style="list-style-type: none"> - alleinstehende Person: max. Fr. 20'000 plus Fr. 4'000.- Kin- derzuschlag pro Kind - Gesuchsteller/in, die mit einer anderen Person ge- meinsam in einem Haushalt lebt: kumuliert mit dem Ein- kommen der anderen Haus- haltsmitglieder: max. Fr. 25'000.- plus Fr. 4'000.- Kinder- zuschlag pro Kind. <p>Vermögen:</p> <p>max. Fr. 40'000.-¹⁰⁷ (art. 4, RRPA).</p>	<p>Steuerbares Einkommen des/der Gesuchsteller/-in und der Personen, mit denen der/die Gesuchsteller/-in den Haushalt teilt (art. 4, RRPA).</p>	<p>Fr. 350.- je Kind und Monat Fr. 300.- je Erwachsene/-r und Monat (Art. 7, RRPA)¹⁰⁸.</p>

¹⁰⁷ Die gesetzlich festgelegten Einkommens- und Vermögensgrenzen werden regelmässig an den Kon- sumumentenpreisindex angepasst.

¹⁰⁸ Die gesetzlich festgelegten Maximalbeträge der Bevorschussung werden regelmässig an den Kon- sumumentenpreisindex angepasst.

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
ZG ¹⁰⁹	Einkommen und/oder Vermögen: - unverheirateter oder in getrennter Ehe lebender obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 44'250.- - in ungetrennter Ehe lebender obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 53'090.- (§ 6 IBG)	Tatsächliche finanzielle Verhältnisse (§ 5 VO). Die finanziellen Mittel der Kinder und des Stiefelternteils werden ebenfalls berücksichtigt.	Für das erste und das zweite Kind: je Fr. 1'108.- pro Monat. Für das dritte und das vierte Kind: je Fr. 739.- pro Monat. Für das fünfte und jedes weitere Kind: je Fr. 370.- pro Monat. Für Erwachsene mit Kindern im Alter von weniger als 18 Jahren: je Fr. 1'481.- pro Monat (§ 4 IBG) ¹¹⁰ .
ZH ¹¹¹	Einkommen - unterhaltsberechtigtes Kind: max. Fr. 12'480.- - alleinstehender obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 41'600.- plus Fr. 3'900.- Kinderzuschlag pro Kind - verheirateter obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 54'600.- plus Fr. 3'900.- Kinderzuschlag pro Kind Vermögen: - alleinstehender obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 130'000.- - verheirateter obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 156'000.- (§ 29 VO)	- anrechenbares Einkommen des Kindes: alle Einkünfte (z.B. Erwerbseinkommen, Leistungen von privaten oder öffentlich-rechtlichen Versicherungen und Ergänzungsleistungen, etc.) Nicht zu berücksichtigen sind öffentliche Fürsorgeleistungen, freiwillige Zuwendungen Dritter und Stipendien (Art. 31 VO). - anrechenbares Einkommen des obhutsberechtigten alleinstehenden Elternteils: gemäss den Grundsätzen des Steuerrechts errechnetes Reineinkommen ohne Kinderunterhaltsbeiträge, Kinderunterhaltersatzrenten, Bevorschussungen und Kinderzulagen (Art. 31 VO). Von dem Fr. 39'000.- übersteigenden gesamten Familienvermögen wird 1/15 dem anrechenbaren Einkommen zugerechnet (§ 32 VO) - anrechenbares Einkommen des obhutsberechtigten verheirateten Elternteils oder Stiefelternteils: gemäss den Grundsätzen des Steuerrechts errechnetes Reineinkommen ohne Kinderunterhaltsbeiträge	Fr. 650.- je Kind und Monat (§ 26 VO)

¹⁰⁹ Liegen ausserordentliche wirtschaftliche Verhältnisse vor, wie besonders hoher Mietzins, besonders hohe Ausbildungskosten oder erhebliche krankheitsbedingte Mehrauslagen, können die Bevorschussungsmaxima und die Einkommensgrenzen angemessen heraufgesetzt werden. Die Vermögensgrenze kann angemessen heraufgesetzt werden, wenn das Vermögen nicht verfügbar ist, namentlich weil es aus einer selbstbewohnten Liegenschaft besteht oder in ein Gewerbe eingebracht worden ist, mit dem der Lebensunterhalt bestritten wird (§ 7 IBG).

¹¹⁰ Der Regierungsrat kann die Höchstbeträge für die Bevorschussung periodisch der Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Er stützt sich dabei in der Regel auf den Rentenindex gemäss Bundesgesetz über die AHV/IV.

¹¹¹ Die Bevorschussung kann von den Bestimmungen abweichen, wenn ausserordentliche finanzielle Verhältnisse (z.B. hoher Mietzins, Ausbildungs- oder Krankheitskosten, illiquide Vermögenswerte usw.) zu berücksichtigen sind oder die Unterhaltspflicht über das Vollstreckungsalter hinausgeht (§ 28 VO).

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
		<p>ge, Kinderunterhaltersatzrenten, Bevorschussungen und Kinderzulagen (Art. 31 VO). Von dem Fr. 52'000.- übersteigenden gesamten Familienvermögen wird 1/15 dem anrechenbaren Einkommen zugerechnet (§ 32 VO).</p> <p>- anrechenbares Vermögen: gemäss den Grundsätzen des Steuerrechts errechnetes Reinvermögen des obhutsberechtigten Elternteils oder nach diesen Grundsätzen errechnetes Reinvermögen des Stiefelternteils. Vermögenswerte aus der gebundenen Selbstvorsorge werden als Vermögen angerechnet, wenn eine berufliche Vorsorge vorhanden ist (§ 32 VO).</p>	

Quelle: Inventar 2002

Die anrechenbaren Einkommen umfassen sämtliche Einkommen der Personen, die einen gemeinsamen Haushalt bilden, wobei je nach Kanton ein hoher Differenzierungsgrad bezüglich der Anrechnung der Einkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder zu beobachten ist.

Dieser Berechnungsmodus erschwert die Vergleichbarkeit der Anspruchskriterien zwischen den Kantonen stark. Da die Grösse des steuerbaren Einkommens und Vermögens in jedem Kanton anders festgelegt wird, können die jeweiligen absoluten Frankenbeträge nicht miteinander verglichen werden. Überdies kann nicht nachvollzogen werden, wie die jeweiligen Frankenbeträge zustande gekommen sind. Schliesslich unterscheiden sich bei diesem Berechnungsmodus auch die maximalen Bevorschussungen beträchtlich zwischen den Kantonen. Besonders niedrig sind die Beträge der Westschweizer Kantone, mit Ausnahme von Genf, während die maximalen Leistungen des Kantons Zug vergleichsweise hoch sind.

Die Kantone Glarus und Solothurn sehen für Kinder in Anstalten, Heimen oder Pflegefamilien spezifische Regelungen vor und zwar erfolgt die Bevorschussung dann nur bis zur Deckung des Kostgeldes einschliesslich der erforderlichen Nebenauslagen.

4. Alimentenbevorschussung berechnet via Lohneinkommen

Die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Freiburg, Graubünden, Jura, St. Gallen, Schaffhausen und Waadt berechnen die Alimentenbevorschussung auf der Basis des Lohneinkommens. Beim Lohneinkommen gehen die einen Kantone vom Bruttoeinkommen, die anderen vom Nettoeinkommen aus. Von dieser als Referenzeinkommen geltenden Grösse können in sämtlichen Kantonen gewisse Abzüge getätigt werden für Sozialversicherungsbeiträge und seltener für Krippenkosten. Liegt das via Lohneinkommen errechnete anrechenbare Einkommen unter der in bestimmter Weise festgelegten Anspruchsgrenze, entsteht ein Anspruch auf Bevorschussung in der Höhe des festgelegten Unterhaltsbeitrags bis zur maximalen, gesetzlich festgelegten Beitragshöhe. Wie beim Berechnungsmodus via steuerbares Einkommen, kann das Unterschreiten der Anspruchsgrenze in gewissen Kantonen ohne weiteres eine Bevorschussung auslösen, die dem maximal möglichen, respektive dem geschuldeten Unterhaltsbeitrag entspricht. In anderen Kantonen wird die Differenz des anrechenbaren Einkommens zur Anspruchsgrenze berechnet, woraus der zu bevorschussende Betrag resultiert.

Tabelle 51: Berechnung der Alimentenbevorschussung via Lohneinkommen

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
AG	Einkommen¹¹²: - unterhaltsberechtigtes Kind: max. Fr. 13'900.- - alleinstehender, nicht alimentenpflichtiger Elternteil: max. Fr. 39'100.- plus Fr. 4'100.- Kinderzuschlag pro Kind - verheirateter nicht alimentenpflichtiger Elternteil inkl. Stiefelternteil: max. Fr. 49'200.- plus Fr. 4'100.- Kinderzuschlag pro Kind Vermögen - alleinstehender, nicht alimentenpflichtiger Elternteil: max. Fr. 43'200.- plus Fr. 8'900.- pro Kind - verheirateter nicht alimentenpflichtiger Elternteil inkl.	Bruttoeinkommen des obhutsberechtigten Elternteils abzüglich persönliche Beiträge an obligatorische Krankenversicherung und an Altersvorsorge sowie Vermögen (§ 36 SHV). Einkommen und Vermögen des Stiefelternteils werden ebenfalls berücksichtigt (§ 36 SHV).	Maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV/IV.

¹¹² Besondere konkrete Umstände können abweichende Grenzbeträge rechtfertigen (§ 36 SHV).

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
	Stiefelternteil: max. Fr. 43'200.- plus Fr. 8'900.- pro Kind (§ 36 SHV).		
BL	<p>Einkommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterhaltsberechtigtes Kind: Einkünfte und Bevorschussung max. Fr. 1'040.- pro Monat - nicht unterhaltspflichtiger, in ungetrennter Ehe lebender Elternteil: max. 78'000.- pro Jahr - alleinstehender Elternteil: max. Fr. 52'000.- pro Jahr <p>Vermögen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterhaltspflichtiges Kind: max. Fr. 20'000.-. - nicht unterhaltspflichtiger, in ungetrennter Ehe lebender Elternteil: max. Fr. 75'000.-. - alleinstehender Elternteil: max. Fr. 50'000.- (§ 3, 4 BIV). 	<p>Bruttoeinkommen nach Abzug der AHV-, ALV-, Pensionskassen, NBU-Beiträge, Kinderzulagen sowie nach Abzug von Fr. 3'600.- pro Kind</p> <p>Im Falle einer Ehe wird die Beistandspflicht des Ehegatten gegenüber dem nicht-unterhaltspflichtigen Ehegatten für dessen voreheliche Kinder berücksichtigt. Im Falle einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft wird ein angemessenes Entgelt an den nicht unterhaltspflichtigen Elternteil für dessen Haushalts- und Betreuungsarbeit von Fr. 200.- bis 900.- für die Haushaltsarbeit bzw. um Fr. 700.- bis 800.- für die Betreuungsarbeit berücksichtigt (§ 4 BIV).</p> <p>Vermögen: Nicht-realisiertes Vermögen des Kindes wird nicht angerechnet (§ 3 BIV).</p>	Maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV/IV.
BS	<p>Einkommen</p> <ul style="list-style-type: none"> - unmündiges Kind: max. Fr. 10'800.- pro Jahr - obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 30'000.- pro Jahr plus Fr. 5'000.- Kinderzuschlag pro Kind. Einkommen von Kindern gilt bis zum Betrag von Fr. 5'000.- als solches des obhutsberechtigten Elternteils. <p>Vermögen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unmündiges Kind: max. Fr. 20'000.- - obhutsberechtigter Elternteil: max. Fr. 50'000.-. - Stiefelternteil: max Fr. 	<p>Bruttoeinkommen abzüglich AHV- und ALV-Prämien sowie alle weiteren Einkünfte mit Ausnahme des Vermögensertrags.</p> <p>Das Einkommen des Stiefelternteils wird zu 2/3 berücksichtigt abzüglich Fr. 5'000.- pro Jahr für jedes leibliche Kind, für welches er zur Hauptsache aufkommt (§ 5 VO).</p> <p>Vermögen: 1/3 des Vermögens des Unmündigen, des obhutsberechtigten Elternteils sowie eines allfälligen Stiefelternteils wird dem Einkommen zugerechnet.</p>	Maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV/IV.

¹¹³ Die Einkommens- und Vermögensgrenzen werden von der Vormundschaftsbehörde auf Anfang jeden Jahres der Entwicklung der Konsumentenpreise gemäss Index angepasst, sofern die Indexveränderung seit der letzten Anpassung mindestens 10% beträgt. Massgebend ist der Oktoberindex des Vorjahres (§ 5 VO).

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
	10'000.- (§ 5 VO) ¹¹³ .		
FR	Wird von der Gesundheits- und Sozialdirektion des Kantons festgelegt (Art. 4, Arr.).	Gesundheits- und Sozialdirektion des Kantons definieren die Bestandteile des anrechenbaren Einkommens und Vermögens. Lebt der obhutsberechtigte Elternteil mit einer anderen Person zusammen, wird in seinem Einkommen ein Beitrag für die Haushaltsarbeit berücksichtigt. Ist der obhutsberechtigte Elternteil wieder verheiratet, werden Einkommen und Vermögen des Ehegatten angerechnet (Art. 4, Arr.).	Kind: Fr. 400.- pro Monat (Ex)Ehegatte: Fr. 250.- pro Monat (Art. 5, Arr.).
GR	<p>Einkommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - nicht verpflichteter allein-stehender Elternteil: max. Fr. 41'152.- pro Jahr plus Fr. 6'867.- Kinderzuschlag pro Kind. - nicht verpflichteter verheirateter oder in eheähnlichem Verhältnis lebender Elternteil, unter Einschluss des Einkommens des Partners: max. Fr. 54'887.- pro Jahr plus Fr. 6'867.- Kinderzuschlag pro Kind. <p>Die Einkommensgrenze erhöht sich um die effektiv geleisteten Unterhaltszahlungen für Kinder, die sich nicht in der Obhut des nichtverpflichteten Elternteils oder seines Partners befinden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Halbwaisenkind: max. Fr. 13'735.- <p>Vermögen: Fr. 68'622.- (Art. 4 VBU)¹¹⁴.</p>	<p>Nettoeinkommen: sämtliche einmaligen und wiederkehrenden Einkünfte (Ausnahme: Mietwert der selbstbewohnten Liegenschaft), inkl. bevorschusste Unterhaltsbeiträge, abzüglich der Aufwendungen, die mit der Einkommenserzielung in einem direkten Zusammenhang stehen (Gewinnungskosten, Kinderbetreuungskosten, Berufsauslagen im Rahmen des Steuerrechts, etc.) sowie die gemäss kantonalem Steuerrecht abzugsfähigen Leistungen an Sozialversicherungen. Einkommen und Vermögen des Kindes werden demjenigen des nichtverpflichteten Elternteils zugerechnet.</p> <p>Vermögen: - gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden. Der Teil des Vermögens, der den Freibetrag von Fr. 68'622.- übersteigt, wird zu einem Zehntel dem Einkommen zugerechnet (Art. 4, 5 VBU).</p>	Fr. 686.- je Kind und Monat (Art. 3 VBU).
JU	<p>Einkommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kind: Fr. max. Fr. 2'226.- pro Monat 	Nettoeinkommen : sämtliche Einkommen in Form von Geldleistung oder Natu-	Kinder: Für die zwei ersten Kinder: Fr. 738.- je Kind

¹¹⁴ Die Einkommens- und Vermögensgrenzen werden von der Regierung alle 2 Jahre auf Jahresbeginn der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst (Art. 6 VBU).

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
	<p>- alleinstehender Elternteil: max. Fr. 2'908.- pro Monat plus Fr. 738.- Kinderzuschlag pro Kind für die beiden ersten Kinder, plus je Fr. 492.- für das dritte und vierte Kind, plus Fr. 246.- ab dem fünften Kind.</p> <p>- verheirateter Elternteil: wie alleinstehender Elternteil, plus Fr. 700.-.</p> <p>Vermögen: Kind: Fr. 10'000.- Obhutsberechtigter Elternteil: Fr. 30'000.- Falls es sich um nicht realisierbares Vermögen handelt, kann von dieser Vermögensgrenze abgewichen werden (Art. 1, 3, 4, 5, 6 OARPA)¹¹⁵.</p>	<p>ralien aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit nach Abzug der AHV, IV, ALV, EO-Abzüge sowie der beruflichen Vorsorge (mit Ausnahme allfälliger Einkäufe), NBU, Kinderbetreuungskosten während der Arbeitszeit des Elternteils bis max. Fr. 2'000.- pro Jahr für jedes unter 15-jährige Kind; Familienzulagen, steuerlicher Gewinn von mobilem und immobilem Vermögen, Lebensversicherungen und analoge periodische Einkommen; sämtliche Einkommen der beruflichen oder (Alters)Vorsorge inkl. Ergänzungsleistungen zur AHV/IV; andere, in Art. 22 des Steuergesetzes definierte Einkommen mit Ausnahme der Bevorschussung, Gewinn aus Immobilien (art. 2, OARPA).</p> <p>Kindseinkommen: über Fr. 300.- pro Monat übersteigendes Einkommen, wird dem Einkommen des obhutsberechtigten Elternteils hinzuge-rechnet.</p> <p>Vermögen: Steuerbares Vermögen. Falls der obhutsberechtigte Eltern-teil wieder verheiratet ist, wird das Vermögen des Paares angerechnet. Bei mündigen Kindern, die bei einem Elternteil leben, wird deren Vermögen zu-sammen mit dem Kindsver-mögen angerechnet.</p>	<p>Für das dritte und vierte Kind: Fr. 492.- je Kind Ab dem fünften Kind: Fr. 246.- je Kind.</p> <p>(Ex)Ehegatte: Fr. 704.- (Art 8, 10 OARPA).</p>
SG	<p>Einkommen: - alleinstehender obhutsbe-rechtigter Elternteil: max. doppelter Betrag des für Al-leinstehende massgebenden allgemeinen Lebensbedarfs für ordentliche Ergänzungs-leistungen, erhöht um 1/20, plus ¼ dieses Betrags für das erste Kind, 1/5 für das zweite Kind und 1/6 für jedes weitere Kind.</p>	<p>Nettoeinkommen des ob-hutsberechtigten Elternteils, des Konkubinatspartners und des Stiefelternteils bestehend aus: Nettoerwerbseinkommen, Kinder- und Familienzulagen, Unterhaltsbeiträge, Kapitaler-träge, Sozialversicherungsren-ten, Erwerbsersatzleistungen, 1/15 des Fr. 30'000.- überstei-genden Reinvermögens.</p>	<p>Maximale einfache Waisen-rente gemäss Bundesgesetz über die AHV/IV.</p>

¹¹⁵ Die Regierung passt die Einkommens- und Vermögensgrenzen höchstens einmal jährlich per 1. Januar an. Die Anpassung erfolgt bei einer Veränderung um mindestens 5% des Konsumentenpreisindex (Art. 23 LAPRA).

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
	<p>- verheirateter oder im Konkubinats lebender obhutsberechtigter Elternteil: max. doppelter Betrag des für Ehepaare massgebenden allgemeinen Lebensbedarfs für ordentliche Ergänzungsleistung, erhöht um 1/20, plus für das erste Kind, ¼ des doppelten Betrags des für Alleinstehende massgebenden allgemeinen Lebensbedarfs für ordentliche Ergänzungsleistungen, plus 1/5 dieses Betrags für das zweite Kind und plus 1/6 dieses Betrags für jedes weitere Kind (Art. 4ter GIVU)</p>	<p>Der Betrag wird herabgesetzt um:</p> <p>die Kosten aus einer notwendigen Betreuung des anspruchsberechtigten Kindes durch Dritte, die ungedeckten Kosten aus Krankheit und für medizinische Hilfsmittel, die Schuldzinsen, angenommen Hypothekarzinsen, die um die Stipendien verminderten Aus- und Weiterbildungskosten des obhutsberechtigten Elternteils, des Konkubinatspartners oder des Stiefelternteils, die Unterhaltsbeiträge, die obhutsberechtigter Elternteil, Konkubinatspartner und Stiefelternteil leisten müssen (Art. 4bis GIVU).</p>	
SH	<p>Einkommen¹¹⁶:</p> <p>- Kind: max. Fr. 15'000.-</p> <p>- nicht verpflichteter alleinstehender Elternteil: max. Fr. 38'750.- plus Fr. 5'750.- Kinderzuschlag pro Kind</p> <p>- nicht verpflichteter verheirateter Elternteil: max. Fr. 53'100.- inkl. Einkommen des Partners plus Fr. 5'750.- Kinderzuschlag pro Kind</p> <p>- nicht verpflichteter in Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft lebender Elternteil: max. Fr. 24'500.- plus Fr. 5'750.- Kinderzuschlag pro Kind</p> <p>Vermögen:</p> <p>- Kind: max. Fr. 20'000.-</p> <p>- nicht verpflichteter alleinstehender Elternteil: max. Fr. 40'000.- zuzüglich Fr. 10'000.- für jedes von ihm unterhaltene Kind.</p> <p>- nicht verpflichteter verheirateter Elternteil: max. Fr. 90'000.- inklusive Vermögen</p>	<p>Bruttoeinkommen zusammengesetzt aus: Erwerbseinkommen vor Abzug der Beiträge an die obligatorischen Sozialversicherungen, Kinderzulagen, Leistungen von privaten oder öffentlichen Versicherungen, Ergänzungsleistungen, Vermögenserträge soweit erhältliche familienrechtliche Unterhaltsbeiträge ohne Kindesunterhaltsbeiträge, um deren Bevorschussung nachgesucht wird. Nicht zu berücksichtigen sind öffentliche Sozialhilfeleistungen, freiwillige Zuwendungen Dritter und Stipendien (§ 6 VO).</p> <p>Vermögen:</p> <p>- nicht verpflichteter alleinstehender Elternteil: von dem Fr. 20'000.-übersteigenden Reinvermögen wird 1/15 dem Einkommen zugerechnet.</p> <p>- nicht verpflichteter verheirateter Elternteil: von dem Fr. 40'000.- übersteigenden Reinvermögen wird 1/15 dem Einkommen zugerechnet.</p>	<p>Maximale einfache Waisenrente gemäss Bundesgesetz über die AHV/IV.</p>

¹¹⁶ Die Einkommens- und Vermögensgrenzen gelten für den Stand des Landesindex der Konsumentenpreise von 103.8 Punkten (Basis Mai 1993). Sie verändern sich per 1. Januar des folgenden Jahres aufgrund der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise des laufenden Jahres, sofern diese mindestens 1% beträgt. Grundlage für die Berechnung bildet der November-Index des laufenden Jahres (§ 6 VO).

Kanton	Anspruchsgrenze	Anrechenbares Einkommen	Max. Beitragshöhe
	<p>des Partners plus Fr. 10'000.-- für jedes von ihm oder dem Partner unterhaltene Kind.</p> <p>- nicht verpflichteter in Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft lebender Elternteil: max. Fr. 40'000.- zuzüglich Fr. 10'000.- für jedes von ihm unterhaltene Kind. Von dem Fr. 20'000.- übersteigenden Vermögen wird 1/15 dem Einkommen zugerechnet. (§ 6 VO)</p>	- nicht verpflichteter in Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft lebender Elternteil: von dem 20'000.-übersteigenden Reinvermögen wird 1/15 dem Einkommen zugerechnet (§ 6 VO).	
VD	<p>Einkommen:</p> <p>- alleinstehende/-r Erwachsene/-r : max. Fr. 2'825.- pro Monat</p> <p>- alleinstehender Elternteil und 1 Kind : max. Fr. 3'965.- pro Monat</p> <p>- alleinstehender Elternteil und 2 Kinder : max. Fr. 4'530.- pro Monat</p> <p>- alleinstehender Elternteil und 3 Kinder: max. Fr. 4'757.- pro Monat (plus Fr. 227.- je Kind ab dem 4. Kind)</p> <p>- verheiratete Eltern und 1 Kind oder Konkubinatspaar mit gemeinsamem Kind: max. Fr. 4'640.- pro Monat</p> <p>- verheiratete Eltern und 2 Kinder oder Konkubinatspaar mit gemeinsamen Kindern: max. Fr. 5'210.- pro Monat (plus Fr. 227.- je Kind ab dem 3. Kind)</p> <p>Vermögen Max. Fr. 13'000.- Diese Grenze wird erhöht um Fr. 7'000.- pro Kind und Fr. 10'000.- für den Ehegatten. (art. 20a, 20b, RPAS)</p>	<p>Nettoeinkommen bestehend aus sämtlichen Einkommen wie Familienzulagen, Versicherungsleistungen, Renten, Unterhaltsbeiträge, Vermögensertrag, etc.</p> <p>Einkommen von mündigen oder unmündigen Kindern, die mit dem nicht verpflichteten Elternteil zusammenleben, wird nur ab Fr. 500.- angerechnet.</p> <p>Falls die nicht verpflichtete Person mit einer dritten Person oder mit einem mündigen, finanziell unabhängigen Kind zusammenlebt, wird seinem Einkommen ein Betrag hinzugerechnet, der der Hälfte der fixen Haushaltskosten entspricht. Dieser Betrag ist abhängig von der Anzahl Personen im Haushalt. (art. 20c RPAS)</p>	<p>(Ex-)Ehegatte/-in : Fr. 345.- pro Monat</p> <p>(Ex-)Ehegatte/-in und 1 Kind: Fr. 1'015.-</p> <p>(Ex-)Ehegatte/-in und 2 Kinder: Fr. 1'585.-.</p> <p>(Ex-)Ehegatte/-in und 3 Kinder: Fr. 2'039.- (plus Fr. 228.- pro Kind ab dem 4. Kind)</p> <p>Zwei verheiratete Erwachsene und 1 Kind: Fr. 1'015.-</p> <p>Zwei Erwachsene und zwei Kinder: 1'585.- (plus Fr. 228.- pro Kind ab dem 3. Kind) (Art. 20d RPAS).</p>

Quelle: Inventar 2002

Bei diesem Berechnungsmodus lassen sich die unterschiedlichen Anspruchsgrenzen zwar etwas besser vergleichen als im Fall der Berechnung via steuerbares Einkommen. Trotzdem ist auch hier bei der Interpretation Vorsicht gebo-

ten, da es durchaus einen Unterschied macht, ob vom Brutto- oder Nettoeinkommen für die Ermittlung des Anspruchs ausgegangen wird und wie sich dieses jeweils zusammensetzt. Auch bei diesem Berechnungsmodus ist seitens der Kantone ein sehr hoher Differenzierungsgrad in Bezug auf die Anrechnung der Einkommen der verschiedenen Haushaltsmitglieder zu beobachten.

In Bezug auf die Höhe der maximalen Bevorschussungen sticht Freiburg als Kanton mit besonders tiefen Maximalbeträgen für Kinder hervor. Bei einer Gewährung von Kinderalimenten und (Ex-)Ehegattenalimenten erreicht der maximale Betrag einen noch immer tiefen, jedoch mit anderen Kantonen vergleichbaren Betrag. Die Summe der maximalen Kinder- und (Ex-)Ehegattenalimente ist im Kanton Jura am höchsten.

Im Kanton Schaffhausen gilt für Kinder in einer Anstalt, einem Heim oder einer Pflegefamilie wie für die Kantone Solothurn, Glarus und Appenzell Innerrhoden die Spezialregelung, dass die Bevorschussung nur bis zur Deckung des Kostgeldes einschliesslich der erforderlichen Nebenauslagen getätigt wird.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Feststellung des Anspruchs auf Alimentenbevorschussung sowie der maximalen Beitragshöhe auf sehr unterschiedlichen Konzeptionen in den 26 Kantonen basiert. Betreffend Kinderalimente übernimmt der Staat nur in den drei Kantonen, in denen das Gemeinwesen diese Leistung unabhängig von der finanziellen Situation der obhutsberechtigten Person gewährt, eine ersetzende Funktion. In den übrigen Kantonen besteht de facto weder für den/die (Ex-)Ehegatten/in noch für das Kind ein Recht auf Alimentenbevorschussung. Der Zugang zu dieser Leistung hängt vielmehr von der finanziellen Situation des obhutsberechtigten Elternteils ab. Diejenigen Kantone, die sich zur Ermittlung des Anspruchs auf Alimentenbevorschussung auf die Gesetzgebung über die Ergänzungsleistungen beziehen und sich in Bezug auf die maximale Höhe der Bevorschussung an der maximalen einfachen Waisenrente orientieren, können gut miteinander verglichen werden. Es handelt sich bei diesem Berechnungsmodus um eine einfache und stabile Basis, die sich bereits für die Ermittlung anderer Ansprüche auf Sozialleistungen bewährt hat. Die Anspruchsgrenzen derjenigen Kantone, die auf dem steuerbaren Einkommen oder auf dem Brutto- bzw. Nettoeinkommen basieren, sind sehr schwierig untereinander vergleichbar. Jeder Kanton definiert das anrechenbare Einkommen und Vermögen anders. Deshalb

greift ein Ansatz, der nur die Anspruchsgrenzen miteinander vergleicht, ohne die Einkommens- und Vermögensdefinitionen mitzubetrachten, zu kurz. Betreffend Höhe der bevorschussten Leistungen weisen die Kantone, die sich für die Berechnung auf die beiden genannten Modi beziehen, ebenfalls eine grosse Heterogenität auf. Bei denjenigen Kantonen, die sich nicht auf die maximale einfache Waisenrente beziehen, ist nämlich nicht nachvollziehbar, wie die jeweilige maximale Beitragshöhe zustande gekommen ist und wie diese begründet wird.

3.1.2.8 Rückerstattungspflicht der Alimentenbevorschussung

Die Rückerstattungspflicht der bevorschussten Leistungen ist kantonal unterschiedlich geregelt, obschon in elf kantonalen Erlassen zur Alimentenbevorschussung diesbezüglich keine oder nur unvollständige Angaben zu finden sind¹¹⁷.

Es kann unterschieden werden zwischen Kantonen, die auf eine Rückerstattungspflicht grundsätzlich verzichten und Kantonen, die diese unter bestimmten Bedingungen geltend machen¹¹⁸.

Die Kantone Waadt, Wallis und Zürich verzichten ausdrücklich auf eine Rückerstattungspflicht der rechtmässig bevorschussten Leistungen¹¹⁹. Aus den Formulierungen in den Erlassen der Kantone Bern und Neuenburg kann auf dieselbe Praxis geschlossen werden.

In einigen Kantonen kann die Beerbung des pflichtigen Elternteils durch das Kind und die dadurch erfolgte Bereicherung zur Rückerstattungspflicht führen. Dies ist der Fall in den Kantonen Aargau, Glarus, Graubünden, Luzern, Ob-

¹¹⁷ Es handelt sich um die Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden, Nidwalden, Thurgau, Freiburg, Jura und Tessin.

¹¹⁸ Leistungen, die unrechtmässig bezogen wurden, sind überall rückerstattungspflichtig. Dies gilt auch für die Bevorschussungen, die vom Gemeinwesen geleistet wurden, obschon der Schuldner bevorschusste Unterhaltsbeiträge direkt an das Kind oder den berechtigten Elternteil bezahlt. Der entsprechende Erlass des Kantons St. Gallen präzisiert überdies, dass der Anspruch auf weitere Vorschüsse entfällt, solange die Vorschüsse nicht zurückerstattet wurden, die vom Gemeinwesen geleistet wurden, trotz Erfüllung der Pflicht des Unterhaltspflichtigen (Art. 7 GIVU).

¹¹⁹ Betreffend den Kanton Wallis muss jedoch präzisiert werden, dass Bevorschussungen, die nach Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Maximaldauer von 2 Jahren geleistet werden, in den Kompetenzbereich der Sozialhilfe fallen und somit der entsprechenden Rückerstattungspflicht unterliegen.

walden, Schwyz und Zug. Der Kanton Luzern räumt jedoch ein, dass in Härtefällen auf die Rückerstattung verzichtet werden kann. In den Erlassen der Kantone Luzern, Obwalden und Glarus wird darauf hingewiesen, dass die Rückerstattungsforderung unverzinslich ist, während diese im Kanton Zug mit fünf Prozent seit Entstehung zu verzinsen ist. In den Kantonen Aargau und Graubünden ist die Laufzeit der maximal rückwirkenden Rückerstattungspflicht auf 20 Jahre angesetzt. Und schliesslich präzisieren die Kantone Luzern und Zug die absolute Verjährungsfrist der Rückerstattungsforderung. Diese ist im Kanton Luzern auf zehn Jahre, im Kanton Zug auf 25 Jahre angesetzt.

Der Kanton Genf sieht die Möglichkeit der Kürzung der Bevorschussung mit rückwirkender Wirkung vor. In diesem Fall kann eine Rückerstattung der Leistungen nur verlangt werden, wenn die unterhaltsberechtignte Person oder ihr gesetzlicher Vertreter in einer wohlhabenden Situation leben.

3.1.2.9 Finanzierung der Alimentenbevorschussung

Das Gemeinwesen leistet Bevorschussung und übernimmt die Kosten der beim Pflichtigen nicht wieder eintreibbaren Leistungen. Die entsprechenden Kosten werden in manchen Kantonen über einen Lastenverteiler von Kanton und Gemeinden gemeinsam getragen, in anderen kommen nur die Gemeinden für diese Kosten auf und in wieder anderen nur der Kanton. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die inventarisierten verschiedenen Finanzierungsmodi.

Tabelle 52: Finanzierungsmodi der Alimentenbevorschussung

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden	Nur Gemeinden	Nur Kanton
AG	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
AI			Kanton (Art. 5 VO)
AR	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
BE	Lastenverteilung gemäss Sozialhilfegesetz (Art. 12 GIB)		
BL	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
BS	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
FR	Die Hälfte der nicht einbringbaren Vorschüsse wird von der Gesamtheit der Gemeinden getragen gemäss Einwohnerkoeffizient (Art. 81 LCC)		
GE	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden	Nur Gemeinden	Nur Kanton
GL		Die Zahlungen werden zunächst aus dem Ausgleichsfonds für Fürsorgegemeinden bezogen. Der kantonale Sozialdienst erstellt dann eine Abrechnung, wonach die Fürsorgegemeinden ihre Kostenanteile an den Ausgleichsfonds zahlen (Art. 27 VO).	
GR	Lastenausgleich in 4 Stufen: - Gemeinden tragen 1/3 Selbstbehalt der Nettoaufwendung - Kanton leistet an verbleibenden Aufwendungen einen Beitrag von 40% - nach Abzug des Kantonsbeitrags werden Restkosten im Verhältnis zur Einwohnerzahl auf Gemeinden verteilt - Kanton übernimmt zusätzlich von jeder Gemeinde jenen Beitrag, der 5% ihrer für die Berechnung der Finanzkraftklassen-Einteilung massgebenden Steuereinnahmen übersteigt (Art. 4 LAG).		
JU	Lastenverteiler gemäss Sozialhilfegesetzgebung (Art. 26 LAPRA).		
LU		Einwohnergemeinde (§ 49 SHG)	
NE	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
NW	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
OW	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
SG		Gemeinde am zivilrechtlichen Wohnsitz des Kindes (Art. 5 GIVU)	
SH	Kanton leistet an die nicht erbrachten Vorschüsse einen Beitrag von 30% (Art. 42a EGZGB)		
SO		Gesamtheit der Einwohnergemeinden. Die der Gesamtheit der Einwohnergemeinden anfallenden Kosten, einschliesslich Verwaltungskosten der Oberämter, werden im Verhältnis der Einwohnerzahl der kantonalen Bevölkerungsstatistik auf die Einwohnergemeinden verteilt (§ 15 ABG)	
SZ	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
TG	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden	Nur Gemeinden	Nur Kanton
TI	Die Einwohnergemeinde übernimmt 30% der Kosten, der Kanton 70% ¹²⁰		
UR	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
VD	50% Kanton, 50% Gemeinden. Der Globalbetrag der Gemeinden wird aufgrund der laufenden Rechnung festgelegt. Der jährliche Beitrag jeder Gemeinde wird aufgrund ihrer Finanzkraft definiert (Art. 45, 46, LAPS)		
VS	2/3 Kanton, 1/3 Einwohnergemeinde. Die im Rahmen der Sozialhilfe geleisteten Vorschüsse werden über die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden gemäss Sozialhilfegesetz finanziert (Art. 8 LRPA)		
ZG		Gemeinde am vormundschaftlichen Wohnsitz der unterhaltsberechtigten Person (§ 11 IBG)	
ZH	Kanton leistet den Gemeinden Kostenanteile bis zu 50% für die nicht erhältlichen Unterhaltsbeiträge. Kostenanteile richten sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden (§ 25 JHG)		

Quelle: Inventar 2002

Ein Kanton trägt die Kosten der Alimentenbevorschussung alleine, fünf Kantone finanzieren diesen nur über die Gemeinden und neun Kantone finanzieren die Alimentenbevorschussung über einen Lastenverteiler zwischen Kanton und Gemeinden. Die Angaben der übrigen Kantone fehlen in den im Inventar verwendeten Erlassen.

¹²⁰ Referenz: Bilancio consuntivo della Repubblica e Cantone del Ticino (centro costo funzionale): "contributi cantonali per anticipo alimenti" (CC 221.366.12 {581}).

3.2 Individuelle Wohnkostenzuschüsse

3.2.1 Übersicht

3.2.1.1 Einleitung

Zur Verbilligung der Wohnkosten kennen drei Kantone Subjekthilfen in Form von individuellen Wohnkostenzuschüssen¹²¹. Es sind dies die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Genf. Daneben existieren jedoch in den meisten Kantonen Objekthilfen in Form von sozialem Wohnungsbau und überdies dürfen indirekte Verbilligungen, wie sie beispielsweise im Rahmen der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV in Form von Mietkostenabzügen gewährt werden, nicht vergessen werden.

Als allgemeiner Zweck von individuellen Wohnkostenzuschüssen wird entweder die Prävention vor Sozialhilfeabhängigkeit (Kanton Basel-Landschaft) oder, allgemeiner formuliert, die Entlastung von zu hohen Mietzinsen (Kantone Basel-Stadt und Genf) angeführt. In den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt richtet sich die Leistung explizit an Bevölkerungsgruppen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Die Angaben im Inventar zum Kanton Genf hingegen erwecken den Eindruck, dass die hohen Mietbelastungen eher als gesellschaftliches Problem betrachtet werden, das einer staatlichen Intervention bedarf. In diesem Kanton richtet sich die Leistung nämlich nicht ausschliesslich an Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, sondern – allgemeiner formuliert – an Mieter/-innen, deren Mietbelastung im Verhältnis zum Einkommen zu hoch ist und für die sich ein Wohnungswechsel ohne zu grosse Umstände nicht realisieren lässt.

In den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft existieren neben den Mietzinszuschüssen in Form von unmittelbaren Subjekthilfen noch objektbezogene Subjekthilfen. Es handelt sich dabei um Mietzinsreduktionen, die ausschliesslich für staatliche, mit Bundes- und Kantonsmitteln gebaute Liegenschaften gewährt werden¹²². Diese bedarfsabhängigen Leistungen richten sich an Perso-

¹²¹ Dieser Begriff wurde als Bezeichnung dieser Bedarfsleistung gewählt, da der teils im Inventar 1997 verwendete Begriff ‚Wohnbeihilfen‘ die Idee der Mietzinsreduktion, durch die sich diese Leistung charakterisiert, schlecht wiedergibt.

¹²² Liegenschaften, die mit Mitteln des Eidg. Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes finanziert wurden.

nen, welche in subventionierten Wohnungen leben, aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse jedoch den Mietzins nicht voll übernehmen können.¹²³

Für den Kanton Genf wird im Inventar 2002 neben der Wohnbeihilfe (*allocation de logement*) eine weitere Leistung in Form einer objektbezogenen Subjekthilfe genannt. Es handelt sich dabei um eine persönliche, proportional zum Einkommen der Mieter/-innen bemessene Mietzinssubventionierung (*subvention personnalisée au logement*). Diese Unterstützung wird Mieter/-innen gewährt, die in sogenannt *gemischt finanzierten Liegenschaften* (*habitation mixte (HM)*)¹²⁴ wohnen und eine bestimmte Einkommensgrenze nicht übersteigen. Diese persönliche Mietzinsreduktion hat zum Ziel, den Mietzins der Mieter/-innen auf eine maximal tolerierbare Mietzinsbelastung herabzusetzen. Wohnbeihilfe und persönliche Mietzinsreduktion können in Genf nicht kumuliert werden.

Gemeinsam ist den drei Kantonen, dass sie Haushalten, deren Mietbelastung zu hoch ist, den Differenzbetrag zwischen der effektiven Miete und der für die entsprechende Einkommenssituation als angemessen definierten Mietbelastung gewähren. Sowohl die generellen Anspruchskriterien als auch die für die verschiedenen Einkommensklassen als angemessen definierten Mietbelastungen und die Definition der anrechenbaren Einkommen variieren in den drei Kantonen.

3.2.1.2 Veränderungen seit 1997

Seit dem ersten Inventar basierend auf den Angaben zu den individuellen Wohnkostenzuschüssen aus dem Jahr 1997 haben sich verschiedene Änderungen ergeben. Während 1997 noch fünf Kantone bedarfsabhängige Leistungen zur Entlastung der Wohnkosten gewährten, sind es im Jahr 2002 nur noch drei Kantone. In den Kantonen Schaffhausen¹²⁵ und Waadt¹²⁶ existiert diese Leistung nicht mehr.

¹²³ Auch der Kanton Neuenburg kennt eine solche an subventionierte Wohnungen gebundene Mietzinsreduktion. Diese Bedarfsleistung wurde ebenfalls nicht inventarisiert, da es sich dabei um einen Grenzfall zwischen Objekt- und Subjekthilfe handelt.

¹²⁴ Liegenschaften mit gemischt-finanzierten Wohnungen enthalten sowohl Wohnungen, deren Miete proportional zum Einkommen der Mieter/-innen verbilligt wird und Wohnungen ohne Verbilligung (art. 16 LLPL).

¹²⁵ Im Kanton Schaffhausen wurden die Wohnungszuschüsse, die im Gesetz über die Familien- und Sozialzulagen vom 9.11.1981 geregelt waren, bei dessen Revision per 1.1.2000 abgeschafft.

Im Kanton Basel-Landschaft kam es seit dem letzten Inventar zu einer Gesetzesänderung. Es handelt sich um das Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen von 20. März 1997. In den Kantonen Basel-Stadt und Genf gab es seit der letzten Inventarisierung weder Gesetzes- noch Verordnungsänderungen. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklungen im Bereich der individuellen Wohnkostenzuschüsse zwischen 1997 und 2002.

Tabelle 53: Wohnkostenzuschüsse 1997 und 2002

Kanton	Wohnkostenzuschüsse 1997	Wohnkostenzuschüsse 2002
BL	Ja	Ja
BS	Ja	Ja
GE	Ja	Ja
SH	Ja	Nein
VD	Ja	Nein

Quelle: Inventar 1997 und 2002

3.2.2. Beschreibung der Wohnkostenzuschüsse

Nachfolgend werden die Wohnkostenzuschüsse nach den Kriterien ‚Art der Leistung‘, ‚anspruchsberechtigte Personen‘, ‚Anspruchskriterien‘, ‚Ermittlung der Leistungshöhe und Maximale Leistungsdauer‘ sowie ‚Finanzierung‘ dargestellt.

Tabelle 54: Art der Leistung

Kanton	Art der Leistung
BL	Mietzinsbeiträge
	Mietzinsreduktion für Personen, die in bereits subventionierten Wohnungen wohnen.
BS	Mietzinsbeiträge an Familien mit Kindern sowie an Bezüger/-innen von Alters- und Invalidenrenten
	Mietzinsreduktion für Personen, die in bereits subventionierten Wohnungen wohnen.
GE	Allocation de logement (Wohnkostenbeihilfen)
	Subvention personnalisée au logement (persönliche Mietzinsreduktion)

Quelle: Inventar 2002

¹²⁶ Die individuellen Wohnkostenzuschüsse des Kantons Waadt wurden nur für Wohnungen ausgerichtet, deren Subventionierung durch die öffentliche Hand ausgelaufen war. Im Jahr 2002 gab es keine Wohnungen mehr, für die diese vorübergehende und in degressiver Weise ausgerichtete Hilfe gewährt wurde.

In den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt werden Mietzinsbeiträge als individuelle Verbilligung von Wohnungen ausgerichtet. Während die Bezeichnung dieser Leistung im Kanton Basel-Landschaft sehr allgemein gehalten ist, weist der Kanton Basel-Stadt bereits im Titel des entsprechenden Gesetzes auf den spezifischen Bezüger/-innenkreis hin. Es handelt sich um Familien mit Kindern sowie Bezüger/-innen von Alters- und Invalidenrenten. Auf die zusätzlich in diesen Kantonen existierenden, objektbezogenen Subjekthilfen in Form von Mietzinsreduktionen für Personen, die in bereits subventionierten Wohnungen leben, wird in der Folge nicht näher eingegangen¹²⁷.

Im Kanton Genf werden einerseits die Wohnbeihilfe (allocation de logement) und andererseits die persönliche Mietzinsreduktion gewährt (subvention personnalisée au logement). Im Folgenden werden diese beiden Leistungen separat behandelt.

Der Kreis der anspruchsberechtigten Personen ist in den drei Kantonen unterschiedlich weit gefasst, wie nachstehender Tabelle entnommen werden kann.

Tabelle 55: Anspruchsberechtigte Personen

Kanton	Anspruchsberechtigte Personen
BL	<u>Mietzinsbeiträge</u> Familien und Alleinerziehende mit mindestens einem im gleichen Haushalt lebenden minderjährigen oder in Erstausbildung stehendem Kind, Rentenbezüger/-innen (§. 1, 3 MBG) <u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
BS	<u>Mietzinsbeiträge</u> Familien mit mindestens einem im Haushalt wohnenden Kind sowie Personen, die Alters- und Invalidenrenten beziehen (§ 1 MBG) <u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
GE	<u>Mietzinsbeihilfe</u> Mieterinnen und Mieter <u>Persönliche Mietzinsreduktion</u> Mieter/-innen einer gemischt finanzierten Liegenschaft (immeuble d'habitation mixte HM)

Quelle: Inventar 2002

¹²⁷ Im Inventar 2002 wurden diese Leistungen nicht mehr aufgenommen. Gemäss Auskunft der zuständigen Stellen existieren diese Leistungen immer noch. Für weitergehende Informationen zu diesen Leistungen kann das Inventar 1997 konsultiert werden.

Der Bezüger/-innenkreis ist in den beiden Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt praktisch identisch und beschränkt sich auf Familien mit mindestens einem, im selben Haushalt lebenden Kind sowie Rentenbezüger/-innen. Im Kanton Basel-Landschaft besteht der generelle Anspruch auch für Alleinerziehende. Im entsprechenden Gesetz des Kantons Basel-Stadt werden Alleinerziehende bei der Aufzählung der anspruchsberechtigten Personen nicht spezifisch erwähnt, obschon sie der Kategorie der ‚Familie‘ zuzurechnen sind.

In Genf ist der generelle Anspruchskreis für die Wohnbeihilfe, wie bereits oben angeführt, weit gefasst, während die persönliche Mietzinsreduktion einzig Mieter/-innen von gemischt finanzierten Liegenschaften vorbehalten ist.

3.2.2.1 Generelle Anspruchskriterien für den Bezug von Wohnkostenzuschüssen

In der nachstehenden Tabelle werden generelle Anspruchskriterien aufgeführt in Bezug auf die Wohnsitzdauer im Kanton sowie den generellen Leistungsanspruch für Ausländer/-innen.

Tabelle 56: Wohnkostenzuschüsse: Generelle Anspruchskriterien

Kanton	Wohnsitzdauer im Kanton	Anspruchsberechtigung für Nicht-Schweizer/-innen
BL	<u>Mietzinsbeiträge</u> 2 Jahre Wohnsitz im Kanton (§ 3 MBG) <u>Mietzinsreduktionen</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen	<u>Mietzinsbeiträge</u> Niedergelassene Ausländer/-innen können die Leistung beantragen (§ 3 MBG). <u>Mietzinsreduktionen</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
BS	<u>Mietzinsbeiträge</u> a) Mietzinsbeiträge für Familien: Ein Elternteil muss unmittelbar vor Antragstellung ununterbrochen während mindestens 5 Jahren im Kanton Wohnsitz gehabt haben. b) Mietzinsbeiträge für AHV/IV-Rentner/-innen: Mindestens 10 Jahre Wohnsitz im Kanton innerhalb der 15 vorangegangenen Jahre, wovon die letzten 5 Jahre ohne Unterbrechung, (§ 4 MVO). Der Regierungsrat kann den Anspruch von einer Wohnsitzdauer von 10 Jahren im Kanton abhängig machen (§ 2 MBG)	<u>Mietzinsbeiträge</u> Ausländer/-innen mit Niederlassungsbewilligung können die Leistung beantragen. Besitzt ein Ehepartner das Schweizerische Bürgerrecht, ist für den anderen Ehepartner keine Niederlassungsbewilligung nötig (§ 2, 5 MIVO). <u>Mietzinsreduktionen</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.

Kanton	Wohnsitzdauer im Kanton	Anspruchsberechtigung für Nicht-Schweizer/-innen
	<u>Mietzinsreduktionen</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	ten kantonalen Erlassen.
GE	<u>Wohnbeihilfe und Mietzinsreduktion</u> Steuerlicher Wohnsitz in Genf seit mindestens 2 Jahren ohne Unterbrechung im Zeitraum der letzten 5 Jahre (art. 6 RLLPL).	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.

Quelle: Inventar 2002

Der Wohnsitz im Kanton ist in allen drei Kantonen Voraussetzung für den Bezug von Mietzinsbeiträgen. Überdies kennen alle Kantone eine Karenzfrist, wobei diese unterschiedlich gross ist. Der Kanton Basel-Landschaft fordert für den Bezug von Mietzinsbeiträgen zwei Jahre Wohnsitz ohne weitere Präzisierung. Im Kanton Genf wird ebenfalls eine ununterbrochene Wohnsitzdauer von mindestens zwei Jahren gefordert, jedoch innerhalb der letzten fünf Jahre. Ausserdem muss die antragstellende Person den steuerlichen Wohnsitz im Kanton Genf haben. Die Regelung der Wohnsitzdauer für den Bezug von Mietzinsbeiträgen liegt im Kanton Basel-Stadt für Familien bei fünf Jahren, wobei es genügt, dass ein Elternteil diese Bedingung erfüllt. Bei AHV/IV-Rentner/-innen ist ein Wohnsitz im Kanton innerhalb der 15 Jahre vor Einreichung des Gesuchs erforderlich und dies während zehn Jahren (die letzten fünf Jahre ohne Unterbrechung).

In den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt können Mietzinsbeiträge von Ausländer/-innen mit Niederlassungsbewilligung beantragt werden, wobei dieselben Karenzfristen wie für Schweizer/-innen gelten. Im Genfer Gesetz über die Wohnkostenzuschüsse werden keine Angaben in Bezug auf die generelle Anspruchsberechtigung für Ausländer/-innen gemacht.

3.2.2.2 Spezifische Regelungen der Subsidiarität in Bezug auf die Wohnkostenzuschüsse

In den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft zählen Personen mit einer AHV- oder IV-Rente zum potentiellen Bezügerkreis von Mietzinsbeiträgen. Im Kanton Basel-Landschaft richtet sich die Leistung vor allem an IV-Rentner/-innen mit einer vollen Rente (§ 3 MBG).

Im Kanton Basel-Stadt wird in der Verordnung speziell darauf hingewiesen, dass beim Bezug von Ergänzungsleistungen und Beihilfen zur AHV/IV-Rente kein Anspruch auf einen Mietzinsbeitrag besteht, wenn der vertraglich festgesetzte Mietzins ohne Nebenkosten die für die Berechnung des Anspruchs auf Ergänzungsleistungen oder Beihilfen massgebliche Mietzinsgrenze nicht übersteigt (§22 MIVO). Ausserdem besteht in Basel-Stadt kein Anspruch auf Mietzinsbeiträge, sofern für eine Wohnung vom Kanton Mietzinsbeiträge gemäss Wohnförderungsgesetz bezahlt werden (§22 MIVO).

In Genf sind Personen, die Unterstützungsleistungen gemäss dem *Gesetz über die Leistungen an alte Menschen, Witwen, Waisen und Personen mit Behinderung*¹²⁸ erhalten, vom Bezug der Wohnkostenzuschüsse (*allocation de logement*) ausgenommen. Vom Leistungsbezug ausgenommen sind in Genf auch Personen, die kantonale Ergänzungsleistungen zur AHV/IV beziehen sowie Personen, die eine andere Form von persönlicher Mietzinsbeihilfe (art. 22 RLLPL) erhalten¹²⁹ oder über eine auf der Basis des Einkommens festgesetzte Miete verfügen¹³⁰.

3.2.2.3 Weitere Regelungen

Die Kantone Genf und Basel-Landschaft geben den Vollzugsbehörden in Bezug auf die Gewährung der Wohnkostenzuschüsse einen ziemlich grossen Handlungsspielraum und engen durch spezifische Zugangsbarrieren den Bezug der Leistung relativ stark ein.

So wird die Wohnbeihilfe in diesem Kanton nicht gewährt, wenn Mieter/-innen nicht nachweisen können, dass sie ihre Wohnung ohne allzu grosse Unannehmlichkeiten nicht gegen eine billigere eintauschen könnten. Im Kanton Basel-Landschaft können Bezüger/-innen von Wohnkostenzuschüssen durch die kommunalen Vollzugsorgane verpflichtet werden, sich um eine preisgünstigere Wohnung zu bemühen oder eine Verminderung der Wohnkosten auf

¹²⁸ Loi sur les prestations en faveur des personnes âgées, des veuves, des orphelins et des invalides du 25 octobre 1965.

¹²⁹ Das Amt für alte Menschen (Office cantonal des personnes âgées OCPA) und die Stadt Genf gewähren ebenfalls bestimmte Formen von individuellen Mietzinsreduktionen.

¹³⁰ Ausgenommen von dieser Regelung sind Mieter/-innen von Liegenschaften, die unter das Gesetz fallen, die von zusätzlichen Verbilligungen profitieren, welche im Rahmen des Bundesgesetzes über die Wohnbauförderung und den Zugang zu Wohneigentum ausgerichtet werden und deren Mietbelastung eindeutig zu hoch ist im Verhältnis zu ihrer finanziellen Situation (Art. 22 RLLPL).

anderem Wege zu erreichen (§ 2 MBG). Im selben Kanton werden an Besitzer/-innen eines Motorfahrzeuges keine Beiträge ausgerichtet, sofern die Benützung des Motorfahrzeuges aus gesundheitlichen oder beruflichen Gründen nicht unabdingbar ist (§ 5 MBG). Überdies ist die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Erzielung eines den persönlichen Verhältnissen entsprechenden Einkommens Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Mietzinsbeiträgen (§ 2 MBG).

Die Menge der Mietzinsbeiträge des Kantons Basel-Stadt ist per Kontingent geregelt. Die maximale Anzahl der in staatlichen und nichtstaatlichen Liegenschaften verbilligten Mietverhältnisse ist auf 1500 festgelegt, wobei die Mietzinsbeiträge mehrheitlich auf staatliche Wohnungen entfallen sollen (§ 1 MIVO).

3.2.2.4 Spezifische und finanzielle Anspruchskriterien

Die Anspruchsberechtigung ist wie bei den übrigen Bedarfsleistungen an die finanzielle Situation der Bezüger/-innen gebunden. Generell richten sich die Wohnkostenzuschüsse an Mieter/-innen mit übermässig hohen Mietbelastungen. Überdies ist der Anspruch an die Wohnsituation (Art der Liegenschaft, Grösse der Wohnung, Belegung der Wohnung) der gesuchstellenden Mieter/-innen gebunden. In der nachfolgenden Tabelle werden diese spezifischen Regelungen für die Anspruchsberechtigung sowie die finanziellen Anspruchsgrenzen beschrieben.

Tabelle 57: Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung und finanzielle Anspruchsgrenzen

Kanton	Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung	Finanzielle Anspruchsgrenze
BL	<p><u>Mietzinsbeiträge</u> Die Miete muss unter der von den Gemeinden per Reglement festgelegten Höchstmiete liegen. Die Wohnungsgrösse muss gemäss Gemeindereglement angemessen sein (§ 5 MBG).</p> <p><u>Mietzinsreduktion:</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>	<p><u>Mietzinsbeiträge</u> Einkommens- und Vermögenshöchstgrenzen werden durch die Gemeinden per Reglement festgelegt (§ 5 MBG)</p> <p><u>Mietzinsreduktion:</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>

Kanton	Spezifische Regelungen für die Anspruchsberechtigung	Finanzielle Anspruchsgrenze
BS	<p><u>Mietzinsbeiträge</u> Vorschriften bezüglich Belegung der Wohnung: Bei Wohnungen mit mehr als zwei Zimmern, darf die Zahl der Zimmer diejenige der Mitglieder des Haushaltes nicht übersteigen (§ 7 MBG). Wohnt jedoch nur ein Elternteil mit einem Kind im Haushalt, wird der Mietzinsbeitrag auch dann gewährt, wenn ein Zimmer mehr als Haushaltmitglieder vorhanden ist (§ 6 MIVO).</p> <p><u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>	<p><u>Mietzinsbeiträge</u> Das Einkommen ist die Summe aller Einkünfte der im Haushalt wohnenden Personen, von denen gewisse Abzüge für Sozialversicherungen und Kinder getätigt werden können.</p> <p>Bei freiwilliger Einschränkung der Erwerbstätigkeit oder bei freiwilligem Lohnverzicht wird das Einkommen auf ein bei voller Erwerbstätigkeit erzielbares Einkommen aufgerechnet. Die Betreuung von unterhaltsberechtigten Kindern gilt als unfreiwillige Einschränkung der Erwerbstätigkeit, die nach Alter abgestuft ist (§ 9 MIVO).</p> <p>Vermögen Übersteigt das Vermögen des Haushalts den Betrag von 25'000 Franken pro Person, erhöht sich das anrechenbare Einkommen um einen Zehntel des überschüssenden Betrags (§ 5 MBG)</p> <p><u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>
GE	<p><u>Wohnbeihilfe</u> Typ der Liegenschaft: a) Mieter/-innen von Liegenschaften, die unter das allgemeine Gesetz über das Wohnen und den Schutz der Mieter/-innen fallen¹³¹; b) Mieter/-innen anderer Liegenschaften, sofern diese vom Kanton autorisiert sind und deren Miete und Eigenschaften den in derselben Zeit erbauten Liegenschaften des Typs HBM, HLM oder HCM entsprechen (art. 39 A, 39B LLPL).</p> <p>Vorschriften bezüglich Belegung der Wohnung.</p> <p><u>Persönliche Mietzinsreduktion</u> Typ der Liegenschaft: Mieter/-innen von Liegenschaften mit gemischt-finanzierten Wohnungen (HM) (art. 16 LLPL).</p>	<p><u>Wohnbeihilfe</u> Das anrechenbare Einkommen besteht aus allen Einkommen gemäss Steuergesetz unter Anrechnung bestimmter Abzüge (Art. 31 C LLPL).</p> <p>Die anspruchsberechtigte Person sowie alle mit ihr im selben Haushalt wohnenden Personen dürfen kein Vermögen im Sinne des steuerbaren Vermögens haben (Art. 21A, RLLPL).</p> <p><u>Persönliche Mietzinsreduktion</u> Der Anspruch resultiert, wenn die Mietzinsbelastung (Verhältnis zwischen anrechenbarem Einkommen und Miete) über einer gesetzlich definierten Grenze (definiert als Anteil des Einkommens, das für die Miete aufgewendet werden muss) liegt.</p>

Quelle: Inventar 2002

Wichtige Kennzahl für die Ermittlung des Anspruchs ist in sämtlichen Kantonen die Mietzinsbelastung als Verhältnis zwischen Miete und Einkommen. Haushalte, deren Mietzinsbelastung einen normativ festgelegten Wert übersteigt, ha-

¹³¹ Loi générale sur le logement et la protection des locataires.

ben Anspruch auf Wohnkostenzuschüsse¹³². Dieser Wert variiert in den einzelnen Kantonen jeweils, seine präzise Beschreibung würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. Bezüglich der Anrechnung des Einkommens sowie der möglichen Abzüge und eventuellen Einkommens- und Vermögensgrenzen sind die Regelungen jeweils unterschiedlich.

Überdies knüpfen die drei Kantone die Anspruchsberechtigung auf Mietzinsbeiträge an die Belegung der Wohnung. Schliesslich legen die Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft Höchstmieten fest, bis zu denen ein Mietzinsbeitrag gewährt werden kann.

3.2.2.5 Leistungshöhe, Minimal-/Maximalbeträge, Bezugsdauer

In der nachfolgenden Tabelle werden die Ermittlung der Leistungshöhe, die eventuellen Minimal-/ und Maximalbeträge sowie die maximale Bezugsdauer vereinfacht dargestellt.

Tabelle 58: Leistungshöhe und maximale Bezugsdauer¹³³

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
BL	<p><u>Mietzinsbeitrag</u> Differenz zwischen der Jahresnettomiete und derjenigen Miete, die die Mietzinsbelastung auf ein tragbares Mass reduziert (§ 4 MBG). Mietzinsbelastung (Verhältnis zwischen Jahresnettomiete und Jahreseinkommen) muss das tragbare Mass überschreiten. Das tragbare Mass der Mietzinsbelastung wird von den Gemeinden durch Reglement festgelegt.</p> <p><u>Mietzinsreduktion s. oben</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>	<p><u>Mietzinsbeitrag</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p> <p><u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>	<p><u>Mietzinsbeitrag</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p> <p><u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>

¹³² Im Kanton Basel-Stadt wird der entsprechende Wert durch den Regierungsrat festgelegt, im Kanton Basel-Landschaft durch die Gemeinden und im Kanton Genf kann er als relativer Wert dem Gesetz entnommen werden.

¹³³ Wenn in der nachstehenden Tabelle keine Gesetzesreferenzen angegeben sind, handelt es sich um eigene Zusammenfassungen der komplizierten Berechnungsmodi basierend auf den gesetzlichen Regelungen.

Kanton	Leistungshöhe	Minimal-/Maximalbeträge	Maximale Bezugsdauer
BS	<p><u>Mietzinsbeitrag</u> Differenz zwischen der effektiven und dem für die spezifische Einkommensklasse und Wohnungsgrösse anrechenbaren Mietzins. Mietzinsbelastung (Verhältnis aus Einkommen und Vermögen und Mietzins) muss die vom Regierungsrat als angemessen definierten Werte der Mietzinsbelastung überschreiten. Die angemessenen Mietzinsbelastungen sind nach Einkommensstufen gestaffelt und nehmen mit steigendem Einkommen zu (§3MBG). Anrechenbare Mindest- und Höchstmietzinse definiert gemäss Anzahl Zimmer der Wohnung (§13 MIVO)</p> <p><u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>	<p><u>Mietzinsbeitrag</u> Mindestbeitrag an den Mietzins: Beiträge unter 240 Franken pro Jahr werden nicht ausbezahlt</p> <p>Höchstbeitrag an den Mietzins: 8'400 Franken pro Jahr</p> <p>Liegt der Mietzins unterhalb einer bestimmten Grenze je Wohnungskategorie, besteht keine Beitragsberechtigung. Liegt er oberhalb einer zweiten Grenze, bleibt der Beitrag unverändert. (§ 14 MVO).</p> <p><u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>	<p><u>Mietzinsbeitrag</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p> <p><u>Mietzinsreduktion</u> Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.</p>
GE	<p><u>Mietzinsbeihilfe</u> Anspruch hat, wer den fixen maximalen Anteil des Einkommens, der für die Miete aufgewendet werden muss, überschreitet. Die gesetzlich festgelegten fixen Prozentsätze der tolerierbaren Mietzinsbelastung hängen von der Wohnungsbelegung ab.</p> <p>Differenz zwischen dem effektiven und dem theoretischen Mietzins. Der theoretische Mietzins ergibt sich, indem das Einkommen mit dem für die Wohnung eruierten fixen Mietzinsbelastungssatz (taux d'effort) multipliziert wird.</p> <p><u>Persönliche Mietzinsreduktion</u> Differenz zwischen dem effektiven Mietzins und dem gesetzlichen Verhältnis zwischen Miete und anrechenbarem Einkommen</p>	<p><u>Mietzinsbeihilfe</u> Minimalbetrag: 100 Franken pro Zimmer und Jahr Maximum: 1'200 Franken pro Zimmer und Jahr. Die Mietzinsbeihilfe darf jedoch die Hälfte der effektiven Miete nicht übersteigen. (art. 24 RLLPL).</p> <p><u>Persönliche Mietzinsreduktion</u> Maximalbetrag : 1'800 Franken pro Zimmer und Jahr während den ersten 20 Jahren ab Erstbenutzung der Liegenschaft. Dieser Betrag wird danach jedes Jahr um 100 Franken pro Zimmer reduziert zwischen dem 21. und 25. Jahr. Ab dem 26. Jahr wird keine Leistung mehr gewährt. (art. 23B LLPL). Minimalbetrag : Wenn die jährliche Verbilligung weniger als 100 Franken pro Zimmer beträgt, wird keine Leistung gewährt (art. 20B RLLPL).</p>	<p><u>Persönliche Mietzinsreduktion</u> Zeitliche Begrenzung der Leistung bezieht sich auf das Alter der Liegenschaft. Ab Erstbenutzung kann für höchstens 26 Jahre eine Mietzinsreduktion gewährt werden (art. 23B LLPL).</p>

Quelle: Inventar 2002

In allen drei Kantonen werden die Mietzinsbeiträge individuell aufgrund der konkreten Einkommenssituation und des Mietzinses der Antragstellenden eruiert. Der effektive Beitrag entspricht jeweils der Differenz zwischen diesen beiden Parametern, die zuvor aufgrund kantonsspezifischer Regelungen festgelegt werden.

Im Kanton Basel-Landschaft werden die Mietzinsbeiträge von den Gemeinden vollzogen. Es ist somit anzunehmen, dass die Höhe der Beiträge auf dieser Ebene geregelt wird.

Der Anspruch auf die Beiträge ist mit Ausnahme der persönlichen Mietzinsreduktion in Genf nicht zeitlich beschränkt. Der Anspruch wird jedoch jährlich überprüft. Verschiedenste Veränderungen in der persönlichen Situation des Gesuch stellenden Haushalts wirken sich auf die Anspruchsberechtigung aus. Besonders nennenswert sind dabei eine Änderung der Zahl der im Haushalt Wohnenden, eine Mietzinsänderung, eine Wohnungskündigung, ein Wohnungswechsel oder ein Wegzug.

3.2.2.6 Finanzierung der Wohnkostenzuschüsse

In den drei Kantonen werden in den Gesetzen über die Wohnkostenzuschüsse keine Aussagen über die Finanzierung der Leistung gemacht. Die konkrete Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird somit entweder in einem anderen Gesetz oder auf anderer Stufe geregelt.

4 Bedarfsabhängige Sozialleistungen im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe

4.1 Sozialhilfe

4.1.1 Übersicht

4.1.1.1 Einleitung

In allen Kantonen der Schweiz werden im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe Leistungen an Personen ausgerichtet, die für ihren Lebensunterhalt und jenen ihrer Familienangehörigen nicht aus eigener Kraft aufkommen können. Grundlage für die kantonalen Sozialhilfegesetzgebungen bilden zwei Artikel der Bundesverfassung (BV 2000): einerseits Artikel 12, der ein Recht auf Hilfe in Notlagen gewährt¹³⁴ und andererseits Artikel 115, der besagt, dass Bedürftige von ihrem Wohnkanton unterstützt werden und der Bund die Ausnahmen und Zuständigkeiten regelt. Die einzige bundesrechtliche Gesetzesgrundlage im Bereich der Sozialhilfe bildet das *Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger* (ZUG). Das Gesetz regelt, welcher Kanton für die Unterstützung eines Bedürftigen oder einer Bedürftigen zuständig ist und wie die Sozialhilfeleistungen verrechnet werden. Die konkrete Ausgestaltung der öffentlichen Sozialhilfe ist jedoch in den kantonalen Sozialhilfegesetzen geregelt. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), bei der sämtliche Kantone, die Mehrheit der mittleren und grossen Schweizer Gemeinden sowie private Hilfswerke Mitglieder sind, erlässt Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe. Diese dienen in der Praxis als Orientierung für die Bemessung der Sozialhilfe.

Ein wichtiger Grundzug der Sozialhilfe ist ihr subsidiärer Charakter gegenüber sämtlichen anderen Sozialleistungen, gegenüber der Eigeninitiative und der Unterstützung durch Dritte. Das letzte Netz der sozialen Sicherheit, wie die Sozialhilfe oft genannt wird, kommt somit einzig zum Tragen, wenn alle vorrangigen Hilfsquellen privater und öffentlicher Natur ausgeschöpft worden sind. In den Westschweizer Sozialhilfegesetzen wird explizit auf die Unterhaltspflicht von Familienangehörigen hingewiesen sowie auf die Pflicht der Ausschöpfung von Sozialversicherungsansprüchen. Diese Nachrangigkeit der Sozialhilfe gilt in

¹³⁴ Art. 12 BV besagt: „Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind“.

der Deutschschweiz ebenso, nur findet sie dort in den Gesetzen eine weniger spezifische Erwähnung. Auffallend ist in einigen Deutschschweizer Sozialhilfegesetzen die Deutlichkeit, mit der auf die private Sozialhilfe als vorgängig auszuschöpfende Hilfsquelle hingewiesen wird. So sind beispielsweise die Sozialhilfebehörden im Kanton Luzern dazu verpflichtet, bei „(...) ihrer Tätigkeit vorrangig die Sozialhilfe anderer Träger zu berücksichtigen, sie zu vermitteln und nötigenfalls anzuregen und zu fördern“ (§ 8 SHG). Eine fast im Wortlaut gleiche Formulierung findet sich im Gesetz des Kantons Basel-Stadt¹³⁵. Im Kanton Solothurn findet die private Hilfe, die den Antragstellenden gegebenenfalls vermittelt werden soll (§ 17 SHG), ebenfalls eine prominente Erwähnung im Gesetz, während der Kanton Schwyz explizit auf die Notwendigkeit hinweist, in der Sozialhilfe in erster Linie die private Hilfe in Anspruch zu nehmen (§ 2 SHG). Die Subsidiarität der Sozialhilfe sieht ausserdem vor, dass nur Personen unterstützt werden, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft, beispielsweise durch die Ausübung einer Arbeit, sichern können. Diese Bedingung wird in den Sozialhilfegesetzgebungen der Kantone Luzern, Nidwalden¹³⁶, Solothurn, Thurgau¹³⁷ und Wallis¹³⁸ mit besonderem Nachdruck erwähnt.

Sozialhilfe ist per Definition eine ursachenunabhängige Leistung, d.h. die Verschuldung des eigenen Zustandes ist irrelevant für die Begründung des Anspruchs (Finalprinzip).

Gemäss SKOS-Richtlinien muss die Sozialhilfe neben der Deckung der physischen Existenzsicherung auch die Teilnahme und Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gemeinschaft fördern. Im Rahmen der kantonalen Sozialhilfegesetze wird dieser Zweck der Sozialhilfe als Sicherung eines 'menschenswürdiges Daseins', einer 'menschenswürdigen Existenz' ('existence digne') oder eines 'sozialen Existenzminimums' ('minimum vital', 'minimum social') umschrieben. Gewisse Kantone beschränken sich jedoch darauf, den Zweck der

¹³⁵ Die Organe der Sozialhilfe haben bei ihrer Tätigkeit vorrangig die zumutbare Selbsthilfe, sowie die persönliche und wirtschaftliche Hilfe anderer Institutionen und Dritter zu berücksichtigen, sie zu vermitteln und nötigenfalls anzuregen und zu fördern (§ 5 SHG).

¹³⁶ Luzern und Nidwalden: Wenn sich jemand seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln, Arbeit oder Leistungen Dritter verdienen kann, wird Sozialhilfe geleistet.

¹³⁷ Solothurn und Thurgau: Nur wer sich die eigenen Mittel nicht mit zumutbarer Arbeit oder auf andere Weise beschaffen kann, hat Anspruch auf Unterstützung bzw. auf wirtschaftliche Hilfe.

¹³⁸ Im Kanton Wallis wird materielle Hilfe nur geleistet, wenn jemand nicht im Stande ist, spezifische Massnahmen für die Erlangung der finanziellen Autonomie, besonders in Form von Eingliederungsmassnahmen, zu befolgen.

Sozialhilfe als Sicherung des 'notwendigen Lebensunterhalts' oder 'notwendigen Lebensbedarfs' ('moyens minimums d'existence') zu umschreiben.

In einem Grossteil der kantonalen Sozialhilfegesetzgebungen wird die Prävention als wichtiges Handlungsfeld der Sozialhilfe beschrieben. Sozialhilfe soll nicht nur bei bereits eingetretener Notlage wirken, sondern auch präventiv intervenieren. Dies bedeutet, dass sich das Gemeinwesen anstrengt, der Hilfebedürftigkeit vorzubeugen, deren Ursachen nach Möglichkeit zu beseitigen und deren Folgen zu beheben oder zu mildern.

Die Prinzipien der *Hilfe zur Selbsthilfe* und der *Stärkung bzw. Förderung der Eigenverantwortung und Selbständigkeit* sind in verschiedenen Sozialhilfegesetzgebungen institutionell verankert. In neueren Gesetzen wird auch die Förderung der beruflichen und sozialen Integration als spezifisches Ziel der Sozialhilfe genannt¹³⁹.

Die Individualisierung der Hilfe gehört zu den spezifischen Charakteristika der nach dem Finalprinzip ausgestalteten Leistungen der Sozialhilfe. Verschiedene Kantone weisen in ihren Gesetzen darauf hin, dass sich Sozialhilfe nach dem Bedarf der Hilfesuchenden und den örtlichen Verhältnissen richtet. Sozialhilfe ist in besonderem Mass eine Koproduktion zwischen Hilfeempfänger/-in und Gemeinwesen. Dies wird in gewissen Gesetzen spezifisch erwähnt, indem darauf hingewiesen wird, dass die Hilfeleistung in Zusammenarbeit mit dem Hilfesuchenden erfolgt¹⁴⁰. Schliesslich finden die Achtung der Eigenständigkeit, des Mitspracherechts der Hilfesuchenden sowie der persönlichen Integrität und Menschenwürde in gewissen Gesetzen speziell Eingang¹⁴¹.

4.1.1.2 Veränderungen seit 1997

Seit der letzten Inventarisierung kam es in sieben Kantonen zu einer Gesetzesrevision. Es sind dies die Kantone Bern, Uri, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-

¹³⁹ Beispielsweise Basel-Stadt (§ 2 SHG); Bern (Art. 3 SHG); Freiburg (Art. 2 LaSOC), Jura (art. 1 LASo), Tessin (Art. 1 LSAS); Wallis (art. 1 LIAS).

¹⁴⁰ Als Beispiel seien die Sozialhilfegesetze der Kantone Basel-Landschaft (§ 4 SHG), Basel-Stadt (§ 4 SHG), Obwalden (Art. 2 SHG), Zug (§ 3 SHG) und Zürich (§ 3 SHG) genannt.

¹⁴¹ Kanton Bern (§ 25 SHG), Luzern (§ 7 SHG), Uri (Art. 20 SHG); Schwyz (§ 4 SHG), Obwalden (Art. 2 SHG), Glarus (Art. 4 SHG); Solothurn (§ 14 SHG), Schaffhausen (Art. 6 SHG), Aargau (§ 2 SHG), Tessin (Art. 1 LAS).

Landschaft, St. Gallen und Jura. In fünf weiteren Kantonen (Luzern, Schaffhausen, Graubünden, Waadt und Freiburg) wurden die Verordnungen der Sozialhilfegesetze revidiert. Dieser breite Reformelan ist auf die strukturellen Veränderungen zurückzuführen, die die Sozialhilfe in den 90er Jahren erlebt hat. Die ursprünglich als vorübergehend gewährte Hilfe konzipierte Bedarfsleistung muss seither immer häufiger im Fall von dauerhaften Bedarfslagen intervenieren. Seit den 90er Jahren muss die Sozialhilfe einen wesentlichen Teil der Auswirkungen des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels und damit eine stetig wachsende Zahl von Betroffenen auffangen und absichern¹⁴². Die Sozialhilfe muss heute in den meisten Fällen strukturelle Risiken abfedern, im Unterschied zu den individuellen Risiken, deren Realisierung früher häufig einen Bezug von Sozialhilfeleistungen einläutete. Der starke Anstieg der Fallzahlen sowie die angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte haben in vielen Kantonen Reformen im Bereich der Sozialhilfe initiiert. Als neuer Ansatz werden in den meisten revidierten Sozialhilfeeerlassen berufliche und soziale Integrationsmassnahmen eingeführt.

4.1.2 Beschreibung der Sozialhilfe

Nachstehend wird die Sozialhilfe dargestellt nach den Kriterien anspruchsberechtigte Personen, generelle und spezifische Anspruchskriterien, Art der Leistung, Ermittlung der Leistungshöhe, Auflagen und Weisungen sowie Rückerstattungspflicht.

4.1.2.1 Anspruchsberechtigte Personen

Wie bereits oben erwähnt, setzt sich der Kreis der Anspruchsberechtigten in der Sozialhilfe aus bedürftigen Personen zusammen. Die kantonalen Sozialhilfegesetzgebungen definieren Bedürftigkeit grösstenteils in Anlehnung an das

¹⁴² Als Begründung für diese neue Situation, die die Sozialhilfe charakterisiert, führt das Positionspapier der SKOS mit dem Titel „Braucht die Schweiz eine neue Sozialhilfe?“ (SKOS, 1999:1) folgendes aus: „Die zentralen Säulen, auf denen das System der sozialen Sicherung in der Schweiz basiert, sind die traditionelle Familienform und die Vollbeschäftigung. Beide Stützen haben sich radikal verändert. Für die neuen sozialen Risiken, die sich aus der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und aus dem Wandel der sozialen Lebensformen ergeben, ist das traditionelle System der sozialen Sicherheit schlecht vorbereitet. Der Sozialversicherungsschutz ist darum für weite Bevölkerungskreise brüchig geworden.“

Gesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG). In diesem Gesetz wird Bedürftigkeit wie folgt definiert: „Bedürftig ist, wer für seinen Lebensunterhalt nicht hinreichend oder nicht rechtzeitig aus eigenen Mitteln aufkommen kann“ (Art. 2, ZUG). Die Unterhaltspflicht für Familienangehörige ist in dieser Definition implizit enthalten.

In gewissen Kantonen wird eine Unterscheidung im Adressatenkreis vorgenommen bezüglich Art der Leistung. Während die finanzielle Bedürftigkeit in allen Kantonen als Anspruchskriterium für den Erhalt von wirtschaftlicher Sozialhilfe gilt, kennen gewisse Kantone für die Gewährung von Beratungs- und Betreuungsleistungen grosszügigere Konditionen.

In den Gesetzen von Glarus, Basel-Landschaft, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Uri, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, Zug, und Zürich wird spezifisch definiert, an wen sich Beratung und Betreuung richtet. Dabei können zwei Auffassungen unterschieden werden:

In den Kantonen Glarus, Schaffhausen, Solothurn, Uri und Zürich wird persönliche Hilfe¹⁴³ an Personen geleistet, die sich in einer Notlage befinden. Einzig in Zürich wird umschrieben, was unter Notlage verstanden wird. Dort kann man im Gesetz lesen: „Eine persönliche Notlage liegt vor, wenn sich jemand im praktischen Leben oder im seelisch-geistigen Bereich nicht zurechtfindet“ (§ 10 SHV). In den Kantonen Basel-Landschaft, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz und Zug sind die Zugangskriterien für Beratung und Betreuung weniger eng gefasst. Diese Dienstleistung kann bei „persönlichen Schwierigkeiten“ (Luzern, Nidwalden), in „einer besonderen Lebenslage“ (Schwyz) oder bei „Lebensschwierigkeiten“ (Obwalden, Zug) beansprucht werden. Im Kanton Basel-Landschaft haben "notleidende Personen Anspruch auf unentgeltliche Beratung" (§ 4 SHG).

¹⁴³ In diesen Gesetzen wird zwischen persönlicher Hilfe und wirtschaftlicher Hilfe unterschieden. Damit sind einerseits Geldleistungen und andererseits Beratungsleistungen gemeint.

4.1.2.2 Generelle Anspruchskriterien für den Bezug von Sozialhilfe

Die generellen Anspruchskriterien für Bedarfsleistungen wie ‚Wohnsitz‘, ‚Regelungen für Nicht-Schweizer/-innen‘ oder ‚Alter‘ sind im Fall der Sozialhilfe einheitlich im ZUG geregelt.

Der Anspruch auf Sozialhilfe hängt grundsätzlich nicht vom Wohnort der bedürftigen Person ab. Wohnortsregelungen existieren zwar im ZUG, diese regeln jedoch einzig, welcher Kanton für die Unterstützung eines Bedürftigen zuständig ist und wie der Ersatz von Unterstützungsleistungen unter den Kantonen zu regeln ist. Eine Person, die sich in einem Kanton mit der Absicht des dauernden Verbleibs aufhält, begründet dort gemäss ZUG ihren Wohnort und kann im Bedarfsfall bei der Gemeinde einen Antrag auf Sozialhilfe stellen. Für die konkrete Gewährung der Sozialhilfe, kommen die am Unterstützungswohnort geltenden Regelungen zur Anwendung. Karenzfristen gibt es bei der als Nothilfe konzipierten Sozialhilfe keine. Die Wohnsitzdauer ist einzig für die Regelung der Kostenersatzpflicht unter den Kantonen relevant. Die Behörden dürfen eine bedürftige Person nicht veranlassen, aus dem Wohnkanton wegzuziehen.

Ausländer/-innen mit Wohnsitz in der Schweiz werden vom Wohnkanton unterstützt, unter Anwendung der kantonalen Gesetzgebung, des Bundesrechts oder eventuell völkerrechtlicher Verträge. Bedarf eine Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die sich – ohne einen Wohnsitz in der Schweiz zu haben – im Land aufhält, sofortiger Hilfe, so ist der Aufenthaltskanton unterstützungspflichtig. Dieser sorgt auch für die Rückkehr des Bedürftigen in seinen Wohnsitz- oder Heimatstaat, wenn nicht ein Arzt von der Reise abrät. Vorbehalten bleibt die Heimschaffung nach den Bestimmungen von Fürsorgeabkommen oder nach dem Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer.

Der Anspruch auf Sozialhilfe ist nur bedingt vom Alter der bedürftigen Person abhängig. Wer das AHV-Alter erreicht und einen Anspruch auf die Leistungen dieser Versicherung hat, wird höchstens noch ergänzend von der Sozialhilfe unterstützt. Bedürftige Personen ohne Anspruch auf die Leistungen der Alters- und Hinterbliebenenversicherung werden von der Sozialhilfe unterstützt.

4.1.2.3 Finanzielle Anspruchskriterien

Zur Abklärung des Anspruchs auf Sozialhilfe werden in der Regel sämtliche Einkünfte und ein Teil des Vermögens des Hilfesuchenden und des/der nicht von ihm getrennt lebenden Ehegatten/-in berücksichtigt. Erreichen diese Einkommen den in bestimmter Weise definierten Lebensunterhalt nicht, wird ein Anspruch auf Sozialhilfeleistungen eröffnet. Gewisse Kantone definieren in den Gesetzen die verschiedenen Arten der einbezogenen Einkommen, während andere diesbezüglich relativ allgemein bleiben. Überdies sind Präzisierungen in Bezug auf die Vermögensanrechnung häufig. Nachstehend soll kurz auf diese Besonderheiten eingegangen werden.

In den kantonalen Gesetzgebungen von sieben Kantonen werden spezifische Angaben bezüglich der Anrechnung der Einkommen gemacht. Diese Kantone erwähnen speziell die Anrechnung von Versicherungsleistungen (Schwyz, Zug, Aargau, Freiburg, Tessin), weiteren Forderungen (Aargau), Sonderhilfen aufgrund besonderer Erlasse (Schwyz, Zug), familienrechtlichen Unterhalts- und Unterstützungsansprüchen (Aargau, Freiburg, Schwyz, Zug) und Leistungsansprüchen gegenüber Dritten (Bern). Zuwendungen von privater Seite sind in Schwyz (§6 SHV) und Aargau (§ 10 SHV) angemessen zu berücksichtigen. Genugtuungssummen und Integritätsentschädigungen werden im Kanton Basel-Landschaft in angemessenem Mass angerechnet (§ 16 SHV). Im Kanton Nidwalden werden Einkünfte auf die verzichtet worden ist, vollumfänglich als eigene Mittel angerechnet (§ 12 SHV).

Eine besondere Erwähnung gilt der Anrechnung des Arbeitsentgelts im Kanton Zug. Hier wird nämlich nicht nur das erzielte Arbeitsentgelt, sondern auch das hypothetisch erzielbare Entgelt angerechnet (§ 5 SHV). Ausserdem weist dieser Kanton in seinem Sozialhilfegesetz spezifisch auf die gemäss dem Schweizerischem Zivilgesetzbuch (ZGB) definierte Anrechnung der eigenen Mittel von minderjährigen Kindern hin (§ 5 SHV).

Kontrastierend zur Regelung in Zug werden im Gesetz des Kantons Basel-Landschaft freie Einkünfte in Form von fixen Beträgen angegeben. Diese belaufen sich bei einem Vollzeit-erwerbseinkommen auf 250 Franken pro Monat, bei einem Teilzeit-Erwerbseinkommen wird der verhältnismässige Anteil angerechnet. Das Einkommen von Personen ohne eigenen Haushalt bis zum 20. Al-

tersjahr, das neben der Ausbildung erzielt wird, kommt erst ab 3'000 Franken zur Anrechnung (§ 16 SHV).

In Bezug auf die Vermögensanrechnung werden im Inventar 2002 ein paar spezielle Regelungen genannt, die von den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe abweichen. Diese empfiehlt nämlich die Gewährung von pauschalen Vermögensfreibeträgen je nach Haushaltssituation¹⁴⁴.

Im Kanton Thurgau wird eigenes Vermögen voll angerechnet, d.h. es werden keinerlei Vermögensfreibeträge gewährt (§ 2a SHV)¹⁴⁵.

Im Kanton Basel-Landschaft werden im Gesetz Vermögensfreibeträge genannt, die tiefer liegen, als die von der SKOS empfohlenen. Bei einem Haushalt mit einer Person liegen die freien Vermögensbeträge bei 2'200 Franken, bei einem Haushalt mit zwei Personen bei 3'400 Franken, bei einem Haushalt mit drei Personen bei 4'200 Franken, bei einem Haushalt mit vier Personen bei 4'700 Franken, bei einem Haushalt mit fünf und mehr Personen bei 5'300 Franken und bei einer Person ohne eigenen Haushalt bei 2'200 Franken (§ 16 SHV).

Im Kanton Aargau gilt in Bezug auf die Vermögensfreibeträge ebenfalls eine Spezialregelung: Hier beträgt der Vermögensfreibetrag pro Person 1'500 Franken und maximal 4'500 Franken pro Unterstützungseinheit (Art. 12 SHV).

Der Kanton Nidwalden kennt eine Spezialregelung für die Anrechnung von Vermögenswerten, auf die verzichtet worden ist. Diese werden im Umfang gemäss Art. 17a der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur AHV-/IV angerechnet (§ 12 SHV).

Im Kanton Tessin können im Interesse der gesuchstellenden Person nur zwei Drittel des Vermögens angerechnet werden und zwar besonders im Falle von Grossfamilien: „Bei Fällen von materieller oder seelischer Not, insbesondere bei Familien mit vielen unterhaltsberechtigten Kindern, bei Müttern mit unterhaltsberechtigten Kindern, bei hohen örtlichen Mietpreisen oder im Falle der

¹⁴⁴ Die SKOS empfiehlt als Vermögensfreibetrag ab 1999 für Einzelpersonen 4'000 Franken, für Ehepaare 8'000 Franken und für jedes minderjährige Kind 2'000 Franken, jedoch maximal 10'000 Franken pro Familie.

¹⁴⁵ Einerseits ist nicht auszuschliessen, dass andere Kantone gleich verfahren, ohne dass die entsprechenden Gesetze explizit auf eine solche Handhabung hinweisen. Andererseits kann die Praxis im Kanton Thurgau von dieser strikten Regelung abweichen.

Berücksichtigung der früheren sozialen Umstände, wird das Einkommen der leistungsberechtigten Person zu 2/3 berücksichtigt. Das Einkommen von volljährigen Kindern, die mit dieser Person zusammenleben, wird angerechnet, wenn dadurch ihre würdevolle Lebensweise nicht beeinträchtigt wird. Das Einkommen der Geschwister, die mit dieser Person zusammenleben, wird nur angerechnet, wenn diese wohlhabend sind (art. 25 RALAS)."

Im Gesetz des Kantons Zürich wird auf eine in den SKOS-Richtlinien erwähnte Regelung speziell eingegangen, die besagt, dass von der Verwendung des Vermögens abgesehen werden kann, soweit dadurch für den Hilfesuchenden und seine Angehörigen „eine Härte entstünde" (§ 16 SHV). Es ist anzunehmen, dass diese Regelung auch in anderen Kantonen Anwendung findet, obschon sie nicht speziell im Inventar erwähnt wird.

In Bezug auf die Anrechnung von Grundeigentum empfehlen die SKOS-Richtlinien sofern es sinnvoll ist, Grundbesitz zu erhalten und eine Rückerstattungspflicht mit Grundpfandsicherung zu vereinbaren. Diese Empfehlung wird in verschiedenen Gesetzen als verbindliche Regelung formuliert. Dabei wird meist auch präzisiert, wozu sich die hilfesuchende Person verpflichtet, wenn sie eine Rückerstattungspflicht unterschreibt. Diese Empfehlung wird in den Kantonen Aargau, Bern, Freiburg, Glarus, Obwalden, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Uri, Zug und Zürich in den entsprechenden Erlassen in jeweils analoger Weise formuliert. Vier weitere Kantone regeln den Anspruch auf Sozialhilfe im Falle von Grundbesitz der hilfesuchenden Person spezifisch: In den Kantonen Basel-Stadt (§ 8 SHG) und Basel-Landschaft (§ 7 SHG) wird verlangt, dass unbewegliches Vermögen belehnt oder verwertet wird. Wird dies nicht im festgelegten Umfang getan, ist die wirtschaftliche Hilfe in den beiden Kantonen entsprechend einzuschränken. In den Kantonen Wallis (Art. 22 LIAS) und Genf (Art. 5B LAP) können Personen mit Grundeigentum unter gewissen Umständen Sozialhilfe beziehen, wobei der Gemeinde als Rückerstattungsgarantie eine Hypothek auf die Liegenschaft übertragen werden kann.

Die Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Freiburg, Graubünden, Neuenburg, Nidwalden, Thurgau, Tessin und Waadt verzichten in ihren Gesetzen und Verordnungen auf spezifische Angaben bezüglich Verwendung von Grundeigentum.

4.1.2.4 Art der Leistung

Sozialhilfe besteht in der Regel aus persönlicher Hilfe und materieller oder wirtschaftlicher Hilfe. Diese beiden Dienstleistungselemente werden in sämtlichen Kantonen angeboten. Ein drittes Element, die sogenannten Eingliederungs- oder Integrationsmassnahmen, wurden in gewissen neuen Sozialhilfeeulassen in den Dienstleistungskatalog aufgenommen. Solche Massnahmen werden in den seit 2002 revidierten bzw. aktuell in Revision befindlichen Eulassen in der Regel ebenfalls eingeführt. Nachstehend wird zuerst auf die Dienstleistungen derjenigen Kantone eingegangen, die lediglich die beiden Leistungen ‚persönliche Hilfe‘ und ‚materielle Hilfe‘ anbieten. Wir nennen die entsprechend ausgestaltete Sozialhilfe ‚traditionelle‘ Sozialhilfe im Gegensatz zu der durch Massnahmen der Integration oder Eingliederung ergänzten ‚aktivierenden‘ Sozialhilfe.

Leistungen der ‚traditionellen‘ Sozialhilfe

In den Kantonen Genf¹⁴⁶, Glarus, Graubünden, Luzern, Obwalden, Nidwalden, Schaffhausen, Solothurn, Schwyz, Uri, Zug und Zürich bietet die Sozialhilfe im Jahr 2002 sowohl persönliche Hilfe als auch wirtschaftliche Hilfe an. Die beiden Leistungen werden in den Gesetzen als eigenständige Dienstleistungen am Klient betrachtet. Die Halbkantone Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden spezifizieren in ihren Eulassen die konkret angebotenen Leistungen nicht, obschon die Sozialhilfe auch in diesen Kantonen aus den beiden erwähnten Dienstleistungselementen besteht. Die Sozialhilfegesetze der Kantone Aargau, St. Gallen und Waadt¹⁴⁷ erwähnen die persönliche Hilfe nicht als eigenständige Leistung. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese Kantone auch ohne semantische Unterscheidung zwischen finanzieller und persönlicher Hilfe in ihren Gesetzen beides anbieten.

¹⁴⁶ Im Kanton Genf existieren Eingliederungsmassnahmen im sog. ‚Revenu minimum cantonal de l’aide sociale‘, das der Sozialhilfe vorgelagert ist (siehe Kap. 2.3.2.3). Im Sozialhilfegesetz selber sind keine Eingliederungs- oder Integrationsmassnahmen verankert.

¹⁴⁷ Im Kanton Waadt sind die Eingliederungsmassnahmen wie im Kanton Genf in einem speziellen Gesetz verankert. Es handelt sich dabei um das ‚Revenu minimum de réinsertion‘, das der Sozialhilfe vorgelagert ist (siehe Kap. 2.3.2.3). Im Sozialhilfegesetz selber sind keine Eingliederungs- oder Integrationsmassnahmen verankert.

Tabelle 59: Leistungen der ‚traditionellen‘ Sozialhilfe

Kan- ton	Persönliche Hilfe	Materielle Hilfe
AG	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Materielle Hilfe: Bargeld, Erteilung von Gutscheinen oder in anderer Weise (Zahlungen an Dritte, Gutscheine, Naturalien) (§ 16 SHV) Schulden, insbesondere für Mietzinse, können übernommen werden, wenn dadurch einer bestehenden Notlage begegnet wird (§ 13 SHV)
AI	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
AR	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
GE	Individualisierte Hilfe: Intervention je nach spezifischer Situation der betroffenen Person (Art. 4 LAP)	Materielle Hilfe: Geldleistung, Naturalleistung, Kosten für Fremdplatzierung oder stationäre Betreuung (Art. 21 LAP)
GL	Persönliche Hilfe: Sozialberatung, Betreuung, Vermittlung von Spezialberatung und –betreuung, Erstellung eines Hilfeplans zur Verbesserung der sozialen Situation, Vermittlung geeigneter Dienstleistungen und zwischenmenschlicher Kontakte, Budgetberatung, Einkommensverwaltung, Durchführung von Schuldensanierungen (Art. 20 SHG)	Wirtschaftliche Hilfe: Gewährleistung von Obdach, medizinischer Versorgung, Nahrung und Bekleidung, Abgabe oder Überweisung von Geldbeträgen, Begleichung von Rechnungen, Geltendmachung von Forderungen gegenüber Dritten, Ausstellen von Kostengutsprachen, Gewährung zinsloser Darlehen in Ausnahmefällen (Art. 24 SHG). Verbindlichkeiten, die ohne Zustimmung der Sozialbehörde eingegangen werden, können ganz oder teilweise nur übernommen werden, wenn damit eine noch höhere Verschuldung oder höhere Kosten verhindert werden können oder bei Kenntnis aller Umstände Kostengutsprache erteilt worden wäre (Art. 27 SHG).
GR	Persönliche Hilfe: Massnahmen zur Vermeidung drohender oder zur Behebung eingetretener Bedürftigkeit (Art. 1 UG)	Materielle Hilfe: Geld, Naturalien (Art. 1 UG)
LU	Persönliche Sozialhilfe: Beratung, Betreuung, Vermittlung an Institutionen oder sonstige Dienstleistungen (§ 26 SHG)	Wirtschaftliche Sozialhilfe: Auszahlung von Bargeld, Erteilung von Gutscheinen, Gewährung von Sachhilfen (§ 29 SHG)
NW	Persönliche Hilfe: Beratung und Betreuung, Vermittlung an Institutionen der Sozialhilfe (Art. 25 SHG).	Indirekte wirtschaftliche Sozialhilfe: Budgetberatung, freiwillige Einkommensverwaltung, Beratung bezüglich einer Schuldensanierung (Art. 28 SHG) Direkte wirtschaftliche Sozialhilfe: Geldleistungen, Kostengutsprache, Sachleistungen, Darlehen (Art. 20 SHG)
OW	Persönliche Hilfe: Beratung, Betreuung, Vermittlung von spezialisierten Institutionen, von ärztlicher, pflegerischer und psychologischer Behandlung, von Heim- und Klinikplätzen, von Erholungs- und Kuraufenthalten, von Lehr- und Arbeitsstellen, Durchführung von Einkommensverwaltungen, Haushaltenleitungen, Hilfe beim Erbringen von Beiträgen oder Vermittlung wirtschaftlicher Hilfe (Art. 6 SHV). Bei einer nachweislich vorübergehenden Notlage kann ein Darlehen gewährt werden (Art. 8 SHV). Für Kinder und Jugendliche: Ermöglichung von	Wirtschaftliche Hilfe: Bargeld, Erteilen von Gutscheinen oder auf andere Weise (Art. 11 SHV).

Kanton	Persönliche Hilfe	Materielle Hilfe
	Pflege und Erziehung und eine ihren Bedürfnissen entsprechende Ausbildung (Art. 10 SHV)	
SG	Betreuende Sozialhilfe - Beratung und persönliche Betreuung - Mithilfe bei der Suche nach Arbeit und Wohnraum - Vermittlung von Dienstleistungen (Art. 8 SHG)	Finanzielle Sozialhilfe: Geld- und Naturalleistungen sowie Kostengutsprache (Art. 8 und 10 SHG). Schulden können berücksichtigt werden, wenn dadurch eine drohende Notlage behoben oder vermieden werden kann (Art. 11 SHG).
SH	Vorbeugende Massnahmen Persönliche Hilfe: Beratung und Betreuung, Vermittlung von Spezialberatung und -betreuung, Einkommensverwaltung (Art. 19 SHG)	Materielle Hilfe: Bargeld oder in anderer Weise (Zahlungen an Dritte, Gutscheine, Naturalien, Kostengutsprache) (Art. 22 SHG, § 1 SHV) Schulden können ausnahmsweise übernommen werden, wenn dadurch eine bestehende oder drohende Notlage behoben werden kann und grössere Kosten vermieden werden (Art. 27 SHG).
SO	Persönliche Hilfe: Beratung und Betreuung, Vermittlung an spezialisierte Institutionen (§ 25 SHG)	Wirtschaftliche Hilfe: Bargeld, Gutsprachen oder in anderer Weise (§ 29 SHG). Bei einer vorübergehenden Notlage kann ein Darlehen gewährt werden (§ 2 SHV). Ausstehende Mietzinse können ausnahmsweise sozialhilferechtlich übernommen werden, wenn damit voraussichtlich weniger wirtschaftliche Hilfe geleistet werden muss (§ 3 SHV).
SZ	Persönliche Hilfe: Beratung, Betreuung, Vermittlung von Spezialberatung und -betreuung, Vermittlung von ärztlicher, pflegerischer oder psychologischer Behandlung, Vermittlung von Heim- und Klinikplätzen, von Erholungs- und Kuraufenthalten, Unterstützung bei der Suche von Lehr- und Arbeitsstellen, Durchführung von Einkommensverwaltung, Vermittlung wirtschaftlicher Hilfe. Für Kinder und Jugendliche: Ermöglichung von Pflege und Erziehung und einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Ausbildung.	Wirtschaftliche Hilfe: Bargeld oder, ausnahmsweise durch Erteilen von Gutsprachen oder auf andere Weise (Art. 17 SHG).
UR	Vorbeugende Massnahmen: Information, Beratung, Schulung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit um drohende Notlagen einzelner oder von Personengruppen frühzeitig zu erkennen und abzuwenden sowie um die Ursachen sozialer Notlagen zu bekämpfen (Art. 23 SHG) Persönliche Hilfe: Beratung, Betreuung, Vermittlung von Spezialberatung und -betreuung, Budgetberatung, Einkommensverwaltung (Art. 25 SHG). Für Kinder und Jugendliche: Ermöglichung von Pflege und Erziehung und eine ihren Bedürfnissen entsprechende Ausbildung (Art. 28 SHG).	Wirtschaftliche Hilfe: Bargeld oder in anderer Weise (Art. 28 SHG)
VD	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Finanzielle Hilfe: Geldleistung, Beteiligung an den Kosten für stationäre Aufenthalte (Art. 18 LPAS)

Kanton	Persönliche Hilfe	Materielle Hilfe
ZG	Persönliche Hilfe: Beratung, Betreuung, Empfehlungen oder Ermahnungen, Einkommensverwaltung, Vermittlung an spezialisierte Institutionen (§ 15 SHG).	Materielle Hilfe: Bargeld, Gutsprachen oder in anderer Weise (§ 21 SHG). Bei vorübergehender Notlage kann ein zinsloses Darlehen zur Sicherung des Lebensunterhalts ausgerichtet werden (§ 17 SHG).
ZH	Persönliche Hilfe: Beratung, Vermittlung von spezialisierten Institutionen, von ärztlicher, pflegerischer und psychologischer Behandlung, von Heim- und Klinikplätzen, von Erholungs- und Kuraufenthalten, von Lehr- und Arbeitsstellen, die Durchführung von Lohnverwaltungen, Haushaltanleitungen oder die Vermittlung wirtschaftlicher Hilfe (§ 11 SHV)	Wirtschaftliche Hilfe: Bargeld, Gutsprachen und andere Formen wirtschaftlicher Hilfe (Gutscheine, Naturalien, Zahlungen an Dritte) (§ 16 SHG, 18 SHV) Ausnahmsweise werden Schulden übernommen, wenn damit einer bestehenden oder drohenden Notlage zweckmässig begegnet werden kann (§ 22 SHV).

Quelle: Inventar 2002

Mit Ausnahme von Genf und St. Gallen werden die Beratungs-, Betreuungs- und Vermittlungsleistungen in allen Kantonen unter dem Begriff ‚persönliche Hilfe‘ zusammengefasst. Es handelt sich dabei um die klassischen sozialarbeiterischen Interventionen, die in der Sozialhilfe je nach individueller Situation der Hilfeempfänger/-innen angewendet werden können. Die von der Sozialhilfe selber wahrgenommenen Aktivitäten hängen auch von der Organisation der Sozialhilfe in einem Kanton ab sowie von der generellen Ausgestaltung des Hilfsangebots für Personen mit sozialen und/oder persönlichen Schwierigkeiten.

Interessant ist die Erwähnung in den Kantonen Aargau, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich von ausnahmsweiser Übernahme von Schulden und jene von ausstehenden Mieten im Kanton Solothurn. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass andere Kantone ebenfalls solche Hilfe leisten, ohne diese spezifisch in ihren Erlassen zu erwähnen.

Leistungen der ‚aktivierenden‘ Sozialhilfe

Acht kantonale Sozialhilfeeerlasse charakterisieren sich durch die Erwähnung von Massnahmen zur beruflichen und/oder sozialen Eingliederung bzw. Integration (vgl. hierzu auch Kapitel 2.3 Arbeitslosenhilfe). Es handelt sich dabei um die Kantone Bern, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Freiburg, Jura, Neuenburg Tessin¹⁴⁸ und Wallis. Sämtliche Kantone haben ihre Sozialhilfegesetzgebung

¹⁴⁸ Für den Kanton Tessin war der erste Kanton, der Integrationsmassnahmen auf Gesetzesstufe eingeführt hat.

seit Mitte der 90er Jahre revidiert. In den Erlassen des Kantons Thurgau wird die Möglichkeit der Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen für ausgesteuerte Arbeitslose erwähnt.

Die Kantone Genf und Waadt haben für dieselbe Anspruchsgruppe eigene, der Sozialhilfe vorgelagerte Gesetze geschaffen – die sogenannten Eingliederungseinkommen – in denen die Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration geregelt sind. Diese Eingliederungseinkommen werden im Kapitel *Arbeitslosenhilfe* (2.3) behandelt.

Die Massnahmen im Bereich der Integration und Eingliederung werden in den meisten der zehn erwähnten Kantone als eigenständige Leistungen betrachtet. Ausnahmen bilden diesbezüglich die Kantone Basel-Landschaft und Thurgau, die die entsprechenden Leistungen explizit als eine ‚materielle Unterstützung oder Hilfe‘, im Gegensatz zur ‚(unentgeltlichen) Beratung‘ betrachten.

Die in den einzelnen Kantonen unterschiedliche Terminologie zur Bezeichnung von Eingliederungs- und Integrationsmassnahmen könnte als Hinweis auf die geographisch unterschiedliche Konkretisierung und Handhabung solcher Massnahmen interpretiert werden. Ob dies in der Praxis der Fall ist, kann hier nicht beurteilt werden. Es muss ausserdem beachtet werden, dass die Eingliederungs- bzw. Integrationsmassnahmen in der Sozialhilfe nicht isoliert betrachtet werden dürfen, wenn im selben Kanton auch noch Arbeitslosenhilfen existieren. In solchen Fällen steht nämlich die Zuständigkeit für die berufliche Eingliederung in erster Linie in der Kompetenz der Arbeitslosenhilfe. Von den Kantonen, die im Rahmen der Sozialhilfe Integrations- bzw. Eingliederungsmassnahmen anbieten, kennen die Kantone Jura, Neuenburg und Tessin auch noch Arbeitslosenhilfe¹⁴⁹.

Im Sozialhilfegesetz des Kantons Bern ist als einziger Kanton von ‚beruflichen und sozialen Integrationsmassnahmen‘ die Rede. Es handelt sich dabei um eine sehr offene Formulierung. Dies könnte dahingehend interpretiert werden, dass der Gedanke der Integration in diesem Kanton nicht zwingend an Arbeit geknüpft ist, denn der sozialen Integration kommt zumindest semantisch eine mindestens so grosse Bedeutung zu.

¹⁴⁹ Die Kantone Schaffhausen, Uri und Zug kennen zwar eine Arbeitslosenhilfe, aber keine im Gesetz verankerten Eingliederungs- bzw. Integrationsmassnahmen in der Sozialhilfe.

Demgegenüber bieten die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Tessin ‚berufliche und soziale Eingliederungsmassnahmen‘ (*misure di inserimento sociale e professionale*) an. Unter Eingliederung wird langläufig die Eingliederung in den Arbeitsmarkt verstanden. Soziale Eingliederung könnte die Eingliederung in den ergänzenden Arbeitsmarkt¹⁵⁰ suggerieren oder ganz allgemein den Gedanken der gesellschaftlichen Integration meinen. Der Kanton Freiburg spricht von ‚Massnahmen zur sozialen Eingliederung‘, während die Kantone Jura und Neuenburg von ‚Eingliederungsprogrammen‘ (*programmes d’insertion*) und der Kanton Wallis von ‚sozialen Eingliederungsverträgen‘ sprechen. Während die Formulierungen der Kantone Neuenburg und Freiburg sehr neutral gehalten sind, obschon auf den Programmcharakter solcher Massnahmen insistiert wird, unterstreicht der Kanton Wallis das vertragliche Element und somit den verbindlichen Charakter von Eingliederungsmassnahmen. Sowohl der letzt genannte Kanton als auch der Kanton Freiburg verzichten auf die Dimension ‚berufliche‘ Eingliederung¹⁵¹. Die sozialen Eingliederungsmassnahmen verfolgen nicht primär das Ziel der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, obschon sie eine Etappe auf dem Weg dahin darstellen können. Schliesslich hat der Kanton Thurgau eine unverbindliche Formulierung gewählt, indem er im Gesetz den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, ausgesteuerten Arbeitslosen Beschäftigungsprogramme anzubieten.

Die Idee der sozialen und beruflichen Eingliederung als von Staat und Sozialhilfeempfänger/-innen gemeinsam zu erreichendes Ziel kommt im Sozialhilfegesetz des Kantons Basel-Stadt deutlich zum Ausdruck. In diesem Kanton verpflichtet sich die Sozialhilfe, Angebote, die dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration dienen, zu vermitteln und den Zugang zu diesen Angeboten zu ermöglichen (§ 2 SHG). Im Kanton Tessin haben Sozialhilfebezüger/-innen ein Recht auf soziale und berufliche Eingliederungsmassnahmen (Art. 31a LSAS).

¹⁵⁰ Das Sozialdepartement der Stadt Zürich definiert den ergänzenden Arbeitsmarkt wie folgt: „Der ergänzende Arbeitsmarkt ist ein ‚Marktplatz‘ für alle örtlichen, gemeinnützigen und privaten Angebote für und die Nachfrage nach bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten mit dem Zweck der beruflichen Integration mit persönlicher Betreuung oder mit dem Zweck einer sozialen Integration.“ (Pederagnana Maurice, Leibundgut Urs, 1997:9).

¹⁵¹ Im Kanton Freiburg war die berufliche Eingliederung bis zu ihrer Abschaffung in der kantonalen Arbeitslosenhilfe geregelt.

Tabelle 60: 2: Leistungen der ‚aktivierenden‘ Sozialhilfe

Kanton	Persönliche Hilfe	Wirtschaftliche Hilfe	Integrations-/Eingliederungsmassnahmen
BE	Persönliche Hilfe: Beratung und Betreuung (Art. 22 SHG)	Wirtschaftliche Hilfe: Geldleistung (Barauszahlung, Post- oder Banküberweisung, Begleichung von anfallenden Rechnungen, Vergütung der Kosten von institutionellen Leistungen, Bevorschussungen von ausstehenden Drittleistungen), ausnahmsweise Sachleistungen, Kostengutsprachen oder Abgabe von Gutscheinen (Art. 32 SHG)	Berufliche und soziale Integrationsmassnahmen: berufliche Qualifizierungsmassnahmen, Integrationshilfen in den Arbeitsmarkt, Beschäftigungsprogramme, Familienarbeit, Therapie. Sämtliche individuelle Hilfe wird auf der Basis einer Zielvereinbarung gewährt (Art. 27 SHG).
BL	Unentgeltliche Beratung (§ 4 SHG)	Materielle Unterstützung: periodische Geldleistung, für Personen in Notlagen können rückzahlungspflichtige Überbrückungshilfen gewährt werden, sofern innerhalb eines Jahres das Ende der Notlage sowie die Rückzahlung absehbar sind (§ 15 SHG)	Berufliche und soziale Eingliederungsmassnahmen: zweckgerichtete Arten von Tätigkeiten, Schulungen, Weiterbildungen. Die Massnahmen sind auf bereits erfolgte Eingliederungsmassnahmen abzustimmen, auf die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Aufgaben auszurichten und haben die Verbesserung der Geschlechtervertretung in den verschiedenen Funktionen zu fördern (§ 16 SHG). Die Gemeinde schliesst mit der unterstützungsberechtigten Person einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Nutzung eines Angebots ab (§ 18 SHG)
BS	Persönliche Hilfe: Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit oder Zuweisung an zuständige Fachstellen (§ 7 SHG)	Wirtschaftliche Hilfe: Periodische Geldleistung, in Ausnahmefällen Ausstellung von Gutscheinen oder Sachleistungen (§ 10 SHG)	Berufliche und soziale Eingliederungsmassnahmen: zweckgerichtete Arten von Tätigkeiten, Schulungen, Praktika, Weiterbildungen. Die Angebote sind auf die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Aufgaben auszurichten (§ 13 SHG)
FR	Persönliche Hilfe (Art. 4 LASoc)	Materielle Hilfe: Geldleistung, Naturalleistung, sozialer Eingliederungsvertrag (Art. 4 LASoc).	Soziale Eingliederungsmassnahmen: Massnahme zur (Wieder)erlangung oder Entwicklung der Autonomie und sozialen Eingliederung. Mit der bedürftigen Person kann ein individueller, sozialer Eingliederungsvertrag abgeschlossen werden, in dem die Massnahme zur sozialen Eingliederung definiert wird und als Gegenleistung anerkannt wird (Art. 4, 4a LASoc)
JU	Persönliche Hilfe: Anhörung, Information, Beratung, Unterstützung in gewissen Belangen, Vermittlung an weitere	Materielle Hilfe: Geld- oder Naturalleistungen, Übernahme von Garantien, Beteiligung an den Kosten für Fremdplatze-	Eingliederungsprogramme: Massnahmen zur (Wieder-)Erlangung oder Entwicklung der Arbeitsfähigkeit und sozia-

Kanton	Persönliche Hilfe	Wirtschaftliche Hilfe	Integrations-/Eingliederungsmassnahmen
	Institutionen (Art. 24 LASo)	rung oder in stationären Einrichtungen, Pflege, Krankheitsbehandlungskosten, Zahnarztkosten (Art. 26 LASo)	len Autonomie, Tätigkeiten in öffentlichen oder gemeinnützigen Institutionen, Tätigkeiten oder Praktika in Unternehmen, spezifische Projekte, die von den Sozialhilfebezüglern vorgeschlagen werden. Es wird ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen der Sozialbehörde und dem Sozialhilfebezüglern für die Teilnahme an einem Eingliederungsprojekt abgeschlossen (Art. 15-18 LASo)
NE	Persönliche Hilfe: Anhörung, Information, Beratung, Vermittlung an andere Institutionen (art. 4 LASoc)	Materielle Hilfe: Geldleistungen, Naturalleistungen (art. 4 LASoc)	Eingliederungsprogramme: Aktivitäts-, Beschäftigungs- und Bildungsprogramme, Praktika: Massnahmen zur (Wieder-)Erlangung oder Entwicklung der Arbeitsfähigkeit und sozialen Autonomie. Die Tätigkeiten können in öffentlichen oder gemeinnützigen Institutionen, als Praktika in Unternehmen oder als Berufsbildungspraktika absolviert werden. Projekte, die von den Sozialhilfebezüglern selber vorgeschlagen werden. Für die Beteiligung an einem Eingliederungsprogramm wird ein Vertrag zwischen Sozialbehörde und Sozialhilfebezüglern/-in abgeschlossen (art. 55 LASoc)
TG	Beratung: Spezialberatungen von Familien und Alleinstehenden, Vermittlung von Familien-, Heim und Klinikplätzen, Vermittlung von Lehr- und Arbeitsstellen in Zusammenarbeit mit Berufsberatung und Arbeitsamt, Durchführung von Schuldensanierungen und freiwilliger Einkommens- und Vermögensverwaltungen, Besorgung von Unterkunft, Geltendmachung von finanziellen Ansprüchen (§ 1 SHV).	Materielle Hilfe: Bargeld, Gutscheine, Naturalien, Bezahlung von Rechnungen, Kostengutsprachen, Gewährung von Darlehen bei vorübergehender Notlage (§ 3 SHV).	Beschäftigungsprogramme für ausgesteuerte Arbeitslose: Gemeinden können Beschäftigungsprogramme anbieten. Kostenübernahme für die Teilnahme gilt als materielle Hilfe (§ 8a SHG)
TI	Moralische Unterstützung, wenn der Zustand der Person dies erfordert (art. 18 LSAS).	Wirtschaftliche Hilfe: Lebensunterhalt, Kleidung, Unterkunft, weitere unerlässliche materielle Elemente, medizinische Grundversorgung, zahnärztliche Versorgung, Beitrag an die Krankenversicherungsprämie, Sozialversicherungsbeiträge, spezifische Leistungen. Kinder und Jugendliche haben Anrecht auf eine Schul- und Berufsausbildung. Mütter haben das Recht, sich persönlich um die Erziehung ihrer	Soziale und berufliche Eingliederungsmassnahmen Wird innerhalb von drei Monaten ab der Genehmigung der Fürsorgeleistungen der Anspruch auf die sozialen und beruflichen Eingliederungsmassnahmen geltend gemacht, wird mit den Empfängern und Empfängerinnen ein Eingliederungsvertrag geschlossen. Das Eingliederungsprojekt, das zusammen mit den Empfängern und Empfängerinnen

Kanton	Persönliche Hilfe	Wirtschaftliche Hilfe	Integrations-/Eingliederungsmassnahmen
		Kinder zu kümmern. Für ältere Menschen wird eine angemessene geriatrische Unterstützung zur Verfügung gestellt (Art. 19, LSAS).	festgelegt wird, kann folgendermassen umgesetzt werden: a) Gemeinnützige Tätigkeit in einer Verwaltung oder in einer Einrichtung ohne Erwerbscharakter; b) Tätigkeit oder Praktikum zur beruflichen Eingliederung mittels Verträgen mit Unternehmen und Berufsverbänden; c) Ausbildungen mit dem Ziel, eine berufliche Qualifikation zu erwerben oder zu verbessern; d) Tätigkeiten, mit denen eine Arbeitsfähigkeit wiedererlangt werden soll; e) Tätigkeiten, mit denen die soziale Unabhängigkeit wiedererlangt oder entwickelt werden soll (Art. 31a, 31b, LSAS)
VS	Immaterielle Hilfe: Beratung, Betreuung Unterstützung durch Personal der sozialmedizinischen Zentren oder andere öffentliche oder private Institutionen (Art. 9 LIAS)	Materielle Hilfe: Geldleistungen oder Naturalleistungen (Art. 10 LIAS)	Eingliederungsverträge: Gemeinde und Sozialhilfebezüger/-in können einen Eingliederungsvertrag abschliessen. Damit verpflichtet sich die Person, an einer gemeinnützigen Tätigkeit teilzunehmen, eine Weiterbildung zu befolgen oder eine berufliche Integration anzustreben. Ausserdem kann der Vertrag sämtliche weiteren Massnahmen zur Wiedererlangung der Autonomie enthalten (Art. 11 LIAS).

Quelle: Inventar 2002

Die Kantone, mit einer aktivierenden Sozialhilfe bieten nicht nur Integrations- und/oder Eingliederungsmassnahmen an, sondern stellen weitere Kriterien auf, denen die Sozialhilfe gerecht werden muss.

So fordert der Kanton Bern in seinem Sozialhilfegesetz beispielsweise, dass die Sozialhilfe den Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männer beachtet (Art. 7 SHG). In den Kantonen Basel-Stadt (§ 13 SHG) und Basel-Landschaft (§ 16 SHG) sollen die beruflichen und sozialen Massnahmen zur Eingliederung auf die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Aufgaben ausgerichtet sein.

Schliesslich erlässt der Kanton Bern in seinem Gesetz allgemeine Qualitätskriterien in Bezug auf die Leistungsangebote der Sozialhilfe: Diese müssen allge-

mein zugänglich, qualitativ angemessen und wirkungsorientiert sein und regelmässig auf das Erreichen der Ziele und auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis hin überprüft werden (Art. 5 SHG).

4.1.2.5 Leistungshöhe und maximale Bezugsdauer

Nachfolgend wird die Leistungshöhe für bedürftige Personen bzw. Haushalte beschrieben. Die finanzielle Sozialhilfe entspricht in sämtlichen Kantonen dem Differenzbetrag zwischen der Summe der Einkünfte (inklusive Vermögen) der hilfesuchenden Person bzw. des hilfesuchenden Haushalts und dem als soziales Existenzminimum festgelegten Betrag¹⁵². Es gibt weder Maximal- noch Minimalbeträge. Die Gewährung der Leistung ist zeitlich nicht beschränkt. In der Regel wird ein Haushalt solange unterstützt, bis seine Mitglieder (wieder) in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern. Eine vollständige Ablösung der Sozialhilfe soll erst erfolgen, wenn die Verhältnisse gefestigt sind und davon ausgegangen werden kann, dass zukünftigen Notlagen vorgebeugt werden konnte. In den meisten Kantonen wird wirtschaftliche Hilfe nur für die laufenden Bedürfnisse gewährt¹⁵³.

Tabelle 61: Leistungshöhe

Kanton	Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe
AG	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien mit Abweichungen. Kürzung des Grundbedarfs um 5% maximal mögliche Kürzung bis 30%. Für die Beträge des Grundbedarfs II gilt eine Bandbreite zwischen Minimum und Mittelwert. Der Grundbedarf II wird von der Gemeinde generell festgelegt. Ausnahmen von den SKOS-Richtlinien bezüglich Benutzung eines Autos ¹⁵⁴ , Finanzierung der Kosten für Urlaubs- oder Erholungsaufenthalte, 13. Monatslohn, Gratifikationen und einmalige Zulagen (§ 12 SHV).

¹⁵² Fixe Beträge werden einzig für Personen in stationären Einrichtungen ausgerichtet. Die SKOS empfiehlt diesbezüglich die Anwendung einer Pauschale in Form einer vorgegebenen Bandbreite. Für die übrigen Sozialhilfebezüger/-innen wird die Leistungshöhe durch den Lebensbedarf in Form eines je nach Haushaltsgrosse anders festgelegten Grundbedarfs I und des Grundbedarfs II (fixer Betrag zur Ausgleiche der regionalen Unterschiede: Minimum, Mittelwert oder Maximum) für den Lebensunterhalt sowie evt. zusätzlichen, situationsbedingten Leistungen definiert.

¹⁵³ In den Sozialhilfegesetzen der Kantone Bern (Art. 30 SHG), Schwyz (§ 7 SHV), Basel-Stadt (§ 7 SHG), und Basel-Landschaft (§ 6 SHG) wird ausdrücklich erwähnt, dass Unterstützungen in der Regel nicht für Schuldensanierungen gewährt werden. Abweichende Regelungen gelten diesbezüglich wie wir es bereits gesehen haben, in den Kantonen Aargau, Glarus, St. Gallen, Schaffhausen, Solothurn und Zürich. In diesen Kantonen können Schulden berücksichtigt werden, wenn dadurch eine drohende Notlage behoben oder vermieden werden kann.

¹⁵⁴ Ähnliche Regelung wie in Solothurn.

Kanton	Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe
AI	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
BE	<p>Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien (Art. 8 SHV).</p> <p>Der darin vorgesehene Grundbedarf II wird im Minimalwert bemessen (Art. 8 SHV).</p> <p>Erbringt die bedürftige Person die mit dem Sozialdienst vereinbarte Eigenleistung im Rahmen einer Massnahme zur beruflichen oder sozialen Integration, ist dies bei der Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe zu berücksichtigen (Art. 35 SHG).</p> <p>Bei einer laufenden Einkommenspfändung wird die wirtschaftliche Hilfe nach dem betriebsrechtlichen Existenzminimum bemessen, sofern dieses unter dem Ansatz der SKOS-Richtlinien liegt (Art. 9, SHV).</p> <p>Im Gesetz werden Rahmenbedingungen formuliert für die Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe¹⁵⁵.</p>
BL	<p>Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien.</p> <p>Grundbedarf I und II sind in einem Betrag festgelegt und beziehen sich auf die von der SKOS im Jahr 2000 empfohlenen Beträge¹⁵⁶. Der Grundbedarf II wird im Mittelwert bemessen. Ausnahme bezüglich Besitz und Unterhalt eines Autos¹⁵⁷ (§ 6 SHG).</p> <p>Spezifische Regelungen gelten für das Mass der Unterstützung von Personen in einem Heim, einer Klinik oder in einer ähnlichen Einrichtung¹⁵⁸.</p> <p>Bei Personen ohne Unterstützungswohnsitz im Kanton oder ohne Aufenthaltsstatus richtet sich das Mass der Unterstützungen an die Aufwendungen für den Grundbedarf nach deren aktuellen Bedürfnissen, die eine menschenwürdige Existenz sicherstellen (§ 10 SHV).</p> <p>Unterstützungsberechtigte Personen, die von Angeboten zur beruflichen oder sozialen Integration Gebrauch machen, kann ein zusätzlicher Beitrag ausgerichtet werden. Massgeblich sind die SKOS-Richtlinien (§ 17 SHG).</p>
BS	<p>Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien</p> <p>Das zuständige Departement regelt nach Rücksprache mit den Gemeinden das Mass der wirtschaftlichen Hilfe. Es orientiert sich dabei an den SKOS-Richtlinien (§ 7 SHG).</p> <p>Der Grundbedarf II wird durch einen Einkommensfreibetrag ersetzt. Für nicht Arbeitsuchende gilt der Mittelwert.</p>
FR	<p>Regierungsratsbeschluss</p> <p>Vorgängig werden die Sozialkommissionen und die interessierten Kreise konsultiert (Art. 22a LASoc).</p> <p>Während der Dauer eines Eingliederungsvertrags wird die Hilfe in der Höhe der vom Regierungsrat festgelegten Beträge plus 100 Franken als Anreiz gewährt (Art. 22a LASoc).</p>

¹⁵⁵ Folgende Rahmenbedingungen werden formuliert:

Gleichbehandlung aller Empfängerinnen und Empfänger der Hilfe unter Berücksichtigung der regionalen Unterschiede;

Beachtung fachlicher Grundsätze;

Schaffung von Anreizsystemen, welche die Empfängerinnen und Empfänger der Hilfe zur Selbständigkeit und Integration, insbesondere zur Aufnahme einer Arbeit führen;

Anwendung der für den Kanton und die Gemeinden langfristig kostengünstigsten Variante (§ Art. 31 SHG).

¹⁵⁶ Das Mass der Unterstützungen an die Aufwendungen für den Grundbedarf beträgt monatlich bei einem Haushalt mit:

- 1 Person: 1'100 Fr.
- zwei Personen: 1'700 Fr.
- drei Personen: 2'070 Fr.
- vier Personen: 2'375 Fr.
- fünf Personen: 2'660 Fr.
- sechs Personen: 2'940 Fr.
- sieben Personen: 3'225 Fr.
- mit mehr Personen: monatlich zusätzlich 280 Fr. pro weitere Person.

Bei einem Haushalt mit mehr als zwei Personen über 16 Jahren erhöhen sich die Beträge um 200 Fr. für jede weitere Person zwischen 16 und 20 Jahren (§ 9 SHV).

¹⁵⁷ Ähnliche Regelungen wie in Solothurn.

¹⁵⁸ Das Gesetz macht Angaben bezüglich der Höhe der Unterstützung für Personen in stationären Einrichtungen. Diese beträgt höchstens 360 Franken pro Monat (§ 10 SHV).

Kanton	Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe
GE	Jährlich erlassene Weisungen des Departements Diese beziehen sich auf die interkantonalen Richtlinien (Art. 4 LAP).
GL	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien Grundbedarf II ist das Minimum. Über Ausnahmen entscheidet die Fürsorgedirektion (Art. 23 SHG).
GR	Die zuständige Sozialhilfebehörde bestimmt die Art und das Mass der Unterstützung nach dem ausgewiesenen Bedarf unter Würdigung der örtlichen und persönlichen Verhältnisse (Art. 2 UG)
JU	Regierungsratsbeschluss (Art. 27 LASo). Wenn jemand an einem Eingliederungsprogramm teilnimmt, werden die Unkosten für die Teilnahme vergütet. Die materielle Hilfe beträgt für die Dauer der Teilnahme am Programm mindestens die Höchstleistungen, die er ohne Teilnahme erhalten würde. Ausserdem wird ihm als Anreiz ein zusätzlicher, von der Regierung festgelegter Betrag gewährt (Art. 31 OAS)
LU	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien (§ 30 SHG). Der Grundbedarf II weicht von den SKOS-Richtlinien ab und beträgt pro Monat für eine Haushaltsgrösse von: 1 Person Fr. 80.- 2 Personen Fr. 125.- 3 Personen Fr. 150.- mehr als 3 Personen: Fr. 170.- (§ 13a SHV).
NE	Regierungsratsbeschluss (Art. 38 LASoc). Während der Dauer eines Eingliederungsprojekts werden die vom Regierungsrat festgelegten Beträge gewährt, die mindestens so hoch sind, wie die Höchstbeträge der Sozialhilfe. Sie schliessen gegebenenfalls die Bezahlung für die ausgeführte Tätigkeit ein (Art. 56 LASoc).
NW	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien (§ 10 SHV). Der Grundbetrag II wird als Minimalwert bemessen.
OW	Die wirtschaftliche Hilfe hat einen den persönlichen Bedürfnissen angemessenen Lebensunterhalt zu ermöglichen und soll das soziale Existenzminimum gewähren (Art. 13 SHG)
SG	Finanzielle Sozialhilfe wird so bemessen, dass die hilfebedürftige Person die laufenden Bedürfnisse für den Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln decken kann (Art. 11 SHG).
SH	Die materielle Hilfe erstreckt sich auf die menschenwürdige Existenzsicherung von Hilfsbedürftigen sowie auf materielle Leistungen, die dem Ziel wirtschaftlicher und persönlicher Selbständigkeit der Betroffenen dienen (Art. 22 SHG).
SO	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien mit Abweichungen: - Kürzung des Grundbedarfs I um 10%. Die festgelegten Werte gelten als Maximalwerte. - Für den Grundbedarf II gilt der Mittelwert als Maximalsatz. - Spezifische Regelungen über Eigentum, Besitz und Benutzung eines Autos ¹⁵⁹ (§ 4 SHV)
SZ	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien (§ 5 SHV). Der Grundbetrag II wird dabei je nach Gemeinde als Minimum oder als Mittelwert bemessen (§ 7 SHV).
TG	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien Der Grundbedarf II wird im Minimalwert bemessen. In Abweichung dazu können die Pauschale für Verkehrsmittel und Transporte sowie der monatliche Zuschlag ab der dritten Person über 16 Jahren individuell ausgerichtet werden (§ 2a SHV). Teilnehmende an Beschäftigungsprogrammen erhalten als Gegenleistung wirtschaftliche Hilfe aufgrund ihres individuellen Bedarfs. Diese gilt als Unterstützung im Sinne des ZUG. Erhalten die Teilnehmenden einen Lohn, für den Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten sind, gelten sowohl die Lohn- wie die Teilnahmekosten nicht als Unterstützung im Sinne des ZUG (§ 6b SHV).

¹⁵⁹ Wer ein Auto nicht aus gesundheitlichen oder beruflichen Gründen zu Eigentum hat, besitzt oder benutzt, dem werden die Sozialhilfeleistungen um den Wert der Aufwendungen (Vermögenswert und Betriebskosten) gekürzt. Wird ein Auto von Verwandten oder bekannten Personen zur Verfügung gestellt, wird der Wert dieser Naturalleistung als Einnahme berechnet. Um den anrechenbaren Wert zu berechnen, gelten in beiden Fällen allgemein anerkannte Tatsachen (§ 4 SHV).

Kanton	Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe
TI	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien Die SKOS-Richtlinien sind in Departementsrichtlinien verankert.
UR	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien mit Abweichungen (Art. 28 SHG). Als Grundbetrag I gelten 90% der von der SKOS empfohlenen Beiträge. Der Grundbetrag II wird als Minimum bis höchstens Fr. 100.- bemessen.
VD	Jährliche Richtlinien des Gesundheits- und Sozialdepartements (Art. 10 RLPAS). Die kommunalen Vollzugsorgane beziehen sich auf die Richtlinien des Departements und müssen bei allfälligen Abweichungen eine Bewilligung einholen (Art. 12 RPAS)
VS	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien (Art. 5 RLIAS). Die Beträge, die für Personen in Eingliederungsprogrammen geleistet werden, entsprechen der wirtschaftlichen Hilfe gemäss SKOS erhöht durch einen ausserordentlichen Betrag, der in Form einer Weisung des Departements festgelegt wird (Art. 9 RLIAS)
ZG	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien. Beim Grundbedarf II wird der mittlere Ansatz verwendet (Art. 9 SHV). Der Regierungsrat regelt die Voraussetzungen und den Umfang der Unterstützung (§ 29 SHG).
ZH	Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien. Begründete Abweichungen bleiben im Einzelfall vorbehalten (§ 17 SHV)

Quelle: Inventar 2002

13 Kantone (AG, BE, BL, BS, GL, LU, NW, SO, SZ, TG, VS, ZG, ZH, TI) beziehen sich für die Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe auf Gesetzesebene explizit auf die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Die Kantone Aargau, Solothurn und Uri definieren jedoch im Gesetz gewisse Abweichungen bezüglich der Höhe des von der SKOS festgelegten Grundbedarfs für den Lebensunterhalt. Die Kantone Freiburg, Neuenburg und Jura regeln die Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe in einem Regierungsratsbeschluss. Darin beziehen sich die drei Kantone ebenfalls auf die SKOS-Richtlinien. Es ist jedoch zu bemerken, dass diese Regelungsebene weit weniger verbindlich ist als die eigentliche Gesetzesebene, da eine Änderung eines Regierungsratsbeschlusses nicht vor das Parlament muss. In den Kantonen Waadt und Genf werden jährlich von den zuständigen Departementen eigene Richtlinien erlassen. Die Kantone Graubünden, Obwalden, St. Gallen und Schaffhausen wählen in ihren gesetzlichen Grundlagen sehr allgemein gehaltene Formulierungen ohne den geringsten Verbindlichkeitscharakter. In diesen Kantonen muss die wirtschaftliche Hilfe so bemessen sein, dass die hilfebedürftige Person die laufenden Bedürfnisse für den Lebensbedarf aus eigenen Mitteln decken kann. Und der Kanton Appenzell Innerrhoden verzichtet gemäss Angaben im Inventar gar auf jegliche Umschreibung der Berechnung der Sozialhilfe auf Gesetzesebene.

Nur in vier kantonalen Sozialhilfegesetzen werden Aussagen bezüglich Teuerungsanpassung der wirtschaftlichen Hilfe gemacht. Im Kanton Solothurn passt

der Regierungsrat die Richtsätze für die Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe periodisch der Teuerung an (§ 30 SHG). Eine ähnliche Regelung sieht der Kanton Tessin vor, wobei hier jährliche Teuerungsanpassungen durch das zuständige Departement vorgesehen sind. Als Referenz gelten die Lebenshaltungskosten und die Entwicklung der sozialen Bedingungen (Art. 22 RALAS). Der Kanton Genf bezieht sich für die Anpassung an die Teuerung auf die vom Bundesrat beschlossene Teuerungsanpassung für die Ergänzungsleistungen zur Alters- und Invalidenversicherung (Art. 4 LAP). Schliesslich übernimmt der Kanton Zug die Teuerungsanpassung gemäss SKOS.

4.1.2.6 Spezifische Regelungen: Auflagen, Weisungen, Rückerstattungspflicht

Die Gewährung der Sozialhilfe ist in sämtlichen Kantonen mit einer Reihe von Auflagen und Weisungen verbunden, die von den Unterstützten befolgt werden müssen. Das Nichtbeachten der Auflagen und Weisungen kann zu Sanktionen führen, die von der Kürzung über die Verweigerung bis zur Einstellung der Hilfe reichen können.

Im Folgenden wird zuerst auf diese Auflagen und Weisungen in den einzelnen Kantonen sowie auf die jeweils vorgesehenen Sanktionen bei Nichtbeachtung seitens der unterstützten Person eingegangen.

Auflagen und Weisungen, die sich an die Leistungsempfänger/-innen richten, beziehen sich in der Regel auf die zweckmässige Verwendung der Leistungen und sollen dazu dienen, die Lage der Hilfebedürftigen und ihrer Familienangehörigen zu verbessern.

Tabelle 62: Auflagen/Weisungen und Sanktionen

Kanton	Auflagen/Weisungen	Sanktionen
AG	<p>Möglichkeit, die Unterstützungsleistung mit Auflagen und Weisungen zu verbinden, betreffend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - zweckmässige Verwendung der wirtschaftlichen Hilfe - Aufnahme einer zumutbaren Arbeit - Andere Verhaltensregeln, die nach den Umständen angebracht erscheinen - Kontrolle des Konsums von Alkohol und anderen Suchtmitteln (§ 14 SHV). 	<p>Möglichkeit der Kürzung oder Verweigerung der materiellen Hilfe bei Nichtbefolgung von unter Androhung der Folgen der Missachtung erlassenen Auflagen und Weisungen (§ 15 SHV).</p>

Kanton	Auflagen/Weisungen	Sanktionen
	Verpflichtung zur Abtretung an die Sozialbehörde laufender Forderungen gegenüber Dritten (§ 11 SHV).	
AI	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
AR	Verpflichtung zur <ul style="list-style-type: none"> - Annahme jeder zumutbaren Erwerbstätigkeit - Beitragung nach Kräften zur Behebung der Bedürftigkeit (Art. 11 FG). Wer durch sein Verhalten sich oder seine Familie in Gefahr eines Notstandes oder der Verarmung aussetzt oder bereits unterstützt werden musste, ist vor die Fürsorgekommission zu laden und zu verwarnen. Die Fürsorgekommission kann Weisungen erteilen und Gefährdete der Betreuung durch Spezialstellen zuweisen (Art. 12 FG).	Wer sich den Anordnungen der Fürsorgekommission verschliesst oder sich den von der zuständigen Stelle erteilten Weisungen widersetzt, wird der Vormundschaftsbehörde zur Durchführung geeigneter Massnahmen gemeldet (Art. 13 FG).
BE	Verpflichtung zur: <ul style="list-style-type: none"> - Annahme einer zumutbaren¹⁶⁰ Arbeit oder Teilnahme an einer geeigneten Integrationsmassnahme (Art. 28 SHG) 	Kürzung der wirtschaftlichen Hilfe bei Pflichtverletzungen wobei in leichten, begründeten Fällen davon abgesehen werden kann. Die Leistungskürzung muss dem Fehlverhalten der bedürftigen Person angemessen sein, darf nur die fehlbare Person treffen und den absolut nötigen Existenzbedarf nicht berühren (Art. 36 SHG).
BL	Verpflichtung zu: <ul style="list-style-type: none"> - aktiver Nutzung und Unterstützung aller Massnahmen, die der Erreichung und Erhaltung der Selbständigkeit dienen, - Geltendmachung aller zustehenden gesetzlichen oder vertraglichen Ansprüche - Bemühung um den Erhalt einer Arbeitsstelle - Bemühung um eine Erwerbstätigkeit und Annahme einer angebotenen Arbeitsstelle, sofern nicht schwerwiegende Gründe entgegenstehen - Abtretung an das Gemeinwesen der zustehenden Forderungen (§ 11 SHG). Hilfe kann zudem auch mit Gegenleistungen verknüpft werden (§ 4 SHG).	Angemessene Kürzung der Unterstützung bei schuldhafter Pflichtverletzung (§ 11 SHG). Die Kürzung darf maximal einen Viertel des Masses des Grundbedarfs betragen (§ 18 SHV).
BS	Möglichkeit , die Unterstützungsleistung mit Auflagen und Weisungen zu verbinden (§ 14 SHG). Verpflichtung zur: <ul style="list-style-type: none"> - Bemühung um Arbeit - Annahme einer angebotenen Beschäftigung, sofern nicht schwerwiegende Gründe entgegenstehen (§ 14 	Kürzung der wirtschaftlichen Hilfe bei Pflichtverletzung (bezüglich Auflagen und Weisungen sowie Arbeitsbemühung und Annahme einer Beschäftigung), wobei die Deckung des unmittelbaren Lebensbedarfs gesichert bleiben muss (§ 14 SHG).

¹⁶⁰ Zumutbare Arbeit wird im Gesetz definiert: „Zumutbar ist eine Arbeit, die dem Alter, dem Gesundheitszustand, den persönlichen Verhältnissen und den Fähigkeiten der bedürftigen Person angemessen ist (§ 28 SHG).

Kanton	Auflagen/Weisungen	Sanktionen
	SHG). Möglichkeit der Verpflichtung zur Abtretung an die Sozialhilfe von Ansprüchen gegenüber Dritten (Art. 12 SHG). Ansprüche basierend auf bevorschussten Versicherungsleistungen gehen an die Sozialbehörde über (§ 12 SHG).	
FR	Möglichkeit der Verpflichtung zur: - Einhaltung des Eingliederungsvertrags wenn dieser in Übereinstimmung ist mit den Fähigkeiten und Möglichkeiten der bedürftigen Person (Art. 4a LASoc)	Möglichkeit der Kürzung der materiellen Hilfe bis zum Minimum der vom Regierungsrat erlassenen Richtlinien für die Berechnung der finanziellen Hilfe, wenn die bedürftige Person ein soziales Eingliederungsprojekt verweigert (Art. 4a LASoc).
GE	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen.	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen.
GL	Möglichkeit , die Unterstützungsleistung mit Auflagen und Weisungen zu verbinden, bezüglich: - die richtige Verwendung der wirtschaftlichen Hilfe - über die Aufnahme einer Arbeit - andere Verhaltensregeln, die durch die Umstände geboten sind (Art. 28 SHG) Möglichkeit der Verpflichtung zur Abtretung an die Sozialbehörde von Ansprüchen gegenüber Dritten (Art. 26 SHG). Ansprüche basierend auf bevorschussten Versicherungsleistungen gehen an die Sozialbehörde über (Art. 26 SHG).	Möglichkeit der Kürzung von Unterstützungsleistungen bei Missachtung von Auflagen oder Weisungen und unter vorhergehender schriftlicher Androhung (Art. 28 SHG).
GR	Verpflichtung zur: - Folgeleistung der mit der Unterstützungsleistung verbundenen Auflagen der Sozialbehörde (Art. 4 UG).	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen.
JU	Möglichkeit der Verpflichtung zur: - Teilnahme an einem Integrationsprojekt, falls dieses den Fähigkeiten der bedürftigen Person entspricht und ihr erlaubt, ihre Arbeitsfähigkeit oder Autonomie wiederzufinden oder zu entwickeln und falls es ohne allzu grosse Schwierigkeiten realisiert werden kann (Art. 19 LASo). Verpflichtung zur: - Erteilung sämtlicher Auskünfte, die für die Berechnung der Leistung unerlässlich sind (Art. 35 OAS) - Abtretung von Ansprüchen gegenüber Dritten an die Sozialbehörde (Art. 26 SHG). -	Möglichkeit der Kürzung der materiellen Unterstützung bis auf das Minimum, falls die bedürftige Person ein Integrationsprojekt verweigert (Art. 20 LASo). Möglichkeit der Verweigerung sämtlicher Leistungen oder Streichung bereits existierender Leistungen bei Auskunftsverweigerung seitens der bedürftigen Person (Art. 35 OAS).
LU	Möglichkeit des Erlasses von Auflagen und Weisungen bezüglich: - zweckmässiger Verwendung der Leistungen	Möglichkeit der Kürzung der wirtschaftlichen Sozialhilfe in angemessenem Verhältnis zum Fehlverhalten oder Aufhebung der wirtschaftlichen Sozialhilfe bei Nichtbefolgen von Aufla-

Kanton	Auflagen/Weisungen	Sanktionen
	Verbesserung der Lage des Hilfebedürftigen und seiner Familienangehörigen (§ 29 SHG).	gen und Weisungen (§ 29 SHG).
NE	Möglichkeit der Verpflichtung zur: - Realisierung eines Eingliederungsprojekts. Es besteht jedoch kein Recht auf ein Eingliederungsprojekt (Art. 57 LASoc).	Möglichkeit der Kürzung der Unterstützung bis auf das Minimum bei Verweigerung eines Eingliederungsprojekts (Art. 57 LASoc).
NW	Möglichkeit des Erlasses von Auflagen und Weisungen bezüglich: - zweckmässiger Verwendung der Leistungen - Verbesserung der Lage des Hilfebedürftigen und seiner Familienangehörigen (Art. 34 SHG) Verpflichtung zur: - Unterzeichnung einer Abtretungserklärung im Falle von voraussichtlichen Versicherungsleistungen (§ 11 SHV).	Möglichkeit der Kürzung der direkten wirtschaftlichen Sozialhilfe bei Nichteinhalten zumutbarer Unterstützungsaufgaben (Art. 34 SHG).
OW	Verpflichtung zu: - einer zumutbaren Mitwirkung des/der Sozialhilfeempfängers/-in (Art. 14 SHG). Möglichkeit der Verpflichtung zur Abtretung an die Einwohnergemeinde von erheblichen, vermögensrechtlichen Ansprüchen gegenüber Dritten (Art. 10 SHV).	Möglichkeit der Einschränkung oder Einstellung der öffentlichen Sozialhilfe bei Ablehnung der zumutbaren Mitwirkung des/der Hilfeempfängers/-in (Art. 14 SHG).
SG	Verpflichtung zur: - Annahme einer den Fähigkeiten einer arbeitsfähigen Person entsprechenden Arbeit (Art. 12 SHG).	Verweigerung, Kürzung oder Einstellung der finanziellen Sozialhilfe , wenn die Hilfe suchende Person insbesondere: - keine oder unrichtige Auskünfte erteilt - verlangte Unterlagen nicht einreicht - Bedingungen und Auflagen missachtet - Ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit ablehnt (Art. 12 SHG).
SH	Möglichkeit , materielle Hilfe mit Auflagen oder Weisungen zu verbinden, bezüglich - richtige Verwendung der wirtschaftlichen Hilfe oder Aufnahme einer zumutbaren Arbeit - Andere Verhaltensregeln, die nach den Umständen angebracht erscheinen (Art. 24 SHG). Möglichkeit der Verpflichtung zur Abtretung an die Sozialhilfebehörde von bestehenden Ansprüchen gegenüber Dritten (Art. 26 SHG).	Möglichkeit der Kürzung der Unterstützungsleistungen unter Berücksichtigung der persönlichen Situation sowie der Grösse des Verschuldens um höchstens 30% bei Missachtung von Auflagen oder Weisungen und nach erfolgreicher schriftlicher Mahnung unter Androhung der Folgen (Art. 24 SHG).
SO	Möglichkeit , wirtschaftliche Hilfe mit Auflagen und Weisungen zu verbinden, insbesondere Verpflichtung, vermögensrechtliche Ansprüche gegenüber Dritten an die Sozialhilfeorgane abzutreten (§ 33 SHG).	Möglichkeit der Kürzung oder Streichung der Leistungen bei Missachtung von Auflagen und Weisungen und erfolgloser Verwarnung unter Androhung der Folgen (§ 19 SHG).
SZ	Möglichkeit , wirtschaftliche Hilfe an Auflagen und Weisungen zu knüpfen, insbesondere in Form von Bestimmungen über: - richtige Verwendung der wirtschaftli-	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen.

Kanton	Auflagen/Weisungen	Sanktionen
	<p>chen Hilfe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufnahme einer zumutbaren Arbeit - andere Verhaltensregeln, die nach den Umständen angebracht erscheinen (§ 9 SHV). <p>Möglichkeit der Verpflichtung zur Abtretung an die Fürsorgebehörde von erheblichen, vermögensrechtlichen Ansprüchen gegenüber Dritten (§ 8 SHV).</p>	
TG	<p>Möglichkeit, Unterstützung an Auflagen und Weisungen zu knüpfen(§ 6 SHV).</p> <p>Möglichkeit der Verpflichtung zur:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufnahme einer zumutbaren Arbeit auf dem freien Markt oder im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms (§ 8b SHG). 	<p>Kürzung oder Einstellung der Unterstützung bei Weigerung der Aufnahme einer zumutbaren Arbeit auf dem freien Markt oder im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms (§ 8b SHG).</p> <p>Möglichkeit der ausnahmsweisen Kürzung des Grundbedarfs I für den Lebensunterhalt um maximal bis zu 20% für die Dauer bis zu 6 Monaten bei Vorliegen qualifizierter Kürzungsgründe (§ 2a SHV).</p>
TI	<p>Möglichkeit der Verpflichtung zur:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Annahme einer von den Sozialhilfeorganen vermittelten und den Fähigkeiten der arbeitslosen Person entsprechenden Arbeit (Art. 25 LSAS). 	<p>Teilweise oder ganze Kürzung der Sozialhilfe, wenn der arbeitslose Sozialhilfebezüger die ihm vermittelte Arbeit verweigert (Art. 25 LSAS)</p>
UR	<p>Möglichkeit, Gewährung der Unterstützung an Auflagen, Bedingungen und Weisungen zu knüpfen (Art. 28 SHG).</p> <p>Möglichkeit der Verpflichtung zur Abtretung an die Fürsorgebehörde von Ansprüchen gegenüber Dritten (Art. 32 SHG).</p>	<p>Möglichkeit der Verweigerung, Kürzung oder Einstellung der Sozialhilfe bei Verweigerung der zumutbaren Mitwirkung trotz vorgängiger Mahnung, namentlich bei Zuwiderhandeln gegenüber Auflagen, Bedingungen oder Weisungen (Art. 31 SHG).</p>
VD	<p>Verpflichtung zur:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Annahme einer vorgeschlagenen, zumutbaren Arbeit (Art. 23 LPAS). 	<p>Möglichkeit der Streichung der Leistungen bei Verweigerung einer vorgeschlagenen zumutbaren Arbeit (Art. 23 LPAS).</p>
VS	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen.	<p>Möglichkeit der Kürzung der Sozialhilfe auf das erforderliche Minimum bei Verweigerung eines Eingliederungsvertrags.</p> <p>Das Recht auf Sozialhilfe kann nicht verweigert werden (Art. 9 LIAS).</p>
ZG	<p>Möglichkeit der Verpflichtung zur Abtretung an das Gemeinwesen von erheblichen, vermögensrechtlichen Ansprüchen gegenüber Dritten (§ 19 SHG). Unterstützte Unmündige und junge Erwachsene im Sinne der Rückerstattungsprivilegierung haben mutmassliche oder rechtskräftige Ansprüche gegenüber Dritten ebenfalls abzutreten. In diesen Fällen ist das Rückerstattungsprivileg nicht anwendbar (§ 8 SHV).</p>	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten Erlassen.

Kanton	Auflagen/Weisungen	Sanktionen
ZH	<p>Möglichkeit, wirtschaftliche Hilfe an Auflagen und Weisungen zu knüpfen bezüglich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwendung der wirtschaftlichen Hilfe - Aufnahme einer zumutbaren Arbeit - Ähnliche Verhaltensregeln, die nach den Umständen angebracht erscheinen (§ 23 SHV). <p>Möglichkeit der Verpflichtung zur Abtretung an das Gemeinwesen von erheblichen, vermögensrechtlichen Ansprüchen gegenüber Dritten (§ 19 SHG).</p>	<p>Möglichkeit der Kürzung der Leistungen bei Nichtbefolgen von Anordnungen und erfolgloser Verwarnung, höchstens soweit, als dadurch der Lebensunterhalt des Hilfeempfängers und seiner Angehörigen nicht gefährdet wird (§ 24 SHV).</p>

Quelle: Inventar 2002

15 Kantone (AG, GL, FR, JU, LU, NE, NW, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, ZG, ZH) nennen auf Gesetzesstufe die Möglichkeit, die Unterstützungsleistung mit Auflagen und Weisungen zu verbinden und formulieren auch Problemkreise, auf die sich diese Weisungen und Auflagen beziehen können. Es handelt sich in der Regel um den möglichen Erlass von Vorschriften bezüglich Verwendung der wirtschaftlichen Hilfe, bezüglich der Bemühung um Arbeit und der Annahme einer zumutbaren Arbeit oder Teilnahme an einem Integrationsprojekt und zur Abtretung bestimmter Ansprüche gegenüber Dritten an die zuständige Stelle.

Acht Kantone (AR, BE, BL, BS, GR, OW, SG, VD) formulieren Verpflichtungen, die von der hilfeempfangenden Person beachtet werden müssen. Die Verpflichtungen entsprechen in der Regel jenen, die die 15 oben genannten Kantone als mögliche Problemkreise für den Erlass von Auflagen und Weisungen beschreiben. Überall bezieht sich die Verpflichtung generell auf die Mitwirkungspflicht, wobei die Annahme einer zumutbaren Arbeit oder die Teilnahme an einem Integrationsprojekt ganz oben auf der Prioritätenliste der möglichen Verpflichtungen rangieren.

Drei Kantone (AI, GE, VS) äussern sich auf Gesetzesebene nicht zu Auflagen und Weisungen in Bezug auf das Verhalten von Sozialhilfebezüger/-innen.

Die Sozialbehörden haben in den meisten Kantonen (AG, BE, BL, BS, GL, FR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TG, TI, UR, VS, ZH) die Möglichkeit, die materielle Hilfe bei Nichtbefolgung oder Missachtung von erlassenen Auflagen und Weisungen sowie bei Pflichtverletzung zu kürzen. In verschiedenen Kantonen (BE, BL, BS, JU, NE, SH, TG, VS, ZH) wird der Umfang der maximalen Kürzung der wirtschaftlichen Hilfe ebenfalls auf Gesetzesstufe definiert. In der Regel darf

die Kürzung höchstens soweit gehen, als der Lebensunterhalt der hilfeempfangenden Person und seiner Angehörigen nicht gefährdet wird oder ein bestimmter Anteil des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt nicht unterschritten wird. Gewisse Kantone räumen sich überdies die Möglichkeit ein, unter bestimmten Bedingungen, meist bei Verletzung der Mitwirkungspflicht, falschen Aussagen oder Verweigerung einer zumutbaren Arbeit, die Unterstützungen ganz einzustellen. Es sind dies die Kantone Aargau, Jura, Luzern, Obwalden, St. Gallen, Solothurn, Tessin, Thurgau, Uri und Waadt. Dabei bewegen sich diese Kantone auf einem juristisch etwas vagen Terrain, denn das Bundesgericht hat das verfassungsrechtliche Existenzminimum bis vor kurzem geschützt und ist davon erst in zwei wegweisenden Entscheiden in den Jahren 2003¹⁶¹ und 2004¹⁶² abgewichen.

4.1.2.7 Rückerstattungspflicht in der Sozialhilfe

Der OECD-Bericht, der im Jahr 1999 die Sozialhilfe der Schweiz mit jener von Kanada verglichen hat, spricht in Bezug auf das noch in vielen Kantonen der Schweiz verankerte Prinzip der Rückerstattung von einer „archaischen Zugangsbarriere“ zur Sozialhilfe¹⁶³. Die nachfolgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die gesetzliche Verankerung der Rückerstattungspflicht von Sozialhilfeleistungen.

Tabelle 63: Rückerstattungspflicht in der Sozialhilfe

Kanton	Rückerstattungspflicht	Verzicht auf Rückerstattung	Verjährung
AG	In speziellen Fällen: <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der finanziellen Verhältnisse und Zumutbarkeit - Tod des Hilfeempfängers: Erben sind höchstens im Rahmen der empfangenen Erbschaft rückerstattungspflichtig, wobei die wirtschaftlichen Verhältnisse, persönlichen Beziehungen zum Erblasser sowie 	Bis zum vollendeten 20. Altersjahr oder für eine Ausbildung ausgerichtete Unterstützungen. Der dadurch begründete Verzicht auf Rückerstattung ist begrenzt und endet spätestens mit der Vollendung des 25. Altersjahres (§ 25 SHG).	15 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe gegenüber dem Hilfeempfänger, 20 Jahre gegenüber seinen Erben (§ 28 SHG).

¹⁶¹ Urteil vom 4. März 2003.

¹⁶² Urteil vom 14. Januar 2004 (2P. 251/2003/dxc.)

¹⁶³ Vgl. OECD, 1999.

Kanton	Rückerstattungspflicht	Verzicht auf Rückerstattung	Verjährung
	Verwandtschaftsgrad zu berücksichtigen sind (§ 24, 27 SHG).		
AI	<p>Generelle Rückerstattungspflicht</p> <p>Vor dem vollendeten 20. Altersjahr bezogene Leistungen dürfen zurückgefordert werden, wenn sich die Person in besonders günstigen Verhältnissen befindet oder wenn ihr Erbschaften oder Vermächtnisse in namhaftem Betrag zugefallen sind (Art. 5 FG).</p>	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Keine Verjährung (Art. 4 FG).
AR	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der finanziellen Verhältnisse - Hinterlassen von Vermögen beim Tod des Hilfeempfängers: Rückerstattungspflicht geht bis zur Höhe des erhaltenen Erbteils auf die Erben über (Art. 19 FG). 	Bis zum 20. Altersjahr ausgerichtete Unterstützungen (Art. 19 FG).	Keine Verjährung (Art. 19 FG).
BE	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Zumutbarkeit - Realisierung des ganzen oder eines Teils des Vermögens - Anfallen von Versicherungsleistungen - Tod des Hilfeempfängers: Erben sind rückerstattungspflichtig, wobei die angemessenen Verhältnisse zu berücksichtigen sind (Art. 40-42 SHG). 	<p>Während der Unmündigkeit oder bis zum Abschluss der ordentlichen Erstausbildung ausgerichtete Unterstützung unter Ausnahme der Bevorschussung von Sozialversicherungsleistungen, Stipendien, Kinderzulagen und ähnlichen für den Unterhalt der Kinder bestimmten Leistungen.</p> <p>Während der Dauer der Teilnahme an einer Integrationsmassnahme.</p> <p>In Härtefällen oder aus Billigkeitsgründen (Art. 42, 43 SHG).</p>	15 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (Art. 45 SHG).
BL	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der finanziellen Verhältnisse, insbesondere aufgrund von Erbschaft, Schenkung oder erheblichen Einkünften (§ 13 SHG) - Nachträglichem Erhalt von gesetzlichen oder vertraglichen Leistungen Dritter (§ 12 SHG) <p>Es existieren Einkommensgrenzen für die Rückerstattungspflicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Alleinstehende mit Jahreseinkommen über 75'000 	Bis zum 20. Altersjahr ausgerichtete Unterstützungen (§ 14 SHG).	Bei Leistungen Dritter, 5 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe, bei Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, 10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (§ 14 SHG)

Kanton	Rückerstattungspflicht	Verzicht auf Rückerstattung	Verjährung
	<p>Franken (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und Kinderzulagen) oder Vermögen über 40'000 Franken;</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ehepaare mit Jahreseinkommen über 120'000 Franken (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und Kinderzulagen) oder Vermögen über 60'000 Franken (§ 24 SHV). 		
BS	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - nachträglicher Erhalt von Sozialversicherungsleistungen, Leistungen von Unterhalts- oder unterstützungspflichtigen Personen, allfällige weitere Leistungen Dritter (§ 16 SHG) - Anfallen von erheblichem Vermögen (auch nach dem Hinschied des Verstorbenen) - Tod des Hilfeempfängers: Rückerstattungspflicht beschränkt sich auf die bei den Erben empfangene Erbschaft (Art. 17 SHG). 	Während der Unmündigkeit oder bis zum Abschluss der ersten Berufsbildung ausgerichtete Unterstützung, soweit sie für die Kosten der ordentlichen beruflichen Erstausbildung ausgerichtet wurden (§ 17 SHG).	10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe, 5 Jahre nach dem Tod der unterstützten Person für Erb/-innen (§ 21 SHG).
FR	<p>Generelle Rückerstattungspflicht, sobald es die finanzielle Situation erlaubt.</p> <p>Für Erben erstreckt sich die Rückerstattungspflicht auf ihre Erbschaft (Art. 29 LASoc).</p>	<p>Bis zum 20. Altersjahr ausgerichtete Unterstützungen.</p> <p>Die für die Teilnahme an einer Integrationsmassnahme erhaltene Leistung (Art. 29 LASoc).</p>	10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (Art. 31 LASoc).
GE	<p>Generelle Rückerstattungspflicht.</p> <p>Für Erben erstreckt sich die Rückerstattungspflicht bei Anfall des Erbes bis zum effektiv verfügbaren Erbe (Art. 23 LAP).</p>	Vor der Mündigkeit ausgerichtete Unterstützungen (Art. 23 LAP).	5 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (Art. 23 LAP).
GL	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der finanziellen Verhältnisse und Zumutbarkeit - Tod des Hilfeempfängers: Rückerstattungsanspruch geht bis zur Höhe des erhaltenen Erbteils auf die Erben über (Art. 32 SHG) 	Während der Unmündigkeit oder bis zum Abschluss einer ordentlichen Erstausbildung ausgerichtete Unterstützung (Art. 33 SHG).	15 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe gegenüber dem Hilfeempfänger, 20 Jahre gegenüber den Erb/-innen (Art. 33 SHG).
GR	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Vermögens- und Erwerbsverhältnisse und Zumutbarkeit - Tod des Hilfeempfängers: Nachlass geht in Höhe der geleisteten Hilfe auf unter- 	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	Keine Verjährung gegenüber unterstützter Person, gegenüber Erben gilt eine Frist von 1 Jahr seit Erbschaftsantritt (Art. 11 UG).

Kanton	Rückerstattungspflicht	Verzicht auf Rückerstattung	Verjährung
	stützende Behörde über (Art. 11 UG).		
JU	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wenn die Leistung als Vorschuss auf andere Leistungen gewährt wurde - bei Verbesserung der finanziellen Verhältnisse durch Erbschaft, Schenkung, Lotteriegewinn, aussergewöhnliche Einkünfte, die nicht auf den eigenen Verdienst zurückzuführen sind oder wenn der Hilfeempfänger durch seine Arbeit Einkünfte erwirtschaftet, die ihm einen wohlhabenden Lebensstil verschaffen - wenn sich der Hilfeempfänger zum Zeitpunkt der Unterstützung zur Rückerstattung verpflichtet hat und die entsprechenden Gütern in der Zwischenzeit vernünftigerweise realisiert werden können (Art. 36 LASo). 	<p>Vor der Mündigkeit ausgerichtete Unterstützungen.</p> <p>Unterstützungen, die an in Heimen platzierte Jugendliche während ihrer Berufsbildung ausgerichtet wurden.</p> <p>Leistungen, die für die Teilnahme an einer Eingliederungsmassnahme ausgerichtet wurden (Art. 36 LASo).</p>	5 Jahre, nachdem das Gemeinwesen von ihrem Recht auf Rückerstattungsforderung Kenntnis genommen hat, 10 Jahre nach der Gewährung der letzten wirtschaftlichen Leistung (Art. 43 LASo).
LU	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der finanziellen Lage und Zumutbarkeit - Bevorschusste Leistungen (Sozialversicherung, Privatversicherung, Dritter) - Tod des Hilfeempfängers: Erben sind rückerstattungspflichtig (§ 37, 39 SHG). 	<p>Bis zum 20. Altersjahr ausgerichtete Unterstützungen.</p> <p>Unterstützungen, die für die Ausbildung ausgerichtet wurden, längstens aber bis zum 25. Altersjahr (§ 37 SHG).</p>	10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (§ 41 SHG).
NE	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gelangung in finanziell günstige Verhältnisse durch Erbschaft, Schenkung, Lotteriegewinn oder andere, ausserordentliche Einkommen, die nicht auf den eigenen Verdienst zurückzuführen sind - aus Gerechtigkeitsgründen in anderen Situationen (Art. 56 LASoc) - bei Erbschaft: Erben sind im Rahmen der erhaltenen Erbschaft zur Rückerstattung verpflichtet (Art. 47, 56). 	<p>An Unmündige ausgerichtete Unterstützungen.</p> <p>Hilfeempfänger, die durch eigenen Arbeitserwerb in finanziell günstige Verhältnisse gelangen.</p> <p>Leistungen, die im Rahmen von Eingliederungsverträgen ausgerichtet wurden (art. 56 LASoc).</p>	<p>2 Jahre nachdem die zuständige Behörde von ihrem Recht auf Rückerstattungsforderung Kenntnis genommen hat.</p> <p>10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (Art. 50 LASoc).</p>
NW	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - günstige wirtschaftliche 	Vor Vollendung des 18. Altersjahres ausgerichtete und wäh-	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantona-

Kanton	Rückerstattungspflicht	Verzicht auf Rückerstattung	Verjährung
	Verhältnisse (Art. 50 SHG).	während der Ausbildung erhaltene Unterstützungen (Art. 50 SHG).	keine Erlassen.
OW	In speziellen Fällen: - Gelangung in finanziell günstige Verhältnisse bei Erbschaft oder Vermögenserwerb - Tod des Hilfeempfängers: Rückerstattungspflicht erstreckt sich höchstens auf die empfangene Erbschaft (Art. 17 SHG).	An Unmündige oder bis zum Abschluss einer ordentlichen Ausbildung ausgerichtete Unterstützungen (Art. 17 SHG).	10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (Art. 17 SHG).
SG	In speziellen Fällen: - Verbesserung der finanziellen Lage und Zumutbarkeit (Art. 18 SHG) - Tod des Hilfeempfängers: Anspruch entsteht gegenüber Erben, soweit diese aus dem Erlass bereichert sind (Art. 20 SHG).	An Unmündige oder bis zum Abschluss einer in dieser Zeit begonnenen Ausbildung, längstens jedoch bis zur Vollendung des 25. Altersjahres ausgerichtete Leistungen, mit Ausnahme von Bereicherungen aus einer Erbschaft (Art. 18 SHG).	15 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe, wobei von dieser Verjährung finanzielle Sozialhilfe in Form von Darlehen oder Vorschüssen und aufgrund nicht realisierbarer Vermögenswerte ausgenommen ist (Art. 21 SHG).
SH	In speziellen Fällen: - Gelangung in wirtschaftlich günstige Verhältnisse aus Erbschaft, Lotteriegewinn oder anderen, nicht auf eigene Arbeitsleistung zurückführende Gründen (Art. 29 SHG).	An Unmündige oder bis zum Zeitpunkt, da die Erstausbildung abgeschlossen wurde, längstens jedoch bis zur Vollendung des 25. Altersjahres ausgerichtete Unterstützung. Hilfsempfänger, die durch eigenen Arbeitserwerb in finanziell günstige Verhältnisse gelangen (Art. 29 SHG).	20 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (Art. 29 SHG).
SO	In speziellen Fällen: - Gelangung in günstige finanzielle Verhältnisse (§ 61 SHG) - Nachträglicher Erhalt von gesetzlichen oder vertraglichen Leistungen Dritter (§ 32 SHG) - Tod des Hilfeempfängers: Anspruch gegenüber seinem Nachlass (§ 64 SHG).	An Unmündige oder bis zum Abschluss einer Ausbildung, im Sinne des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge ausgerichtete Unterstützungen (§ 61 SHG).	20 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe gegenüber dem Hilfeempfänger, gegenüber den Erb/-innen verjährt der Anspruch innerhalb von 2 Jahren seit dem Tod des Hilfeempfängers (Art. 64 SHG).
SZ	In speziellen Fällen: - besonders günstige finanzielle Verhältnisse, d.h. wenn der Hilfsempfänger zu einem Vermögen gekommen ist, das ihm die Rückerstattung der empfangenen Hilfe ohne Einschränkung einer angemessenen Lebenshaltung erlaubt, - Tod des Hilfeempfängers: Rückerstattungspflicht erstreckt sich höchstens auf die empfangene Erbschaft unter Berücksichtigung des	An Unmündige oder bis zum Abschluss einer ordentlichen Ausbildung ausgerichtete Unterstützung (§ 25 SHG). Hilfsempfänger, die durch eigenen Arbeitserwerb in finanziell günstige Verhältnisse gelangen (§ 14 SHG).	20 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe (§ 25 SHG)

Kanton	Rückerstattungspflicht	Verzicht auf Rückerstattung	Verjährung
	Verwandtschaftsgrades und der persönlichen Beziehungen zum Erblasser (§ 14 SHV, 25 SGH).		
TG	Generelle Rückerstattungspflicht: - Zumutbarkeit der Rückerstattung - Tod des Hilfeempfängers: Erben haften in der Höhe ihrer Erbschaft (§ 19 SHG)	An Unmündige ausgerichtete Unterstützungen (§ 19 SHG).	15 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe, bei Haftung aus Erbschaft beträgt die Frist 20 Jahre (§ 19 SHG).
TI	Generelle Rückerstattungspflicht, wenn der Bezüger dazu in der Lage ist, d.h. wenn sich seine finanzielle Lage und seine allgemeinen Lebensbedingungen stabilisiert haben (Art. 33 LSAS). Erben oder Schenkungsempfänger/-innen sind zur Rückerstattung der Leistungen verpflichtet (art. 40 LSAS).	An Unmündige ausgerichtete Unterstützungen (Art. 33 LSAS).	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.
UR	In speziellen Fällen: - Verbesserung der finanziellen Lage und Zumutbarkeit - Hinterlassenes Vermögen des verstorbenen Hilfeempfängers: Erben sind höchstens für den Teil, den sie empfangen haben, rückerstattungspflichtig (Art. 34 SHG).	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.	15 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe gegenüber der unterstützten Person; 20 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe gegenüber den Erb/-innen (Art. 35 SHG).
VD	Generelle Rückerstattungspflicht, solange die finanzielle Situation der ehemals unterstützen Person nicht durch die Rückerstattung gefährdet wird. Erben sind zur Rückerstattung verpflichtet, wenn sie sich von der Erbschaft bereichern.	An Unmündige ausgerichtete Unterstützungen. Wenn es die Umstände rechtfertigen, verzichtet der Staat auf Rückerstattung oder verlangt nur eine teilweise Rückerstattung (Art. 25 LPAS).	10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe gegenüber dem Hilfeempfänger, 1 Jahr gegenüber Erben (Art 27 LPAS)
VS	Rückerstattungspflicht, wenn die Person in einer besseren finanziellen Lage ist gemäss Gesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Auf die Immobilien von Hilfesuchenden können der Gemeinde gesetzliche Grundpfandrechte gewährt werden. Der Rückerstattungsanspruch bleibt bei Veräusserung der Immobilien bestehen (Art. 22 LIAS).	An Unmündige oder bis zum Abschluss einer Berufsbildung oder Grundausbildung ausgerichtete Unterstützungen. Leistungen, die für die Teilnahme an einer Eingliederungsmassnahme ausgerichtet wurden (Art. 21 LIAS).	10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe gegenüber dem Hilfeempfänger (Art. 21 LIAS), 2 Jahre gegenüber Erb/-innen (Art. 23 LIAS).
ZG	In speziellen Fällen: - Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten - Verwertung von bisher nicht realisierbarem Vermögen - Gelangung in günstige	An Unmündige oder bis zum Abschluss einer in dieser Zeit begonnen Ausbildung, längstens jedoch bis zum vollendeten 25. Altersjahr ausgerichtete Leistungen (§ 25 SHG)	10 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe im Falle von Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten und bei Gelangung in günstige Verhältnisse. 25 Jahren seit der letzten Unterstützung im Falle von Ver-

Kanton	Rückerstattungspflicht	Verzicht auf Rückerstattung	Verjährung
	<p>wirtschaftliche Verhältnisse (durch Erbschaft, Lotteriegewinn, unentgeltliche Zahlungen)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tod des Hilfeempfängers: Rückerstattungspflicht beschränkt sich auf die empfangene Erbschaft (§ 26 SHG). 		<p>wertung von bisher nicht realisierbarem Vermögen.</p> <p>Mit Ablauf von 3 Jahren seit dem Tod des Empfängers, sofern dieser vor Ablauf der genannten Frist stirbt (Art. 26 SHG).</p>
ZH	<p>In speziellen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erbschaft, Lotteriegewinn oder andere nicht auf eigene Arbeitsleistung zurückzuführende bessere finanzielle Verhältnisse, Zumutbarkeit - Unterschriebene Rückerstattungsverpflichtung - Tod des Hilfeempfängers: Erben sind rückerstattungspflichtig, wobei die angemessenen Verhältnisse zu berücksichtigen sind (§ 27, 28 SHG). 	<p>An Unmündige oder bis zum Abschluss einer ordentlichen Ausbildung ausgerichtete Unterstützung (§ 25 SHG).</p> <p>Hilfeempfänger, die durch eigenen Arbeitserwerb in finanziell günstige Verhältnisse gelangen (§ 27 SHG).</p>	<p>15 Jahre nach Gewährung der letzten wirtschaftlichen Hilfe, 5 Jahre nachdem das Gemeinwesen von seiner Möglichkeit, eine Rückerstattungsforderung geltend zu machen, Kenntnis genommen hat (§ 30 SHG).</p>

Quelle: Inventar 2002

In den meisten Kantonen sind Sozialhilfeleistungen rückerstattungspflichtig, wenn die unterstützte Person in bessere wirtschaftliche Verhältnisse gelangt. Häufig wird als Kriterium für die Geltendmachung der Rückerstattung die Zumutbarkeit aufgeführt, wobei nicht näher umschrieben wird, wie diese feststellbar ist. Ausserordentliche Einkünfte aus Erbschaft, Lotteriegewinnen oder Schenkungen führen in den meisten Kantonen dazu, dass das Gemeinwesen von der Rückerstattungsforderung Gebrauch macht.

Nur wenige Kantone präzisieren hingegen, dass das Erlangen besserer finanzieller Verhältnisse aufgrund eigener Arbeitsleistung zum Verzicht auf die Rückerstattungspflicht von Sozialhilfeleistungen führt. In den Sozialhilfegesetzen der Kantone Neuenburg, Schaffhausen, Schwyz und Zürich kann eine entsprechende Formulierung wörtlich gefunden werden, während auf diese Praxis aus den Umschreibungen in den Erlassen der Kantone Basel-Stadt, Obwalden und Zug geschlossen werden kann. Eine solche Regelung soll verhindern, dass der Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit verloren geht. Bei einer generellen Rückerstattungspflicht kann nämlich davon ausgegangen werden, dass der/die Unterstützte, sobald er/sie wirtschaftlich unabhängig ist, seine Schuld gegenüber dem Gemeinwesen abbezahlen muss.

Beim Tod der Hilfeempfänger/-innen geht die Rückerstattungsforderung in der Regel auf die Erb/-innen über. Die Rückerstattungspflicht von Erb/-innen sind ebenfalls in jedem Kanton anders geregelt. In gewissen Kantonen sind die Erb/-innen höchstens im Rahmen der empfangenen Erbschaft rückerstattungspflichtig, während andere Kantone die Erb/-innen ganz einfach als rückerstattungspflichtig erklären.

Verschiedene Kantone weisen darauf hin, dass die Rückerstattungsforderungen unverzinslich sind (AI, AR, GL, JU, NE, SH, SO, SZ, UR, VS, ZH). Einzig der Kanton Basel-Stadt präzisiert im Gesetz, dass der Zinssatz der Rückerstattungsforderung vom zuständigen Departement festgelegt wird.

In fünf Kantonen (AG, AR, BL, FR, LU) sind Leistungen, die bis zur Erreichung oder Vollendung des 20. Altersjahres ausgerichtet wurden, nicht rückerstattungspflichtig, während in 18 Kantonen diese Regelung prinzipiell nur bis zur Erreichung des 18. Altersjahres gilt. Von drei Kantonen fehlen die entsprechenden Angaben. Ein Grossteil der Kantone (AG, BE, BS, GL, LU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, VS, ZG, ZH) präzisiert überdies, dass von dieser Altersregelung abgesehen wird, sofern die unterstützte Person ihre (erste) (Berufs-)Ausbildung noch nicht abgeschlossen hat. In diesem Fall gilt an gewissen Orten als obere Alterslimite für den Verzicht auf Rückerstattung die Vollendung des 25. Altersjahres.

Die Leistungen, die für die Teilnahme an einer Integrationsmassnahme ausgerichtet wurden, sind in verschiedenen Kantonen von der Rückerstattungspflicht ausgenommen. Dies trifft auf die Kantone Bern, Freiburg, Jura, Neuenburg und Wallis zu¹⁶⁴.

Schliesslich sind auch deutliche Unterschiede in Bezug auf die Verjährung der Rückerstattungspflicht festzustellen. In drei Kantonen (AI, AR, GR) werden die Hilfeempfänger/-innen gar nicht von einer Verjährungsfrist entlastet, in drei Kantonen (SH, SO, SZ) beträgt diese 20 Jahre, in sieben Kantonen (AG, BE, GL, SG, TG, UR, ZH) 15 Jahre, in neun Kantonen (BS, BL¹⁶⁵, FR, JU, LU, NE, VD, VS, ZG¹⁶⁶) 10 Jahre und im Kanton Genf fünf Jahre. In Bezug auf die Verjährung

¹⁶⁴ In den Kantonen Waadt und Genf sind die in Form von Eingliederungseinkommen geregelten Integrationsmassnahmen (siehe Kapitel 3.2), die sich an dieselbe Anspruchsgruppe richten, ebenfalls von der Rückerstattungspflicht ausgenommen.

der Rückerstattungspflicht von Erb/-innen gelten jeweils spezifische Regelungen.

4.1.2.8 Finanzierung der Sozialhilfe

Die Frage der Finanzierung beschränkt sich nur auf die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden bzw. zwischen Gemeinden. Die Finanzierung der Sozialhilfe ist sehr unterschiedlich geregelt, wie die nachstehende Tabelle vermittelt.

Tabelle 64: Finanzierungsmodus der Sozialhilfe

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden	Gemeinden	Kanton
AG		Wohngemeinde trägt die Kosten für die dem Hilfesuchenden gewährte Hilfe (§ 16 SHG).	Kostenersatzpflicht für Kantonsbürger mit Wohnsitz in einem anderen Kanton, Kantonsbürger im Ausland, Kantonsbürger während der ersten zwei Jahre nach Rückkehr in den Kanton, Bürger anderer Kantone, die sich ohne festen Wohnsitz im Kanton Aargau aufhalten, Ausländer, soweit für den Kanton nach Bundesrecht oder Staatsverträgen eine Rechtspflicht besteht, oder in Härtefällen (§ 19 SHG).
AI	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen.		
AR		Wohngemeinde ist im Prinzip für Finanzierung der Sozialhilfe zuständig ¹⁶⁷ .	
BE	Lastenausgleich nach den Bestimmungen des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG). Nur für Leistungen der wirtschaftlichen Sozialhilfe, die im Rahmen der SKOS-Richtlinien ausgerichtet werden (Art. 78 SHG, Art. 33 SHV).		

¹⁶⁵ In gewissen Fällen nach 5 Jahren, siehe Tabelle.

¹⁶⁶ In Ausnahmefällen nach 25 Jahren, siehe Tabelle.

¹⁶⁷ Die Wohngemeinden orientieren die Heimatgemeinden innert 60 Tage über Art und Mass der Unterstützung. Der Verzicht auf Einspracherecht seitens der Heimatgemeinden innert 30 Tagen gilt als Zustimmung. Die Abrechnung unter den Gemeinden erfolgt vierteljährlich. Bei Fällen, an deren Kostentragung die Wohngemeinden nicht beteiligt sind, ist bei der Heimatgemeinde Gutsprache einzuholen. Die Unterstützung von Bürgern anderer Kantone sowie von Ausländern richtet sich nach den Bestimmungen des ZUG (Art. 17 FG).

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden	Gemeinden	Kanton
BL		Gemeinden sind im Prinzip kostenpflichtig für die Sozialhilfe (§ 31 SHG).	Kanton trägt Kosten für Unterstützungsfälle, die dem ZUG unterliegen (§ 31 SHG).
BS		Die Einwohnergemeinden, bzw. in der Stadt Basel der Kanton, finanzieren ihre Sozialhilfe selber (§ 24 SHG).	
FR	Wirtschaftliche Hilfe wird zu 50% vom Kanton und 50% von den Gemeinden finanziert, unter Vorbehalt der Bundesgesetzgebung und der internationalen Konventionen. Die Lastenverteilung unter den Gemeinden stützt sich zur Hälfte auf die Einwohnerzahl und zur anderen Hälfte auf die Finanzkraft der Gemeinde, gewichtet aufgrund der Einwohnerzahl (Art. 32, 34b LASoc).		
GE	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen		
GL		Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen. Vermutlich tragen die Gemeinden die Kosten, was aber noch abgeklärt werden müsste.	Kanton trägt die Kosten für Unterstützungen von ausländischen Staatsangehörigen ohne Niederlassungsbewilligung (Art. 49 SHG).
GR	Nettoaufwendungen für die Sozialhilfe unterliegen dem Lastenausgleich in 4 Stufen: - Gemeinden tragen 1/3 Selbstbehalt der Nettoaufwendung - Kanton leistet an verbleibenden Aufwendungen einen Beitrag von 40% - nach Abzug des Kantonsbeitrags werden Restkosten im Verhältnis zur Einwohnerzahl auf Gemeinden verteilt - Kanton übernimmt zusätzlich von jeder Gemeinde jenen Beitrag, der 5% ihrer für die Berechnung der Finanzkraftklassen-Einteilung massgebenden Steuereinnahmen übersteigt (Art. 4 LAG).		
JU	Gesamtaufwendungen für die Sozialhilfe werden zu 4/10 von den Gemeinden und 6/10 vom Kanton getragen (Art. 69 LASo).		
LU		Einwohnergemeinde finanziert prinzipiell die Sozialhilfe (§ 31 SHG). Gemeinden werden durch	Der Kanton ersetzt dem kostenpflichtigen Gemeinwesen die Kosten der wirtschaftlichen Hilfe, sofern diese den

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden	Gemeinden	Kanton
		einen Beitrag aus einem Pool anteilmässig entlastet, wenn ihre Sozialhilfelasten im Durchschnitt der zwei dem Abrechnungsjahr vorangehenden Jahre netto und pro Kopf der Bevölkerung über dem kantonalen Durchschnitt liegen. Die Entlastung richtet sich nach den Nettoaufwendungen der Gemeinden. Die Gemeinden leisten jährliche, aufgrund des Steuerfusses variierende Beiträge an den Pool (§31, 33, 72a SHG).	Bestimmungen des ZUG unterliegt sowie für Ausländer.
NE	Nettoaussgaben für die finanzielle Hilfe werden zu 40% vom Kanton und 60% von den Gemeinden getragen. Der Anteil der einzelnen Gemeinden ergibt sich aus der Einwohnerzahl der Gemeinde. Der kantonale Sozialdienst bestimmt die Ausgaben, die der Lastenverteilung unterliegen (Art. 61, 63, 65, 66 LASoc).		
NW		Politische Gemeinde trägt Kosten für die persönliche Sozialhilfe und die wirtschaftliche Sozialhilfe (Art. 54 SHG).	Kanton trägt Kosten für die kantonale Sozialbehörde und das kantonale Sozialamt sowie die fördernde und die vorbeugende Sozialhilfe (Art. 56 SHG)
OW		Einwohnergemeinde trägt Kosten der wirtschaftlichen Sozialhilfe (§ 18 SHG). Verteilung der Kosten unter den Einwohnergemeinden geschieht nach Massgabe der Wohnbevölkerung gemäss eidgenössischer Volkszählung.	Kanton trägt Kosten des Sozialamtes und des sozialmedizinischen Dienstes (§ 18 SHG).
SG		Gemeinde ist für die Sozialhilfe zuständig und finanziert diese auch (Art 3 SHG).	
SH	Lastenverteilungsverfahren, jedoch nur wenn die ausgerichteten Hilfeleistungen den Selbstbehalt von höchstens 150% der Durchschnittsbelastung aller Gemeinden durch Sozialhilfe übersteigt (Art. 38 SHG).	Selbstbehalt der selbst ausgerichteten, materiellen Hilfeleistungen sowie der Hilfeleistungen, die an eine Aufenthaltsgemeinde vergütet werden (Art. 37 SHG).	
SO		Einwohnergemeinde trägt Kosten der Einrichtung und des Betriebes der kommunalen	

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden	Gemeinden	Kanton
		<p>len Beratungs- und Betreuungsstelle und der von ihnen ausgerichteten Sozialhilfe (§ 52 SHG). Kosten der Einrichtung und des Betriebs von regionalen Beratungs- und Betreuungsstellen tragen die betroffenen Gemeinden.</p> <p>Werden bestimmte Bereiche der Sozialhilfe dem Oberamt übertragen, haben die Gemeinden die daraus entstehenden Kosten vollumfänglich zu erstatten (§ 53 SHG).</p> <p>An die Sozialhilfekosten leistet die einzelne Einwohnergemeinde 30% und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden 70%. Die der Gesamtheit der Einwohnergemeinden anfallenden Sozialhilfekosten, einschliesslich der kantonalen Verwaltungskosten, werden im Verhältnis der Einwohnerzahl der kantonalen Bevölkerungsstatistik auf die Einwohnergemeinden verteilt (§ 54 SHG).</p>	
SZ		<p>Gemeinden tragen Kosten der kommunalen Sozialhilfe und der materiellen Hilfe.</p> <p>Sofern Gemeinden bestimmte Aufgaben, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, privaten Sozialdiensten überträgt, hat sie sich an den Kosten angemessen zu beteiligen (§ 33 SHV).</p>	
TG	Keine Angaben in den im Inventar verwendeten kantonalen Erlassen mit Ausnahme der Sozialhilfekosten für anerkannte Flüchtlinge. Zwei Drittel der von den Gemeinden ausgewiesenen Kosten werden unter den Gemeinden ausgeglichen (§20a SHG).		
TI			Der Kanton trägt die gesamten Kosten der Sozialhilfe (Art. 32 LSAS)
UR		<p>Die Kosten der persönlichen und wirtschaftlichen Sozialhilfe werden von der Einwohnergemeinde getragen.</p> <p>Der Kanton leistet der unterstützungspflichtigen Einwohnergemeinde Sonderbeiträge, wenn diese - gemessen an ihren finanziellen Leistungsmöglichkeiten - durch die Gewährung von wirtschaftlicher Hilfe überdurchschnittlich belastet wird.</p> <p>Regierungsrat bestimmt Höhe</p>	

Kanton	Lastenverteilung Kanton – Gemeinden	Gemeinden	Kanton
		der Sonderbeiträge und ordnet Anspruch und Verteilung dieser Beiträge in einem Reglement (Art. 37 SHG). Die Kosten des Sozialdienstes Uri werden gemeinsam vom Kanton und den Einwohnergemeinden getragen. Diese leisten ihren Beitrag an den Dienst je nach Bevölkerungszahlen und beanspruchten Leistungen (Art. 38 SHG).	
VD	50% Kanton, 50% Gemeinden. Der Globalbetrag der Gemeinden wird aufgrund der laufenden Rechnung festgelegt. Der jährliche Beitrag jeder Gemeinde wird aufgrund ihrer Finanzkraft definiert (Art. 45, 46, LAPS)		
VS	40% der Nettoaufwendungen der finanziellen Hilfe, der bevorschussten Leistungen sowie der Aufwendungen zur Geltendmachung der Rückerstattungen werden vom Kanton getragen, 60% werden zwischen den Gemeinden der sozio-sanitären Regionen verteilt. Die Gemeinden jeder sozio-sanitären Region treffen eine Abmachung, wie sie die Kosten unter sich verteilen (Art. 16, 17 LIAS).		
ZG	Der Kanton vergütet den Einwohner- und Bürgergemeinden die Hälfte der zu ihren Lasten gehenden Unterstützungskosten (§ 33 SHG).		Der Kanton kommt für jene Unterstützungsfälle auf, die dem ZUG unterliegen (§ 33 SHG).
ZH	Der Staat leistet den Gemeinden an die Kosten der wirtschaftlichen Hilfe Kostenanteile bis zur Hälfte der beitragsberechtigten Ausgaben (§ 41, 45 SHG, §39 SHV).		Für die wirtschaftliche Hilfe von Ausländern, die noch nicht 10 Jahre ununterbrochen Wohnsitz im Kanton haben sowie für Hilfeempfänger ohne zürcherischen Wohnsitz, kommt der Kanton auf (§ 44SHG).

Quelle: Inventar 2002

In 11 Kantonen wird die finanzielle Sozialhilfe über einen Lastenausgleich finanziert, an dem sich Kanton und Gemeinden beteiligen¹⁶⁸.

Die Beteiligung des Kantons und der Gemeinden am Lastenausgleich ist von Kanton zu Kanton verschieden. Im Kanton Tessin trägt der Kanton 100% der Kosten. In drei Kantonen werden die Lasten zu gleichen Teilen von Kanton und Gemeinden getragen (FR, VD, ZG), in einem Kanton übernimmt der Kanton bis zur Hälfte der von den hilfepflichtigen Gemeinden geleisteten Kosten (ZH), während die Lasten in anderen Kantonen im Verhältnis von 40% zu 60% zwischen Kantonen und Gemeinden (JU, NE, VS) aufgeteilt werden. Im Kanton Bern (BE), wird der Lastenausgleich für die wirtschaftliche Sozialhilfe in einem spezifischen Erlass geregelt. Die Sozialhilfegesetzgebung macht keine Angaben über den spezifischen Kostenverteiler.

Zwei Kantone (GR, SH) kennen eine spezifische Art von Lastenausgleich, der eigens zum Tragen kommt, wenn bei den Gemeinden eine besonders starke finanzielle Belastung vorliegt. In diesem Fall können Gemeinden von einem gemeinsam von den Gemeinden und vom Kanton gespiesenen Ausgleichsfonds unterstützt werden.

In den Kantonen Obwalden, Solothurn, Luzern und Appenzell Ausserrhoden existiert ein intrakommunaler Lastenverteiler. Die Sozialhilfegesetze definieren in diesen Kantonen die Verteilung der Lasten unter den Gemeinden sowie gewisse Ausgleichsmechanismen.

In 8 Kantonen werden die Kosten für die wirtschaftliche Sozialhilfe vollumfänglich von der zuständigen Gemeinde getragen. Dies ist der Fall in den Kantonen Aargau (AG), Basel-Stadt (BS), Basel-Landschaft (BL), Glarus (GL), Nidwalden (NW), Schwyz (SZ) und St. Gallen (SG) und Uri (UR). In letzterem trägt der Kanton ein Teil der Lasten in Ausnahmefällen und zwar kann er so genannte Sonderbeiträge gewähren. Eine solche Unterstützung seitens des Kantons wird lediglich geleistet, wenn die unterstützungspflichtige Einwohnergemeinde durch die Gewährung von wirtschaftlicher Hilfe überdurchschnittlich

¹⁶⁸ Von der Gesamtheit der Kosten der wirtschaftlichen Hilfe werden bei Kantonen mit einem Finanz- und Lastenausgleich in der Regel folgende Einnahmen vollständig oder teilweise in Abzug gebracht: Kostenersatz aufgrund des Abschiebungsverbots, Kostenvergütungen gemäss ZUG, familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge sowie Rückerstattungen. Dies gilt auch für die Kantone, die einen Lastenausgleich unter den Gemeinden kennen.

belastet wird. Somit liegt mit Uri ein Grenzfall eines Kantons mit Lastenverteilung vor.

Die Kosten der kantonalen Einrichtungen der Sozialhilfe (beispielsweise kantonales Sozialamt, kantonale Sozialbehörde, etc.) werden in den Kantonen Ob- und Nidwalden vom Kanton getragen (§ 18 SHG), im Kanton Uri von Kanton und Gemeinden gemeinsam und im Kanton Solothurn eigens von den Einwohnergemeinden. Für die anderen Kantone fehlen die entsprechenden Angaben.

Unabhängig davon, ob in einem Kanton ein Lastenausgleich existiert zwischen Kanton und Gemeinden bzw. nur zwischen Gemeinden oder ob die zuständige Gemeinde selber für die Finanzierung der Sozialhilfe zuständig ist, kommt der Kanton häufig für die finanzielle Sozialhilfe von Ausländer/-innen sowie für jene von Hilfeempfänger/-innen ohne Wohnsitz im Kanton auf. Auch die Unterstützungsfälle, die dem ZUG unterliegen, werden i.d.R. vom Kanton getragen.

5 Schlussbemerkungen

5.1 Fazit

Das Inventar 2002 gibt einen Überblick über die bedarfsabhängigen Sozialleistungen in der Schweiz. Der engeren Sozialhilfe, der letzten Sicherungsinstanz im System der Sozialen Sicherheit, sind eine ganze Reihe von kantonalen Bedarfsleistungen vorgelagert, mit dem Ziel, Sozialhilfeabhängigkeit zu vermeiden (vgl. Abbildung 1).

Eine erste Gruppe dient der *Sicherung der allgemeinen Grundversorgung* in den Bereichen

- Bildung (Stipendien) und
- Sozialversicherungsprämien (Verbilligung/Übernahme der Prämien für die Krankenversicherung).

Die grösste Gruppe von Leistungen *ergänzt die Sozialversicherungsleistungen*. Sie umfasst

- die kantonalen Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, welche stark den bundesrechtlichen, ordentlichen Ergänzungsleistungen nachgebildet sind,
- die Beihilfen zur Heimunterbringung,
- die Arbeitslosenhilfe, welche im Anschluss an die Leistungen der Arbeitslosenversicherung einsetzt und sich zwischen 1997 und 2002 von der Auszahlung weiterer Taggelder hin zu arbeitsmarktlichen Massnahmen bewegt hat,
- die Familienleistungen in Form von Geburts-, Mutterschafts- und Familienbeihilfen
- sowie die Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten.

Die letzte Gruppe bilden die Bedarfsleistungen in *Ergänzung mangelnder privater Sicherung*. Sie umfasst

- die individuellen Wohnkostenzuschüsse sowie
- die Alimentenbevorschussung, welche eine Sonderstellung einnimmt, da es sich dabei um die Bevorschussung einer privatrechtlich anerkannten Schuld handelt.

Die Kantone sind durch den Bund dazu verpflichtet, die bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur Sicherung der allgemeinen Grundversorgung (Ausbildungsbeihilfen, Verbilligung der Krankenkassenprämien), die ordentlichen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, die Alimentenbevorschussung und die öffentliche Sozialhilfe anzubieten. Leistungen, für die kein Obligatorium besteht, finden sich jeweils nur in einigen wenigen bis maximal der Hälfte der Kantone. Es sind dies die übrigen Bedarfsleistungen bei nicht existenzsicherndem oder ausgeschöpftem Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen und bei mangelnder privater Sicherung.

Neun Kantone kennen kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, in drei Kantonen existieren Beihilfen zur Heimunterbringung, acht Kantone gewähren Arbeitslosenhilfe, drei Kantone leisten Geburtsbeihilfen, zehn Kantone Mutterschaftsbeihilfen, vier Kantone Familienbeihilfen, ein Kanton Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten und drei Kantone Wohnkostenzuschüsse (vgl. Tabelle 1, S. 4).

Seit 1997 hat die Zahl der Leistungen abgenommen. In keinem Kanton wurde eine neue bedarfsabhängige Sozialleistung geschaffen. Hingegen wurden elf Leistungen abgeschafft bzw. in die Sozialhilfe integriert. Wie aus Tabelle 65 ersichtlich, ist vor allem die Arbeitslosenhilfe betroffen. Zurückzuführen ist dies auf die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes des Bundes auf Anfang 1997, welche die maximale Anzahl Taggelder für Arbeitslose auf 520 hinaufsetzte und die arbeitsmarktlichen Massnahmen einführte. Damit wurden die kantonalen Regelungen z. T. überflüssig (vgl. Kap. 2.3.1.2). Bei allen übrigen abgeschafften Leistungen handelt es sich um kantonale Einzelfälle.

Tabelle 65: Zwischen 1997 und 2002 abgeschaffte oder in die Sozialhilfe integrierte Leistungen

Leistung	Kanton
Kantonale Beihilfe zur AHV/IV	JU
Beihilfe zur Heimunterbringung	SO
Arbeitslosenhilfe	BL, BS, FR, VS, ZH
Mutterschaftsbeihilfe	SH
Beihilfe für Suchttherapien	BL
Individuelle Wohnkostenzuschüsse	SH, VD

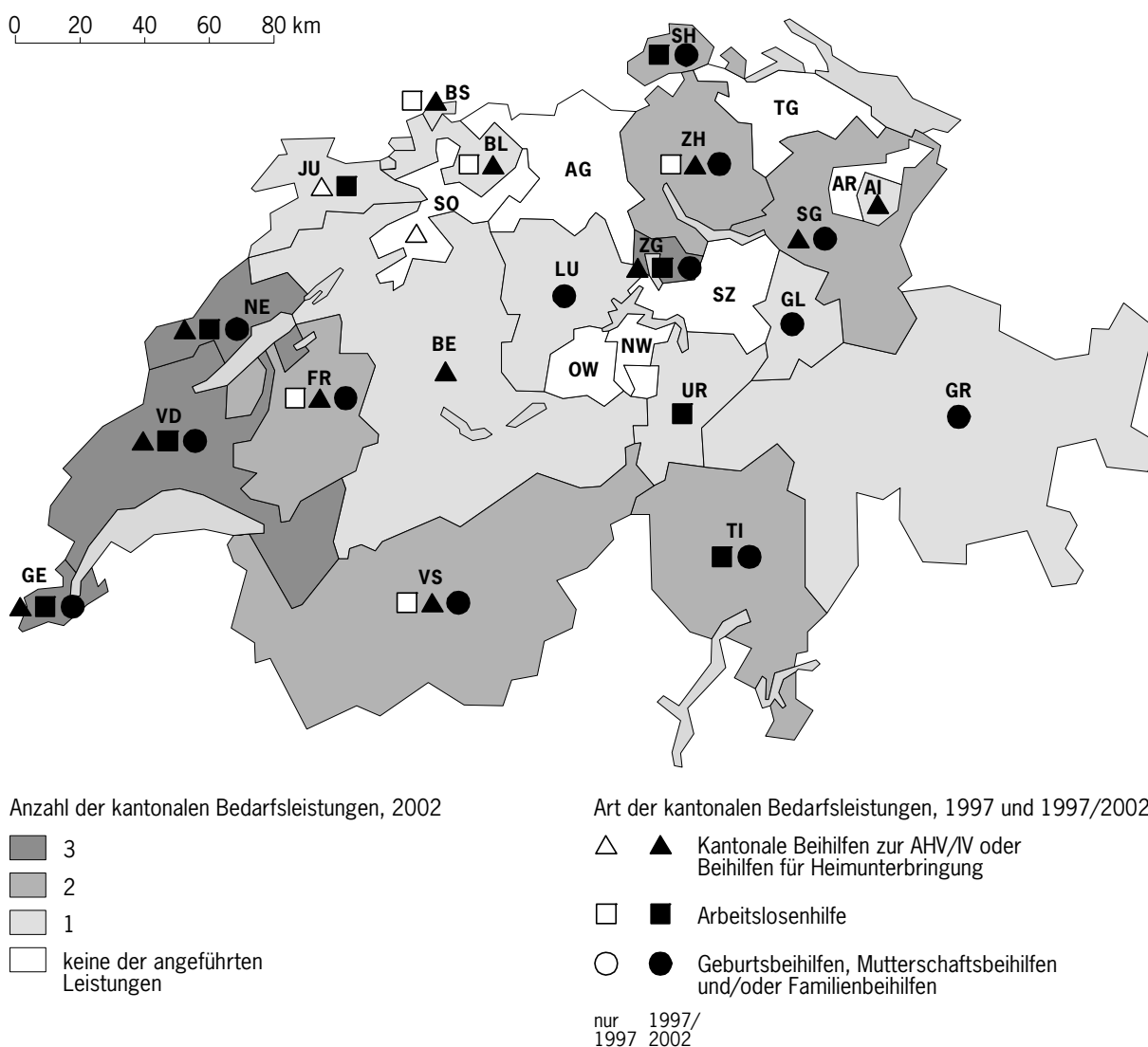
Quelle: Inventar 1997 und 2002

Wird eine Leistung abgeschafft, bedeutet das in der Regel eine Reduktion der Mittel zur Existenzsicherung, da die ehemaligen Bezüger oft neu auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Die Ansätze der Sozialhilfe liegen meist tiefer als die der vorgelagerten Bedarfsleistungen und ausserdem ist die Sozialhilfe in der Regel rückerstattungspflichtig. Schliesslich ist die Sozialhilfe gesellschaftlich stärker stigmatisiert als die vorgelagerten Leistungen. Dies kann dazu führen, dass jemand darauf verzichtet, die Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, was eine zusätzliche Verschärfung der Einkommensschwäche zur Folge haben kann.

Die Ausstattung der Kantone mit Bedarfsleistungen ist sehr unterschiedlich. Während einige Kantone nur gerade die Leistungen kennen, zu deren Ausrichtung sie durch die Bundesgesetzgebung verpflichtet sind, sind in anderen Kantonen der öffentlichen Sozialhilfe zusätzliche Sicherungsinstanzen vorgeschaltet. Die häufigsten Leistungsarten sind dabei die Alters- und Behindertenbeihilfen¹⁶⁹, die Arbeitslosenhilfe und die Bedarfsleistungen für Familien. Die folgende Karte gibt einen Überblick, in welchen Kantonen die drei Leistungsarten vorkommen und welche Kombinationen sich in den einzelnen Kantonen finden.

Alle drei Bedarfsleistungsarten zusammen werden in vier Kantonen ausgerichtet, nämlich in den Kantonen Genf, Neuenburg, Waadt und Zug. Eine herausragende Stellung nimmt dabei der Kanton Genf ein, kennt er doch sowohl die Geburtsbeihilfen als auch die Familienbeihilfen und richtet zusätzlich noch Wohnbeihilfen aus. Zwei spezifische Leistungen werden in den Kantonen Freiburg, Schaffhausen, St. Gallen, Tessin, Wallis und Zürich ausgerichtet. Nur eine Leistung kennen Appenzell Innerrhoden, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Glarus, Graubünden, Jura, Luzern und Uri. Am anderen Ende der Skala stehen die sieben Kantone Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Nidwalden, Obwalden, Solothurn, Schwyz und Thurgau, welche keine kantonalen Bedarfsleistungen ausrichten. Generell haben die lateinischen Kantone die am stärksten ausdifferenzierten Leistungssysteme, während die Kantone in der Zentral- und Nordostschweiz sich eher auf die öffentliche Sozialhilfe abstützen.

¹⁶⁹ Die kantonalen Beihilfen zur AHV/IV und die Beihilfen zur Heimunterbringung werden hier zusammengefasst, da sie sich an ähnliche Bezügerkreise richten und ähnliche soziale Risiken abdecken. Auch richten die Kantone immer entweder kantonale Beihilfen (an Personen im Heim oder zu Hause) oder Heimbeihilfen (nur an Personen im Heim) aus, nie beide zusammen.



© Bundesamt für Statistik, ThemaKart, Neuchâtel 2005

Quelle: BFS, Soziale Sicherheit

Ergänzend muss erwähnt werden, dass manche Kantone nicht nur die hier besprochenen Subjekthilfen kennen, sondern zusätzlich oder als Ersatz dafür Objekthilfen im Sozialbereich einsetzen. Dies betrifft insbesondere den Heimbereich, wenn Kantone die Kosten oder das Defizit von im Sozialbereich tätigen Institution übernehmen und so die Heimtaxen verbilligen. Diese Subventionen kommen im Gegensatz zu den Bedarfsleistungen allen Heimbewohnerinnen und -bewohnern zugute, nicht nur den bedürftigen. Im Wohnungswesen kann der soziale Wohnungsbau die Stelle von Wohnbeihilfen einnehmen.

Bisher fehlen jedoch umfassende statistische Angaben zu den Objekthilfen im Sozialbereich, die einen Vergleich zwischen den Kantonen zulassen. So lässt sich nicht sagen, ob Kantone mit wenigen bedarfsabhängigen Leistungen dafür vermehrt indirekte Sozialhilfe via Objekthilfe ausrichten¹⁷⁰.

Die kantonale Ausstattung mit Bedarfsleistungen ist somit sehr heterogen. Zusätzlich sind die Anspruchsbedingungen eines Leistungstyps in den einzelnen Kantonen sehr unterschiedlich ausgestaltet. Diese Unterschiede sind hauptsächlich durch drei Parameter bedingt: die Einkommensgrenze, die Anrechnung von Einkommen und Vermögen sowie die Leistungshöhe. Hinzu kommen die allgemeinen Anspruchskriterien wie Wohnsitz, Nationalität, Karenzfrist, Leistungsdauer, Alter und Familiensituation sowie die Regelung der Subsidiarität.

Für jeden dieser Parameter besteht eine Vielzahl von Definitionen. So wird als Einkommen z.B. das Lohnneinkommen, das in jedem Kanton anders definierte steuerbare Einkommen, das Einkommen gemäss den Vorgaben des Bundes für die EL oder ein anderweitig definiertes Einkommen verwendet. Häufig gilt eine Definition nur für bestimmte Personenkreise, so sind z.B. unterschiedliche Leistungshöhen für Alleinstehende und Paare gängig oder es gibt spezifische Bestimmungen für Personen, die zu Hause wohnen und für solche im Heim.

Einzelne Kantone haben für verschiedene Bedarfsleistungen (Verbilligung/Übernahme von Krankenkassenprämien, kantonale Beihilfen für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenhilfe, Alimen-tenbevorschussung, Sozialhilfe) Härtefall-Regelungen eingeführt. Dies erstaunt bei Bedarfsleistungen, deren Anspruchsberechtigung per se von klar definierten Anspruchsbedingungen abhängig ist. Je differenzierter die Anspruchsbedingungen ausformuliert sind, desto eher werden Ausnahmeleistungen in Form von Härtefallregelungen ausgerichtet, welche dem den Bedarfsleistungen zugrunde liegenden Prinzip der Subsidiarität eigentlich zuwiderlaufen.

Solange die Parameter einzeln analysiert werden, kann die Vergleichbarkeit zwischen den Kantonen oft nicht hergestellt werden, da nur die Berücksichtigung aller Regeln ein vollständiges Bild ergibt. Zusätzlich erschwert die Vielzahl der unterschiedlichen Parameter den interkantonalen Vergleich einer Leis-

¹⁷⁰ Eine Analyse für den Heimbereich im Rahmen der Finanzstatistik zur Sozialhilfe weist eher auf das Gegenteil hin: Kantone mit niedrigen Ausgaben für Subjekthilfen haben in der Regel auch niedrige Ausgaben für Objektsubventionen im Heimbereich (Kägi, Hefti 2005).

tung. So ist z.B. nicht abzuschätzen, welchen Einfluss ein höherer Maximalbetrag im einen Kanton und eine tiefere Einkommensgrenze im andern Kanton – kombiniert mit all den anderen Parametern – auf die Zahl der Bezüger und die Höhe der ausbezahlten Leistung haben.

Der Vergleich der Leistungen auf Basis der gesetzlichen Grundlagen zeigt, dass die Regelungsdichte, Transparenz und Lesbarkeit der Erlasse sehr unterschiedlich sind. Während gewisse Kantone bei einzelnen Leistungen viel auf Gesetzesstufe regeln, ziehen es andere Kantone vor, die konkrete Ausgestaltung einer Leistung auf einer tieferen Regulationsstufe vorzunehmen und im Gesetz nur allgemeine Grundsätze zu formulieren. Im Inventar sind nur Informationen aus Gesetzen und Verordnungen enthalten. Alle Parameter, die auf tieferer Stufe geregelt sind, fehlen im Inventar und in der Auswertung. Diese unterschiedlichen Vorlagen erschweren den Vergleich von Bedarfsleistungen.

Ausserdem ist es auf der Basis von Informationen aus Gesetzestexten nicht möglich, Aussagen über den Vollzug zu machen, da die Gesetze oftmals einen erheblichen Spielraum lassen. So kann z.B. der Vollzug auch bei nicht mehr zeitgemässen gesetzlichen Grundlagen sehr fortschrittlich sein¹⁷¹.

Als Ergänzung zum Vergleich auf der Basis von gesetzlichen Grundlagen bieten sich Fallbeispiele an. Damit lassen sich die konkreten Auswirkungen der unterschiedlichen kantonalen Regelungen auf die an die Bezüger/-innen ausbezahlten Leistungen aufzeigen. Die Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“ (Wyss, Knupfer 2004) zeigte anhand typischer Fallbeispiele von armutsgefährdeten Haushalten auf, dass sich die für einen bestimmten Falltyp gewährten Bedarfsleistungen zwischen den Kantonen stark unterscheiden. So erhält z.B. eine alleinerziehende Frau im Kanton Zug eine Alimentenbevorschussung von gut 14'000 Fr. pro Jahr, während sie in den Kantonen Basel Stadt und Neuenburg keine Alimentenbevorschussung erhält. In Anhang 4 sind dieses und andere Resultate der Studie zur Verbilligung der Krankenversicherungsprämie, zur Alimentenbevorschussung und den Auswirkung der kantonalen Unterschiede auf das verfügbare Einkommen für zwei Fallbeispiele ausführlich dargestellt.

¹⁷¹ Im Stipendienreport 1999 wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass der Kanton Basel-Stadt trotz nicht mehr zeitgemässen gesetzlichen Grundlagen eine sehr fortschrittliche und bildungsfreundliche Stipendienpraxis kennt (Stipendienreport 1999: B3). Solche Befunde dürften auch für andere Bedarfsleistungen Gültigkeit haben.

Die festgestellten enormen Unterschiede im Leistungssystem zwischen den Kantonen sind laut der Studie „Le «tourisme social»: mythe et réalité. L'exemple de la Suisse latine“ nicht zu letzt durch die jeweiligen historischen Entstehungsbedingungen begründet (Tabin et al. 2004). Unterschiedliche politische Kräfteverhältnisse und Vorstellungen über die Art und den Stellenwert der sozialen Sicherung waren für die Herausbildung divergierender Leistungssysteme massgebend. Zudem wurden die einzelnen Leistungen in einem unterschiedlichen historischen Umfeld eingeführt. Schliesslich kann auch vermutet werden, dass die sozio-ökonomische Situation eines Kantons, d.h. seine Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Armut einen Einfluss auf das Leistungssystem ausübt (Knapfer, 2003).

Vorgaben durch die Bundesgesetzgebung oder gesamtschweizerische Richtlinien, wie sie die SKOS für die Sozialhilfe erstellt hat, wirken teilweise vereinheitlichend. Doch auch sie lassen den Kantonen einen erheblichen Spielraum. Das Beispiel der Arbeitslosenhilfe, wo eine Änderung bei der Arbeitslosenversicherung dazu führte, dass die Leistung in mehreren Kantonen aufgelöst wurde, zeigt, dass der Einfluss des Bundes auf das föderalistische Leistungssystem nicht zu unterschätzen ist, wird doch das Umfeld, in dem sich die Kantone bewegen, massgebend durch die Sozialpolitik des Bundes – insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen – bestimmt. Die Umsetzung politischer Vorstösse wie die aktuell diskutierten Ergänzungsleistungen für Familien oder zusätzliche Krankenkassenprämienverbilligung für Familien mit niedrigem Einkommen könnten in Zukunft beträchtliche Änderungen in der kantonalen Leistungslandschaft hervorrufen.

5.2 Methodischer Ausblick und Anregungen

Für eine künftige Aktualisierung und Weiterentwicklung des Inventars werden abschliessend ein paar Überlegungen im Sinne von Anregungen angeführt:

- Es wäre zu überlegen, ob bei einer nächsten Inventarisierung zur Darstellung der Unterschiede in den einzelnen Leistungen und gesamthaft im System der Bedarfsleistungen, ergänzend und zur Illustration mit Fall-

beispielen gearbeitet werden sollte. Diese Methode erfordert vorgängig eine sorgfältige Definition der einzelnen Fallbeispiele, um die Vergleichbarkeit zu ermöglichen (siehe: Wyss, Knupfer, 2004). Die notwendigen Kriterien wie Karenzfrist, Wohnort, Nationalität etc. für die Kantone wurden im vorliegenden Inventar bereits erfasst.

- Bei einer künftigen Inventarisierung müssten die Bundesgesetze ebenfalls erfasst werden. Damit würde der Vergleich der einzelnen Leistungen enorm erleichtert und ersichtlich, was bereits auf Bundesebene einheitlich geregelt ist. Allerdings müsste diese Inventarisierung in separaten Tabellen erfolgen.
- Die Ausbildungsbeihilfen sind im Inventar 2002 in einer enormen Detailtiefe inventarisiert. So finden sich zum Beispiel seitenlange Berechnungsbeispiele in den Anhängen. Um die grosse Heterogenität zwischen den Kantonen zu erkennen, braucht es diese Differenziertheit nicht. Die Angaben sind so detailliert und so verschieden, dass sie nicht vergleichbar sind. Es scheint angebracht, eine Reduktion der Komplexität anzustreben.
- Betreffend Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV sollten die Angaben im Inventar in separaten Tabellen ausgewiesen werden. Im Inventar 2002 sind in einer einzigen Tabelle alle Angaben zum Bundesgesetz, zu den kantonalen Beihilfen und – zum Teil – zu weitergehenden Leistungen vor allem im Pflegekostenbereich erfasst. Dies erschwert die systematische Auswertung und geht zu Lasten der Vollständigkeit. Indem selektiv inventarisiert wurde, gehen wichtige Informationen verloren, die bei einer vollständigen Inventarisierung der rechtlichen Grundlagen in drei Tabellen verfügbar wären. Die Einordnung der Beihilfen in ‚sozialversicherungsnahe‘ Systeme (z.B. Kanton Zürich) oder ‚sozialhilfennahe‘ Systeme¹⁷² (z.B. Kanton Bern) ist mit den vorliegenden Angaben nur bedingt möglich.

¹⁷² Die Nähe einer kantonalen Bedarfsleistung zu den Sozialversicherungen bzw. zur Sozialhilfe lässt sich mit den Kriterien "einklagbarer Rechtsanspruch", "Vermögensfreigrenze und –verzehr", "massgebliche Einkommensgrenze" sowie der Leistungshöhe messen. Diese Kriterien sind kantonal höchst unterschiedlich konzipiert. Die Leistungssysteme einiger Kantone und Gemeinden weisen eindeutig Versicherungscharakter auf, indem sie Personen, die die persönlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllen, einen Rechtsanspruch einräumen (z.B. Kanton Zürich) und die Vermögens- und Einkommensgrenzen relativ hoch ansetzen. Andere Gemeinwesen sehen ihre Zusatzleistungen eher als spezielle Fürsorgeleis-

- Die Abgrenzung der ‚Beihilfen zur Heimunterbringung‘ von den ‚kantonalen Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV‘ und der Objektfinanzierung im Heimbereich ist nicht unproblematisch. Generell sollten die Verortung der ‚Beihilfen zur Heimunterbringung‘ im Inventar sowie die Begrifflichkeiten durch das BFS nachvollziehbar definiert werden. Eine konzeptionelle Überprüfung dieser Rubrik unter Einbezug von Expertenmeinungen wäre angesichts der politischen Brisanz dieser Thematik zu empfehlen.
- Bei der Arbeitslosenhilfe wäre zu überlegen, ob es sinnvoll ist, die Eingliederungseinkommen unter dieser Bedarfsleistung zu behandeln oder ob diese eher der Sozialhilfe zuzuordnen wären. In den letzten Jahren hat sich die Tendenz, soziale und berufliche Eingliederungs- oder Integrationsmassnahmen im Rahmen der Sozialhilfe anzubieten, verfestigt. So werden beispielsweise im Kanton Waadt das Sozialhilfegesetz und das ‚Revenu minimum de réinsertion‘ fusioniert und es wird in Zukunft nur noch ein Erlass existieren.
- Im Gesamtbericht zum Inventar 1997 (Wyss 1998) sind unter dem Titel ‚Beihilfen/Zuschüsse bei Alkoholismus, Krankheit, häuslicher Pflege‘ für zehn Kantone Bedarfsleistungen beschrieben. Ein grosser Teil davon war innerhalb der Sozialhilfe geregelt, weshalb anzunehmen ist, dass sie auch in anderen, nicht aufgeführten Kantonen innerhalb der Sozialhilfe erbracht wurden. Der Bericht benannte bereits die Schwierigkeit, diese inventarisierten Leistungen zu interpretieren, indem "(...) jeweils nicht klar abgeschätzt werden konnte, ob die diesbezüglichen in einem Kanton im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe ausgerichteten Beihilfen über das übliche hinausgehen und also einer speziellen Erwähnung bedürfen, oder ob sie prinzipiell in allen Kantonen genauso erbracht werden und also stillschweigend der öffentlichen Sozialhilfe subsumiert werden können" (Wyss, 1998:64). Für eine künftige Aktualisierung des Inventars ist es empfehlenswert zu prüfen, ob solche Leistungen tatsächlich in einem separaten Kapitel beschrieben oder nicht vielmehr innerhalb der am nächsten verwandten Leistung speziell ausgewiesen werden sollten.

tungen mit strengeren Anspruchsgrenzen und ohne Rechtsanspruch an und ordnen sie damit der Sozialhilfe zu (z.B. Kanton Bern). Carigiet 1995:55.

- Betreffend Wohnkostenzuschüsse wäre zu überlegen, inwiefern sie nicht gemeinsam mit den vielerorts existierenden Objekthilfen analysiert werden müssten. Diese indirekte Bedarfsleistung ist in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. Ausserdem existieren in einigen grösseren Städten kommunale Leistungen in diesem Bereich. Das Bundesamt für Wohnungswesen und die Eidgenössische Kommission für Wohnungswesen könnten hilfreiche Tipps geben.
- Die nächste Inventarisierung sollte für den Vergleich der einzelnen Leistungen von den im vorliegenden Bericht herausgearbeiteten Unterschieden zwischen den Kantonen ausgehen und diese aktualisieren.
- Die kantonalen Bedarfsleistungen sind alle mehr oder weniger stark durch komplexe Berechnungsmodi charakterisiert. Bei der Auswertung der einzelnen Leistungen wäre es deshalb empfehlenswert auf das Expertenwissen von Fachleuten zurückzugreifen.

ANHANG 1: Liste der inventarisierten und vertieften bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Leistungen nach Funktionen) per 1.1.2002

In der nachstehenden Liste sind jene Sozialleistungen mit *) gekennzeichnet, die im Inventar 1997 erfasst wurden, im Inventar 2002 jedoch nicht aktualisiert wurden. Zur Bezeichnung der einzelnen Leistungen wurden die Begrifflichkeiten des Inventars 2002 verwendet.
Die mit **) gekennzeichneten Leistungen werden gemäss Umfrage bei den Kantonen in keinem Kanton in spezifischer Weise ausgerichtet. Im Falle entsprechender Bedürftigkeit kommt in aller Regel die öffentliche Sozialhilfe zum Zug. Die Leistungen werden deshalb im Inventar 2002 nicht aufgeführt.
Allgemeine Bedürftigkeit
Allgemeine Sozialhilfe
Zuschüsse für Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV/EO) *)
Beihilfen an Suchttherapien¹⁷³
Opferhilfe (Entschädigung)*)
Rechtshilfe (unentgeltliche Rechtspflege)*)
Alter/Invalidität/Hinterbliebene
Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen
Beihilfen für Heimunterbringung
Beihilfen, individuelle Zuschüsse für Schulbesuch (sofern speziell mit Invalidität/Status «Hinterbliebene» verbunden) **)
Beihilfen für Bestattungskosten ¹⁷⁴
Familie und Mutterschaft
Alimentenbevorschussung
Bedarfsleistungen für Familien: Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsleistungen, Familienbeihilfen
Zuschüsse für ausserhäusliche Unterbringung von Kindern **)
Ausbildungsbeihilfen

¹⁷³ Im Inventar 1997 wurde diese Bedarfsleistung „Bekämpfung von Alkoholismus“ genannt. Da diese Leistung jedoch als solche nicht (mehr) existiert, hingegen eine weitergehende Leistung im Sinne von Beihilfen an Suchttherapien, wurde diese Bezeichnung gewählt.

¹⁷⁴ Beihilfen/Zuschüsse für Bestattungskosten werden fast ausnahmslos auf der Gemeindeebene und hier zumeist nicht nur für Bedürftige gewährt. Gemäss Inventar wird diese Leistung im Kanton Tessin im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe kannten auch die Kantone Bern, Appenzell IR, Neuenburg und Jura solche Leistungen. Es kann nicht nachvollzogen werden, warum im Inventar 2002 einzig auf die Leistung des Kantons Tessin eingegangen wurde. In der Auswertung wurde diese Leistung weggelassen.

Arbeitslosigkeit
Arbeitslosenhilfe
Wohnkostenzuschüsse (sofern speziell Bestandteil der Arbeitslosenhilfe) **)
Wohnen
Individuelle Wohnkostenzuschüsse
Zuschüsse an Heizkosten u.a. **)
Umzugsbeihilfen **)
Krankheit
Verbilligung/Übernahme der obligatorischen Krankenversicherungsprämie
Beihilfen an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten
Zuschüsse/Beiträge an Zahnarztkosten, Kuren, Krankentransport etc. **)

ANHANG 2: Raster zur Erfassung der einzelnen Leistungen des Inventars 2002

Rubrik	Beschreibung
1	Ziel / Zweckartikel u.a. Diese Rubrik beschreibt das grundsätzliche Ziel der bedarfsabhängigen Sozialleistung. Sie entspricht einer Zusammenfassung der Zweckartikel der entsprechenden gesetzlichen Grundlage. Teilweise stützt sich die Definition aber auch auf weitere Paragraphen. Wo bundesrechtliche Bestimmungen gegeben sind, nehmen diese die Definition meistens voraus. Die Definitionen können auch aus den Beschreibungen der einzelnen Leistungen bestehen, d.h. in einem Zusammenzug aus den Gesetzestexten.
2	Bundesgesetz Diese Rubrik führt die Artikel der Bundesverfassung, die Bundesgesetze und Verordnungen an, die für die entsprechende Leistung gelten.
3	Kantonales Gesetz/VO Name Diese Rubrik zählt die kantonalen Gesetze und Verordnungen auf, welche die Grundlage der entsprechenden Leistung bilden.
4.1	Anspruchsberechtigter (Bedarfsabhängigkeit) Diese Rubrik liefert eine Beschreibung des allgemeinen Personenkreises und einen Hinweis auf Bedarfsabhängigkeit (zum Beispiel "Opfer von Straftaten, die in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden sind, haben unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf eine Entschädigung.") Die Rubrik antwortet zusammenfassend auf die Frage: "Wer hat Anspruch?"
4.2	Gesetzliche Ausnahmen von Anspruchsberechtigten Diese Rubrik antwortet auf die Frage nach expliziten Ausnahmen, d.h. Personen, welche die Kriterien unter 4.1 erfüllen, aber dennoch keinen Anspruch auf eine entsprechende Sozialhilfeleistung haben. Beispiel: "Stipendien für ein zweites Hochschulstudium sind ausgeschlossen (Ausbildungsbeihilfen, Kt. Bern)."
4.3	Kriterium: Wohnsitz Diese Rubrik antwortet auf die Frage, ob und inwiefern der Leistungsanspruch des Bewerbers von seinem Wohnsitz abhängig ist. Beispiel: Der stipendienrechtliche Wohnsitz des Bewerbers entspricht dem zivilrechtlichen Wohnsitz des zum Unterhalt verpflichteten Elternteils.
4.4	Kriterium: Kantonsbürgerrecht/Heimort für Auslandschweizer Diese Rubrik antwortet auf die Frage nach der Bedeutung des Heimatkantons für die Berechtigung zum Leistungsbezug. Dies kann z.B. der Fall sein, wenn der Leistungsbezüger Schweizer Bürger ist, im Ausland wohnt und dort keine oder nur ungenügende Hilfe erhält.
4.5	Kriterium: Nationalität/Aufenthaltsstatus für Nicht-Schweizer Diese Rubrik beschäftigt sich mit Personen, die kein Schweizer Bürgerrecht haben und antwortet auf die Frage, inwiefern die Nationalität einen Einfluss auf die Berechtigung eines Bewerbers zum Leistungsbezug hat bzw. ob es spezielle Erfordernisse für Ausländer resp. Flüchtlinge gibt.
4.6	Gibt es nicht
4.7	Kriterium: Karenzfrist Diese Rubrik gibt Antwort auf die Frage, ob die Wohnsitzdauer oder Aufenthaltsdauer des Bewerbers im Kanton einen Einfluss auf seinen Leistungsanspruch hat.
4.8	Kriterium: Familiensituation Diese Rubrik beantwortet die Frage, ob die Familiensituation des Bewerbers einen Einfluss auf seine Berechtigung zum Leistungsbezug hat. Meistens ist dies nicht der Fall, die Familiensituation kann aber durchaus einen Einfluss auf sein anrechenbares Einkommen und Vermögen (Anrechenbarkeit von Einkommen und Vermögen Drit-

Rubrik	Beschreibung
	ter) und somit auf die Leistungshöhe haben.
4.9	Kriterium: Alter Diese Rubrik befasst sich mit der Frage, ob der Anspruch auf die Leistung vom Alter des Bewerbers abhängig ist (Wird eine Leistung nur bis zu/ab einem gewissen Alter gewährt, wie Volljährigkeit, 20. Altersjahr oder Rentenalter 65).
4.10	Kriterium: Spezielle Gruppen Diese Rubrik stellt die Frage, ob nur spezielle Gruppen wie beispielsweise Sozialhilfeempfänger, EL-Bezüger usw. zum Leistungsbezug berechtigt sind.
4.11	Andere Kriterien Diese Rubrik ist eine Art von Auffangtopf für weitere Kriterien, welche für den Leistungsbezug erfüllt sein müssen wie beispielsweise "auf begründetes Gesuch hin", "AuslandschweizerIn", "Rechtstitel", "Eignung", "Leumund", "nicht-aussichtloses Verfahren" etc.
4.12	Bestimmung der Einkommens- und Vermögensgrenze Diese Rubrik beantwortet, ob die Anspruchsgrenze nach einem bekannten Verfahren bestimmt wird (betriebsrechtliches Existenzminimum, Existenzminimum nach SKOS, Grenzbetrag nach EL oder individueller Lebensbedarf z.B. Basel-Stadt). Die Berechnung wird in der Folge kurz beschrieben.
4.13	Gibt es nicht
4.14	Bestimmung des anrechenbaren Einkommens und Vermögens des Bewerbers und anderer zur Unterstützung verpflichteter Personen Diese Rubrik erklärt, wie das anrechenbare Einkommen und Vermögen eines Bewerbers berechnet wird und ob Einkommen Dritter dabei eine Rolle spielen.
4.15	Werden andere Vermögen und Einkommen als die des Bewerbers berücksichtigt? Diese Rubrik beschäftigt sich mit Drittpersonen, welche mit ihrem Einkommen und Vermögen zur Unterstützung des Bedürftigen verpflichtet sind wie beispielsweise Eltern, die verpflichtet sind, für die Ausbildung ihrer Kinder aufzukommen, bis diese mündig sind oder Lebenspartner und andere Personen, welche im gleichen Haushalt leben.
4.16	Anpassung an Teuerung Diese Rubrik gibt Auskunft über etwaige Anpassungen der Leistungen an die Teuerung.
4.17	Sonderbestimmung für mat. Anspruchskriterien Diese Rubrik ist ein Auffangtopf für finanzielle Ausnahmen wie Behandlung von Wohneigentum oder dem Grad der Erwerbstätigkeit.
5	Gibt es nicht
6.1	Art der Leistung Diese Rubrik beschreibt die Art der Leistung. Da das Inventar nur Geldleistungen untersucht, stellen sich vor allem Fragen, wie Beträge ausgerichtet werden (einmalige Beträge, monatliche Leistungen, Erlass von Verfahrenskosten, etc.), ob die erhaltenen Beträge rückzahlungspflichtig sind oder nicht (Bsp. Ausbildungskredite bzw. Stipendien bei den Ausbildungsbeiträgen) und von was dies abhängt (Art der Ausbildung, was geschieht bei Abbruch etc.). Des Weiteren werden auch nicht-monetäre Leistungen erwähnt, auf die jedoch nicht vertieft eingegangen wird.
6.2	Berechnung der Leistung Diese Rubrik gibt Antwort auf die Frage nach der Art und Weise, wie die Leistungshöhe bestimmt wird und von welchen Faktoren diese abhängt (z.B. Betrag für Lebensbedarf + max. Mietzins, anrechenbare Krankenkassenprämien; Grundbetrag für den Lebensbedarf, medizinische Grundversorgung, Mietzins und evtl. situationsbedingte Leistungen; Formel für die Prämienverbilligung, anrechenbarer Lohn, anrechenbarer Mietzins, anrechenbare Krankenkassenprämien und weitere Kosten, die berücksichtigt werden etc.). Meist ist dies ein sehr komplexes Verfahren, daher findet sich in dieser Rubrik oft nur ein Kurzbeschrieb, die genaue Vorgehensweise be-

Rubrik	Beschreibung
	findet sich in solchen Fällen im Anhang.
6.3	Höhe der Leistung Diese Rubrik stellt die Frage nach der Höhe der Leistung, wobei hier nur Fixbeträge erwähnt werden (Bsp. Übernahme des Mindestbeitrages zur AHV/IV). Bei variablen Beträgen wäre die Antwort sonst mit der Rubrik 6.2 "Berechnung der Leistung" identisch.
6.4	Minimal-/Maximalgrenze Diese Rubrik beantwortet die Frage, ob die gesetzlichen Leistungen nur innerhalb (ober-/unterhalb) von Minimal- und Maximalgrenzen ausgerichtet werden (z.B. "Jahresbeiträge unter 100 CHF werden nicht ausgerichtet", oder "die gesetzliche Maximalsumme pro Jahr beträgt 12'000 CHF").
6.5	Anpassung an Teuerung Diese Rubrik beantwortet die Frage, ob die Leistungen an die Teuerung angepasst werden.
6.6	Befristung der Leistung Diese Rubrik gibt Antwort auf die Frage, ob die Leistung nur bis zu einer maximalen Frist ausgerichtet wird (Bsp.: "Stipendien werden nur für eine der Ausbildung angemessenen Dauer ausgerichtet.").
6.7	Rückerstattung Diese Rubrik beschäftigt sich mit der Frage der Rückerstattung von erhaltenen Beiträgen, allerdings nur mit denjenigen, die ausdrücklich im Gesetz vorgesehen sind. Rückerstattungen mit Strafcharakter (beispielsweise aufgrund von Verwendung von Leistungen für nicht dafür vorgesehene Zwecke oder bei Nichterfüllen von daran gebundenen Weisungen) werden nicht erwähnt.
6.8	Bindung an Auflagen/Weisungen Diese Rubrik fragt nach Auflagen oder Weisungen, an welche die Leistungen geknüpft werden können (Bsp.: Mitwirkungspflicht der Antragssteller, Erfüllung der Promotionsbedingungen etc.).
6.9	Sonderbestimmung zu den Leistungen Diese Rubrik ist ein Auffangbecken für Sonderbestimmungen, welche an den Leistungsbezug geknüpft und im Gesetz als solche deklariert sind.
7	Gibt es nicht
8.1	Aufteilung der Finanzierung Kantone/Gemeinden Diese Rubrik fragt nach der Finanzierung der Leistung, d.h. wer (Kantone, Gemeinden, Bund + evtl. andere) für die Leistung aufkommt und wie dies geregelt ist.

ANHANG 3: Gesetzliche Grundlagen und Adressen Vollzugsorgane der einzelnen Leistungen

1.1 Ausbildungsbeihilfen

1.1.1 Gesetzliche Grundlagen

Aargau	Gesetz über die Förderung der Ausbildung (Stipendiengesetz) vom 18. Oktober 1968 (G) Stipendienverordnung vom 3. April 1969 (VO) Dekret über die Mindest- und Höchstansätze der Stipendien vom 14. März 1989 (D)
Appenzell Ausserrhoden	Stipendiengesetz vom 24. April 1988 (G) Verordnung zum Stipendiengesetz vom 24. April 1988 (VO)
Appenzell Innerrhoden	Gesetz über Ausbildungsbeiträge vom 26. April 1987 (G) Verordnung über Ausbildungsbeiträge vom 20. Juni 1994 (VO) Standeskommissionsbeschluss über Ausbildungsbeiträge vom 5. Juli 1994 (SKB)
Basel-Landschaft	Gesetz über Ausbildungsbeiträge vom 5. Dezember 1994 (letzte Änderungen 23. Dezember 1999) (G) Verordnung zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge vom 23. Mai 1995 (letzte Änderung 23. Dezember 1999) (VO)
Basel-Stadt	Gesetz betreffend Ausbildungsbeiträge vom 12. Oktober 1967 (G) Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend Ausbildungsbeiträge vom 12. Oktober 1967 (VV)
Bern	Gesetz über die Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, G) vom 18. November 1987 (G) Verordnung über die Ausbildungsbeiträge (Stipendienverordnung) vom 6. Juli 1988 (VO) Dekret über die Ausbildungsbeiträge (Stipendiendekret) vom 18. Mai 1988 (D)
Fribourg	Loi sur les bourses et prêts de formation du 28 novembre 1990 (LBPF) Règlement d'exécution de la loi sur les bourses et prêts de formation du 27 octobre 1992 (RBPF)
Genève	Loi sur l'encouragement aux études du 4 octobre 1989 (LEE) Règlement sur l'encouragement aux études du 3 juin 1991 (REE) Règlement d'application de la loi sur l'encouragement aux études C 1 20.01 du 3 juin 1991 (RALEE)
Glarus	Verordnung über Stipendien, Studiendarlehen und Schulgeldbeiträge (Stipendienverordnung) vom 10. Januar 2001 (VO) Reglement über die Ausrichtung von Stipendien und Studiendarlehen (Stipendienreglement) vom 13. Februar 2001 (R)
Graubünden	Gesetz über Studiendarlehen und Stipendien des Kantons Graubünden (Stipendiengesetz) vom 1. März 1959 (G) Vollziehungsverordnung zum kantonalen Stipendiengesetz vom 25. November 1965 (VVO) Reglement über die Stipendien für die berufliche Aus- und Weiterbildung vom 9. September 1974 (R) Richtlinien für die Ausrichtung von Stipendien vom 7. Juni 1994 (RL)

Jura	Loi sur les bourses et prêts d'études du 25 avril 1985 (LBPE) Ordonnance sur les bourses et prêts d'études du 4 juillet 1994 (Modification du 9 mai 2000) (OBPE)
Luzern	Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz), 4. Januar 1991 (G) Verordnung zum Stipendiengesetz, 4. September 1992 (VO)
Neuchâtel	Loi sur les bourses d'études et de formation du 1er février 1994 (LBEF) Loi portant révision de la loi sur les bourses d'études et de formation du 22 août 2001 (LBEF) Décret sur le fonds pour l'encouragement des études et de la formation professionnelle du 23 décembre 1992 (DFEEFP) Règlement d'exécution de la loi sur les bourses d'études et de formation et du décret sur le fonds pour l'encouragement des études et de la formation professionnelle du 22 août 2001 (RLBEF) Arrêté concernant l'adoption des barèmes A, B, C et D, destinés au calcul des bourses d'études, d'apprentissage, de perfectionnement et de reconversion professionnels du 22 août 2001 (Arrêté) Arrêté concernant l'octroi de subsides aux étudiants de la formation initiale secondaire 1 et 2 de la HEP-BEJUNE du 22 août 2001 (Arrêté HEP)
Nidwalden	Gesetz über die Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz) vom 30. April 1995 (SG) Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Ausbildungsbeiträge vom 27 März 1996 (Stipendienverordnung), (VVO) Reglement über die Ausbildungsbeiträge (Stipendienreglement) vom 18. Dezember 2001 (R)
Obwalden	Verordnung über Ausbildungsbeiträge (Stipendienverordnung) vom 23. April 1992 (VO) Ausführungsbestimmungen über Ausbildungsbeiträge vom 30. Juni 1992 (AB)
Schaffhausen	Dekret über die Erteilung von Stipendien und Studiendarlehen (Stipendiendekret) vom 16. August 1982 (D) Verordnung über die Ausrichtung von Stipendien und Studiendarlehen vom 18. April 1978 (VO)
Schwyz	Verordnung über Stipendien und Studiendarlehen vom 12. September 1975 (VO) Vollzugsverordnung zur Verordnung über Stipendien und Studiendarlehen vom 28. Oktober 1986 (VV)
Solothurn	Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz), 30. Juni 1985 (G) Vollzugsverordnung zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge, 2. Juli 1985 (VVO)
St. Gallen	Gesetz über die staatlichen Stipendien und Studiendarlehen (Stipendiengesetz) vom 3. Dezember 1968 (G) Vollzugsverordnung zum Stipendiengesetz vom 22. September 1968 (VVO) Regierungsbeschluss über die Bemessung der Stipendien und Studiendarlehen vom 3. Dezember 1974 (RB)
Thurgau	Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz) vom 26. April 1990 (G) Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendienverordnung) vom 4. Dezember 1990 (VO)
Ticino	Legge della scuola del 1° febbraio 1990 (LDS) Regolamento delle borse di studio dell'8 marzo 1995 (RDBDS)
Uri	Verordnung über die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienverordnung) vom 3. Juni 1987 (VO) Reglement über die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienreglement) vom 7. Dezember 1987 (R)
Valais	Loi concernant l'octroi de bourses et de prêts d'honneur du 14.5.1986 (LOcBP) Règlement pour le calcul des bourses et des prêts d'honneur du 16.6.2000 (RCaBP)

Vaud	Loi sur l'aide aux études et à la formation professionnelle du 11 septembre 1973 (L aide aux études) Règlement d'application de la loi du 11 septembre 1973 sur l'aide aux études et à la formation professionnelle (R aide aux études) Règlement du 24 juin 1983 concernant l'allocation d'aide aux études pour les réfugiés dont les parents ne sont pas domiciliés dans le Canton de Vaud (R allocation aides aux études pour les réfugiés)
Zug	Gesetz über Ausbildungsbeiträge vom 3. Mai 1984 (G) Verordnung zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge vom 7. August 1984 (VO)
Zürich	Stipendienverordnung vom 10. Januar 1996 (VO) Stipendienreglement vom 19. Juni 1999 (R)

1.1.2 Vollzugsorgane

Aargau	Zentralstelle für Ausbildungsförderung Kasernenstrasse 21 5000 Aarau
Appenzell Ausserrhoden	Erziehungsdirektion des Kantons Appenzell A.Rh. Fachstelle für Ausbildungs- und Studienbeiträge Regierungsgebäude 9102 Herisau AR
Appenzell Innerrhoden	Erziehungsdepartement Stipendienstelle Hauptgasse 51 9050 Appenzell
Basel- Landschaft	BKSD Ausbildungsbeiträge und Finanzen Rosenstr. 25 4410 Liestal
Basel-Stadt	Amt für Ausbildungsbeiträge des Kantons Basel-Stadt Münzgasse 16 Postfach 4001 Basel
Bern	ERZ Amt für Sozialversicherung+Stiftungsaufsicht Nydegasse 11/13 3011 Bern
Fribourg	Service des subsides de formation rue de l'Hôpital 9 1700 Fribourg
Genève	Service des allocations d'études et d'apprentissage 1, rue Pécolat 1, Case postale 2179 1211 Genève www.geneve.ch/bourses
Glarus	Erziehungsdirektion des Kantons Glarus Gerichtshausstrasse 25 8750 Glarus
Graubünden	Erziehungs-, Kultur und Umweltschutzdepartement Stipendien Quaderstrasse 17 7001 Chur

Jura	Service financier de l'enseignement Bourses d'étude Rue du 24-Septembre 2 2800 Delémont
Luzern	Amt für Berufsbildung Hirschmattstr. 25 6002 Luzern
Neuchâtel	Département de l'instruction publique et des affaires culturelles#Service de la jeunesse Office des bourses Rue du Château 19 2001 Neuchâtel
Nidwalden	Kanton Nidwalden Fachstelle Ausbildungsbeiträge Marktgasse 6371 Stans
Obwalden	Bildungs- und Kulturdepartement des Kts. OW Brünigstr. 178 6060 Sarnen
Schaffhausen	Kantonales Erziehungsdepartement Stipendienstelle Herrenacker 3 8200 Schaffhausen
Schwyz	Erziehungsdepartement Amt für Berufsbildung Bahnhofstrasse 15 Postfach 6431 Schwyz
Solothurn	Departement für Bildung und Kultur Abteilung Stipendienwesen Zeughausgasse 17 4509 Solothurn
St. Gallen	Erziehungsdepartement Amt für Schulgemeinden, Dienst für Finanzen und Stipendien Regierungsgebäude 9001 St. Gallen
Thurgau	Amt für Mittel- und Hochschulen Stipendienstelle Grabenstrasse 11 8500 Frauenfeld
Ticino	Ufficio delle borse di studio et dei sussidi Residenza Governativa Roberto Pestoni, Capoufficio 6500 Bellinzona Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport Ufficio delle borse di studio e dei sussidi Residenza Governativa 6501 Bellinzona
Uri	Bildungs- und Kulturdirektion Uri Amt für Berufsbildung Klausenstr. 4 6460 Altdorf

Valais	DECS, Bourse et prêts d'honneur Avenue de France 8 Sion
Vaud	Office cantonal des bourses d'études et d'apprentissage Chemin de Mornex 38 1014 Lausanne
Zug	Direktion für Bildung und Kultur Stipendienberatungsstelle Baarerstrasse 19 6304 Zug
Zürich	Amt für Jugend und Berufsberatung Abt. Stipendien Schaffhauserstrasse 78 8090 Zürich

1.2 Verbilligung/Übernahme der obligatorischen Krankenversicherungsprämie

1.2.1 Gesetzliche Grundlagen

Aargau	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 5.9.1995 (EG KVG) Dekret über den Anspruch auf Prämienverbilligung vom 23.1.1996 (DAP) Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 20.3.1996 (V EG KVG)
Appenzell Innerrhoden	Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 30.10.1995 (VVO KVG) Standeskommissionsbeschluss über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung vom 2.4.1996 und 18.2. 1997 (SKB)
Appenzell Ausserrhoden	Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 28.4.1996 (EG KVG) Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung vom 17.6.1996 (VO KVG)
Basel- Landschaft	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 25.3.1996 (EG KVG) Verordnung über die Prämienverbilligungen in der Krankenversicherung im Jahre 2002 vom 17.10.2000 (VO) Verordnung über die Zuständigkeit beim Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung vom 15.10.1995 (VO I) Verordnung über die Zuständigkeit beim Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung vom 15.10.1995 (VO II)
Basel-Stadt	Gesetz über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt vom 18.3.1994 (GKV) Verordnung über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt vom 7.11.1995 (KVO)
Bern	Gesetz betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung vom 6. Juni 2000 (EG KUMV) Kantonale Krankenversicherungsverordnung vom 25. Oktober 2000 (KKVV)
Fribourg	Loi du 24 novembre 1995 d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LALAMal) Arrêté du 18 décembre 2001 fixant le cercle des ayants-droit à la réduction des primes d'assurance-maladie (Arr.)
Genève	Loi d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LAMal) du 29 mai 1997 (LA LAMal) Règlement d'exécution de la loi d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (1.1.1998, J3 05) (LAMal)
Glarus	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 5. Mai 1996 (EG KVG) Reglement über die Gewährung von Prämienverbilligungen an Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen vom 22.12.1988 (Regel.) Bulletin des Regierungsrates vom 20.11.2001 (RR) Landratsbeschluss über die Selbstbehalte bei der Prämienverbilligung vom 6.2.2002)
Graubünden	Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung vom 6.11.1995 (KVPg)

	Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (GVV) Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (AB)
Jura	Loi portant introduction de la loi fédérale sur l'assurance-maladie du 20 décembre 1996 (LiLAMal) Ordonnance concernant la réduction des primes dans l'assurance-maladie du 21 novembre 1995 et ses modifications des 22.10.1996, 10.12.1996, 18.11.1997, 14.11.2000, 06.11.2001 (ORPAMal) Arrêté concernant la réduction des primes dans l'assurance-maladie pour l'année 2002 du 6 novembre 2001 (Arr)
Luzern	Gesetz über die Verbilligung von Prämien der Krankenversicherung (Prämienverbilligungsgesetz) vom 24. Januar 1995 Verordnung zum Gesetz über die Verbilligung von Prämien der Krankenversicherung (Prämienverbilligungsverordnung) vom 12. Dezember 1995
Neuchâtel	Loi d'introduction de la loi fédérale sur l'assurance-maladie du 4 octobre 1995 (LiLAMal) Règlement d'application de la loi d'introduction de la loi fédérale sur l'assurance-maladie du 31 janvier 1996 (Edition de janvier 2001) (RALiLAMal) Arrêté fixant les normes de classification et le montant des subsides en matière d'assurance-maladie obligatoire des soins pour l'année 2003 (ANO)
Nidwalden	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 28.4.1996 (EG KVG) Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 24.4.1996 (VO EG KVG) Regierungsratsbeschlüsse Nr. 49 vom 15.1. 2002 und 89 vom 29.1.2002 (RR 49 oder RR 89)
Obwalden	Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz vom 28.1.1999 (EG KVG) Verordnung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz vom 28.1.1999 (VO KVG)
Schaffhausen	Krankenversicherungsgesetz vom 19.12.1994 (KVG SH) Dekret über den Vollzug des Krankenversicherungsgesetzes vom 10.6.1996 (D KVG) Verordnung über den Vollzug des Krankenversicherungsgesetzes vom 9.7.1996 (VO KVG)
Schwyz	Gesetz über die Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung vom 6.9.1995 (PVG) Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung vom 16.1.1996 (VVPVG) Kantonsratsbeschluss zum Gesetz über die Prämienverbilligung vom 19.12.2001 (SRSZ 361.110) Regierungsratsbeschlusses vom 13.11.2001: Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung 2002
Solothurn	Kantonsrätliche Verordnung zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 3. April 1996 (VO KVG) Regierungsrätliche Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung vom 1.9.1997 (VO PV) Verfügung des Departements des Innern vom 10.1.2002, Parameter der Prämienverbilligungen (Verf)
St. Gallen	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9.11.1995 (EGzKVG) Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 12.12.1995 (VOzEGKVG) Regierungsbeschluss über die Prämienverbilligung in der Krankenpflege-Grundversicherung vom 23.10.2001 (RRB)

Tessin	Legge di applicazione della legge federale sull'assicurazione malattie (LCA-Mal) del 26 giugno 1997 (LALFAM) Regolamento della legge sull'assicurazione obbligatoria contro le malattie del 18 maggio 1994 (RLAOCM)
Thurgau	Gesetz über die Krankenversicherung vom 25.10.1995 (KVG TG) Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Krankenversicherung vom 19.12.1995 (Fassung vom 5.12.2000) (VO KVG TG)
Uri	Verordnung zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 15. 11. 1995 Reglement über die Prämienverbilligung für die Krankenpflege-Grundversicherung vom 19.12.2000 Regierungsratsbeschluss vom 23.1.2002 (56 R-721-11)
Valais	Loi sur l'assurance maladie du 22 juin 1995 (LcAM) Ordonnance concernant l'assurance-maladie obligatoire et les subventions cantonales du 8 novembre 1995 (OAM) Ordonnance sur le fonds cantonal de secours en matière d'assurance-maladie du 20 novembre 1996 (OFAM)
Vaud	Loi du 25 juin 1996 d'application vaudoise de la loi fédérale sur l'assurance-maladie, modification du 29 mai 2001 (LAVAMal) Règlement du 18 septembre 1996 concernant la loi du 25 juin 1996 d'application vaudoise de la loi fédérale sur l'assurance-maladie, modification du 10 septembre 2001 (RAVAMal) Arrêté du 8 octobre 2001 concernant les subsides aux primes de l'assurance-maladie obligatoire en 2002 (Arr)
Zug	Gesetz betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung vom 15.12.1994 (IPVG) Beschluss des Regierungsrates vom 7.1.2002 (RRB)
Zürich	Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz vom 13.Juni 1999 (EG KVG) Verordnung zum EG KVG vom 28. Juni 2000 Regierungsratsbeschluss Prämienverbilligung vom 12. Dezember 2001

1.2.2 Vollzugsorgane

Aargau	Gesundheitsdepartement Rechtsdienst Telli Hochhaus 5004 Aarau
Appenzell Ausserrhoden	Ausgleichskasse Appenzell ausser Rhoden Kasernenstrasse 4 9100 Herisau
Appenzell Innerrhoden	Gesundheitsdepartement Gesundheitsamt Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
Basel- Landschaft	Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft Abteilung Prämienverbilligung Hauptstrasse 109 4102 Binningen I

Basel-Stadt	Amt für Sozialbeiträge Grenzacherstr. 22 4001 Basel
Bern	Amt für Sozialversicherung und Stiftungsaufsicht Abteilung Krankenversicherung Nydegasse 11-13 3011 Bern
Fribourg	Caisse de compensation du Canton de Fribourg CP 1762 Givisiez
Genève	Service de l'assurance-maladie Rte de Frontenex 62 Case postale 6255 1211 Genève 6
Glarus	Kantonale Ausgleichskasse Glarus Sandstrasse 29 9750 Glarus
Graubünden	Gesundheitsamt des Kantons Graubünden Planaterrastrasse 16 7000 Chur
Jura	Caisse de compensation du canton du Jura Rue Bel-Air 3 Case postale 2350 Saignelégier
Luzern	Ausgleichskasse Kanton Luzern Postfach Würzenbachstrasse 8 6000 Luzern 15
Neuchâtel	Département des finances et des affaires sociales Service de l'assurance-maladie Fbg de l'Hôpital 3 2001 Neuchâtel
Nidwalden	Kanton NW Ausgleichskasse Stansstaaderstrasse 54 6371 Stans
Obwalden	Kanton OW Prämienverbilligung KV St. Antonistr. 4 6060 Sarnen
Schaffhausen	Kantonales Sozialversicherungsamt Oberstadt 9 8201 Schaffhausen
Schwyz	Ausgleichskasse Postfach 53 6421 Schwyz
Solothurn	Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit Ambassadorsenhof 4509 Solothurn
St. Gallen	Gesundheitsdepartement des Kantons St.Gallen Moosbruggstrasse 11 9001 St.Gallen

Tessin	Ufficio dell'assicurazione malattia Via Ghiringhelli 15° 6501 Bellinzona
Thurgau	Gesundheitsamt des Kanton Thurgau Regierungsgebäude Zürcherstrasse 194a 8510 Frauenfeld
Uri	Amt für Soziales Uri Klausenstrasse 4 6460 Altdorf
Valais	Caisse de compensation du Canton du Valais Service des allocations et des subventions Avenue Pratifori 22 1950 Sion
Vaud	Organe de contrôle d'assurance-maladie et accidents rue St. Martin 1003 Lausanne
Zug	Ausgleichskasse Zug Baarerstrasse 11 Postfach 4032 6304 Zug
Zürich	Gesundheitsdirektion Bereich KVG Obstgartenstr. 21 8090 Zürich

2.1 Kantonale Gesetze über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und kantonale Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV

2.1.1 Gesetzliche Grundlagen

Aargau	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Ergänzungsleistungsgesetz) vom 14. Juni 1966 (kELG) Vollziehungsverordnung zum Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 7. Januar 1971 (kELV)
Appenzell Innerrhoden	Verordnung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (VO ELG) vom 14. September 1998 (kELV) Verordnung über ausserordentliche Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 28. November 1989 (aELV)
Appenzell Ausserrhoden	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 24. April 1966, Änderung vom 4. Dezember 2000 (kELG) Verordnung zum Gesetz vom 24. April 1966 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 14. Juni 1971 (kELV)
Bern	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 16. November 1989 (ELGK) Verordnung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 20. Dezember 1989 (ELVK) Dekret über Zuschüsse für minderbemittelte Personen (Zuschussdekret) vom 16. Februar 1971 (ZuD)
Basel- Landschaft	Ergänzungsleistungsgesetz zur AHV und IV vom 15. Februar 1973 (kELG) Verordnung zum Ergänzungsleistungsgesetz zur AHV und IV vom 2. März 1999 (kELV) Verordnung über die Einführung eines Freibetrages für selbstbewohnte Liegenschaften bei der Vermögensanrechnung bezüglich Abklärung des Ergänzungsleistungsanspruches vom 23. Dezember 1997 (kELV-2) Dekret über die Beibehaltung der geltenden Kostenverteilung der Ergänzungsleistungen zwischen Kanton und Gemeinden vom 20. September 2001 (D)
Basel-Stadt	Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen vom 11.11.1987 (EG/ELG) Verordnung betreffend Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 12.12.1989 (VELG)
Fribourg	Arrêté du 5 décembre 2000 fixant les montants déterminants pour le droit aux prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Arrêté) Arrêté du 19 mars 1971 d'exécution de la loi du 16 novembre 1965 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité, modifiée par celle du 11 novembre 1970 (A exé) Loi du 23 mars 2000 sur les établissements médico-sociaux pour personnes âgées (LEMS) Règlement du 4 décembre 2001 sur les établissements médico-sociaux pour personnes âgées (REMS)

	Arrêté du 19 décembre 2000 fixant la contribution aux frais des personnes prises en charge dans les institutions spécialisées (Arrêté)
Genève	Loi sur les prestations fédérales complémentaires à l'assurance-vieillesse et survivants et à l'assurance-invalidité du 14 octobre 1965 (LPCF) Règlement d'application de la loi sur les prestations fédérales complémentaires à l'assurance-vieillesse et survivants et à l'assurance-invalidité du 23 décembre 1998 (RPCF) Loi sur les prestations cantonales complémentaires à l'assurance-vieillesse et survivants et à l'assurance-invalidité du 25 octobre 1968 (LPCC) Règlement d'application de la loi sur les prestations cantonales complémentaires à l'assurance-vieillesse et survivants et à l'assurance-invalidité du 25 juin 1999 (RPCC) Règlement relatif à la remise d'abonnement des transports publics Aussi : Loi cantonale d'application de la loi fédérale sur l'assurance maladie du 29 mai 1997
Glarus	Gesetz über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 1. Mai 1966 (kELG) Vollziehungsverordnung zum Gesetz vom 1. Mai 1966 über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 19. Oktober 1966 (kELV)
Graubünden	Gesetz über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Kantonales Gesetz über Ergänzungsleistungen), vom 27. März 1966 (kELG) Vollziehungsverordnung zum kantonalen Gesetz über Ergänzungsleistungen vom 25. Februar 1971 (kVELG) Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Gesetz über Ergänzungsleistungen vom 15. März 1971 (AB-ELG)
Jura	Loi portant introduction à la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité du 9 décembre 1998 (LiLPC) Ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité du 17 décembre 1997 et Modification du 31 octobre 2000 (OPC)
Luzern	Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV vom 27. Oktober 1987 (kELG)
Neuchâtel	Loi d'introduction de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité du 10 novembre 1999 (LCPC) Règlement d'exécution de la loi d'introduction de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité du 13 décembre 2000 (RLCPC)
Nidwalden	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Ergänzungsleistungsgesetz) NG 741.3 vom 6. Mai 1998 (kELG)
Obwalden	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 15. Mai 1966 (kELG) Vollziehungsverordnung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 29. Januar 1998 (kELV)
St. Gallen	Ergänzungsleistungsgesetz vom 22. September 1991 (kELG) Regierungsbeschluss über die Übergangsregelung zum Ergänzungsleistungsgesetz vom 4. November 1997 (RB-ELG) Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 13. Januar 1994 (EG-BG)
Schaffhausen	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV vom 2. Juni 1998, (kELG) Verordnung über Ergänzungsleistungen AHV und IV vom 8. Dezember 1998 (kELV)

Solothurn	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 3. November 1999 (kELG) Verordnung zum Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung 7. Januar 1966 (kELV)
Schwyz	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 17. September 1965 (kELG) Vollzugsverordnung zum Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 21. Dezember 1970 (kELV)
Thurgau	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 25. August 1971 (kELG)
Tessin	Legge di applicazione della legge federale del 19 marzo 1965 concernente le prestazioni complementari all'assicurazione federale per la vecchiaia, i superstiti e l'invalidità del 16 dicembre 1997 (LAPC) Regolamento della legge di applicazione della legge federale del 19 marzo 1965 concernente le prestazioni complementari all'assicurazione federale per la vecchiaia, i superstiti e l'invalidità del 16 dicembre 1997 del 1° luglio 1998 (RLAPC)
Uri	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 19. Juni 1966 (kELG) Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 24. September 1986 (kELV)
Vaud	Loi sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité du 29 novembre 1965 (LVPC) Arrêté concernant l'application de la loi du 29 novembre 1965 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Arrêté)
Valais	Loi d'application de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS/AI du 29 septembre 1998 (LALPC) Règlement sur les prestations complémentaires à l'AVS/AI du 9 décembre 1998 (RPC)
Zug	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 29. Oktober 1998 (EG-ELG)
Zürich	Gesetz über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 7.02.1971 (ZLG) Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 17.12.1997 (E-VO)

2.1.2 Vollzugsorgane

Aargau	SVA Aargau Kyburgerstrasse 15 5001 Aarau
Appenzell Innerrhoden	Ausgleichskasse des Kantons Appenzell Innerrhoden Poststrasse 9 Postfach 9050 Appenzell
Appenzell Ausserrhoden	Ausgleichskasse des Kantons Appenzell Ausserrhoden Kasernenstrasse 4 Postfach 1047 9100 Herisau

Bern	Ausgleichskasse des Kantons Bern Zweigstelle Bern Schwanengasse 14 3011 Bern
Basel-Landschaft	Ausgleichskasse Basel-Landschaft Abt. Ergänzungsleistungen Hauptstrasse 109 4102 Binningen
Basel-Stadt	Amt für Sozialbeiträge Grenzacherstrasse 62 Postfach 4005 Base
Fribourg	Caisse de compensation du canton de Fribourg Case postale 1706 Fribourg Impasse de la Colline 1 1762 Givisiez
Genève	Office cantonal des personnes âgées Route de Chêne 54 1208 Genève
Glarus	Ausgleichskasse Glarus Zwinglistrasse 6 8750 Glarus
Graubünden	Ausgleichskasse des Kantons Graubünden Ottostrasse 24 Postfach 7000 Chur
Jura	Caisse de compensation du canton du Jura Rue Bel-Air 3 Case postale 2350 Saignelégier
Luzern	Ausgleichskasse Luzern Würzenbachstrasse 8 6000 Luzern 15
Neuchâtel	Caisse cantonale neuchâteloise de compensation Faubourg de l'Hôpital 28 2001 Neuchâtel
Nidwalden	Ausgleichskasse Nidwalden Stansstaderstrasse 54 Postfach 6371 Stans
Obwalden	Ausgleichskasse Obwalden Brünigstrasse 144 Postfach 1161 6061 Sarnen
St. Gallen	Ausgleichskasse des Kantons St. Gallen Braucherstrasse 45 Postfach 368 9016 St. Gallen
Schaffhausen	Ausgleichskasse des Kantons Schaffhausen Oberstadt 9 8201 Schaffhausen

Solothurn	Ausgleichskasse des Kantons Solothurn Allmendweg 6 Postfach 4528 Zuchwil
Schwyz	Ausgleichskasse Schwyz Rubiswilstrasse 8 Postfach 53 6438 Ibach
Thurgau	Amt für AHV + IV des Kantons Thurgau Verwaltungsgebäude Marktplatz Postfach 8501 Frauenfeld
Tessin	Istituto delle assicurazioni sociali Via Ghiringelli 15a 6501 Bellinzona
Uri	Ausgleichskasse des Kantons Uri Dättwylerstr. 11 Postfach 30 6460 Altdorf
Vaud	Caisse cantonale vaudoise de compensation AVS Rue du Lac 37 1815 Clarens
Valais	Caisse de compensation du canton du Valais Service des rentes et prestations complémentaires Case postale 287 Av. Pratifori 22 1950 Sion
Zug	Ausgleichskasse Zug Baarerstrasse 11 Postfach 4032 6304 Zug
Zürich ¹⁷⁵	Ausgleichskasse des Kantons Zürich Röntgenstr. 17 Postfach 8087 Zürich

¹⁷⁵ Im Kanton Zürich obliegt gemäss § 2 ZLG die Durchführung den politischen Gemeinden, nicht der Ausgleichskasse.

2.2 Beihilfen zur Heimunterbringung

2.2.1 Kantonale Gesetze über die Beihilfen zur Heimunterbringung

Basel-Landschaft	Alters- und Pflegeheimdekret vom 19. Februar 1990 (APG) Verordnung über Gemeindebeiträge an die Bewohner und Bewohnerinnen von Alters- und Pflegeheimen (Beitragsverordnung Gemeinden-APH) vom 10. Januar 2000 (VAPG)
Neuchâtel	Loi sur les établissements spécialisés pour personnes âgées du 21 mars 1972, édition de janvier 2001 (LESPA). Règlement d'exécution de la loi sur les établissements spécialisés pour personnes âgées du 21 août 2002 (RE/LESPA).
Vaud	Loi d'aide aux personnes recourant à l'hébergement médico-social du 11.12.1991 (LAPRHEMS) Règlement d'application de la loi du 11.12.1991 d'aide aux personnes recourant à l'hébergement médico-social du 10.7.1992 (RAPRHEMS) Loi sur le financement des institutions et organismes pour personnes handicapées adultes du 26.11.1990 (LH) Règlement d'application de la loi du 26 novembre 1990 sur le financement des institutions et organismes pour personnes handicapées adultes du 13 mars 1992 (RH) Loi sur la prévoyance et l'aide sociales du 25 mai 1977 (LPAS)

2.2.2 Vollzugsorgane

Basel-Landschaft	Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion Bahnhofstrasse 5 4410 Liestal
Neuchâtel	Service de la santé publique rue J.-L. Pourtalès 2 2000 Neuchâtel
Vaud	Section d'aide aux personnes handicapées et gestion des institutions LAPRHEMS Tel. 021 316 51 60

2.3 Arbeitslosenhilfe

2.3.1 Gesetzliche Grundlagen

Genève	Loi sur les prestations cantonales accordées aux chômeurs en fin de droit du 18 novembre 1994 (LPCCH) Règlement relatif à l'indexation des prestations cantonales accordées aux chômeurs en fin de droit du 15 décembre 2000 (RPCCH)
Jura	Loi sur les mesures cantonales en faveur des demandeurs d'emploi du 6 décembre 2000 (LMDE) Ordonnance sur les mesures cantonales en faveur des demandeurs d'emploi du 16 janvier 2001 (OMDE)
Neuchâtel	Loi concernant le marché du travail, le service de l'emploi, l'assurance-chômage et les mesures de crise du 30 septembre 1996 (Lempl) Règlement concernant les mesures de crise cantonales du 20 janvier 1999 (RMCC)
Schaffhausen	Arbeitslosenhilfegesetz vom 17. Februar 1997 (AHG) Verordnung zum Arbeitslosenhilfegesetz vom 7. Oktober 1997 (VO-AHG)
Ticino	Legge sul rilancio dell'occupazione e sul sostegno ai disoccupati del 13 ottobre 1997 (LROSD) Regolamento della legge sul rilancio dell'occupazione e sul sostegno ai disoccupati del 4 febbraio 1998 (RLROSD)
Uri	Verordnung über die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsbeschaffung und die Arbeitslosenversicherung (Arbeitsmassnahmeverordnung), l6 (vom 11. Februar 1998) (AMV) Reglement über die ergänzenden kantonalen Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung (Arbeitsmassnahmereglement), vom 7. Juli 1998 (AMR)
Vaud	Loi du 25 septembre 1996 sur l'emploi et l'aide aux chômeurs (LEAC) Règlement du 25 juin 1997 d'application de la loi du 25 septembre 1996 sur l'emploi et l'aide aux chômeurs (REAC)
Zug	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung vom 29. August 1996 (AVLG)

2.3.2 Vollzugsorgane

Genève	Hospice Général Service du revenu minimum cantonal d'aide sociale 3, rue Ami-Lullin 1207 Genève
Jura	Département de l'Economie et de la Coopération Service des arts et métiers et travail 2800 Delémont/JU
Neuchâtel	Integration professionnelle: Département de l'économie publique Service de l'emploi Rue du Parc 119, 2301 La Chaux-de-Fonds

	Programmes d'emplois temporaires Bureau des emplois temporaires (BET) Rue du Parc 119 2301 La Chaux-de-Fonds
Schaffhausen	Arbeitslosenkasse Oberstadt 9 8201 Schaffhausen
Ticino	Ufficio del sostegno sociale e dell'inserimento Viale Officina 6 6500 Bellinzona
Uri	Volkswirtschaftsdirektion Uri Amt für Industrie und Gewerbe Klausenstrasse 4 6460 Altdorf
Vaud	Service de l'emploi du Département de l'économie (DEC) Rue Caroline 11 1014 Lausanne Service de prévoyance et d'aide sociales (DSAS) Bâtiment administratif de la Pontaise 1014 Lausanne
Zug	Arbeitslosenkasse Zug Postfach 4032 6304 Zug

2.4 Bedarfsleistungen für Familien: Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsbeihilfen, Familienbeihilfen

2.4.1 Gesetzliche Grundlagen

Fribourg	Loi du 6 juin 1991 sur les allocations de maternité (LAMAT). Règlement d'exécution de la loi du 6 juin 1991 sur les allocations de maternité (RAMAT) Loi du 26 septembre 1990 sur les allocations familiales (LAF) Règlement du 18 février 1991 d'exécution de la loi du 26 septembre 1990 sur les allocations familiales (RAFC) Arrêté du 21 août 2001 fixant les montants des allocations familiales (Arr.)
Genève	Loi sur les allocations familiales du 1er mars 1996 (LAF) Règlement d'exécution de la loi sur les allocations familiales du 10 octobre 2001 (RELAF)
Glarus	Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern vom 5. Mai 1991 (GEE)
Graubünden	Gesetz über Mutterschaftsbeiträge vom 8. Dezember 1991 (GMB) Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Mutterschaftsbeiträge vom 17. Dezember 1991 (AB-GMB)
Luzern	Sozialhilfegesetz vom 24. Oktober 1989, inkl. Änderung vom 3. Juli 2000 (SHG) Sozialhilfeverordnung vom 13. Juli 1990 (SHVO)
Neuchâtel	Loi sur les allocations familiales et de maternité du 24 mars 1997 (LAFAM) Règlement d'exécution de la loi sur les allocations familiales et de maternité du 10 décembre 1997 (RELAFAM)
Schaffhausen	Gesetz über Familien- und Sozialzulagen vom 21. Juni 1999 (FSG) Verordnung zum Gesetz über Familien- und Sozialzulagen vom 9. November 1999 (VO-FSG)
St. Gallen	Gesetz über Mutterschaftsbeiträge vom 5. Dezember 1985 (sGS 372.1; abgekürzt GMB) Vollzugsverordnung zu Gesetz über Mutterschaftsbeiträge vom 28. Mai 1986 (sGS 372.11; abgekürzt VV zum GMB)
Ticino	Legge sugli assegni di famiglia dell'11 giugno 1996 (LAF) Regolamento della legge sugli assegni di famiglia del 5 febbraio 1997 (RLAF)
Valais	Loi sur les allocations familiales aux salariés et sur le fonds cantonal pour la famille du 20 mai 1949 (LAFS) Règlement d'exécution de la loi sur les allocations familiales aux salariés et sur le fonds cantonal pour la famille du 8 novembre 1949 (RAFS)
Vaud	Loi sur les allocations familiales aux salariés et sur le fonds cantonal pour la famille du 20 mai 1949 (LAFS) Règlement d'exécution de la loi sur les allocations familiales aux salariés et sur le fonds cantonal pour la famille du 8 novembre 1949 (RAFS)
Zug	Gesetz über die Ausrichtung kantonaler Mutterschaftsbeiträge vom 1. September 1988 (GkMB)
Zürich	Gesetz über die Jugendhilfe (Jugendhilfegesetz) vom 14. Juni 1981 (JHG) Verordnung zum Jugendhilfegesetz vom 21. Oktober 1981 (JHVO)

2.4.2 Vollzugsorgane

Fribourg	Caisse de compensation du canton de Fribourg Case postale 1762 Givisiez
Genève	Caisse d'allocations familiales pour personnes sans activité lucrative (CAFNA) rte de Chêne 54 1208 Genève/GE
Glarus	Sozialdienst des Kantons Glarus Alimentenhilfe Winkelstrasse 22 8750 Glarus
Graubünden	Kantonales Sozialamt Graubünden Gürtelstrasse 89 7000 Chur
Luzern	Kantonales Sozialamt Luzern Meyerstrasse 20 6002 Luzern
Neuchâtel	Caisse cantonale neuchâteloise de compensation pour allocations familiales et maternité Faubourg de l'Hôpital 28 2001 Neuchâtel
Schaffhausen	Kantonales Sozialversicherungsamt Oberstadt 9 8201 Schaffhausen
St. Gallen	Amt für Soziales Spisergasse 41 9001 St. Gallen
Ticino	Ufficio delle prestazioni Servizio prestazioni complementari e assegni familiari Via Ghiringhelli 15a 6501 Bellinzona
Valais	Service des allocations et des subventions Avenue Pratifori 22 1950 Sion
Vaud	Caisse générale d'allocations familiales rue du Lac 37 1815 Clarens/VD
Zug	Arbeitslosenkasse des Kantons Zug Mutterschaftsbeiträge Postfach 857 6301 Zug
Zürich	Amt für Jugend und Berufsberatung Amtsleitung Schaffhauserstrasse 78 8090 Zürich

2.5 Beihilfen an Suchttherapien, an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten sowie an Bestattungskosten

2.5.1 Gesetzliche Grundlagen

Beihilfen an Suchtmittelbekämpfung	Legge d'applicazione della legge federale sugli stupefacenti del 3 ottobre 1951 (LALFS) Regolamento della legge d'applicazione della legge federale sugli stupefacenti del 19 giugno 1978 (RLALFS)
Beihilfen an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten	Legge sull'integrazione sociale e professionale degli invalidi del 14 marzo 1979 (LISPI) Legge concernente il promovimento, il coordinamento e il sussidiamento delle attività sociali a favore delle persone anziane del 25 giugno 1973 (LASPA) Regolamento di applicazione della legge sull'integrazione sociale e professionale degli invalidi del 26 febbraio 1980 (RLISPI)

2.5.2 Vollzugsorgane

Beihilfen an Suchtmittelbekämpfung	Delegato ai problemi di tossicomania Sezione sanitaria Via Orico 5 6501 Bellinzona
Beihilfen an häusliche Pflege und behindertengerechte Umbauten	Sezione del sostegno a enti e attività sociali Viale Officina 6 6501 Bellinzona

3.1 Alimentenbevorschussung

3.1.1 Gesetzliche Grundlagen

Aargau	Sozialhilfegesetz vom 2. März 1982 (SHG) Sozialhilfeverordnung vom 18. April 1983 (SHV)
Appenzell Ausser rhoden	Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder vom 27. April 1980 (IBG)
Appenzell Inner rhoden	Verordnung betreffend Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder vom 25. November 1980 (VO)
Baselland	Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 21. Juni 2001 (SHG) Verordnung über die Bevorschussung und das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen vom 25. September 2001 (BIV)
Basel-Stadt	Einführungsgesetz zum ZGB vom 27. April 1911 (EGzZGB) Verordnung über das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsforderungen Unmündiger (Alimentenbevorschussungsverordnung) vom 21. März 1989 (VO)
Bern	Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder vom 6. Februar 1980 (GIB) Verordnung über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder vom 10. September 1980 (VIB)
Fribourg	Loi d'application du 22 novembre 1911 du Code civil suisse pour le canton de Fribourg (art. 79 et 81) (LACC) Arrêté du 14 décembre 1993 fixant les modalités du recouvrement des créances d'entretien et du versement d'avances pour l'entretien des enfants, des conjoints ou des ex-conjoints (Arr.)
Genève	Loi sur l'avance et le recouvrement des pensions alimentaires du 22 avril 1977, modifiée au 1er janvier 2002 (LARPA) Règlement d'application de la loi sur l'avance et le recouvrement des pensions alimentaires du 2 juin 1986 (RALARPA)
Glarus	Sozialhilfegesetz vom 7. Mai 1995 (SHG) Verordnung über die Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen vom 27. Juni 2001 (VO)
Graubünden	Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unterhaltsberechtigten Kinder vom 31. Mai 1986 (VBU) Gesetz über den Lastenausgleich für bestimmte Sozialleistungen vom 12. Juni 1994 (GLA) Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den Lastenausgleich für bestimmte Sozialleistungen vom 22. September 1994 (VGLA)
Jura	Loi sur l'aide au recouvrement, l'avance et le versement provisionnel de contributions d'entretien du 21 juin 2000 (LARPA) Ordonnance concernant l'avance et le versement provisionnel de contributions d'entretien du 5 décembre 2000 (OARPA)
Luzern	Sozialhilfegesetz vom 24. Oktober 1989 (SHG) Sozialhilfeverordnung vom 13. Juli 1990 (SHV)
Neuchâtel	Loi sur le recouvrement et l'avance des contributions d'entretien du 19 juin 1978, Edition de janvier 2000 (LRACE) Arrêté concernant le recouvrement et l'avance des contributions d'entretien du 8 juin 1998, Edition de mars 1999 (ARACE)

Nidwalden	Gesetz über die Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 29. Januar 1997 (SHG) Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung 1) vom 2. Juli 1997 (SHV)
Obwalden	Sozialhilfegesetz vom 23. Oktober 1983 (SHG) Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen und Inkassohilfe vom 10. November 1983 (VO)
Schaffhausen	Gesetz über die Einführung des ZGB vom 27. Juni 1911 (EGzZGB) Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder vom 14.12.1999 (VO).
Schwyz	Gesetz über die Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder vom 24. April 1985 (IBG)
Solothurn	Gesetz über Vorschüsse für den Unterhalt von Kindern (Alimentenbevorschussungsgesetz) vom 28. September 1980 (ABG) Vollzugsverordnung zum Gesetz über Vorschüsse für den Unterhalt von Kindern vom 16. November 1999 (VO)
St. Gallen	Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge vom 28. Juni 1979 (GIVU) Vollzugsverordnung zum Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge vom 15. Oktober 1979 (VV GIVU) Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge vom 28. Juni 1979 (sGS 911.51, GIVU) Vollzugsverordnung zum Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge (sGS 911.511, VV GIVU)
Thurgau	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 29. März 1984 (SHG) Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung) vom 15. Oktober 1985 (SHV)
Ticino	Legge sull'assistenza sociale dell'8 marzo 1971 (LSAS) Regolamento concernente l'anticipo e l'incasso degli alimenti per i figli minorenni del 18 maggio 1988 e successive modifiche (RAIA)
Uri	Gesetz über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Alimentenbevorschussungsgesetz) vom 6. Dezember 1987 (ABG)
Valais	Loi sur le recouvrement des pensions alimentaires et le versement d'avances du 13 novembre 1980 (LRPA) Règlement d'application de la loi sur le recouvrement des pensions alimentaires et le versement d'avances du 15 avril 1981 (RRPA)
Vaud	Loi du 25 mai 1977 sur la prévoyance et l'aide sociale (LPAS) Règlement du 18 novembre 1977 d'application de la loi du 25 mai 1977 sur la prévoyance et l'aide sociales (RPAS)
Zug	Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Inkassohilfe- und Bevorschussungsgesetz) vom 29. April 1993 (IBG) Verordnung über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Inkassohilfe- und Bevorschussungsverordnung) vom 17. August 1993 (VO)
Zürich	Gesetz über die Jugendhilfe (Jugendhilfegesetz) vom 14. Juni 1981 (JHG) Verordnung zum Jugendhilfegesetz vom 21. Oktober 1981 (VO)

3.1.2 Vollzugsorgane

Aargau	Kantonaler Sozialdienst Aargau (KSD) Schachenallee 29 Postfach 5004 Aarau
Appenzell Ausserrhoden	Direktion des Inneren des Kantons Appenzell A.Rh. Regierungsgebäude 9100 Herisau
Appenzell Innerrhoden	Sozialamt Marktgasse 10d 9050 Appenzell
Baselland	Kantonales Sozialamt Basellandschaft (KSA) Gestadeckplatz 8 Postfach 4410 Liestal
Basel-Stadt	Sozialhilfe der Stadt Basel Klybeckstrasse 15 4007 Basel
Bern	JGK Kant. Jugendamt Gerechtigkeitsgasse 81 3011 Bern Kant. Sozialamt Abt. Finanz- und Rechnungswesen Rathausplatz 1 3011 Bern
Fribourg	Service de la prévoyance Bureau des pensions alimentaires Rte des Cliniques 17 1700 Fribourg
Genève	Service cantonal d'avance et de recouvrement des pensions alimentaires (SCARPA) 3, rue des Savoises 1205 Genève
Glarus	Sozialdienst des Kantons Glarus Alimentenhilfe Winkelstrasse 22 8750 Glarus
Graubünden	Kantonales Sozialamt Graubünden Gürtelstrasse 89 7000 Chur
Jura	Service de l'action sociale 20, Faubourg des Capucins 2800 Delémont.
Luzern	Kantonales Sozialamt Luzern Meyerstrasse 20 6002 Luzern
Neuchâtel	Office de recouvrement et d'avances des contributions d'entretien (ORACE) Espace de l'Europe 2 Case postale 752 2002 Neuchâtel

Nidwalden	Kantonales Sozialamt Nidwalden Engelbergstrasse 34 6371 Stans
Obwalden	Gesundheits- und Sozialdepartement Sozialamt Dorfplatz 4 Postfach 1261 6061 Sarnen
Schaffhausen	Kantonales Sozialamt Platz 4 Postfach 1421 8201 Schaffhausen
Schwyz	Amt für Gesundheit und Soziales (AGS) Postfach 2161 6431 Schwyz
Solothurn	Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit Soziale Dienste und Vormundschaft Tel. 032/627 22 82
St. Gallen	Amt für Soziales Spisergasse 41 9001 St. Gallen
Thurgau	Departement für Finanzen und Soziales Fürsorgeamt Postfach 8510 Frauenfeld
Ticino	Ufficio del sostegnosoziale e dell'inserimento Servizio anticipo ricuperi e contabilità Viale Officina 6 6500 Bellinzona
Uri	Amt für Soziales Klausenstrasse 4 6460 Altdorf
Valais	Office de recouvrement et des avances de pensions alimentaires rue des Vergers Sion
Vaud	Bureau de recouvrement et d'avances sur pensions alimentaires Tél. 021 316 52 21
Zug	Kantonales Sozialamt Zug Postfach 146 6301 Zug
Zürich	Amt für Jugend und Berufsberatung Amtsleitung Schaffhauserstrasse 78 8090 Zürich

3.2 Individuelle Wohnkostenzuschüsse

3.2.1 Gesetzliche Grundlagen

Basel-Landschaft	Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen, vom 20. März 1997 (MBG) Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung vom 1.1.1991 Dekret über die Wohnbau- und Eigentumsförderung vom 1.1.1991 Verordnung über die Wohnbau- und Eigentumsförderung vom 1.1.1991
Basel-Stadt	Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern sowie an Bezüger von Alters- und Invalidenrenten (Mietbeitragsgesetz), vom 21. November 1990 (MBG) Verordnung zum Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern sowie an Bezüger von Alters- und Invalidenrenten (Mietbeitragsverordnung, MIVO)
Genf	Loi générale sur le logement et la protection des locataires du 4 décembre 1977 (In4 05, LLPL) Règlement d'exécution sur la loi générale sur le logement et la protection des locataires du 24 août 1992 (I4 05.01, RLLPL)

3.2.2 Vollzugsorgane

Basel-Landschaft	Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) des Kantons Basel-Land Bahnhofstrasse 32 4133 Pratteln 1
Basel-Stadt	Amt für Sozialbeiträge Grenzacherstrasse 62 Postfach 517 4021 Basel
Genf	Office du logement social 26, rue due Stand Case postale 3937 1211 Genève 3

4. Sozialhilfe

4.1 Gesetzliche Grundlagen

Aargau	Sozialhilfegesetz vom 2. März 1982 (SHG) Verordnung zum Sozialhilfegesetz (Sozialhilfeverordnung) vom 18. April 1983 (VO)
Appenzell Innerrhoden	Gesetz betreffend das öffentliche Fürsorgewesen vom 29. April 1979 (FG)
Appenzell Ausserrhoden	Gesetz über die öffentliche Fürsorge vom 28. April 1974 (FG)
Baselland	Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 21.6.2001 (SHG) Sozialhilfeverordnung vom 25.9.2001 (SHV)
Basel-Stadt	Sozialhilfegesetz vom 29. Juni 2000 (SHG)
Bern	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 11. Juni 2001 (SHG) Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung) vom 24. Oktober 2001 (SHV)
Fribourg	Loi du 14 novembre 1991 sur l'aide sociale (LASoc) Règlement du 30 novembre 1999 d'exécution de la loi sur l'aide sociale (RE-LASoc)
Genève	Loi sur l'assistance publique du 19 septembre 1980, modifiée le 21.9.2001 (LAP)
Glarus	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 7. Mai 1995 (SHG)
Graubünden	Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger vom 3.12.1978 (UG) Vollziehungsverordnung zum kantonale Unterstützungsgesetz vom 29. September 1978 (VUG) Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe im Kanton Graubünden vom 7. 12.1986 (SHG) Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 27. 10.1998 (VSHG) Gesetz über den Lastenausgleich für bestimmte Sozialleistungen vom 12.6.1994 (LG) Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den Lastenausgleich für bestimmte Sozialleistungen vom 22. September 1994 (VLG)
Jura	Loi sur l'action sociale du 15 décembre 2000 (LASo) Ordonnance sur l'action sociale du 30 avril 2002 (OAS)
Luzern	Sozialhilfegesetz vom 24. Oktober 1989 (SHG) Sozialhilfeverordnung vom 13. Juli 1990 (SHV)
Neuchâtel	Loi sur l'action sociale du 25 juin 1996 (LASoc) Règlement d'exécution de la loi sur l'action sociale du 27 novembre 1996 (RE-LASoc).
Nidwalden	Gesetz über die Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 29. Januar 1997 (SHG) Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung 1) vom 2. Juli 1997 (SHV)
Obwalden	Sozialhilfegesetz vom 23. Oktober 1983 (SHG) Sozialhilfeverordnung vom 10. November 1983 (SHV)
Schaffhausen	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 21. November 1994 (SHG) Sozialhilfeverordnung vom 30. Juni 1998 (VO)

Schwyz	Gesetz über die Sozialhilfe vom 18. Mai 1983 (SHG) Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung) vom 30. Oktober 1984 (SHV)
Solothurn	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 2. Juli 1989 (SHG) Vollzugsverordnung zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 23. Oktober 1995 (SHV)
St. Gallen	Sozialhilfegesetz vom 27. September 1998 (SHG)
Thurgau	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 29. März 1984 (SHG) Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung) vom 15. Oktober 1985 (SHV)
Ticino	Legge sull'assistenza sociale del 8 marzo 1971 (LSAS) Regolamento di applicazione della Legge sull'assistenza sociale del 17 dicembre 1971 (RALAS)
Uri	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 28. September 1997 (SHG)
Valais	Loi sur l'intégration et l'aide sociale du 29 mars 1996 (LIAS). Règlement d'exécution de la loi sur l'intégration et l'aide sociale du 9 octobre 1996 (RLIAS).
Vaud	Loi sur la prévoyance et l'aide sociales du 25 mai 1977 (LPAS) Règlement d'application de la loi du 25 mai 1977 sur la prévoyance et l'aide sociales du 18 novembre 1977 (RPAS)
Zug	Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz) vom 16. Dezember 1982 (SHG) Verordnung zum Sozialhilfegesetz (Sozialhilfeverordnung) vom 20. Dezember 1983 (SHV)
Zürich	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 14. Juni 1981 (SHG) Verordnung zum Sozialhilfegesetz vom 21. Oktober 1981 (SHV)

4.2 Vollzugsorgane

Aargau	Kantonaler Sozialdienst Aargau (KSD) Schachenallee 29 Postfach 5004 Aarau
Appenzell Ausserrhoden	Direktion des Inneren des Kantons Appenzell A.Rh. Regierungsgebäude 9100 Herisau
Appenzell Innerrhoden	Sozialamt Marktgasse 10d 9050 Appenzell
Baselland	Kantonales Sozialamt Basellandschaft (KSA) Gestadeckplatz 8 Postfach 4410 Liestal
Basel-Stadt	Sozialhilfe der Stadt Basel Klybeckstrasse 15 4007 Basel

Bern	Kant. Sozialamt Abteilung Sozialberatung Rathausgasse 1 3011 Bern
Fribourg	Monsieur François Mollard Service social cantonal Route des Cliniques 17 1700 Fribourg
Genève	Direction générale de l'action sociale Av. Beau-Séjour 24 1206 Genève
Glarus	Sozialdienst des Kantons Glarus Alimentenhilfe Winkelstrasse 22 8750 Glarus
Graubünden	Kantonales Sozialamt Graubünden Gürtelstrasse 89 7000 Chur
Jura	Monsieur Jean-Marc Veya Service de l'aide sociale Faubourg des Capucins 20 2800 Delémont
Luzern	Kantonales Sozialamt Luzern Meyerstrasse 20 6002 Luzern
Neuchâtel	Office de l'aide sociale Case postale 752 Espace de l'Europe 2 2001 Neuchâtel
Nidwalden	Kantonales Sozialamt Nidwalden Engelbergstrasse 34 6371 Stans
Obwalden	Gesundheits- und Sozialdepartement Sozialamt Dorfplatz 4 Postfach 1261 6061 Sarnen
Schaffhausen	Kantonales Sozialamt Platz 4 Postfach 1421 8201 Schaffhausen
Schwyz	Amt für Gesundheit und Soziales (AGS) Postfach 2161 6431 Schwyz
Solothurn	Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit Abteilung Sozialhilfe und Asyl Ambassadorsenhof 4509 Solothurn
St. Gallen	Amt für Soziales Spisergasse 41 9001 St. Gallen

Thurgau	Departement für Finanzen und Soziales Fürsorgeamt Postfach 8510 Frauenfeld
Ticino	Ufficio del servizio sociale Stabile Ottavia Viale Officina 6 6500 Bellinzona
Uri	Amt für Soziales Uri Klausenstrasse 4 6460 Altdorf
Valais	Office de l'aide sociale Rue des Vergers 2 1950 Sion
Vaud	Service de prévoyance et d'aides sociales Bâtiment administratif de la Pontaise 1014 Lausanne
Zug	Kantonales Sozialamt Zug Postfach 146 6301 Zug
Zürich	Sozialamt des Kantons Zürich Abteilung Öffentliche Sozialhilfe Obstgartenstrasse 21 8090 Zürich

ANHANG 4: Fallbeispiele aus der Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“

Anhand von Fallbeispielen lassen sich die konkreten Auswirkungen der unterschiedlichen kantonalen Regelungen auf die an die Bezüger/-innen ausbezahlten Leistungen aufzeigen. Diese hängen von der spezifischen Situation der Betroffenen ab: von ihrer Familiensituation, ihrer Einkommenssituation, der Nationalität, der Wohnsitzdauer im Kanton etc. Die Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“ (Wyss, Knupfer 2004) zeigte anhand typischer Fallbeispiele von armutsgefährdeten Haushalten auf, wie deren Existenzsicherung unter besonderer Berücksichtigung der jeweils ausgerichteten Sozialtransfers, der Steuer- und Mietzahlungen in den 26 Kantonen der Schweiz aussieht. Dabei wurde für die jeweiligen Falltypen¹⁷⁶ von einem fixen Erwerbseinkommen knapp über der Einkommensgrenze nach SKOS ausgegangen und dann nach Zurechnung aller weiteren Einnahmen in Form von Sozialleistungen und Abzug der anfallenden Ausgaben (Miete, Steuern, evt. Kinderkrippe, evt. Unterhaltsbeiträge) das verfügbare Einkommen für jeden Kantonshauptort berechnet. Aufgrund dieser Studie wird ebenfalls ersichtlich, welche Sozialtransfers den definierten Falltypen in den verschiedenen Kantonen gewährt werden. Die für einen bestimmten Falltyp gewährten Beträge sind je nach Kanton jeweils stark unterschiedlich. Sie hängen nämlich nicht nur von der gesetzlich festgelegten Leistungshöhe ab, sondern ebenfalls vom Berechnungsmodus. Besonders ausschlaggebend für die Höhe der Leistung ist die jeweils verwendete Einkommensbasis, die sich je nachdem auf das steuerbare Einkommen, das Brutto- oder das Nettoeinkommen bezieht. In Tabelle 67 sind die Resultate der Studie für die Verbilligung der Krankenversicherungsprämie und Alimen-tenbevorschussung für zwei Fallbeispiele¹⁷⁷ dargestellt.

¹⁷⁶ Die Falltypen wurden vorgängig definiert, indem gewisse, für die Berechnung der einzelnen Sozialtransfers und Zwangsausgaben notwendige Parameter einheitlich festgelegt wurden. Es handelte sich dabei u.a. um den Zivilstand, die Familiensituation, die Anzahl und das Alter von eventuellen Kindern, die Wohnungsmiete, das Arbeitspensum oder das Bedürfnis an familienergänzender Betreuung. Als Stichtag der Studie wurde der 1.1.2002 angenommen, d.h. die Berechnungen der Sozialtransfers beziehen sich auf die zu diesem Zeitpunkt gültigen gesetzlichen Regelungen.

¹⁷⁷ Es handelt sich um die beiden Falltypen 1 und 2b der Studie. Als Einkommenssituation wird die sog. Grundvariante angenommen:

Falltyp 1: Geschiedene Frau mit Tochter im Vorschulalter. Der Frau wurden im Scheidungsurteil Alimentenzahlungen zugesprochen (Fr. 500.-/mtl. für Ehefrau; Fr. 700.-/mtl. für Kind), die vom Pflichtigen nicht bezahlt werden. Die Frau ist zu 100% erwerbstätig und verdient Fr. 3'100.-/mtl. (netto) respektive inkl. 13.

Während eine alleinerziehende Frau mit einem Kind (Falltyp 1) im Kanton Waadt mit 3'264 Fr. die höchste Reduktion der Krankenkassenprämie erhält, wird ihr im Kanton St. Gallen nur eine Reduktion von 101 Fr. gewährt (vgl. Tabelle 67). Nimmt man einen anderen Falltyp verändert sich die Reihenfolge der Kantone bezüglich der Leistungshöhe. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Zusatzverdienst der Frau (Falltyp 2b) erhält mit über 7'000 Fr. die höchste Reduktion im Kanton Neuenburg, die niedrigste Reduktion gewährt ihr mit 2'010 Fr. der Kanton Uri (vgl. Tabelle 67). Einschränkend muss jedoch erwähnt werden, dass die Höhe der Reduktion nicht nur von den kantonalen Regelungen abhängt, sondern auch von den unterschiedlich hohen kantonalen Durchschnittsprämien. Im konkreten Fall bezahlt die Familie nämlich in Sitten die niedrigste effektive Prämie (245 Fr.), während die höchste Prämie mit 6'672 Fr. auf Genf entfällt.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Alimentenbevorschussung betrachtet. Diese fällt für die alleinerziehende Frau im Kanton Zug mit gut 14'000 Fr. pro Jahr am Höchsten aus, in den Kantonen Basel Stadt und Neuenburg würde sie gar keine Alimentenbevorschussung erhalten (vgl. Tabelle 67). Der Kanton Waadt, der im Fall der Alleinerziehenden die höchste Krankenkassenprämienreduktion gewährt, liegt mit einer Alimentenbevorschussung von 5'480 Fr. etwa im Mittelfeld. Trotz dieser grossen Spannweite lässt sich feststellen, dass mit 14 Kantonen mehr als die Hälfte den selben jährlichen Betrag (8'400 Fr.) gewähren.

Es ist auch nicht so, dass sich die unterschiedlichen Leistungshöhen in einem Kanton über die Gesamtrechnung sämtlicher Sozialtransfers und Zwangsausgaben untereinander ausgleichen würden oder sich durch regionale Disparitäten betreffend Lebenshaltungskosten begründen lassen¹⁷⁸. Vielmehr stellt man fest, wenn man das Total der jeweiligen kantonalen Bedarfsleistungen in

Monatslohn Fr. 40'300.-/Jahr (netto). Infolge der Erwerbstätigkeit ist die Frau tagsüber auf eine familienergänzende Betreuung für die Tochter angewiesen. Sie wohnt seit 5 Jahren am selben Ort. Die Frau besitzt kein berechnungsrelevantes Vermögen.

Falltyp 2b: Familie mit zwei Kindern mit Zusatzverdienst der Frau. Die Ehefrau besorgt den Haushalt und die Betreuung der beiden Kinder im Alter von fünf und drei Jahren. Der Ehemann ist zu 100% erwerbstätig und verdient 3'600.-/mtl. (netto) respektive inkl. 13. Monatslohn Fr. 46'800.-/Jahr (netto). Die Ehefrau verfügt über einen Zusatzverdienst von netto Fr. 500.-/mtl. (ohne 13. Monatslohn). Die Familie wohnt seit fünf Jahren am selben Ort. Sie besitzt kein berechnungsrelevantes Vermögen.

¹⁷⁸ Die Lebenshaltungskosten variieren in der Schweiz interkantonal primär in Bezug auf die Mietzinskosten, die Steuern und die Krankenkassenprämien. Diese drei Parameter wurden in die jeweiligen Budgetberechnungen einbezogen.

Kombination mit dem Steuerniveau, den Wohnungs- und Kinderbetreuungskosten sowie eventuellen kommunalen Leistungen betrachtet, dass Personen mit einem Einkommen, das knapp über der Armutsgrenze der SKOS liegt, kantonal unterschiedlich behandelt werden: Das verfügbare Einkommen der untersuchten Fallbeispiele variiert zwischen den 26 Kantonshauptorten erheblich. Während im Fall der alleinerziehenden Frau mit einem Kind (Falltyp 1) im Kanton Wallis von einem Nettojahreslohn von 40'300 Fr. ein verfügbares Einkommen von 36'290 Fr. übrig bleibt, bleiben ihr im Kanton Nidwalden mit 14'531 Fr. weniger als die Hälfte davon (vgl. Abbildung 3). Die Familie mit zwei Kindern (Falltyp 2b) mit einem Nettolohn von 52'800 Fr. hat im Kanton Wallis ein verfügbares Einkommen von 43'443 Fr., im Kanton Basel Stadt von 28'555 Fr. (vgl. Abbildung 4).

Tabelle 66: Verbilligung der Krankenversicherungsprämie und Alimentenbevorschussung in den 26 Kantonen. Vergleich anhand von Fallbeispielen, 2002

	Verbilligung der Krankenversicherungsprämie			Alimentenbevorschussung	
		Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁷⁹ (in Fr./Jahr)	Familie mit 2 Kindern, mit Zusatzverdienst der Frau ¹⁸⁰ (in Fr./Jahr)		Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁸⁰ (in Fr.)
AG (Aarau)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	3'024.- 953.- 2'071.-	6'048.- 3'382.- 2'666.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
AI (Appenzell)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'268.- 828.- 1'440.-	4'536.- 2'329.- 2'207.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
AR (Herisau)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'520.- 2'010.- 510.-	5'040.- 3'072.- 1'968.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
BE (Bern)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	3'996.- 1'860.- 2'136.-	7'992.- 5'040.- 2'952.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
BL (Liestal)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	3'540.- 1'109.- 2'431.-	7'080.- 2'872.- 4'208.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
BS (Basel)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	4'632.- 2'232.- 2'400.-	9'264.- 2'640.- 6'624.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	0.- --- 0.- 0.-
FR (Freiburg)	Durchschnittsprämie: Verbilligung:	3'504.- 1'512.-	7'008.- 3'024.-	für Kind im Monat für Frau im Monat	400.- 0.-

¹⁷⁹ Definition des Falltyps siehe Fussnote 178.

¹⁸⁰ Geschuldete Kinderalimente: Fr. 700; geschuldete Erwachsenenalimente: Fr. 500.-

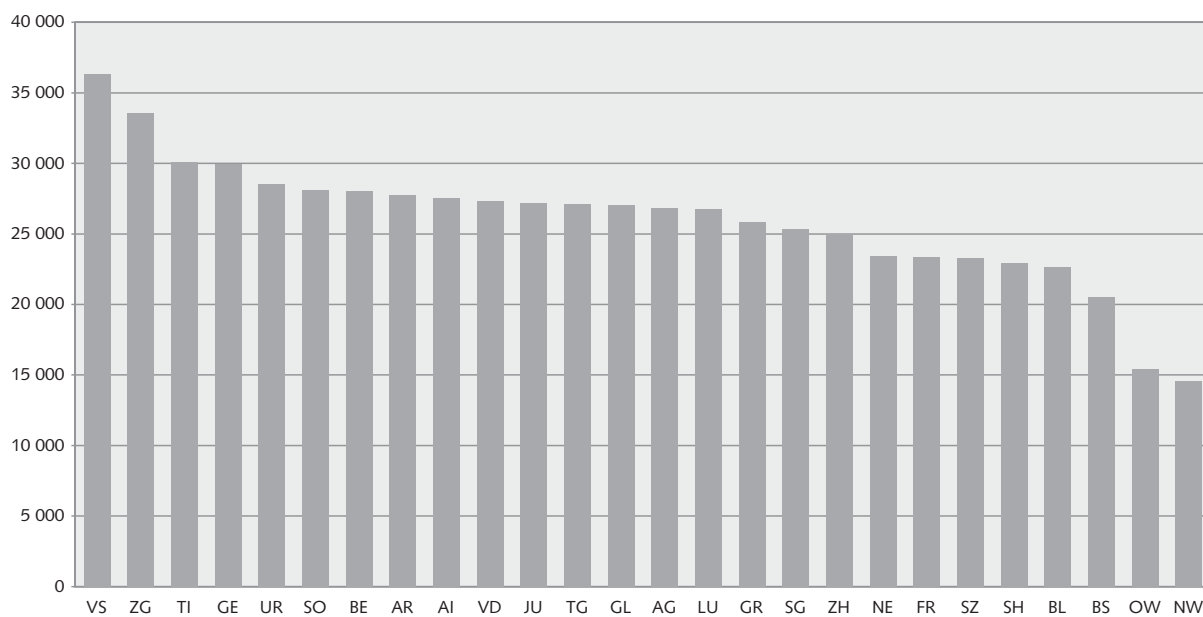
	Verbilligung der Krankenversicherungsprämie			Alimentenbevorschussung	
		Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁷⁹ (in Fr./Jahr)	Familie mit 2 Kindern, mit Zusatzverdienst der Frau ¹⁸⁰ (in Fr./Jahr)		Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁸⁰ (in Fr.)
	Effektive Prämie:	1'992.-	3'984.-	Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	400.- 4'800.-
GE (Genf)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	5'196.- 1'860.- 3'336.-	10'392.- 3'720.- 6'672.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	673.- 0.- 673.- 8'076.-
GL (Glarus)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'712.- 1'581.- 1'131.-	5'424.- 3'644.- 1'780.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- --- 700.- 8'400.-
GR (Chur)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	3'108.- 834.- 2'274.-	6'216.- 2'584.- 3'632.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	686.- --- 686.- 8'232.-
JU (Delsberg)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	4'044.- 1'680.- 2'364.-	8'088.- 3'000.- 5'088.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	Bevorschussungen werden im Gesamt berechnet 169.- 2'028.-
LU (Luzern)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'976.- 239.- 2'737.-	5'952.- 2'645.- 3'307.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
NE (Neuen- burg)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	4'176.- 1'848.- 2'328.-	8'352.- 7'344.- 1'008.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	0.- 0.- 0.- 0.-
NW (Stans)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'400.- 240.- 2'160.-	4'800.- 2'059.- 2'741.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-

	Verbilligung der Krankenversicherungsprämie			Alimentenbevorschussung	
		Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁷⁹ (in Fr./Jahr)	Familie mit 2 Kindern, mit Zusatzverdienst der Frau ¹⁸⁰ (in Fr./Jahr)		Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁸⁰ (in Fr.)
OW (Sarnen)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'544.- 1'011.- 1'533.-	5'088.- 3'186.- 1'902.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
SG (St. Gallen)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'748.- 101.- 2'647.-	5'496.- 2'051.- 3'445.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
SH (Schaffhausen)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	3'336.- 640.- 2'696.-	6'672.- 3'410.- 3'262.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	217.- --- 217.- 2'610.-
SO (Sollothurn)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	3'132.- 692.- 2'440.-	6'264.- 2'746.- 3'518.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	618.- --- 618.- 7'416.-
SZ (Schwyz)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'736.- 169.- 2'567.-	5'472.- 3'540.- 1'932.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
TG (Frauenfeld)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	3'204.- 1'465.- 1'739.-	6'408.- 2'930.- 3'478.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
TI (Bellinzona)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	4'020.- 1'955.- 2'065.-	8'040.- 3'239.- 4'801.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- ---- 700.- 8'400.-
UR (Altdorf)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'544.- 130.- 2'414.-	5'088.- 2'010.- 3'078.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat	700.- ---- 700.-

	Verbilligung der Krankenversicherungsprämie			Alimentenbevorschussung	
		Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁷⁹ (in Fr./Jahr)	Familie mit 2 Kindern, mit Zusatzverdienst der Frau ¹⁸⁰ (in Fr./Jahr)		Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁸⁰ (in Fr.)
				Gesamt im Jahr	8'400.-
VD (Lau- sanne)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	4'632.- 3'264.- 1'368.-	9'264.- 6'480.- 2'784.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	Bevorschussungen werden im Gesamt berechnet 457.- 5'480.-
VS (Sitten)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'952.- 2'201.- 751.-	5'904.- 5'659.- 245.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	535.- 458.- 993.- 11'916.-
ZG (Zug)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	2'652.- 610.- 2'042.-	5'304.- 3'240.- 2'064.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	700.- 500.- 1'200.- 14'400.-
ZH (Zürich)	Durchschnittsprämie: Verbilligung: Effektive Prämie:	4'140.- 1'500.- 2'640.-	8'280.- 3'000.- 5'280.-	für Kind im Monat für Frau im Monat Gesamt im Monat Gesamt im Jahr	650.- --- 650.- 7'800.-
Durchschnitt	Effektive Prämie (nach Verbilligung)	2'085.-	3'255.-	Gesamt im Jahr:	7'322.-.-
Minimum	Effektive Prämie (nach Verbilligung)	510.-	245.-	Gesamt im Jahr:	0.-
Maximum	Effektive Prämie (nach Verbilligung)	3'336.-	6'672.-	Gesamt im Jahr:	14'400.-
Range	Effektive Prämie (nach Verbilligung)	2'826.-	6'427.-	Gesamt im Jahr:	14'400.-

Quelle: Wyss, Knupfer 2004.

Abbildung 3: Verfügbares Einkommen¹⁸¹ nach Kanton: Alleinerziehende mit 1 Kind¹⁸², 2002

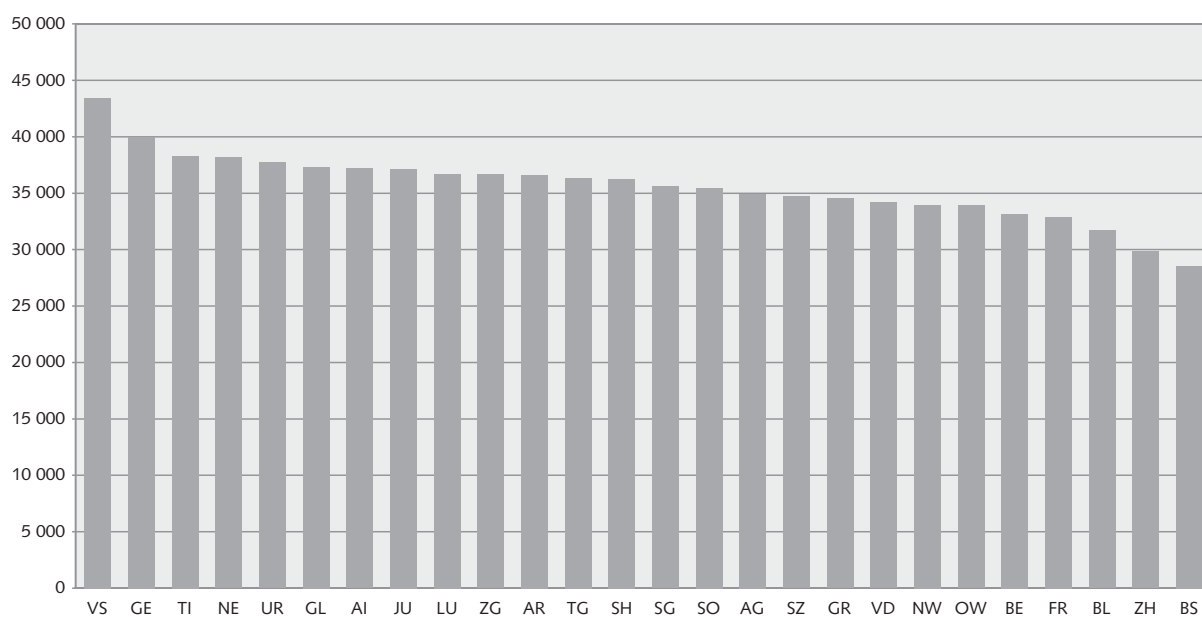


Quelle: Wyss, Knupfer 2004.

¹⁸¹ Nettolohn abzüglich Miete (nach Verbilligung), Krankenkassenprämie (nach Verbilligung), Kosten der Kinderkrippe und Steuern, zuzüglich Familien-/Kinderzulagen, Alimentenbevorschussung und allfällige weitere Bedarfsleistungen.

¹⁸² Definition des Falltyps siehe Fussnote 178.

Abbildung 4: Verfügbares Einkommen¹⁸³ nach Kanton: Familie mit 2 Kindern mit Zusatzverdienst der Frau¹⁸⁴, 2002



Quelle: Wyss, Knapfer 2004.

¹⁸³ Nettolohn abzüglich Miete (nach Verbilligung), Krankenkassenprämie (nach Verbilligung) und Steuern, zuzüglich Familien-/Kinderzulagen und allfällige weitere Bedarfsleistungen.

¹⁸⁴ Definition des Falltyps siehe Fussnote 177.

ANHANG 5: Glossar

Armut:

Als arm gelten jene Menschen, die bei Berücksichtigung aller verfügbaren materiellen und immateriellen Ressourcen eine als Armuts Grenze bezeichnete Ausstattung mit Ressourcen unterschreiten. Weil es in der Schweiz keine offizielle Armuts Grenze gibt, wird von den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) oder der Bezugsberechtigung für EL ausgegangen.

Bedarfsabhängige Sozialleistungen / Bedarfsleistungen:

Bedarfsleistungen sind den Sozialversicherungen nachgelagert. Anders als die kausal orientierten Sozialversicherungsleistungen können Bedarfsleistungen nur ausgerichtet werden, wenn der persönliche Bedarf an finanziellen Ressourcen zur Deckung des Existenzminimums ausgewiesen ist. Bedarfsleistungen setzen eine individuelle Bedarfsabklärung bzw. Bedarfsrechnung voraus.

Bedürftigkeit:

Haushalte sind bedürftig, wenn sie die notwendigen Mittel für den Lebensunterhalt nicht vollumfänglich selbst aufbringen können.

BESA

Ein vom Verband Heime und Institutionen Schweiz (CURAVIVA) entwickeltes System zur Vereinbarung und Abrechnung von Pflege- und Betreuungsleistungen in Heimen. Das System kennt fünf vom Pflege- und Betreuungsaufwand abhängige Tarif-Stufen.

Existenzminimum:

Je nach Leistung werden verschiedene Existenzminima verwendet. Für die Sozialhilfe gelten die Richtlinien der SKOS, für die Zusatzleistungen zur AHV/IV die Existenzminima der Sozialversicherungen.

Finalprinzip:

Gilt es durch eine Sozialleistung primär die Bedürftigkeit (unabhängig von ihrer Ursache) zu beheben, so spricht man vom Finalprinzip (z.B. Sozialhilfe).

Kausalprinzip:

Ist die Ausrichtung einer Leistung von der Ursache des Einkommensausfalls abhängig (Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter, Erziehungspflichten), so spricht man vom Kausalprinzip (z.B. Sozialversicherungen).

SKOS-Richtlinien:

Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe zuhanden der Sozialhilfeorganisationen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie der Organisationen der privaten Sozialhilfe.

Soziale Sicherheit:

Soziale Sicherheit umfasst sämtliche Massnahmen des Staates und privater Institutionen zur Sicherung der Existenz und insbesondere zum Schutz der Bevölkerung vor sozialen Risiken. Eine Sozialleistung bildet dann – und nur dann – einen Bestandteil der Sozialen Sicherheit, wenn sie erstens das Kriterium der gesellschaftlichen Solidarität (Umverteilung) erfüllt oder zumindest einem Obligatorium oder einer bindenden sozialen Vereinbarung unterliegt, und wenn sie sich zweitens einem von acht Risiken bzw. Bedürfnissen – Alter, Krankheit/Gesundheitspflege, Invalidität, Überleben Hinterbliebener, Familie/Kinder, Arbeitslosigkeit, Soziale Ausgrenzung, Wohnen – zuweisen lässt. Nicht unter diesen Begriff fallen Leistungen auf Grund individueller Vereinbarungen und solche, die eine gleichwertige Gegenleistung voraussetzen.

Sozialversicherungen:

Staatlich geregelte Leistungssysteme, die bestimmte, genau definierte Risiken absichern, wobei es in den meisten Fällen um einen Ausgleich für den Erwerbsausfall geht. Typische

Merkmale der Sozialversicherungen sind das Obligatorium für die Bevölkerung oder gesetzlich vorgeschriebene Mindestleistungen, Finanzierung über Beiträge, keine Gewinnorientierung, Elemente einer Umverteilung zu Gunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise sowie die Beteiligung des Staates an der Finanzierung.

Sozialversicherungsleistungen:

Sozialversicherungsleistungen werden unabhängig von den individuellen Verhältnissen bzw. vom individuellen Bedarf bemessen und grösstenteils durch Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten finanziert (einkommensabhängige Sozialleistungen).

Subsidiaritätsprinzip:

Die bedarfsabhängigen Sozialleistungen setzen, damit sie zur Ausrichtung gelangen, voraus, dass die gegebene Notlage nicht durch eine vorgelagerte Sicherungsinstanz behoben werden kann.

Unterstützungseinheit (UE):

Die im Rahmen der Sozialhilfe gemeinsam unterstützten Personen eines Haushalts: Ehegatten sowie die unmündigen Kinder, die mit ihren Eltern bzw. einem Elternteil zusammenleben.

Unterversorgung:

Nichterreichen von Mindeststandards in zentralen Lebensbereichen wie Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Arbeit, soziale Kontakte.

ANHANG 6: Literatur

Behinderung und Recht, Beilage der SAEB-Mitteilungen Nummer 4, 1997.

Botschaft über die 3. Revision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (3. EL-Revision) vom 20. November 1996.

Bundesamt für Statistik BFS. Sozialbericht Kanton Zürich 2002. Ergebnisse der Schweizerischen Sozialhilfestatistik. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 2004.

Bundesamt für Statistik BFS. Inventar der bedarfsabhängigen Sozialleistungen, Stand 01.01.2002. CD-Rom. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 2004. (<http://www.portal-stat.admin.ch/soz-inventar/>)

Carigiet, Erwin. Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Darstellung, Charakterisierung und Wirkungsweise. Schulthess Juristische Medien AG, Zürich 1995.

Carigiet, Erwin; Koch, Uwe. Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Supplement. Schulthess Juristische Medien AG, Zürich 2000.

Carigiet, Erwin; Mäder, Ueli; Bonvin, Jean-Michel (Hrsg.). Wörterbuch der Sozialpolitik, Zürich 2003.

ESSOS-Handbuch 1996, Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOS), Eurostat, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1997.

Hüttner, Eveline; Bauer, Tobias. Massnahmen zur gezielten Unterstützung von einkommensschwachen Familien. Bericht zuhanden der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), Bern 2003.

Hefti, Christoph; Kägi, Wolfram. Finanzstatistik zur Sozialhilfe. Pilotstudie über die Ausgaben der bedarfsabhängigen Sozialleistungen, info:social, Nr. 11, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 2005.

Knupfer, Caroline. Gibt es eine Politik der Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz? Masterthesis, ISMOS 5, Interdisziplinärer Universitätslehrgang für Sozialwirtschaft, Management und Organisation Sozialer Dienste, Wirtschaftsuniversität Wien, 2003.

OECD. Bekämpfung sozialer Ausgrenzung. Band 3. Sozialhilfe in Kanada und in der Schweiz, herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherung, Bern 1999.

Pedergrana, Maurice; Leibundgut Urs. Positionen und Perspektiven zum ergänzenden Arbeitsmarkt in der Stadt Zürich. Herausgegeben vom Sozialdepartement der Stadt Zürich, Zürich 1997.

Sassnick Spohn, Frauke; Balmer, René; Müller, Norbert; Schmid, Walter. Umbau der Sozialen Sicherung – Für die Sozialpolitik der Zukunft. Positionen und Perspektiven des Sozialdepartementes der Stadt Zürich. Edition Sozialpolitik Nr. 2. Sozialdepartement der Stadt Zürich, Zürich 1997.

SKOS. „Braucht die Schweiz eine neue Sozialhilfe? Positionspapier der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe?“, Bern 1999.

Stipendienreport 1999. Vergleiche, Analysen, Tendenzen. Herausgegeben vom Bundesamt für Bildung und Wissenschaft, Schriftenreihe BBW 1999/1d.

Tabin, Jean-Pierre; Keller, Véréna; Hofmann, Kathrin; Rodari, Sophie; Du Pasquier, Anne-Lise; Knüsel, René; Tattini, Véronique. Le «tourisme social» : mythe et réalité. L'exemple de la Suisse latine. Cahiers de l'éesp N° 37. Lausanne 2004.

Wyss, Kurt. Die bedarfsabhängigen Sozialleistungen in den 26 Kantonen der Schweiz. Ein Überblick auf der Grundlage des von Prognos erstellten Inventars. Gesamtbericht im Auftrag des Bundesamtes für Statistik. Unveröffentlichter Bericht vom 7. November 1998.

Wyss, Kurt. Sozialhilfe – eine tragende Säule der sozialen Sicherheit? Ein Überblick über die in der Schweiz ausgerichteten bedarfsabhängigen Sozialleistungen, info:social, Nr. 1, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 1999.

Wyss, Kurt; Knupfer, Caroline. Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz. Schlussbericht, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS, Bern 2004 (2. überarbeitete Ausgabe).

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

Diffusionsmittel

Individuelle Auskünfte

Das BFS im Internet

Medienmitteilungen zur raschen Information
der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse

Publikationen zur vertieften Information
(zum Teil auch als Diskette/CD-Rom)

Online-Datenbank

Kontakt

032 713 60 11

info@bfs.admin.ch

www.statistik.admin.ch

www.news-stat.admin.ch

032 713 60 60

order@bfs.admin.ch

032 713 60 86

www.statweb.admin.ch

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln im Internet unter der Adresse www.statistik.admin.ch → Dienstleistungen → Publikationen Statistik Schweiz.

Soziale Sicherheit

Inventar der bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Stand 01.01.2002. CD-Rom, BFS, Neuchâtel, 2004, Fr. 20.–, Bestell-Nr. 580-0200-01
(<http://www.portal-stat.admin.ch/soz-inventar/>)

Christian Suter, Marie-Claire Mathey, Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen, Schlussbericht, BFS, Neuchâtel, 2002, 80 Seiten, Fr. 11.–, Bestell-Nr. 496-0200

Hefti Christoph; Kägi Wolfram, Finanzstatistik zur Sozialhilfe, Pilotstudie über die Ausgaben der bedarfsabhängigen Sozialleistungen, Info:social, Nr. 11, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 2005, Bestell-Nr. 299-0501

Sozialbericht Kanton Zürich 2003, Bundesamt für Statistik, BFS, Neuchâtel, 2005, Fr. 30.–, Bestell-Nr. 542-0300

Nebst der Sozialhilfe kennen die 26 Kantone der Schweiz eine ganze Reihe von weiteren bedarfsabhängigen Sozialleistungen, die dann ausgerichtet werden, wenn der Bedarf einer Person bzw. eines Haushaltes an finanziellen Ressourcen zur Deckung des Existenzminimums ausgewiesen ist. Diese Leistungen bilden ein wichtiges Element des Systems der Sozialen Sicherheit.

Grundlage für den Bericht bildet das Inventar der bedarfsabhängigen Sozialleistungen, Stand 1.1.2002, des BFS. Basierend auf den Rubriken des Inventars stellt dieser Bericht die einzelnen Leistungsarten vor, kategorisiert sie und gibt einen Überblick über die vielfältigen kantonalen Bestimmungen z.B. zu den Bedingungen, die für den Erhalt einer Leistung erfüllt werden müssen oder zu Höhe und Berechnung der Leistungen.

Der Bericht zeigt auf, dass die Ausstattung der Kantone mit Bedarfsleistungen sehr heterogen ist und dass die einzelnen Leistungen sehr unterschiedlich ausgestattet sind.

Bestellnummer

746-0200

Bestellungen

Tel.: 032 713 60 60

Fax: 032 713 60 61

E-Mail: order@bfs.admin.ch

Preis

Fr. 32.– (exkl. MWST)

ISBN 3-303-13072-8